

Politische Ökonomie des Mülls

Regina Hemetsberger

Abfallsammlung in Buenos Aires: städtische Informalität und Formalisierungspolitik

Nicolas Schlitz

Die Krise privatisierter 'Entsorgbarkeit' und die Neuerhandlung gesellschaftlicher Müllverhältnisse in Bangalore

Lars Bomhauer-Beins und Anke Strüver

Globaler Schrott: Raumproduktionen, Destruktionsketten und die sozioökonomischen Strukturen der pakistanischen Schiffsabwrack-Industrie

Achim Brunnengräber und Lutz Mez

Strahlende Hinterlassenschaften aus Produktion und Konsumtion. Zur Politischen Ökonomie des Atommülls

Christian Lotz

Klasse und Gewalt. Anmerkungen zum Verschwinden des Klassenbegriffs in Kritischer Theorie und Post-Marxismus

Jannis Milios und Georg Economakis

Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenpositionen

Andreas Kemper

Klassismus: Theorie-Missverständnisse als Folge fehlender anti-klassistischer Selbstorganisation? Replik zu Christian Baron: Klasse und Klassismus, PROKLA 175

Martin Kronauer

Autonomie in der Krise

Josef Falkinger

Die realökonomischen Ursachen der Rezession



PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Heft 176 – 44. Jahrgang 2014, Nr. 3

Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: *Alex Demirović, Andrei Draghici, Julia Dück, Jakob Graf, Michael Heinrich* (geschäftsführend, presserechtlich verantwortlich), *Henrik Leubn, Stephan Lessenich, Sabine Nuss, Thomas Sablowski, Stefan Schmalz, Dorothea Schmidt, Etienne Schneider, Mariana Schütt, Ingo Stützle*, Gastredakteure für dieses Heft: *Peter Bescherer, Steffen Liebig*.

Redaktionsbeirat: *Ulf Kadritzke, Martin Kronauer, Margit Mayer, Urs Müller-Plantenberg, Christoph Scherrer, Rudi Schmidt, Günter Thien, Gudrun Trautwein-Kalms*

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System und das gesellschaftliche Naturverhältnis. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (siehe auch die Call for Papers unter www.prokla.de) sind:

PROKLA 177	Dezember 2014	Soziale Bewegungen
PROKLA 178	März 2015	Biokapitalismus
PROKLA 179	Juni 2015	Geld und Geldpolitik

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten einen Umfang von maximal 48.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literaturliste, amerikanische Zitierweise) haben. Ein Merkblatt zur formalen Gestaltung der Artikel kann von unserer Website www.prokla.de heruntergeladen werden. Manuskripte bitte stets als word- oder rtf-Dateien an redaktion@prokla.de einsenden.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 9,50 €, im Einzelverkauf 14 €. Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (38,- € plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugeschickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin

Tel.: 030 / 395 66 22; e-mail: redaktion@prokla.de; Internet: <http://www.prokla.de>

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster,

Telefon 0251 / 390048-0, FAX 0251 / 39004850,

e-mail: info@dampfboot-verlag.de Internet:<http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald,

Tel.: +49/-(0)641/41 700, e-mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16

D-35463 Fernwald, Tel.: +49-(0)641/943 93 33,

Fax: +49-(0)641/943 93 39; e-mail: R.Eckert@prolit.de

© 2014 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten. Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz.

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des „Mittelweg 36“ sowie des „Verlag Westfälisches Dampfboot“ bei.

PROKLA 176

Politische Ökonomie des Mülls

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial	312
<i>Regina Hemetsberger</i> : Abfallsammlung in Buenos Aires: städtische Informalität und Formalisierungspolitik	319
<i>Nicolas Schlitz</i> : Die Krise privatisierter 'Entsorgbarkeit' und die Neuverhandlung gesellschaftlicher Müllverhältnisse in Bangalore	333
<i>Lars Bombauer-Beins und Anke Strüver</i> : Globaler Schrott: Raumproduktionen, Destruktionsketten und die sozioökonomischen Strukturen der pakistanischen Schiffsabwrack-Industrie	353
<i>Achim Brunnengräber und Lutz Mez</i> : Strahlende Hinterlassenschaften aus Produktion und Konsumtion. Zur Politischen Ökonomie des Atommülls. .	371

Fortsetzung des Schwerpunkts Klassentheorien (PROKLA 175)

<i>Christian Lotz</i> : Klasse und Gewalt. Anmerkungen zum Verschwinden des Klassenbegriffs in Kritischer Theorie und Post-Marxismus.	383
<i>Jannis Milios und Georg Economakis</i> : Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenpositionen	403
<i>Andreas Kemper</i> : Klassismus: Theorie-Missverständnisse als Folge fehlender anti-klassistischer Selbstorganisation? Replik zu Christian Baron: Klasse und Klassismus, PROKLA 175	425

Außerhalb des Schwerpunkts

<i>Martin Kronauer</i> : Autonomie in der Krise.....	431
<i>Josef Falkinger</i> : Die realökonomischen Ursachen der Rezession	445
<i>Summaries</i>	461
<i>Zu den AutorInnen</i>	464

Editorial: Politische Ökonomie des Mülls

Der weltweit immer weiter wachsende Müll gilt als eine der großen sozialen und ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. In den Ozeanen treiben 100 Millionen Tonnen Plastikmüll herum, und lange Zeit waren die Weltmeere auch beliebte Lagerungsorte für Munitionsabfälle. In Großstädten wie Berlin gibt es täglich 3.800 Tonnen Abfall, und in Megacities des Südens wie etwa Shanghai, Rio de Janeiro oder Mexico City werden solche Zahlen noch weit übertroffen. Für große Mengen von Haushalts- wie von Gewerbeabfällen findet sich allerdings kein Platz in den Ländern, in denen sie entstanden sind, ebensowenig wie es bislang für Müll aus Atomkraftwerken zuverlässige Lösungen zum Endverbleib gibt. Aber auch die politische Ökonomie hat noch keinen rechten Platz für den Müll gefunden. Ihre Themen kreisen um Produktionskräfte und Produktionsverhältnisse, um Verteilung und Reproduktion, um Kreisläufe und Krisen sowie um die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise. Marx erwähnte die „Exkremite der Produktion“ im dritten Band des *Kapitals* gleichfalls eher beiläufig, indem er sie – der industriellen Praxis seiner Zeit entsprechend – als Rohstoffe für andere Zweige anführte (etwa Eisenspäne, die bei der Maschinenproduktion anfallen und wieder in die Eisenproduktion eingehen), während er die „Exkremite der Konsumtion“ als Dünger in der Landwirtschaft verwertet sah.

Der Aufschwung der Industriegesellschaft ebenso wie das Wachstum der Städte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vergrößerten das Aufkommen an Abfällen, dem als Problem allerdings lange Zeit von der Politik ebenso wie von der Wissenschaft oder von der breiten Öffentlichkeit sehr viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde als der eigentlichen landwirtschaftlichen, handwerklichen oder industriellen Produktion. Wenn Bergbau und neue Großindustrien Abraumhalden und stinkende Flüsse mit sich brachten, wurden diese Schäden von vielen als notwendiger Preis des Fortschritts gesehen, und die Stimme derer, die darunter zu leiden hatten, fand kaum jemals Gehör. Dagegen konnten diejenigen, die in der neuen Industriegesellschaft das Sagen hatten, sich in privilegierte Wohngebieten zurückziehen und leichten Herzens damit arrangieren, dass Abfälle in davon weit entfernte Gruben abgelagert oder zu Müllbergen angehäuft wurden: „Aus den Augen, aus dem Sinn.“ (Weber 2014: 145)

Sowohl in den Haushalten wie in den Werkstätten und Fabriken herrschte in dieser Periode allerdings lange Zeit auch eine Kultur der Sparsamkeit und der Wiederverwertung vor, was die Menge der Abfälle von Produktion und Konsum relativ begrenzte. Kaputte Werkzeuge und Maschinen wurden immer wieder repariert, und dies auch in einer Weltfirma wie Siemens, in deren Berliner Dynamowerk Mitte der

1920er Jahre in internen Berichten darüber geklagt wurde, wie überaltert der Maschinenpark damals war, da viele Maschinen noch aus der Zeit vor 1900 stammten, so dass eine besonders große Drehbank, die jedem Besucher vorgeführt werde, in Wahrheit immer wieder aufs Neue zusammengeflickt worden war und nur noch eine „aufgeblasene Maschinenleiche“ darstelle (Schmidt 1993: 68). Auch in den Haushalten war es selbstverständlich, dass Reste von Mahlzeiten zu neuen Gerichten verköcht, Stoffe gewendet und Kleidungsstücke umgenäht wurden. Was in den besseren Kreisen dem Dienstmädchen überlassen wurde, das war in mittleren und unteren Schichten Aufgabe der Hausfrau. Verfügbaren Haushalte über einen Garten, so zierte diesen häufig ein Misthaufen, und was für die Bewohner nicht mehr genießbar war, das wurde in ländlichen oder kleinstädtischen Gegenden an das sprichwörtliche Hausschwein verfüttert, zudem konnte Brennbares verfeuert werden. Viele dieser jahrzehntelang üblichen Gepflogenheiten waren mit wachsender Verstädterung nicht mehr möglich. Die kleinen Gärten oder Hinterhöfe verschwanden zumindest in den Zentren, aber auch die Verdrängung des Hausbrandes durch Zentralheizungen verringerten die Möglichkeiten, den Abfall im eigenen Haus zu beseitigen.

Einschneidende Veränderungen brachte in vielen europäischen Ländern der zunehmende Wohlstand in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hervor, als Konsum- und Versorgungsweisen, die sich in den USA bereits früher durchgesetzt hatten, nunmehr auch hier üblich wurden, so etwa neue Distributionsformen im Einzelhandel. Mit der wachsenden Verbreitung von Selbstbedienung verschwand die Gepflogenheit, dass man Lebensmittel in mitgebrachten Behältern (z.B. Milchkannen) einkaufte; Lebensmittel wurden mehr

und mehr verpackt angeboten. Flaschen wurden teilweise durch Dosen verdrängt und für die nächsten Jahrzehnte sollte (zumindest in Deutschland) die Frage Einweg- oder Mehrwegflasche für Debatten und politische Interventionen sorgen (Köster 2014: 35ff). Aber Änderungen im Bereich der Produktion, wie der anhaltende Aufschwung der chemischen Industrie führten zur Herstellung neuer Produkte und Materialien, deren Restbestände nur zum Teil als Vorprodukte in anderen Produktionszweigen Verwendung fanden. Am dramatischsten zeigte sich dieser Strukturwandel bei neuen Formen von Energieversorgung wie der Atomindustrie, der man in den Anfangszeiten ans Wunderbare grenzende Möglichkeiten zuschrieb, einen „Wohlstand für alle“ (wie Ludwig Erhard ihn 1957 in dem gleichnamigen Buch versprach) auch auf diesem Weg zu eröffnen. Vorreiter dafür waren wiederum die USA, in denen man auf Atomenergie keineswegs nur für Zwecke der militärischen Zerstörung setzte, sondern wo gleichermaßen Phantasien zur „friedlichen Nutzung“ sprossen, die allein wegen ihres nicht-militärischen Charakters bereits ein besseres Leben und die Überwindung von Armut und Entbehrung versprach. So entwarf man bei Ford damals ein neues Auto: „Es war flach wie eine Flunder, besaß ein extrem langes Hinterteil und zwei kecke Haifischflossen am Heck. Der utopisch anmutende, atomgetriebene Zukunftswagen *Nucleon*, der 1958 vorgestellt wurde, sollte mit einem Reaktor hinter den Sitzbänken eine Reichweite von fünf bis achtausend Kilometern garantieren.“ (Kriener 2006) Angesichts solch lichter Visionen wurden in der Bundesrepublik Befürchtungen in Politik und Öffentlichkeit nur in einer Richtung laut: man könnte den Anschluss verlieren, zum „nuklearen Habenichtes“ werden. Denn auch die Entsorgung des

Atommülls schien sich spielend zu erledigen, da man ihn ja entweder ins All schießen, im Meer versenken, über dem Südpol abwerfen oder in Bergwerken lagern könne, und selbst 1969 vertrat der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker noch, der gesamte Atommüll des Jahres 2000 würde dann „in einen Kasten“ passen: wenn man den „gut versiegelt, verschließt und in ein Bergwerk steckt, dann wird man hoffen können, daß man das Problem gelöst hat“ (zit. bei Kriener 2010). Dieser atemberaubend fahrlässige, aber gesellschaftlich weit hin anerkannte Umgang mit der Frage des späteren Verbleibs des strahlenden Mülls war im übrigen keineswegs auf die kapitalistischen Länder beschränkt, sondern zeichnete die realsozialistischen Ländern in mindestens ebensolchem Maß aus.

Seit den 1960er Jahren gab es in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge eines wachsenden Umweltbewusstseins auch zunehmende Kritik an der Konsumkultur der geplanten und ungeplanten Verschwendung, wie sie sich in der Verkürzung von Modezyklen bei Bekleidung oder in der Parole „Ex und hopp“ äußerte, mit dem die Brauereiindustrie den Biertrinkern die Einwegflasche nahebringen wollte. Für die wachsenden Müllberge wurden technische Lösungen wie Müllverbrennung später auch Mülltrennung und Recycling gesucht und zu einem großen Teil auch umgesetzt – die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen dagegen häufig ausgeblendet. Seither nahmen selbst Massenmedien vermehrt Kritikpunkte von Menschenrechts- und Umweltgruppen auf, die vielfältige Missstände offen gelegt hatten: wie Lebensmittel in hochentwickelten Ländern massenhaft vergeudet werden, wie Altkleidersammlungen zum Ruin afrikanischer Bekleidungshersteller beitragen, wie Elektroschrott falsch deklariert in Ländern landet, in denen Kinder und Jugendliche

ausgediente Handys oder Computer mit bloßen Händen zerschlagen und sich dabei vergiften. Diese über die Suche nach technischen Lösungen hinausgehenden polit-ökonomischen Dimensionen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Heftes und werden an ausgewählten Problembereichen behandelt.

Dabei geht es zunächst darum, wer im Müllsektor unter welchen Bedingungen arbeitet. Von jeher gehören diejenigen, die ihr mehr oder weniger karges Auskommen damit fanden, dass sie Abfälle beseitigten, zu den Marginalisierten. So sehr Sauberkeit und Ordnung zu zentralen Tugenden des bürgerlichen Lebens gehörten, so sehr verachtete man diejenigen, die dafür sorgten. Während Leben und Arbeitsweise selbst eines Teils der Arbeiterschaft wie den deutschen Facharbeitern in gewissem Maß als respektabel galten, zählten diejenigen, die Knochen und andere Lebensmittelabfälle, Lumpen und Schrott einsammelten, stets zu den Ärmsten und am schlechtesten angesehenen Mitgliedern der Gesellschaft. Dies änderte sich auch kaum dadurch, dass viele dieser Tätigkeiten aus der Sphäre der prekären Selbständigkeit in den Rahmen von formalisierten Arbeitsverhältnissen abwanderten. Der ersten Generation von „Gastarbeitern“ wurden in der Bundesrepublik der 1950er/60er Jahre in aller Selbstverständlichkeit die schmutzigsten und anstrengendsten Arbeiten zugewiesen, so etwa in Gießereien und bei der Müllabfuhr. In vielen Ländern ist das Müllsammeln bis heute eine wichtige Quelle des Erwerbs für eine große Zahl von Stadtbewohner/innen, und dies vor allem in Großstädten des Südens, in denen moderne Konsummuster üblich geworden sind, der Umgang mit ihren materiellen Hinterlassenschaften aber häufig rudimentär bleibt. *Regina Hemetsberger* analysiert die Lage der *carteneros* von Rio der Janeiro vor dem

Hintergrund der wirtschaftlichen Krise Argentiniens von 2001 und ihrer Folgen sowie der Versuche, die Müllarbeiter/innen in die formellen Strukturen der städtischen Abfallwirtschaft zu integrieren. Auch in Bangalore, der indischen Metropole, die als Silicon Valley Indiens bekannt wurde, spielen die informellen Müllsammler/innen eine zentrale Rolle, die von *Nicolas Schlitz* vor dem Hintergrund der zunehmenden Privatisierung der Abfallwirtschaft untersucht wird, und die sowohl mafiöse Strukturen und technologieintensive Investitionen wie auch eine *garbage crisis* und Ansätze einer *green economy* hervorbrachten, die beide gleichermaßen den prekären Status der Müllarbeiter/innen weiter verschlechterten.

Müll ist jedoch (nach Ansätzen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen) inzwischen keineswegs nur ein lokales Problem, sondern vielfach ein globales Geschäft. Das trifft selbst für den Haushaltsmüll zu, von dem gemeinhin angenommen wird, dass er ortsgebunden bliebe. Immer wieder werden Fälle bekannt, dass solcher Müll – bei Verletzung der internationalen Basler Konvention von 1989 – auf abenteuerliche Reisen geschickt wird, so etwa 2010, als im Hamburger Hafen eine Ladung, die als Polyethylen-Kunststoff nach Brasilien transportiert wurde und dort dem Recycling zugeführt werden sollte, tatsächlich Hausmüll war, der im Auftrag eines Unternehmens aus Hongkong auf dem Schiff einer chinesischen Rederei illegal exportiert wurde (Brasiliens Behörden... 2010). Darüber hinaus beruht ein großer Teil der Wohlstandsgüter, die zum modernen Leben gehören oder dieses möglich machen, auf Rohstoffen und der Ausbeutung von Arbeitskräften in Ländern mit niedrigen oder fehlenden Sozialstandards – und auch ihre Überreste landen ebendort, so die allermeisten Schiffe, die das enorme

Wachstum der internationalen Warenbewegungen in den letzten Jahrzehnten ermöglicht haben, in Indien, Bangladesh und Pakistan. *Lars Bombauer-Beins* und *Anke Strüver* untersuchen die Funktionsweise der pakistanischen Abwrackindustrie, ihrer Profiteure und ihrer Leidtragenden am Beispiel der Küste von Gadani Beach (wo verlassene Schiffe einfach angeschwemmt werden) und ihrer Bedeutung als Standort innerhalb einer neuen globalen Destruktionskette. Der Müll tritt hier als Geschäftsfeld und gleichzeitig als Ausgangspunkt für neue Produktion in Erscheinung.

Das Phänomen der geplanten Obsoleszenz wird schon seit langem skandalisiert: Wie Firmen das Produktdesign so anlegen, dass bestimmte Teile vorzeitig verschleifen, dabei oft nicht austauschbar sind und Reparaturen somit extrem teuer oder überhaupt unmöglich machen – so etwa Kugellager und Heizstäbe bei Waschmaschinen, verklebte Gehäuse und Spezialschrauben bei Handys und Laptops, irreführende Füllstandsmeldungen bei Druckern, aber auch Spiral-Reißverschlüsse von Jacken oder festverklebte Schuhsohlen (Schridde/Kreiß 2013). Während diese Produkte zur Absatzsteigerung auf Kurzlebigkeit angelegt sind, besteht bei vielen Industrieabfällen, die mit ihrer Produktion entstanden sind, das Problem umgekehrt in ihrer Langlebigkeit. Am gravierendsten stellt sich dieses beim Atommüll, dessen mögliche Zwischen- oder Endlagerung nunmehr seit mehr als fünf Jahrzehnten debattiert wird, ohne dass eine schlüssige Lösung in Sicht wäre. *Achim Brunnengräber* und *Lutz Mez* beleuchten die Konstellation der wichtigsten daran beteiligten Akteure, insbesondere die Unternehmen der Energieversorgung und den Staat. Gerade an diesem Bereich lässt sich studieren, wie sich ein spezifisches Verhältnis von Staat und Kapital – in diesem Fall

eine hochkonzentrierte Industrie mit erheblichem Lobbypotential und faktischer politischer Einflussnahme – in Regelungen niedergeschlagen hat, mit denen nicht nur die Kosten und Risiken der Herstellung von Atomreaktoren, sondern ebenso der Umgang mit abgebrannten Brennstäben auf die Allgemeinheit oder auf bestimmte Gruppen der Bevölkerung abgewälzt werden sollten. Aber hier sind auch gegenläufige Entwicklungen offensichtlich, da ebendieses Thema Atomenergie zu einem Dreh- und Angelpunkt von Bürger-Protesten seit den späten 1960er Jahren wurde.

Neben dem Schwerpunkt zur politischen Ökonomie des Mülls setzen wir in diesem Heft auch die Debatte zur Klassentheorie aus PROKLA 175 fort. *Christian Lotz* analysiert das Verschwinden klassentheoretischer Konzepte in neueren Beiträgen zur Sozialphilosophie wie etwa denen von Badiou, Negri/Hardt oder Honneth. Gerade weil das Konzept „Klasse“ an die Gewaltförmigkeit sozialer Beziehungen im Kapitalismus gebunden ist, so sein Argument, kann auf dieses Konzept in einer Kapitalismusanalyse nicht verzichtet werden. *Jannis Milios* und *Georg Economakis* wenden sich der Frage der Mittelklassen zu. In kritischer Auseinandersetzung mit der Klassenanalyse von Nicos Poulantzas machen sie deutlich, dass es sich bei den Mittelklassen gerade nicht um eine einheitliche Klasse mit ähnlichen politischen Klassenpositionen handeln kann. *Andreas Kemper* setzt sich kritisch mit dem Beitrag von Christian Baron in PROKLA 175 zum Thema „Klassismus“ auseinander.

Außerhalb des Schwerpunkts untersucht *Martin Kronauer* die Schwächen der Linken in der Kritik am Neoliberalismus. Gegen die neoliberale Feier des

Individualismus, mit der gesellschaftliche Ungleichheit gerechtfertigt wird, plädiert er für eine Rückbesinnung der Linken auf ihre eigene Forderung nach Selbstbestimmung der Individuen, die allerdings ohne entsprechende soziale Voraussetzungen nicht zu realisieren ist. *Josef Falkinger* schließlich wendet sich den „realwirtschaftlichen“ Ursachen der ökonomischen Krise zu, die in der Debatte über „Finanzialisierung“ allzu leicht übersehen werden.

Für die Redaktion:
Dorothea Schmidt

Literatur

- Brasiliens Behörden entdecken illegalen Müll aus Hamburg*, zeitonline. www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-08-muell-hamburg-brasilien (20.6.2014)
- Köster, Roman (2014): Abschied von der „verlorenen Verpackung“, in: *Technikgeschichte*, Bd. 81, H. 1: 33-60
- Kriener, Manfred (2006): *Das atomare Glück*, zeitonline. www.zeit.de/2006/38/A-Atompolitik (20.6.2014)
- (2010): *Aufbruch ins Wunderland*, zeitonline, www.zeit.de/2010/40/Atomstrom-Energie (20.6.2014)
- Schmidt, Dorothea (1993): *Weder Ford noch Taylor – Zu Rhetorik und Praxis der Rationalisierung in den Zwanziger Jahren am Beispiel dreier Siemens-Werke*, Bremen
- Schridde, Stefan/Kreiß, Christian (2013): *Gutachten „Geplante Obsoleszenz“. Entstehungsursachen, konkrete Beispiele, Schadensfolgen, Handlungsprogramm*. www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/umwelt/PDF/Studie-Obsoleszenz-BT-GRUENE.pdf (15.6.2014)
- Weber, Heike: Von wild zu geordnet? Konzeptionen, Wissensbestände und Techniken des Deponierens im 20. Jahrhundert, in: *Technikgeschichte*, Bd. 81, H. 2: 119-146

PROKLA 177: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung (Dezember 2014)

Die seit 2011 weltweit entflammten Massenproteste, die ihren Anfang in den arabischen Ländern nahmen, haben WissenschaftlerInnen wie AktivistInnen gleichermaßen überrascht. Noch vor wenigen Jahren hätte kaum jemand soziale und politische Proteste von derartigem Ausmaß oder den Fall starker autoritärer Regime wie in Tunesien und Ägypten erwartet. Vier Jahre nach Beginn des aktuellen Protestzyklus ist aber unklar, inwieweit es sich tatsächlich um eine globale Protestwelle im Sinne eines zusammenhängenden transnationalen Bewegungszyklus handelt. Wie eng ist der Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Protestbewegungen in den verschiedenen Weltregionen? Welche Impulse sind von den Aufständen in Tunesien und Ägypten, den Auseinandersetzungen in der Türkei ausgegangen, wie wirkten sie sich auf die europäischen und nordamerikanischen Krisenproteste aus? Darüber hinaus ist auch zu diskutieren, welche neuen Protestformen in den vergangenen Jahren entstanden sind und wie diese sich in ihren jeweils spezifischen Kontexten organisieren. Wo haben die aktuellen Bewegungen ihre Vorläufer, welchen Stellenwert haben Soziale Medien darin, und in welchem Verhältnis stehen sie zu den 'klassischen' Akteuren wie Gewerkschaften und Parteien?

PROKLA 178: Biokapitalismus (März 2015)

Die kapitalistische Produktionsweise greift auf die ‚Natur‘, den ‚Körper‘ und das ‚Leben‘ historisch in immer neuen Weisen zu und führt zur Entstehung von jeweils besonderen gesellschaftlichen Natur- und Körperverhältnissen. Neueste Entwicklungen umfassen u.a. die reproduktionsmedizinischen Technologien, Produktion und Handel von Eizellen, Spermien, Geweben oder Organen, die Praktiken der ästhetischen Körpergestaltung sowie wiederholte Vorstöße zur Patentierung von Leben. Der menschliche Organismus wird dabei prinzipiell als gestaltbar, transformierbar und züchtbar gedacht. Was ist das spezifisch Kapitalistische daran, kann man von ‚biokapitalistischer‘ Vergesellschaftung und entsprechenden Eigentumsverhältnissen (Patente auf Leben) sprechen? Wenn die Inwertsetzung des Lebendigen behauptet wird, stellt sich die Frage, was genau wird in Wert gesetzt? Welche Art von Herrschaft wird dabei ausgeübt? Welche Kämpfe und Auseinandersetzungen werden um das „Leben an sich“ und seine Verwertung geführt?

30 Jahre Dampfboot

30 Jahre Verbreitung kritischer Gesellschaftstheorien



Thomas Barth

Politik mit der Umwelt

Zur Politischen Soziologie
der Luftreinhaltung
in Deutschland

2014 - 346 Seiten - € 36,90
ISBN: 978-3-89691-953-3

Lena Schürmann

Schmutz als Beruf

Prekarisierung, Klasse und
Geschlecht in der Reinigungsbranche
(Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 17)

2013 - 320 Seiten - € 34,90
ISBN: 978-3-89691-937-3



Regina Hemetsberger

Abfallsammlung in Buenos Aires: städtische Informalität und Formalisierungspolitik

Menschen, die auf der Suche nach Flaschen, Karton, Metall oder Plastik Müllbeutel und Abfallcontainer durchwühlen, zeichnen seit 2001 ein für Buenos Aires' Straßen vertrautes Bild. Alleine, mit Familienangehörigen oder in Kleingruppen organisiert, schieben sie ihre großen weißen Abfallsäcke durch die Straßen, bleiben vor Abfallcontainern oder Müllsammelstellen stehen, beugen sich über den Unrat und fischen Verwertbares heraus. Sie sammeln Altstoffe ein, transportieren sie zu privaten Sortier- und Lagerstätten, trennen wertvolle Abfallstoffe von wertlosen, schaffen aus Altem Neues und verkaufen das Gesammelte sortiert an Zwischenhändler_innen oder Industriebetriebe weiter. Von der Sammlung, über die Sortierung von unterschiedlichen Werkstoffen und die Aufbereitung der Abfälle zu Sekundärrohstoffen bis hin zum Recycling – Abfallsammler_innen übernehmen einen Gutteil dessen, was in der formellen Abfallwirtschaft in spezialisierte Teilbereiche unterteilt ist. In der informellen Abfallwirtschaft verschwimmen die einzelnen Verwertungsschritte, wobei zur Wertschöpfungskette Mittelsleute, Handwerker_innen und Rohstoffhändler_innen gehören. Je näher der Rohstoff an die Recyclingindustrie getragen wird, umso mehr nimmt der Wert des Altstoffes zu. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich das Abfallsammeln zu einer Beschäftigung entwickelt, mit der weltweit etwa 0,5% der arbeitenden Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen. Nach den jüngsten Schätzungen der UN Habitat (2010) bietet es zwischen 14 und 57 Millionen Menschen ein Einkommen, acht bis zwanzig Millionen davon leben in China, Indien und Brasilien.

Das steigende Abfallaufkommen, die veränderte Zusammensetzung von Abfallprodukten, Deponierungsprobleme und unzureichende städtische Entsorgungskapazitäten brachten in den letzten Jahren neue Konzepte zur integrierten Abfallwirtschaft hervor, die stadtplanerisch institutionelle Gesichtspunkte zur Abfallentsorgung, -verwertung und -vermeidung in den Vordergrund stellen (vgl. Diaz et al. 1996; Wilson et al. 1998; Bartone 2000; UNEP 2004). Unter der Beteiligung sämtlicher formellen und informellen Akteure soll sich in der städtischen Abfallwirtschaft ein Zusammenwirken von verschiedenen für die

Abfallentsorgung und -verwertung zentralen Komponenten auf mehreren Ebenen ergeben, das vielfältige Sammel- und Behandlungsmethoden bedient. Das Ziel ist, ein Modell für einen zuverlässigen und effizienten Entsorgungsdienst zu schaffen, das die Abfallwirtschaft der Städte zu geringen Kosten belebt.

In Buenos Aires wird seit 2001 an der Implementierung eines abfallwirtschaftlichen Modells gearbeitet, das neben privaten Abfallunternehmen auch Abfallkooperativen und Abfallsammler_innen in die städtische Recyclingwirtschaft integrieren soll (Cuidad de Buenos Aires 2012). Dieses Modell wird hier vor dem Hintergrund diskutiert, welche Bedeutung Formalität und Informalität in der Gestaltung der integrierten Abfallwirtschaft haben. Dazu sind zunächst theoretische Konzepte in ihrer ökonomisch-historischen Perspektive zu untersuchen, es folgt ein Rückblick auf die krisenhafte Entwicklung Argentiniens seit 2001, um schließlich die integrierte Abfallwirtschaft in Buenos Aires zu beleuchten, insbesondere, welche Tragweite Formalität und Informalität letztlich für die Integration der Abfallsammler_innen haben.

Formelle und informelle Arbeit

Die Debatten um den informellen Sektor setzten in den 1970er Jahren ein, unter anderem mit einer ILO-Studie, in welcher der „informelle Sektor“ definiert wurde, um solche Arbeits- und Lebensverhältnisse am Rande der modernen Gesellschaft zu beschreiben, die den Menschen das Überleben sicherten, aber nicht den Kriterien eines Lohnarbeitsverhältnisses entsprachen. Als einer der Ersten differenzierte Keith Hart (1973: 67-69) zwischen Formen von Arbeit, die selbstständig geschaffen waren oder auf formeller Lohnarbeit beruhten. Als formelle Einkommensmöglichkeiten verstand er Löhne und Gehälter aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie Transferleistungen wie Pensionen, Kranken- oder Arbeitslosengeld. Davon Abweichendes klassifizierte er als „informell“ und gliederte es in erlaubte und nicht erlaubte Formen. Ersteren ordnete er Tätigkeiten aus dem primären und dem sekundären Sektor, landwirtschaftliche Arbeit, Handwerk sowie Tätigkeiten des tertiären Sektors, Dienstleistungen und Kleingewerbe zu, letzteren amoralische Aktivitäten wie Diebstahl, Raub oder organisiertes Verbrechen. Dem Zeitgeist entsprechend fußte Harts Verständnis von formell und informell auf modernisierungstheoretischen Grundsätzen. Trotzdem sein Konzept immer wieder kritisiert wurde, da es Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse missachtete, griff die ILO es in kaum modifizierter Form auf und behielt es bis heute bei (ILO 2002). Nach dieser Auffassung, die seit den 1990ern auch von der Weltbank zur Stärkung des informellen Sektors vertreten wird, steht der informelle Sektor in deutlichem Kontrast zum formellen, ist leicht zugänglich,

bedient sich lokal verfügbarer Ressourcen, ist arbeitsintensiv und arbeitet unter niedrigem Technologieinsatz. Kenntnisse über Arbeitsabläufe werden außerhalb von formellen Institutionen, über soziale Netzwerke erworben. Ähnlich begreift die ILO den formellen Sektor als Wirtschaftsbereich, der hohe Eintrittsbarrieren aufweist, großbetrieblich organisiert ist, kapitalintensive Produktionsmethoden und importierte Technologien bevorzugt, formelle Ausbildungssysteme heranzieht sowie auf geschützten und regulierten Märkten anzusiedeln ist (ILO 1972: 5-6).

Ende der 1970 Jahre thematisierte Milton Santos das Problem der ökonomischen Abhängigkeit und entwickelte ein Funktionsmodell der städtischen Ökonomie, das über zwei Kreisläufe funktionierte. Er unterschied zwischen dem unteren, informellen und dem oberen, formellen Sektor. Santos ging davon aus, dass die beiden ökonomischen Kreisläufe ihre Existenz und Herkunft der technischen Modernisierung zu verdanken haben. Der obere Kreislauf dominiert die gesamte Ökonomie und strebt nach einer vollständigen Eingliederung in den Weltmarkt, während der untere Kreislauf, kontrolliert und abhängig vom oberen, nach der Integration in die lokale Wirtschaft sucht. Die konstante Unterordnung des unteren Kreislaufes erklärte sich Santos durch seine Abhängigkeit von der lokalen Nachfrage und vom Konsum. Auf lokalen Konsum ausgerichtete Unternehmen des unteren Kreislaufes seien demnach auf die entsprechende Nachfrage angewiesen und in ihrer Expansion gehemmt (Santos 1979: 23f.). In der Auseinandersetzung mit lateinamerikanischen Gesellschaften entwarf Gino Germani demgegenüber ein Konzept, wonach die Aktivitäten des informellen Sektors als marginal und vom modernen getrennt gesehen werden. Durch die Integration in die formelle Ökonomie könnten informell Arbeitende allerdings profitieren und sich entwickeln. Es gehe also um das Zurückdrängen traditioneller Wirtschaftsformen, Institutionen und Ideen sowie um die Eingliederung ihres Wirtschaftskreislaufes in das kapitalistische Weltsystem und in die internationale Arbeitsteilung (1980). Ähnlich betrachtete Hernando de Soto den informellen Sektor als „totes Kapital“ und als ein Echo auf ein überreguliertes Rechtssystem, das in der Informalität lebenden Menschen die Ausübung ihrer Tätigkeiten verwehrt. De Soto verstand den informellen Sektor als „heldenhafes Unternehmertum“, das als spontane und kreative Reaktion von Menschen entsteht, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Grundbedürfnisse von verarmten Bevölkerungsteilen zu befriedigen. Er stelle eine Art „legale Apartheid“ des kapitalistischen Systems dar, die armen Bevölkerungsteilen die Möglichkeit gebe, ihre Fähigkeiten am Arbeitsmarkt zu verkaufen. Er folgerte daraus, dass der informelle Sektor als solcher nicht negiert, sondern anerkannt, legalisiert, in den formellen Sektor integriert und modernisiert werden sollte. Die Formalisierung von informellen Kapazitäten begünstige deren wirtschaftliche Erschließung und fördere ihr Wachstum, somit auch den Wohlstand der darin Arbeitenden.

Gegen die Einordnung informeller Ökonomie als krisen- oder „heldenhafte“ Erscheinung können viele Argumente vorgebracht werden. Die behauptete Dichotomie wurde mittlerweile vielfach verworfen und Informalität stattdessen als eine Form der Urbanisierung betrachtet. Roy und AlSaayad (2006) verwenden in diesem Zusammenhang den Begriff *urban informality*, um die Organisationslogik und das System aus Normen und Regeln zu beschreiben, das dem Prozess der urbanen Veränderung selbst innewohnt. Urbanität ist eine Lebensweise, die sich aus einer physischen Struktur, einem System von sozialen Organisationen und Beziehungen sowie einem Regelwerk für kollektives Verhalten und soziale Kontrolle zusammensetzt (AlSaayad 2004: 7f).

Historisch betrachtet ist Informalität als Handlungs- und Wirtschaftsform kein gegebener Aggregatzustand. Die Unterscheidung zwischen „formell“ und „informell“ geht auf Entwicklungen zurück, bei denen in bestimmten Ländern Verhaltensvereinbarungen, die bis dahin im Feudalwesen üblich gewesen waren und auf Reziprozität, Umverteilung und Hauswirtschaft basierten, verworfen wurden und das soziale Leben sich zunehmend nach öffentlich-institutionellen Linien organisierte sowie Verwaltungsapparate eingerichtet wurden (vgl. Polanyi: 2001). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts charakterisiert Formalität jene gesellschaftliche Organisation, die nach heutigen, westlichen Bewertungsstandards als universal und „normal“ gelten sollten. Den Grund dafür sieht Keith Hart (2006: 22) in der gesellschaftlichen Identifikation mit dem Nationalstaat sowie seinen Gesetzen und Strategien als dominierende Organisationsform zur Gestaltung gesellschaftlicher Normen und Regeln. Soziale Sicherheit und Formalität sind Errungenschaften der vom 18. Jahrhundert ausgehenden Industrialisierung und der sozialen Bewegungen, die sie hervorriefen, und zu proto-industriellen Arbeitsgesetzen wie zu ersten staatlichen Sozialgesetzen führten. Die letzten beiden Wellen sozialrechtlicher Gesetzgebungen in den 1920ern und in den 1960/1970ern brachten in westlichen Ländern jene an Lohnarbeit gekoppelten sozialen Rechte und Sicherheiten, die heute als festgeschriebene Standards von Lohnarbeit betrachtet werden: relativ feste Arbeitszeiten und Entlohnung, Arbeitslosen-, Kranken- und Kindergeld. Doch seit den 1980er Jahren fanden in den meisten Ländern Flexibilisierung, Deregulierung und Prekarisierung Eingang in die Gestaltung von Lohnarbeitsverhältnissen und trugen so auch im Westen zur Rückentwicklung von proto-formellen Arbeitsbeziehungen bei (Komlosy 2011: 141). Auf diese Art ist prekäres und informelles Arbeiten in den letzten Jahren auch für die Mittel- und Oberschicht von Bedeutung geworden. Die breite Ausfächerung und unterschiedliche Auslegungen von informellen Arbeiten machen es seither unmöglich, Informalität als homogenes Konstrukt zu erfassen.

Der Raum zwischen Formalität und Informalität kann stattdessen als komplexes Kontinuum betrachtet werden, in dem informelles Arbeiten als akute Über-

lebensstrategie oder zur Existenzsicherung neben einer anderen, gesellschaftlich höher stehenden Form von informeller Arbeit existieren kann, in welchem die Tätigkeiten zwar dem legalen Arbeitsrecht und Marktgeschäften entsprechen, die entsprechenden staatlichen Regulierungen dazu aber missachten. Beide Formen sind informell, doch folgen sie verschiedenen Auffassungen von Legitimität. Es ist daher zielführender, Arbeit nach der Ausprägung ihrer Legitimität zu differenzieren (vgl. Roy 2005: 147f.). Damit wird deutlich, dass städtische Informalität ein Produkt spezifischer Regulierungen ist, das nicht ein vorgefundenes Objekt staatlicher Regulierungen darstellt, sondern ein Phänomen, das vom Staat selbst erzeugt wird.

Obwohl kulturelle und soziale Konstruktionen von Arbeitsverhältnissen, psychologische Prozesse, soziale Reproduktion und Urbanität in die Interpretation von Arbeit einfließen, wurden sie in konventionellen ökonomischen Analysen entweder übergangen oder lediglich als Begleiterscheinungen behandelt. Ihre Berücksichtigung erlaubt es, nicht-ökonomische Kräfte zu erkennen, die Arbeitsverhältnisse prägen und für das Verständnis von sozialer und ökonomischer Ordnung im Allgemeinen zentral sind, sowie Praktiken und Prozesse herzuleiten, welche die eigentliche Ökonomie schneiden oder an sie grenzen. Die Betrachtung der formellen Institutionen reicht nicht aus, um die Multidimensionalität von städtischen Lebensweisen zu begreifen.

Argentinien ab 2001, die städtische Abfallwirtschaft und die *cartoneros*

Der Zusammenbruch der Wirtschaft und der Staatsbankrott von 2001 verschärfte die Krise, in die das Land durch die unter der Regierung Menem eingeführten radikal-neoliberalen Reformen bereits geraten war und unter anderem zum Abbau wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften aus der Ära Perón geführt hatten. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre wies das Land eine Armutsquote von 50 % auf, die zusammen mit der in die Höhe schnellenden Arbeitslosenrate, dem dramatischen Anwachsen der Auslandsschulden, dem Rückgang der Exporterlöse und den beschnittenen Sozialausgaben in einen Staatsnotstand mündeten. 2001 waren 20% der Bevölkerung arbeitslos, die Hälfte davon Jugendliche (Geiger 2010: 201). Am 16. Dezember 2001, dem Tag, an dem der Interimspräsident Fernando de la Rúa den Staatsbankrott ausrief und zur Tilgung der Schulden die Privatkonten der Bürger_innen plünderte, trieben Perspektivlosigkeit, Verarmung und Frustration über die Unfähigkeit der Regierung, für die Bevölkerung zu sorgen, die Menschen auf die Straßen. „Alle sollen sie gehen“ lautete das Credo dieser Kochtopf-Demonstrationen, die den Unmut der verarmten Bevölkerung auf den

Punkt brachten. Das soziale Chaos und der öffentliche Druck bewogen den Staat zum Handeln. Die zunehmende Vernetzung und Organisation der Proteste rückten die Forderungen nach sozialen Rechten immer weiter in den Vordergrund. Die Politik interpretierte den Protest zunächst als natürliche Reaktion, die nach der wirtschaftlichen Festigung wieder abflauen würde. Die Bewegungen, die in den 1990er-Jahren als Reaktion auf die soziale Destrukturierung entstanden waren, hatten bereits damals neue Formen von urbaner Informalität mit sich gebracht, die sich in ihrer Organisationsform allerdings grundlegend voneinander unterschieden (Boris/Tittor 2006: 70).

Wenn staatliche Kontrolle fehlt oder der Marktzugang durch eine übergeordnete Macht beschränkt wird, nehmen Solidarität und Unterstützung eine besondere Rolle ein. Die breite Verarmung, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch weite Teile der bürgerlichen Mittelschicht erreicht hatte, veranlasste verarmte Bürger_innen zur Suche nach Alternativen, die ihnen das Überleben zumindest vorläufig sicherten. Tauschringe, über die Gegenstände des täglichen Gebrauchs gehandelt wurden, schossen aus dem Boden, Gemeinschaftsgärten wurden angelegt, Netzwerke zur Nachbarschaftshilfe eingerichtet, stillgelegte Fabriken besetzt und herrenlose in Betrieb genommen (Boris/Tittor 2006: 71). Die früher bereits bekannten cirujas (Lumpensammler) wurden durch eine wachsende Zahl von cartoneros abgelöst, Abfallsammler_innen, die von der Gesellschaft als „neue, soziale Objekte“ klassifiziert wurden (Paiva 2008: 95). Neue und alte Abfallsammler_innen begannen sich zu organisieren, teilten Straßen und Sammelzonen untereinander auf und vernetzten sich.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatten Abfallsammler_innen Arbeitsstrukturen und Organisationsformen entwickelt, die bis heute noch von Bedeutung sind. Sie begründeten Arbeitstraditionen und Arbeitsethiken sowie nachbarschaftliche Netzwerke, die ihnen das Überleben mit der Abfallarbeit langfristig sicherten. Häufig betreiben heutige Abfallsammler_innen ihr Geschäft in der zweiten oder dritten Generation, haben das Wissen von Familien oder Bekanntenkreisen übernommen und sind Teil einer festen sozialen und wirtschaftlichen Struktur. Traditionell verfügten sie über ein zuverlässiges Netzwerk an Stadtbewohner_innen, hatten feste Routen und Zwischenhändler_innen, ein berechenbares Materialvolumen und stabilen Ressourcenzugang. Sie organisierten sich in der Familie, in Gruppen oder in der Nachbarschaft und verfügten über beständige wirtschaftliche Netzwerke, über die sie ihr Material bezogen und verkauften. Die Stadtbewohner_innen selbst spielten für das Sammeln von Abfall eine wesentliche Rolle. Je größer und enger die Beziehung der Abfallsammler_innen zu ihnen war, um so rascher war es dem/der Sammler_in möglich, größere Mengen an höherwertigem Abfall zu erhalten. Häufig waren diese Beziehungen ambivalent und von Mitgefühl oder Verachtung geprägt.

Über einen oder mehrere Zwischenhändler_innen verkauften sie das Material weiter. „Gute“ Zwischenhändler_innen bezahlten den Abfallsammler_innen moderate Preise für ihre gelieferten Materialien. Auch die Nähe und Beständigkeit der Beziehung zwischen Abfallsammler_in und Zwischenhändler_in war entscheidend für den geschäftlichen Erfolg, der von der Menge des Weiterverkaufs und den dabei erzielten Preisen abhing. Die Aufteilung von Straßen und Sammelzonen erfolgte über Absprachen und Aushandlungen. Arbeitsgeräte wurden selbst gebaut oder von Familienmitgliedern und Bekannten übernommen. Die Beständigkeit des Einkommens und die Verfügbarkeit von anderen Beschäftigungen bestimmten, wie oft gesammelt wurde und wie hoch der Grad der Organisation war. Welche Materialien eingesammelt wurden, hing neben den Rohstoffpreisen auch davon ab, ob sich der/die Abfallsammler_in in einer Gruppe organisierte, ob er/sie gelegentlich oder permanent sammelte, für sich selbst oder im Auftrag arbeitete. Gesammelte Objekte wurden auf einen Karren gepackt und zur jeweiligen Lagerstätte gebracht, wo die Sortierung erfolgte. Der Verkauf des Materials an Zwischenhändler orientierte sich an der Notwendigkeit, zusätzliches Einkommen zu generieren (Schamber 2008: 43). Wegen der eingeschränkten Mobilität befanden sich die Arbeitsorte der Abfallsammler_innen in der Regel in der Nähe ihres Wohnortes. Konflikte mit formellen Abfallunternehmen, Nachbarn, Arbeitskolleg_innen prägten die Arbeitsverhältnisse. 1978 erklärte die Militärregierung den im Großraum Buenos Aires anfallenden Müll als Eigentum der CEAMSE und erteilte dieser zugleich den alleinigen Auftrag, ihn zu beseitigen, zu verdichten und abzulagern. Wegen der konstanten, finanziellen Engpässe war es der CEAMSE allerdings nicht möglich, ihren Fuhrpark soweit auszuweiten, dass sie dem steigenden Abfallvolumen gerecht werden konnte. Nach und nach begannen sich private Abfallunternehmen zu etablieren, die später mit Sammelkonzessionen betraut wurden. Zwischen 1978 und 2002 erhöhte sich die Anzahl der privaten Abfallunternehmen von drei auf fünf. Zusammen mit der CEAMSE entsorgten sie den Abfall von 40% aller argentinischen Industriebetriebe und von 13 Millionen Stadtbewohner_innen. Bis 2007 wurden Abfallunternehmen, die den Abfall auf Kommission von Straßen einsammelten und zu den Deponien des staatlichen Endlager-Betriebes CEAMSE brachten, nach gelieferten Abfallmengen vergütet. Da Abfallsammler_innen ihre Umsätze schmälerten, wurden diese mit politischer Unterstützung bis 2001 regelmäßig von innerstädtischen Sammelzonen vertrieben (Schamber 2008: 63ff.).

Gleichzeitig wurden Kämpfe um Sammelvorrechte oder Territorien meist im Vorfeld, am Wohnort oder während der Anfahrt, ausgefochten. Blieb ein cartonero oder eine cartonera seinem/ihren gewohnten Arbeitsort nur kurze Zeit fern, galt der Abschnitt als frei und wurde neu besetzt. Wohlhabendere

Stadtviertel mit höherwertigem Abfallaufkommen waren meist älteren, länger gedienten cartoneros vorbehalten. Dort existierte eine straffe Arbeitsorganisation, die wenig Raum für neue Abfallsammler_innen offen hielt (Abduca 2011: 194ff.).

Diese Sammeltraditionen, die sich über viele Jahre kaum verändert hatten, wurden nun von „neuen“ Sammler_innen übernommen. Unter die bisherigen cartoneros mischten sich Personen der Mittelschicht, die im Zuge der Krise ihre Arbeitsplätze verloren hatten. Von den Abfallsammler_innen der Jahre 2000-2001 begannen damals über zwei Drittel, das Abfallsammeln aufzunehmen (DGPRU 2002: 6). Viele der neuen cartoneros hatten Erfahrungen mit formellen Arbeitsverhältnissen und versuchten, Elemente davon auf das Abfallsammeln zu übertragen. Mit der Krise war eine neue, soziale Schicht entstanden, in der sich viele Menschen der früheren Mittel- und Unterschichten wiederfanden, die von Armut betroffen waren. Zu ihr gehörten all jene, die einer instabilen Wohn- und Arbeitssituation gegenüberstanden, oder auch sonst die Möglichkeit verloren hatten, ihre Existenz zu sichern (Svampa 2005: 48).

Das neue massenhafte Auftreten von cartoneros resultierte in mehreren Basis-Initiativen, Tagungen und Konferenzen, auf denen über ihre Integration in die städtische Abfallwirtschaft diskutiert wurde. Der Anstoß für vielzählige Gesetzesnovellierungen, mit denen die Lebens- und Arbeitsumstände des neuen sozialen Objektes cartonero verbessert werden sollten, erfolgte durch den ehemaligen Parteichef der Peronistischen Partei, Eduardo Valdés, und seine plakative „Arbeit ist kein Abfall“-Kampagne. Wohlwissend, dass Repression und Gewalt gegen die wachsende Zahl der cartoneros weder das Weiterfunktionieren der formellen Abfallwirtschaft sicherzustellen vermochten noch die soziale Situation der Abfallsammler_innen verbessern würden, nahm man nunmehr Abstand von der bisherigen Ausgrenzungspolitik und bemühte sich darum, ein integratives Regelwerk zu schaffen, das sowohl die Abfallsammler_innen in die städtische Abfallwirtschaft miteinbezog, als auch die betrieblichen Wirtschaftsstrukturen berücksichtigte. 2002 wurde das erste Gesetz, Ley 992, erlassen, in dem Abfallsammeln als eine Form von Arbeit anerkannt und das während der Militärdiktatur aus ästhetischen Gründen verbotene Sammeln von Abfall wieder legalisiert wurde. Ley 992 sah auch den Aufbau einer integrierten Abfallwirtschaft vor, die eine Zusammenarbeit des städtischen Abfallbetriebes CEAMSE und der privaten Sammelunternehmen mit den cartoneros anstrebte.

Unter Betonung der ökologischen Dimension des Abfallsammelns wurde in Buenos Aires eine Reihe staatlicher Initiativen eingeleitet, um die Recyclingwirtschaft, die bislang alleinig von den Abfallsammler_innen betrieben wurde, in die öffentliche Abfallwirtschaft zu integrieren. Eine wichtige Maßnahme stellte dabei die Einrichtung von mehreren, über die Stadt verteilten Sammel- und Sortieranlagen (*Centros Verdes*) dar, in denen registrierte und in Kooperativen

organisierte cartoneros Sammel- und Sortierarbeiten leisten konnten. Bei der Erneuerung der Konzessionen zum Sammeln von Abfall im Jahr 2003 zeigte sich jedoch, dass kein tiefergehendes Interesse daran bestand, die cartoneros tatsächlich in die städtische Abfallwirtschaft zu integrieren. Während den konzessionierten Sammelunternehmen das Sammeln von Abfall vorbehalten blieb, wurden soziale Sicherheiten an die Mitgliedschaft in einer Kooperative gekoppelt (Reynals 2003: 47f.) Auf Druck verschiedener NGOs wurde 2005 das *Basura Cero*-Gesetz erlassen, das mit der Absicht, die Mülldeponien in Buenos Aires zu verkleinern und die Umweltbilanz der Stadt zu verbessern, die Abfallsammlung der cartoneros in Teilbereichen regulierte. Mit einem Aufwand von 1,5 Mio. \$ wurde die gesamte Organisation der Abfallwirtschaft, vom Sammeln bis zum Recycling, umstrukturiert. Die rechtlichen Veränderungen stellten registrierte Abfallsammler_innen in den Mittelpunkt der differenzierten Abfallsammlung und leiteten Initiativen ein, mit denen man die Gründung von Abfallkooperation als formelle Organisationsform von Abfallsammler_innen favorisierte. Konzessionierten Kooperativen wurde eine exklusive Sammelzone zugeteilt und den cartoneros staatlich finanzierte Transportmittel zur Verfügung gestellt. Abfallsammler_innen wurden Sortierprivilegien zugesprochen, und Abfallkooperativen, Klein- und Mittelbetriebe erhielten Kredite und Subventionen für den Ausbau von Sortieranlagen (Cutina 2011: 108). 2007 wurden millionenschwere Verträge mit den Abfallunternehmen aufgekündigt und an die Kooperativen übergeben. Abfallunternehmen sollten von nun an das gesammelte Material an die Centros Verdes der Abfallkooperativen zur Sortierung liefern. Seither wurden laufend Programme entwickelt, um die Recyclingwirtschaft effizienter zu gestalten. 2007 wurde ein Logistikzentrum eingerichtet, das den Transport von Materialien und Sammler_innen von den Zonen zu den Sortierstätten und vice versa koordinierte. Mit dem Aufbau der integrierten Abfallsammlung wurde eine Struktur geschaffen, die es der Stadt ermöglichte, bis zu 20 % des Müllaufkommens dem Recycling zuzuführen (Cuidad de Buenos Aires 2012).

Eine besondere Rolle kam dabei den Kooperativen zu. Für die solcherart organisierten Abfallsammler_innen wurde ein formell geregeltes Umfeld geschaffen, das ihnen die Bewältigung organisatorischer und finanzieller Angelegenheiten erleichtern sollte. Mitglieder von Kooperativen erhalten festen Lohn und für sie gelten fixierte Arbeitszeiten, außerdem haben sie Anspruch auf angemessene Arbeitsbekleidung und Unfallversicherung. Für die Sammlung und Sortierung benötigte Arbeitsinstrumente werden ebenfalls von der Kooperative zur Verfügung gestellt. Für den Transport vom Wohn- zum Arbeitsort sind Busse vorgesehen, die den Arbeitenden die kostenlose An- und Heimreise ermöglichen. Die Verträge zwischen der Stadt, den Abfallunternehmen und den Kooperativen garantieren den Abfallsammelnden ein tägliches Abfallvolumen,

das ihren Kapazitäten entspricht. Für die Lagerung von sortiertem Material wurden Lagerstätten eingerichtet.

Ziel der staatlichen Fokussierung auf Abfallkooperativen war das sukzessive Ausschalten informeller Zwischenhändler_innen. Die Kooperativen sollten den Abfallhandel selbst übernehmen und möglichst unmittelbar mit der Verwertungsindustrie in Kontakt stehen. Die kapitalistische Ausrichtung der neuen Abfallunternehmer war zwar, so Fajn (2002: 16ff.), für die Effizienz der formellen Abfallwirtschaft zielführend, für die Abfallsammler_innen selbst brachte sie allerdings nicht annähernd den erhofften Nutzen. Viele Kooperativen begannen als gewinnorientierte Kleinunternehmen aufzutreten, gaben die rechtlich vorgesehenen Vergünstigungen nicht an die Arbeiter_innen weiter und operierten als Zwischenhandelsbetriebe, die den von cartoneros gesammelten Abfall zu marktgerechten Preisen einkauften, sie aber nicht als Mitglieder inkorporierten (Anguita 2003: 133). Die Umsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Verbesserungen für die Arbeitenden blieb den Kooperativen selbst überlassen. Fehlende Arbeitsinspektionen führten zum Missbrauch der Rechtsform und ließen die Kooperativen zu einem Formalisierungsinstrument werden, das die Arbeits- und Lebensbedingungen der beteiligten cartoneros jedoch kaum verbessert hat (Schamber 2008: 98).

Einkommens- und Arbeitssicherheiten sind bis heute an die Mitgliedschaft in einer Kooperative gekoppelt und können nur darin geltend gemacht werden. Mit der Öffnung der oligopolistisch organisierten Abfallwirtschaft für neue Abfallkooperativen und Kleinunternehmen wurde dem Großteil der Abfallsammelnden somit nur vom Prinzip her die Möglichkeit eröffnet, existenzielle Sicherheiten zu erlangen – die alltägliche Praxis sah anders aus.

Die Koppelung der Förderung und Sicherung an die Mitgliedschaft in Kooperativen ließ den bis 2002 relativ homogen-informalisierten Sammelsektor nun zu einem heterogenen Bereich werden, in dem Abfallsammler_innen um Arbeit konkurrieren. Die Einführung dieser Maßnahmen wurde mit der Berufung auf die Verschiebung der Eigentumsverhältnisse zugunsten der Besitzlosen legitimiert, und die Integration des informellen Sektors in die formelle Ökonomie wurde als Argument herangezogen, um den Markt effizienter zu gestalten und indisponible Ressourcen zu allozieren. Doch die Steuerung des informellen Sektors nahm gleichzeitig Einfluss auf die Gemeinschaft und den lokalen Markt, berührte also eine Vielzahl von informellen Tätigkeiten sowie von bisher horizontal und vertikal miteinander verketteten Akteuren. Auch hier zeigte sich, dass Formalisierungsprozesse große interne Konflikte auslösen oder zu gewaltsamen Übergriffen führen können (vgl. Alsayyad 2004: 16).

Als Folge der unternehmerischen Arbeitspraxen entwickelte sich unter den Abfallsammler_innen eine Dynamik, die formelle und informelle Praktiken und

Prozesse in sich vereinte. In Kooperativen organisierte Abfallsammler_innen nutzten weiterhin informelle Netzwerke, um ihr Sammelvolumen zu erhöhen und bessere Verkaufspreise zu erzielen. Schätzungen zufolge sind lediglich 5% aller in Buenos Aires aktiven Abfallsammler_innen an einer Kooperative beteiligt (Schamber 2008: 98; Paiva 2008: 190). Die geringen Einkommensvorteile und die unzureichenden Anreize für soziale Sicherheiten bieten den cartoneros offenbar wenig Grund zur Eingliederung in die formell geschaffenen Sammelstrukturen. Stattdessen verlassen sie sich weiterhin auf informelle Organisations- und Sicherheitsstrukturen und damit auf jene Gewohnheiten und Regeln, die über soziale Beziehungen erfolgen, historisch gewachsen und variabel sind.

Nimmt man Abstand von der Dichotomisierung der Abfallwirtschaft in formelle und informelle Formen, dann eröffnet sich ein Blick auf Informalität als eine Reihe von Transaktionen, die verschiedene Wirtschaften und Räume des urbanen Lebens miteinander verbindet. Mit der Betrachtung des Abfallsammelns als urbaner Lebensform ergibt sich eine Vielfalt an Möglichkeiten, die Organisations- und Arbeitsstrukturen der zunehmend heterogenen Gruppe von Abfallsammler_innen zu verstehen. Über die wirtschaftliche Charakterisierung hinaus beinhaltet die informelle Ökonomie soziale und politische Elemente, die bei der Analyse des informellen Sektors mitberücksichtigt werden müssen, um die Netzwerke und Beziehungen zu identifizieren, die die Lebensweisen der Abfallsammler_innen prägen.

Existieren in einer Gesellschaft keine oder nur unzureichende formelle Organisations- und Sicherheitsstrukturen, dann sind soziale Beziehungen vor allem in Großstädten wichtige Faktoren, um nicht nur für materielle, sondern auch für psychologische Sicherheiten zu sorgen. Rohregger beschreibt soziale Netzwerke als regionale Vereinigungen, die durch psychologische Hilfestellungen identitätsstiftende Leistungen erbringen (Rohregger 2006: 179). Die gegenseitige Abhängigkeit ist die Basis für soziale Sicherheit. Die Beziehungen zwischen den beiden sind persönlich und basieren auf klientelistischen Grundprinzipien, sie bestehen aus vertikalen (klientelistischen, hierarchischen) und horizontalen (auf Gegenseitigkeit und Vertrauen basierenden) Beziehungen (Lomnitz 1977: 203ff; Bromley/Gerry 1979: 13). Die neueren Erfahrungen der cartoneros belegen, dass solche Netzwerke angesichts von formellen Strukturen, die ihre Arbeits- und Lebenssituation eher verschlechtert als verbessert haben, anhaltende Bedeutung haben.

Literatur

- Abduca, Ricardo (2011): "Acariciando lo áspero" El itinerario cartonero como construcción de un territorio, in: Suárez, Francisco/Schamber, Pablo: *Recicloscopio II. Miradas sobre recuperadores, políticas públicas y subjetividades en América Latina*. Buenos Aires, 183-222.
- Alsayyad, Nezar (2004): Urban Informality as a „New“ Way of Life, in: *Urban Informality. Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America and South Asia*, Maryland, 1-32.
- Alsayyad, Nezar/Roy, Ananya (2006): Medieval Modernity: On Citizenship and Urbanism in a Global Era, *Space and Polity*, 10, 1, 1-20.
- Bartone, Carl (2002): *Strategies for Improving Municipal Solid Waste Management: Lessons from World Bank Lending*, Manila, 18-22.
- Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*, Hamburg.
- Bromley, Ray/Gerry, Chris (1979): Who Are the Causal Poor? in: Bromley, Ray/Gerry, Chris (Hrsg.): *Causal Work and Poverty in Third World Countries*. New York, 3-26.
- Ciudad de Buenos Aires (2012): Sistema de Higiene Urbana para la Ciudad de Buenos Aires, http://www.buenosaires.gov.ar/arcas/med_ambiente/dgpru/area_de_desarrollo_de_reciclado_urbano.php?menu_id=18912#b [13.10.2012].
- Cutina, Magalid (2011): Las organizaciones cartoneras y el Gobierno de la Ciudad de Buenos Aires. Encuentros y desencuentros en la definición de una política socio-ambiental, in: Suárez, Francisco/Schamber, Pablo: *Recicloscopio II. Miradas sobre recuperadores, políticas públicas y subjetividades en América Latina*. Buenos Aires, 93-126.
- De Soto, Hernando (1989): *The Other Path. In Invisible Revolution in the Third World*, New York.
- (2002): *Freiheit für das Kapital. Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert*, Berlin.
- DGPRU (2006): *Informe del circuito del reciclado*, Buenos Aires.
- Diaz, L.F./Savage, G.M./Eggerth, L.L./Golueke, C.G (1996): *Solid Waste Management for Economically Developing Countries*, International Solid Waste Association (ISWA), Kopenhagen .
- Fajm, Julio Gabriel (2002): *Cooperativa de recuperadores de residuos*, Buenos Aires.
- Feijóo, María del Carmen (2002): *Nuevo país, nueva pobreza*, Buenos Aires.
- Geiger, Margot (2010): *Umkämpftes Territorium. Markt, Staat und soziale Beziehungen in Argentinien*, Münster .
- Germani, Gino (1973): *Modernization, Urbanization, and the Urban Crisis*, New Jersey.
- Hart, Keith (1973): Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana, in: *The Journals of Modern African Studies* 11, 61-89.
- (1973): Bureaucratic Form and the Informal Economy, in: Guha-Kasnobis, Basudeb/Kanbur, Ravi/Ostrom, Elinor (Hrsg.): *Linking the Formal and the Informal Economy*, New York, 21-35.
- ILO (1972): *Employment, Income and Equality: A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya*, Genf.
- (2002): *Decent Work and the informal Economy*. Report VI submitted to the 90th Session of International Labour Conference, Genf.
- Komlosy, Andrea (2011): *Globalgeschichte. Methoden und Theorien*, Wien.
- Lomnitz, Larissa Adler de (1977): *Networks and Marginality: life in a Mexican shantytown*, Mexiko-City.
- Paiva, Verónica (2008): *Cartoneros y cooperativas de recuperadores: una mirada sobre la recolección informal de residuos. Área Metropolitana de Buenos Aires, 1999-2007*, Buenos Aires.
- Perelman, Mariano Daniel/Boy, Martin (2010): *Cartoneros en Buenos Aires: nuevas modalidades de encuentro*. *Revista mexicana de sociología*: http://www.scielo.org.mx/scielo.php?pid=S0188-25032010000300002&script=sci_arttext [03.04.2012].

- Polanyi, Karl (2001): *The Great Transformation. The political and and economic origins of our time*, Boston: Boston Press.
- Reynals, Cristina (2003): De cartoneros a recuperadores urbanos, in: Bombal, Gonzáles/Kossoy, Alicia: *Respuestas de la sociedad civil a la emergencia social*, Buenos Aires.
- Rohregger, Barbara A. (2006): *Shifting Boundaries: Social Security in the Urban Fringe of Lilongwe City, Malawi*, Aachen.
- Roy, Ananya (2005): Urban Informality. Toward an Epistemology of Planning, in: *Journal of the American Planning Association*, 72, 2, 147-159.
- Santos, Milton (1979): *The Shared Space. The Two Circuits of the Urban Economy in Underdeveloped Countries*, London.
- Schamber, Pablo J. (2008): *De los desechos a las mercancías. Una etnografía de los cartoneros*, Buenos Aires.
- Swampa, Maristella (2005): *La sociedad excluyente. La Argentina bajo el siglo del neoliberalismo*, Buenos Aires.
- UNEP (2004): *Waste Management Planning – An Environmentally Sound Approach for Sustainable Urban Waste Management*, Integrative Management Series 6.
- UN Habitat (2010): *Solid Waste Management. Water and Sanitation in the World's Cities*, London.
- Wilson, David/Whiteman, Andrew/Tormin, Angela (2001): *Strategic Planning Guide for Municipal Solid Waste Management*, http://www.worldbank.org/urban/solid_wm/erm/Edited%20Word%20Files/matrix%20page1.PDF.



LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

// DIE MONATZEITSCHRIFT



Probeabo 3 Ausgaben // Für 10 Euro // Endet automatisch
Bestellung Per E-Mail an abo@LN-Berlin.de // Telefonisch 030
 694 61 00 // Oder über www.lateinamerika-nachrichten.de





**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Nachhaltigkeit

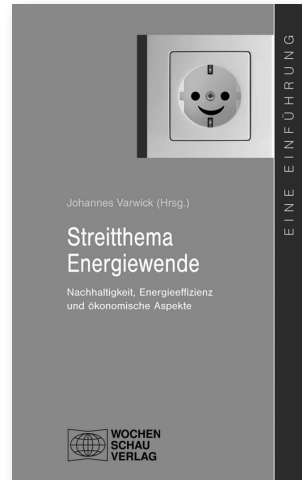
Johannes Varwick (Hrsg.)

Streitthema Energiewende

Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und ökonomische Aspekte

Die Energiewende ist eines der zentralen politischen Themen unserer Zeit. Die Art und Weise, wie Energie produziert wird, sagt viel über eine Gesellschaft aus. Abhängig davon, welcher Aspekt des Themas Energiepolitik besonders betont wird – Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit oder Wirtschaftlichkeit – sind sehr unterschiedliche Bewertungen und Schlussfolgerungen möglich.

Der Band liefert eine prägnante Orientierung zum Streitthema Energiewende, indem er die nationale und internationale Debatte in multidimensionaler Perspektive kompakt analysiert.



ISBN 978-3-89974928-1
160 S., € 9,80

Aus dem Inhalt:

- *Peter Altmaier*: Die Energiewende ist die größte umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts.
- *Dörte Ohlhorst/Kerstin Tews*: Deutschland als Laboratorium: Das Experiment Energiewende.
- *Sibyl D. Steuwer*: Instrumente der Energiewende.
- *Nils aus dem Moore/Christoph M. Schmidt*: Die Energiewende finanzierbar gestalten. Konsistente Ziele formulieren, Entdeckungsprozesse ermöglichen, besonnene Umsetzung verfolgen.
- *Frank Umbach*: Die deutsche Energiewende in internationaler Perspektive.

Der Herausgeber:

Johannes Varwick

Dr., Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg.

www.wochenschau-verlag.de



[www.facebook.com/
wochenschau.verlag](https://www.facebook.com/wochenschau.verlag)



@wochenschau-ver

Nicolas Schlitz

Die Krise privatisierter 'Entsorgbarkeit' und die Neuverhandlung gesellschaftlicher Müllverhältnisse in Bangalore¹

1. Einleitung

Im europäischen Westen konnte die Krisenhaftigkeit eines stetig zunehmenden Müllaufkommens im Gefolge der grünen Bewegungen offenbar in vergleichsweise regulierte Bahnen gelenkt werden. Dem gegenüber führt dessen Handhabung in den Ländern des Globalen Südens zu steigender politischer Brisanz und zu Konflikten. Angesichts wachsender Müllberge, mit denen die öffentlichen Körperschaften von *Mega-Cities* in Ländern des Globalen Südens ringen, haben diese oftmals kapital- und technologieintensive Infrastrukturen der Abfallbehandlung und Entsorgung implementiert, die Abhilfe und rentable Investitionsfelder versprechen, aber selten ohne Widerstand durchgesetzt werden können.

In diesem Sinne zeichnet der vorliegende Beitrag die Konturen gesellschaftlicher Müllverhältnisse im urbanen Indien anhand des konkreten Beispiels der Umgestaltung der Abfallwirtschaft von Bangalore nach. Die sukzessive Privatisierung öffentlicher Entsorgungsaufgaben in Bangalore sowie die darauf folgende konflikthafte Zuspitzung der gesellschaftlichen Handhabung von Müll im Zuge der *Garbage Crisis* von 2012 werfen Fragen danach auf, wer Vorteile aus dem Umgang mit Müll zieht und wer die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten zu tragen hat. Damit wird auf das Wechselspiel der Privatisierung von Profiten einerseits, und der Vergesellschaftung von Risiken, Belastungen und Kosten andererseits verwiesen, wie es im Zuge der herrschaftsförmigen Umgestaltung von Bangalores gesellschaftlichen Müllverhältnissen seit den 1990er Jahren zutage tritt.

Den allgemeinen Rahmen dieser Analyse bilden die ungleichmäßige Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen und die sich dazu parallel entfaltenden

1 Ich bedanke mich bei Katharina Fritsch und bei Dorothea Schmidt für hilfreiche Anmerkungen. Diese Arbeit wurde durch ein Forschungsstipendium der Universität Wien gefördert.

Verhältnisse bürgerlicher Staatlichkeit. Gesellschaftliche Müllverhältnisse in Indien werden von diesen sozialen Verhältnissen einerseits vorstrukturiert, andererseits sind sie selbst Teil davon und wirken auf diese zurück. Müll bietet daher als Dreh- und Angelpunkt einer sozial und räumlich verdichteten urbanen Perspektive einen privilegierten Ausgangspunkt für die Analyse des gekoppelten Wandels sozialer, polit-ökonomischer und ökologischer Verhältnisse im urbanen Indien. So führten die Transformations- und Liberalisierungsprozesse Indiens zu einer intensivierten Produktion und veränderten Materialität von Müll und gingen mit verschiedenen, teils widersprüchlichen Formen der gesellschaftlichen Handhabung von Müll einher. Diese waren zutiefst in gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken eingeschrieben und zeitigten Umweltkonflikte in Abhängigkeit mit den spezifischen Materialitäten von Müll. Es wird erläutert, wie die 'Modernisierung' von Bangalores Abfallentsorgung inhärent mit neoliberalen urbanen Reformprojekten verknüpft war und dabei der Einhegung und Verdrängung des informalierten Recyclingsektors sowie immer neuen und intensivierten Formen kapitalistischer 'Entsorgbarkeit' Vorschub leistete. Deren krisenhafte Zuspitzung beförderte Konturen einer *Grünen Ökonomie* des Mülls zutage, deren Stellenwert und Bedingungen abschließend im Spannungsverhältnis zwischen kapitalintensiven und hochtechnologischen Investitionsformen, einer dezentralisierten kleinteiligen Abfallwirtschaft und dem informalierten Recyclingsektor diskutiert wird.

2. Eine politische Ökologie des Mülls

Ausgangspunkt einer hier grob entworfenen politischen Ökologie des Mülls ist das im deutschsprachigen Raum entwickelte Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Entgegen der weit verbreiteten Gegenüberstellung von 'Natur' und 'Gesellschaft' ermöglicht dieses Konzept ein Verständnis von deren konstitutiver Vermitteltheit: „Natur ist grundsätzlich nur im Verhältnis zu dem zu bestimmen, von dem es zugleich unterschieden“ ist (Görg 2003: 119) – nämlich der Gesellschaft. Dieser „Vermittlungszusammenhang“ verweist auf die „physisch-materielle“ wie „sprachlich-symbolische“ (Köhler/Wissen 2010: 220) Produktion von Natur und den daraus folgenden „unaufhebbaren Zusammenhang zwischen Natur und Gesellschaft“ (ebd.: 219), ohne dabei die ebenso unaufhebbare Unterschiedlichkeit von Natur und Gesellschaft zu vernachlässigen, die „auf die Grenzen gesellschaftlicher Produktionsprozesse verweist“ (ebd.). Die historische Konstituierung der Unterscheidung von Natur und Gesellschaft sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse insgesamt eröffnet zugleich ein Verständnis der Macht- und Herrschaftsförmigkeit der gesellschaftlichen Produktion von Natur.

Eine daran anschlussfähige Konzeptualisierung von Müll muss im vorliegenden Kontext sowohl die ungleichmäßige Entwicklung kapitalistischer Produktions- und Konsumweisen wie die sich parallel dazu entfaltenden Formen bürgerlicher Staatlichkeit aufnehmen. In Einklang mit einer marxistischen Annäherung an dieses Phänomen als dem „Primat des Tauschwertes gegenüber dem Gebrauchswert“ (Horton 1997: 132) nimmt Zsuzsa Gille eine erste Definition von Müll als „jegliches Material, dessen Gebrauch wir verfehlt haben“ (2007: 18) vor.² Davon ausgehend fragt Gille nach den Prozessen und Praktiken, durch die etwas beim Durchlaufen der Kreisläufe von „Produktion, Distribution, Konsumption, Rückgewinnung und ‘Annihilation’ [Vernichtung, Zunichtemachung; Anm. NiS]“ (Gille 2010: 1050) zu ‘Müll’ wird, oder sich von einer Art ‘Müll’ in eine andere verwandelt. Um Mikropraktiken und Makroprozesse gleichermaßen zu verstehen, sieht Gille historisch spezifische und damit immer schon gesellschaftlich überformte Aktivitäten der Klassifizierung als ausschlaggebend für symbolisch-diskursive sowie physisch-materielle Abstoßungs- und Verdrängungsprozesse an. Diese Betonung von Prozessen des *wastings* und darin einbezogener gesellschaftlicher Praktiken der Klassifizierung bildet den Ausgangspunkt für Gilles Konzeptualisierung von Müll als „hybride Entität, (...) gleichzeitig sozial und materiell“ (Gille 2007: 27), die figurative und physische Räume durchläuft und sich dabei symbolisch-diskursiv und physisch-materiell verwandelt.

Im sozialistischen Ungarn identifiziert Gille Ressourcenknappheit und damit einhergehende Allokationspolitiken als Hauptursache für die dominanten Muster der Müllproduktion. Dem gegenüber erklärt sie Muster kapitalistischer Produktion von Müll durch die kapitalistische Tendenz zur Überproduktion (ebd. 29ff), bzw. zur Produktion von „überschüssigem Material“ (Gille 2010: 1050). Die derart in Produktions- und Konsumptionsprozesse eingeschriebene Missachtung der Materialität (bzw. des Gebrauchswerts) von Produktionsmitteln und Gütern resultiere in einer eklatanten Negation der Materialität von Müll. Eine solch „negative innere Einstellung gegenüber Müll führt zum praktischen Impuls diesen zu ‘eliminieren’“ (ebd.: 25) – und zwar durch „den Imperativ und die Techniken der Entsorgung“ (ebd.). „Müll, wie jegliche Form von Materie, kann jedoch nicht zum Verschwinden gebracht werden, womit als nächst Bestes das außer Sicht bringen verbleibt“ (ebd.). In genau diesem Zusammenhang verweisen Nicky Gregson und Mike Crang auf die dematerialisierenden Effekte der Governance des ‘Müllproblems’ im Sinne eines Managements von Müll entlang von Entsorgungs-Mentalitäten und Entsorgungs-Technologien – „prinzipiell die bewährten der Verbrennung und der Deponierung“ (2010: 1026). Dieser

2 Sämtliche Zitate aus englischsprachigen Schriften, für die keine deutsche Übersetzung vorliegt, wurden vom Verfasser übersetzt.

Imperativ der *Entsorgbarkeit*³ ist fest in den „systemischen Ursachen von Müll im Kapitalismus“ (Gille 2007: 31) verwurzelt und fungiert deshalb als Leitmotiv der folgenden Beschreibung gesellschaftlicher Müllverhältnisse in Bangalore.

3. Gesellschaftliche Müllverhältnisse in Indien

Die Phase der politischen und ökonomischen Liberalisierung der 1980er Jahre und der Strukturanpassungsprogramme der 1990er Jahre stellt einen bedeutenden Einschnitt in der postkolonialen Geschichte Indiens dar und bildet einen adäquaten zeitlichen Horizont, um die Konturen gesellschaftlicher Müllverhältnisse des Landes darzulegen (Gill 2009: 4). Ab Mitte der 1970er Jahren geriet der indische Entwicklungsstaat in eine tiefe Krise. Dies führte einerseits zu einer Öffnung der politischen Landschaft, bei der Dezentralisierungsprozesse lokaler Regierungs- und Verwaltungsebenen (Chamaraj/Rao 2006) sowie intensivierte legale Mechanismen der ‘Bürger*innenbeteiligung’ – insbesondere in Form von *Public Interest Litigations* (PILs) beim *High Court* und *Supreme Court* – vor allem auf eine aufstrebende bürgerliche Mittelklasse abzielten (Véron 2006: 2103ff). Andererseits wurde die folgende wirtschaftspolitische Wende, Marktöffnung und die daraufhin einsetzende ökonomische Wachstumsphase von diesen politischen Umbrüchen vorbereitet, eingeleitet und seitdem begleitet. Die Auswirkungen dieser ökonomischen Wachstumsphase waren und sind sozial und räumlich höchst ungleich verteilt. Eine der im städtischen Raum sichtbarsten Folgen war die gesteigerte Kaufkraft einer neuen städtischen Mittelklasse, die mit der Einführung von Gütern des Massenkonsums einherging und zu einem rapiden Anstieg synthetischer Verpackungsmaterialien und biologisch nicht abbaubarer Abfälle führte (Gill 2009: 9ff).⁴ Die mangelnde staatliche Regulierung des aufkommenden ‘Müllproblems’ wurde ab den 1990er Jahren von einem zivilgesellschaftlichen Umweltaktivismus der Mittel- und Oberklasse aufgegriffen, dessen anfängliche Ausrichtung auf die effiziente Sammlung und Entsorgung städtischen Mülls jedoch oftmals einen ausgeprägten *anti-poor*-Einschlag auf Sauberkeit und Hygiene aufwies (Gill 2009: 191ff). Erst nach einer erfolgreichen PIL am indischen *Supreme Court* wurde mit den im September 2000 beschlossenen *Municipal*

3 Der Begriff der ‘Entsorgbarkeit’ ist vom Englischen Begriff *disposability* abgeleitet, wie er von Henry Giroux (2006) verwendet wurde, um einen expliziten Verweis zu dessen „biopolitics of disposability“ herzustellen.

4 So ist zum Beispiel der Plastikanteil am gesamten Siedlungsabfallaufkommen Indiens zwischen 1971 und 1995 von 0,7 % auf 4 % und der durchschnittliche Plastikverbrauch pro Kopf zwischen 1990/1991 und 2000/2001 von 0,8 auf 3,2 kg gestiegen (Mutha et al. 2006: 223).

Solid Waste (Management and Handling) Rules ein verbindliches nationales Rahmenwerk eingeführt.

Auf Grund des enorm gesteigerten Müllaufkommens und der Unzulänglichkeit öffentlicher Abfallhandhabung gehörte Müll zu den wenigen im urbanen Raum leicht verfügbaren Dingen. Diese Situation ermöglichte es, dass eine bedeutende Nischenökonomie in Form eines informalisierten sowie höchst ausdifferenzierten und komplexen Recyclingsektors entstand. Dieser kompensierte einerseits durch die Sammlung und Behandlung von großen Mengen städtischen Abfalls die Unzulänglichkeit der öffentlichen Handhabung des 'Müllproblems'. Indem er auf weitaus ältere Traditionen des Recyclings aufbaute, trug er andererseits wesentlich dazu bei, die ungleich verteilten gesellschaftlichen Kosten der Marktöffnung und des folgenden ökonomischen 'Booms' der 1990er Jahre aufzufangen (Gill 2009: 10, 14; Furedy 1994: 88ff). Dieser informalisierte Recyclingsektor setzt sich vor allem aus Menschen zusammen, die aus verschiedensten Gründen, insbesondere aber aufgrund aussichtsloser Arbeits- und Lebensumstände, aus ländlichen Regionen in die Städte wanderten und dort vielfach mit sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und politischer Entmündigung konfrontiert wurden (Gill 2009: 14f). Bei den Aktivitäten des informalisierten Recyclingsektors handelt es sich um eine leicht zugängliche und niederschwellige selbstorganisierte Arbeit, die gleichzeitig höchst ausdifferenziert und anforderungsreich ist. Dies liegt an der Komplexität der involvierten Abfallmaterialien wie auch an der ähnlich komplexen sozialen Organisation des informalisierten Recyclingsektors. Dabei wirken Differenzierungen und Hierarchien entlang von Grenzen geografischer Herkunft, Kastenzugehörigkeit, Religion und Geschlecht sowie entlang von räumlichen Ordnungsmustern (innerhalb der Stadt). Außerdem handelt es sich im Hinblick auf verschiedene Müllfraktionen und deren Wertschöpfungsketten um einen sehr spezialisierten gesellschaftlichen Zusammenhang (ebd. 83ff, 154ff). Die Strukturen und Dynamiken des informalisierten Recyclingmarktes sind dabei von einer Vielzahl an Zwischenhändler*innen gezeichnet, deren Wertschöpfungsketten zu einem hohen Ausmaß von ökonomischen Skaleneffekten geprägt werden. Daher steigen die Gewinnspannen mit der Menge der gehandelten Recyclingmaterialien enorm an, was zu äußerst ungleichen Austauschverhältnissen für den größten und marginalisiertesten Teil der involvierten Akteur*innen führt (ebd. 105ff).

4. Bangalores metropolitaner Müll

Bangalore ist die Hauptstadt des Bundesstaats Karnataka im Süden Indiens und eine der am schnellsten wachsenden Metropolen Südasiens – sowohl in Hinblick auf die städtische Bevölkerung als auch in Bezug auf die räumliche Ausdehnung

der Stadt. Ab den 1940er und 50er Jahren, und insbesondere mit den 1970er Jahren avancierte Bangalore zum Zentrum des öffentlichen Sektors, der staatlichen Industrie und der an diese gekoppelten öffentlichen Forschungseinrichtungen (Nair 2008: 81f). Die Krise des Entwicklungsstaats und die ökonomische Liberalisierung in den 1980er Jahren führten dazu, dass der öffentliche gegenüber dem privaten Sektor langsam, aber stetig an Bedeutung verlor. Letzterer wurde zur maßgeblichen ökonomischen Macht der Stadt, die sich zunehmend in eine Metropole verwandelte. Während bereits der öffentliche Sektor auf die informalisierte Arbeit von Zulieferindustrien angewiesen war, wuchs deren Anteil im Zuge der Liberalisierung der 1980er Jahren weiter stark an und stellte 1991 nicht weniger als 69 % (Nair 2008: 85) der städtischen Arbeitskraft dar. Anfangs von privater Bekleidungsindustrie und der Produktion elektronischer Konsumgüter getragen, führte die jüngste Phase der Industrialisierung zum Aufstieg der IT-Industrie, IT-basierter Dienstleistungen und der Biotechnologie-Industrie (BT) als *New Economy* (ebd.: 19, 83ff). Diese Verschiebung ökonomischer Macht bedingte veränderte Produktionsmuster, korrespondierte mit neuen Konsum- und Lebensweisen und spiegelte sich auf eigentümliche Weise in der gesellschaftlichen Handhabung von Müll wider.

Die intensivierte und zunehmend komplexere Produktion von Müll machte auch vor Bangalore nicht halt. Das Müllaufkommen der Stadt belief sich 1998 inklusiver aller Industrieabfälle auf 3.613 t/tag, wovon 43% biologisch abbaubar und 36% recyclingfähige Materialien waren (Beukering et al. 1999: 17). Die öffentliche Abfallentsorgung beschränkte sich weitgehend auf die Straßenreinigung durch sogenannte *Pourakarmikas* ('städtische Arbeiter*innen'), die Sammlung des städtischen Mülls in Abfallcontainern und dessen Abtransport zur 'Entsorgung'. Während 245 t/tag städtischer Müll entweder willkürlich verbrannt oder entsorgt wurden, noch bevor sie die städtische Abfallentsorgung erreichten, wurden weitere 939 t/tag des öffentlich gesammelten Mülls unkontrolliert auf freien Flächen oder entlang von Straßen an den Stadtgrenzen deponiert (Beukering et al. 1999: 20f). Dem gegenüber stand die Wiedergewinnung von 1.450 t/tag an Recyclingmaterialien durch einen enormen und großteils informalisierten Recyclingsektor⁵, der gemeinsam mit den Wiederverwertungstraditionen privater Haushalte und Industrien für die Wiedergewinnung von etwa 40% des städtischen Abfalls verantwortlich war (ebd.: 22). Würden die kompostierten organischen Abfälle ebenso in diese Rechnung inkludiert, dann hätte der Anteil

5 Dieser informalisierte Recyclingsektor bestand aus geschätzten 25.000 Müllsammler*innen (die um die 312 t/tag bergen konnten), 3.000 bis 4.000 von Haushalt zu Haushalt ziehenden Abfallankäufer*innen, sowie ca. 800 kleinen und 100 großen Recyclinghändler*innen (Beukering et al. 1999: 22, 34; Furedy 1994: 93).

wieder gewonnener Materialien bei 66% gelegen (Beukering et al. 1999: 20, 22f; Furedy 1994: 92f). Entsprechend vermerkte Christine Furedy Mitte der 1990er Jahre, dass “nicht alle indischen Städte derart umfassende Wiedergewinnungs- und Recyclingkapazitäten haben wie Bangalore“ (1994: 98).

Direkt in die Handhabung städtischer Abfälle eingebunden waren ein umfangreicher informalisierter Recyclingsektor und eine lebhafte Szene müllspezifischer NGOs sowie kleinteilige und lokale abfallwirtschaftliche Projekte und Initiativen. Sie agierten neben und jenseits der formalen ‘Entsorgungsarbeit’ der städtischen Behörden, die das ‘Müllproblem’ insbesondere über die Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Entsorgungsaufträge an private Dienstleistungs-Unternehmen in den Griff bekommen wollten – in der Annahme von Einsparungspotentialen und erhöhter Effizienz (RoyChoudhury 2002). Das war auch der Ursprung des als ‘Mafia’ verschrienen lokalen *Contractor*-Systems von Dienstleistungsunternehmen in der öffentlichen Abfallentsorgung (Ramani 2012). Deren klientelistische Verstrickung mit lokalen Politiker*innen führte zur Unterschlagung und zum Missbrauch öffentlicher Gelder und beeinträchtigte nachhaltig die politische Steuerung des ‘Müllproblems’ sowie dessen technokratisches ‘Risikomanagement’. Dem gegenüber beschäftigte sich eine Reihe von Aktivist*innen und NGOs bereits seit den 1980er Jahren mit Fragen der nachhaltigen Handhabung des städtischen Mülls (Rosario 1994). Auf Basis der getrennten Sammlung der Müllfraktionen von *Wet* (organisch) and *Dry* (recyclingfähig) experimentierten die lokalen und kleinteiligen Abfallwirtschaftsinitiativen und -projekte mit dezentralisierten Recyclingschemen und verschiedenen Kompostierungsmethoden. Während einige davon die städtische „Entsorgungsarbeit“ (ebd.) lediglich zu komplementieren versuchten, organisierten sich mit *Swabhimana* – einer 1995 gestarteten Initiative „für ein saubereres, grüneres und sichereres Bangalore“ (Nair 2008: 114) – Bürger*innen „gegen das Versagen lokaler Regierungsebenen“ (ebd.) und delegierten die Überwachung des öffentlichen Müllsammeldienstes an Nachbarschaftsassoziationen. Der wesentliche Beitrag des informalisierten Recyclingsektors wurde dabei weder bei den Überlegungen dieser zivilgesellschaftlichen Projekte noch bei jenen der öffentlichen Behörden beachtet (Furedy 1994).

Bereits seit den 1990er Jahren führten die Negation der gesteigerten und zunehmend komplexeren Produktion von Müll sowie die vergleichsweise frühe Privatisierung öffentlicher Entsorgungsaufgaben zu einer spezifischen Form der ‘Entsorgbarkeit’ in der öffentlichen Handhabung von Müll. Es gibt zahllose Beispiele für die sozial-ökologische Gleichgültigkeit der *Contractors*-‘Mafia’: die Fälschung von Tankrechnungen und die Reduktion von Transportkosten durch die frühest mögliche Entladung des städtischen Mülls entlang von Ausfallstraßen ebenso wie die Einsparung von Arbeitskosten durch die arbeitsrechtswidrige Ausbeutung von Müllarbeiter*innen (Afshan 2005). Dadurch kam es zu einer

signifikanten Zunahme des Anteils unkontrolliert deponierter Abfälle. Der damit verdeutlichte Imperativ der 'Entsorgbarkeit' wurde von einer vielzähligen informierten Arbeiter*innenschaft konterkariert, die versuchte im urbanen Raum zu überleben, indem sie die negierte Materialität von Müll als Ressource und Recyclingmaterial adressierte und bearbeitete. Eine lebhafte Szene zivilgesellschaftlicher Abfallwirtschaftsinitiativen trug zusätzlich zur Entschärfung der Situation bei. Deren politische Voreingenommenheit, die das Müllproblem auf die Sauberkeit ihrer Wohnviertel und die Kritik an der Unzulänglichkeit der öffentlichen 'Entsorgungsarbeit' eingrenzte, unterfütterte jedoch gleichzeitig einen wesentlichen Aspekt der 'Entsorgbarkeit' – nämlich die ignorante Haltung gegenüber der sozialen und ökologischen Bedeutung des informierten Recyclingsektors.

5. Private Partnerschaften der öffentlichen 'Entsorgbarkeit'

Ab den 2000er Jahren kam es in Bangalore zu weitreichenden Veränderungen des institutionellen Gefüges sowie von Politikformen insgesamt. Dieser Prozess markierte laut Asha Ghosh (2005) und Michael Goldman (2011) eine zweite Generation neoliberaler urbaner Reformpolitiken, die den veränderten politökonomischen Kräfteverhältnisse zugunsten einer *New Economy* Rechnung trug. Dieser war wiederum mit einem globalen Phänomen aufkommender Masterplan-Agenden zur Schaffung von *World Cities* (Goldman 2011: 562ff) verbunden. Ein erster konkreter Ausdruck der geänderten politökonomischen Kräfteverhältnisse und der damit einhergehenden zweiten Generation neoliberaler urbaner Reform- und Privatisierungspolitik war die 1999 ins Leben gerufene *Bangalore Agenda Task Force* (BATF). Dieses Experiment einer *Public-Private Partnership* (PPP) stellt einen neuen institutionellen Mechanismus und eine neue Form der Regierung dar, die eine Politik gewählter Repräsentation und demokratischer Entscheidungsfindung durch die direkte Zusammenarbeit mit (para-)staatlichen Behörden umgeht. Dadurch wurden die Partizipationsansprüche urbaner Eliten sowie die Machtambitionen der *New Economy* entlang einer äußerst selektiven Konzeption städtischer 'Stakeholder' verwirklicht (Chamaraj/Rao 2006: 103f; Nair 2008; Goldman 2011).

Wenngleich das 'Müllproblem' innerhalb der BATF nur nachrangig blieb, darf dessen symbolische Bedeutung für das präsentierte Leitbild einer „sauberen und effizienten“ (Ghosh 2005: 4921) *Weltklasse*-Metropole und die daraus geschöpfte öffentliche Legitimation nicht unterschätzt werden. Angesichts einer augenfälligen Zunahme der entlang der städtischen Peripherie deponierten Siedlungsabfälle auf ca. 1.700 t/tag (NSWAI 2001; Lakshmi Kantha 2006: 641, 645)

gab es auch einen sehr materiellen und unmittelbaren Bedarf, die Handhabung des städtischen Mülls zu überdenken. Die gemeinsam mit BMP ('Bangalore City Corporation' – der Stadtverwaltung) gestartete Abfallentsorgungsinitiative *Swachha Bangalore* ('Clean Bangalore') war jedoch abermals lediglich auf die engen Ziele der Sauberkeit und der Müllbeseitigung gerichtet, beschränkte sich also auf den Sammlungsaspekt der öffentlichen Entsorgungsaufgaben. BATFs bedeutendster Beitrag zur 'Modernisierung' der Handhabung des städtischen Mülls bestand in der schrittweisen Implementierung eines Haus-zu-Haus Müllsammeldienstes, der das bestehende – wenngleich dysfunktionale und überlastete – Netzwerk an Müllsammelpunkten (zementierte offene Abfallbehälter) ersetzen sollte. Demgegenüber stellten die Sammlung (bzw. der Ankauf) von Recyclingmaterialien direkt bei den einzelnen Haushalten sowie die Wiedergewinnung hochwertigen Mülls aus öffentlichen Abfallbehältern zwei zentrale Zugänge des informisierten Recyclingsektors dar, die durch diese Initiative massiv erschwert und eingeschränkt wurden. Die Zurückdrängung des informisierten Recyclingsektors wurde durch die fortschreitende Privatisierung⁶ öffentlicher Entsorgungsaufgaben zusätzlich intensiviert. Beides trieb die Menge des der 'Entsorgung' zugeführten Abfalls in die Höhe und angesichts fehlender zentraler Kapazitäten zur kontrollierten Behandlung und Deponierung des städtischen Mülls führte dies zu massiven Umweltbelastungen an den Stadtgrenzen.

Angesichts eines Anteils von 32% Recyclingmaterialien und bis zu 60% biologisch abbaubarer Abfälle⁷ innerhalb des städtischen Abfallaufkommens (NSWAI 2001) bezeugt das Vorgehen der BATF eine folgenreiche Negation der Materialität von Müll. Der Grund für *Swachha Bangalores* Versäumnis getrennte Sammlung und Recycling zu forcieren, war dessen Ignoranz gegenüber all jenen Strukturen und Akteur*innen, die sich bereits seit langen Jahren mit Mülltrennung und Recycling beschäftigten: Die vielen dezentralisierten und kleinteiligen lokalen Initiativen und Projekte auf Stadtteil-Ebene, implementiert und betrieben von nachbarschaftsbasierten Initiativen und NGOs, und insbesondere die unterschiedlichen Akteur*innen des informisierten Recyclingsektors:

„Die BATF hat praktisch kein Interesse an der Förderung formaler dezentralisierter Institutionen und Strukturen auf Bezirksebene (...) gezeigt, welche größere Beteiligung der Bürger[*innen; Anm. NiS] sowie Transparenz und Rechenschaft des BMP gegenüber den Bürgern[*innen; Anm. NiS] in deren lokalen Umfeld ermöglichen würden. (...) Die

6 Waren zur Jahrtausendwende ca. 53% der öffentlichen Abfallentsorgung ausgelagert, stieg dieser Anteil bis 2003 auf ca. 83% (vgl. Afshan 2005).

7 Insbesondere hohe Anteile organischer Abfälle beeinflussen die Reaktivität und biophysischen Eigenschaften gemischter Müllströme sehr stark, implizieren dabei ernsthafte Gesundheits- und Umweltrisiken und müssen deshalb auch in 'modernsten' Entsorgungsanlagen aussortiert werden (Furedy 1994: 91f, 100f).

BATF war selbst bei ihrer Beschäftigung mit Swachha Bangalore nur daran interessiert, den Müll irgendetwie von den Straßen verschwinden zu sehen, zeigte jedoch kein Interesse daran, dass sich das BMP mit den sozialen Aspekten der Abfallhandhabung beschäftigt, wie z.B. mit den Löhnen und Arbeitsbedingungen der ausgelagerten Pourakarmikas – des städtischen Straßenreinigungspersonals.“ (Chamaraj/Rao 2006: 104f)

Dass derartige soziale Aspekte selbst in der formalen öffentlichen Abfallentsorgung mehr als augenscheinlich waren, zeigte ab November 2001 ein monatelanger Streik jener *Pourakarmikas*, die in private Entsorgungsdienstleistungsunternehmen ausgelagert worden waren. Die BATF war jedoch zu beschäftigt, um sich mit den katastrophalen Arbeitsbedingungen der ausgelagerten *Pourakarmikas* näher zu befassen.

Es kam zu einer Welle öffentlicher Kritik an der BATF, insbesondere daran, dass diese das Problem der Armut ignoriert und eine Hintertür zur direkten Beeinflussung der Regierung durch Akteur*innen der *New Economy* geöffnet hatte, so dass sie 2004, kurz nach dem nächsten Regierungswechsel, ihre offizielle Tätigkeit einstellte (Nair 2008: 334ff; Goldman 2011: 240). Die Mitglieder der *Taskforce* hatten bis zu ihrem Ende jedoch bereits ein „kollaboratives Gefüge“ (Ghosh 2005: 4921) zugehöriger Organisationen und institutioneller Mechanismen sowie Zugänge in die Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie entwickelt, welche es ihnen ermöglichten, die Institutionalisierung bestimmter neoliberaler urbaner Reformprojekte auf nationaler Ebene fortzusetzen – insbesondere im Zuge der 2005 eingeführten *Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission* (JnNURM) (ebd.: 4920f; Goldman 2011: 562ff). JnNURM brachte jene finanziellen Mittel auf, die notwendig waren, um die ‘Modernisierung’ der öffentlichen Abfallhandhabung in Bangalore in den ursprünglich geplanten technologie- und kapitalintensiven Formen, und damit nach westlichem Vorbild, zu verwirklichen. Das Muster dieses Modernisierungsansatzes ist ausführlich in den *City Development Plans for Bangalore* (CDP 2006) dokumentiert – strategische ‘Masterpläne’ der Stadtentwicklung, die als verbindliche Voraussetzung für den Zugang zu JnNURM fungierten. Dessen grundlegende Ausrichtung auf „substantielle Investitionen in Abfallbehandlungs- und Entsorgungsanlagen“ (ebd.: 82) – insbesondere die Entwicklung von *Waste-to-Energy*-Anlagen und kontrollierten Deponien (ebd.: 78f) – markiert den Einzug „schwerer Technologie“ (Furedy 1994: 87) in die urbane Abfallwirtschaftsstrategie. Das dafür vorgesehene Budget unter JnNURM umfasste allein für Bangalore Kapitalinvestitionen im Ausmaß von 8 Mia. Rupees (rund 141 Mio. Euro). Der darin eingeschriebene Imperativ der *Cost Recovery* durch die Ausrichtung auf „private Beteiligungen“ (CDP 2006: 85) in allen Segmenten der öffentlichen Abfallhandhabung verkündete bekannte Muster. Bei der Entwicklung „technologisch ausgereifter kontrollierter Mülldeponien“ wurden dafür *Build-Operate-Transfer* (BOT)-Konzessionen anvisiert.

Die zwei größten offiziellen Deponien der Metropole wurden seit 2007 im Rahmen eben dieser BOT-Konzessionen von Ramky – einem indischen börsennotierten Großunternehmen – in Mavallipura und von SGRR Ltd. in Mandur errichtet. Ramky erhielt öffentliches Land und öffentliche Mittel für Infrastrukturinvestitionen in die Behandlungs- und Deponieanlage in Mavallipura ebenso wie die Berechtigung, zusätzlich Deponiegebühren einzuheben. Bis 2012 war jedoch nur ein Bruchteil der vereinbarten Anlagen für die Abfallbehandlung und Entsorgung in Betrieb (ESG 2012a). Über mehrere Jahre wurde der dort ankommende städtische Müll unsortiert, unbehandelt und unüberwacht in einer gewaltigen Grube deponiert und das entstandene Sickerwasser in die umliegenden Gewässer abgeleitet (ESG 2010: 19), und zwar mit schwerwiegenden Folgen für umliegende Dorfgemeinschaften. Dieses Muster wiederholte sich bei der Zusammenarbeit mit SGRR Ltd. in Mandur für die Errichtung von Verarbeitungs-, Behandlungs- und Entsorgungsanlagen – einschließlich hochgestochener *Waste to Energy*-Pläne. Auch hier hat sich das Unternehmen mit kaum mehr als der unbehandelten Deponierung des ankommenden städtischen Mülls beschäftigt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die jüngsten neoliberalen urbanen Reformprojekte nicht nur die Praktiken der *Contractors*-‘Mafia’ gestärkt, sondern insgesamt die damit gekoppelten Formen der ‘Entsorgbarkeit’ intensiviert haben. Dies geschah durch die Einführung eines privatisierten Haus-zu-Haus Müllsammelndienstes und die korruptionsanfällige Durchsetzung westlicher Modelle der Deponiebewirtschaftung und energetischen Verwertung in der Abfallentsorgung. Angesichts der auf ‘Sauberkeit’ ausgerichteten „urbanen Mittelklasse-Ästhetik“ (Goldman 2011: 563) der *World City* Masterplan-Agenda und des damit einhergehenden *anti-poor* Einschlages liegt es auf der Hand, dass die Inklusion des informalisierten Recyclingsektors in die abfallwirtschaftlichen Modernisierungspläne nicht nur nicht in Erwägung gezogen wurde, sondern informalisierte Müllsammler*innen und Müllhändler*innen implizit und explizit zum Störfaktor erklärt wurden (vgl. Ghosh 2005: 4917). Abweichende Vorstellungen kleinteiliger nachbarschaftsbasierter und zivilgesellschaftlicher Abfallwirtschaftsinitiativen fanden auf Grund der Dominanz kapital- und technologieintensiver Visionen weder Raum noch Mittel. Die damit einhergehenden (dominanten) sozialen und räumlichen Praktiken der Klassifizierung und Verdrängung (Gille 2007: 20ff) führten zur unkontrollierten Anhäufung und materiellen Metamorphose von Müll in den vielfältigen Randbereichen der sich entfaltenden Metropole – insbesondere entlang der städtischen Peripherie, wo der urbane Müll seinen „negativen Gebrauchswert“ (ebd. 25) durch die ernsthafte Kontamination der lokalen Umwelt zeitigte. Gleichzeitig zeichnete sich allerdings von Seiten ökonomisch und politisch mächtiger privatwirtschaftliche Akteur*innen ein gesteigertes Interesse an der Inwertsetzung von Abfallmaterialien ab. Deren Zugriff auf hochwertige

Recyclingmaterialien – etwa Altpapier für die eigenen Papierfabriken im Falle des indischen Großunternehmens ITCs (Chengappa 2013: 8) – spitzte die harte Konkurrenz am Recyclingmarkt weiter zu und beschleunigte die Verdrängung des informalierten Recyclingsektors. Im Zusammenspiel mit ökonomisch orientierten zivilgesellschaftlichen Organisationen gerieten diese Interessen aber auch tendenziell in Widerspruch zur Intensivierung vorherrschender Muster privatisierter ‘Entsorgbarkeit’.

6. Von der *Garbage Crisis* zur *Grünen Ökonomie* des Mülls

„... waste proliferates (...), the waste disposed of comes back to haunt us in newer forms and ever-greater quantities.“
Gille 2007: 25

Nachdem erste Alarmrufe über eine *Garbage Crisis* laut geworden waren, eskalierte die Situation der öffentlichen Abfallentsorgung in Bangalore ab Juli 2012 derart, dass der amtierende *Commissioner* des BBMP⁸ – das bürokratische Gegenüber des Bürgermeisters –, M.K. Shankaralinge Gowda, am 28. August 2012 zurück trat (The Hindu, 29.8.2012). Zu diesem Zeitpunkt produzierte die Metropole geschätzte 5.000t Müll am Tag (UN-Habitat 2010: 53). Hauptauslöser dieser Krise war der lokale Widerstand gegen die jahrelange unkontrollierte Entsorgung völlig unbehandelten städtischen Mülls in Mavallipura und Mandur sowie ein gleichzeitig abgehaltener Streik der *Pourakarmikas*.

Krise am ‘Entsorgungs’-Ende metropolitaner Müllströme

In Mavallipura, dessen lokale Bevölkerung mehrheitlich den *Scheduled Castes & Tribes*⁹ angehört, reichten die skrupellosen Praktiken der metropolitanen Abfallentsorgung bis lange vor Ramkys Deponie zurück. Die über viele Jahre völlig unkontrollierte Deponierung von täglich bis zu tausend Tonnen unbehandelten städtischen Mülls führte zur ernsthaften Kontamination lokaler Grundwasserreservoirs, der umliegenden landwirtschaftlichen Anbauflächen und der Luft (ESG 2010: 5ff, 23ff) – genauestens dokumentiert von der *Environmental Support Group* (ESG). Die dadurch verursachten schwerwiegenden und teils tödlichen Erkrankungen unter der lokalen Dorfbevölkerung (ebd.) hatten schon

8 BBMP steht für *Bruhat Bengaluru Mahanagara Palike* (Greater Bangalore City Corporation), die öffentliche Körperschaft der Metropole Bangalore.

9 Eine bedeutende staatliche Kategorisierung marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen, welche für die Verteilung von Quoten und staatlichen Begünstigungen herangezogen wird.

seit vielen Jahren zu Protesten geführt. Nachdem die hochtoxische Umwelt von Mavallipura zwei weitere Todesopfer gefordert hatte, gipfelten die Proteste im Juli 2012 in der Blockade jeder weiteren 'Entsorgung' städtischen Mülls (ESG 2012a) und der Schließung von Ramkys Deponie durch den *Karnataka State Pollution Control Board* (KSPCB 2012). In der Folge musste der größte Teil des für die 'Entsorgung' bestimmten Mülls der Metropole zu den verbleibenden Deponien in Mandur umgeleitet werden und löste auch dort lokale Proteste und Ende August die Blockade aller Zugangsstraßen aus (The Hindu, 28.8.2012).

Damit blieb Bangalore mitten in der Festivalsaison für Wochen ohne einen Ort zur Entsorgung des städtischen Mülls, was zu wachsenden Müllbergen in den Straßen und endlosen Reihen voll beladener Müllfahrzeuge entlang der Ausfallstraßen führte. Bereits einige Tage vor der Blockade Mandurs hatten die Regierung Karnatakas und das BBMP mit der Ankündigung aufhören lassen, die Deponie in Mavallipura entgegen der Weisung des KSPCB wieder in Betrieb zu nehmen (Times of India, 24.8.2012) und mit einer *Waste to Energy*-Anlage aufzurüsten, um mit der 'Müllkrise' und den dort angesammelten Bergen unbehandelten Mülls fertig zu werden (The Hindu, 26.8.2012; ESG 2012b). Diese Meldung löste weitere Proteste aus und provozierte die erste gemeinsame Stellungnahme einer breiten Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen, repräsentiert durch ESG, *Saahas*, den SWMRT und *Hasirudala* (Times of India, 24.8.2012). Diese kritisierten die offizielle Krisenrhetorik als Instrument zur Legitimierung und Durchsetzung der fortgesetzten Abladung von Bangalores 'toxischem Erbe' bei anliegenden Dorfgemeinschaften, während die 'Müllkrise' eigentlich im „systematischen Versagen des BBMP“ selbst und Ramkys „krimineller Missachtung anzuwendender Standards, Normen und Gesetze“ (ESG 2012c) begründet sei. Diese „Krisenmentalität“ würde einige wenige Unternehmen dazu ermächtigen „aggressiv Waste-to-Energy (WTE) Projekte voranzutreiben“ (ebd.), obgleich diese für die Bewältigung der städtischen Müllströme unzulänglich und in Konflikt mit den vom *Supreme Court of India* dargelegten gesetzlichen Richtlinien seien. Stattdessen forderte die gemeinsame Stellungnahme Großerzeuger*innen von Müll die hauseigene Trennung und Kompostierung ihres Mülls vorzuschreiben, verpflichtende Mülltrennung und getrennte Sammlung auf Stadtebene einzuführen und Müllsammler*innen „auf menschliche Art und Weise in die dezentralisierte Handhabung von Siedlungsabfällen zu integrieren“ (ebd.).

Die Politisierung von Bangalores *Garbage Crisis*

Woher kam diese breite Allianz einer müllspezifischen Zivilgesellschaft und wie konnte die Politisierung der 'Müllkrise' gelingen? Seit 2009 entstand der *Solid Waste Management Round Table* (SWMRT), und bereits in den Jahren

davor war die zivilgesellschaftliche Szene um eine Reihe von Organisationen angewachsen. Gleichzeitig begannen einige davon, allen voran *Saabas*¹⁰, abfallwirtschaftliche Dienstleistungen für Großerzeuger*innen von Müll – wie Unternehmen, Institutionen oder Apartmentkomplexe – anzubieten. Mit der Intention Mülltrennung, getrennte Sammlung und Recycling auf Stadtebene einzuführen, begann der SWMRT durch Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying und juristischen Aktivismus mit zunehmendem Erfolg die Stadtpolitik strategisch zu beeinflussen (Chengappa 2013: 3). Das Programm des SWMRT war die Dezentralisierung der städtischen Abfallhandhabung durch die Einführung eines Netzwerks an *Dry Waste Collection Centers* (DWCCs) namens *Kartavya*. Diese sollten von privaten Dienstleistungsunternehmen oder NGOs betrieben werden und dadurch die stadtweite Implementierung von getrennter Sammlung und Recycling ermöglichen (Janaagraha o.J.) – wofür die *Contractors*-‘Mafia’ als zentrales Hindernis angesehen wurde.

Während der informalisierte Recyclingsektor in den Überlegungen des SWMRT anfangs keine große Rolle gespielt hatte, stellten sich dessen Recyclingaktivitäten als anschlussfähig an das Programm einer dezentralisierten Abfallwirtschaft heraus (ebd.). Deshalb wurde die Integration des informalisierten Recyclingsektors in den Betrieb der *Kartavyas* angeregt (Chengappa 2013: 3), um so eine „formale Plattform für die Beschäftigung von Müllsammler*innen unter sicheren Arbeitsbedingungen zu schaffen“ (Janaagraha o.J.). Damit wurde der Weg für den Aufbau eines Unterstützungsnetzwerks für marginalisierte Akteur*innen des informalisierten Recyclingsektors geebnet, welches sich 2011 unter dem Namen *Hasirudala* als deren mitgliedsbasierte Vertretungsorganisation etablierte (Chengappa 2013: 1ff). *Hasirudala* konnte der Stadtverwaltung veranschaulichen, wie groß der unbezahlte Beitrag des informalisierten Recyclingsektors zur städtischen Abfallentsorgung¹¹, sowie die dadurch täglich eingesparten öffentlichen Mittel waren. Damit wurde die offizielle Anerkennung des informalisierten Recyclingsektors durch die Stadtregierung und Verwaltung erreicht: Das BBMP willigte als erste Stadtverwaltung Indiens ein, offizielle *ID-Cards* für alle Müllsammler*innen und kleinen Abfallhändler*innen der Stadt auszuhändigen (ebd. 4f). *Hasirudala* profitierte dabei von den guten Beziehungen des etablierten SWMRT zu Politik, Verwaltung und Justiz und erhielt die Erlaubnis für den Betrieb von drei neu eröffneten *Kartavyas* durch das BBMP.

10 *Saabas* hat sich 2010 in eine NGO und ein privates Dienstleistungsunternehmen aufgespalten und damit den Übergang zum Dienstleistungsmodell und finanzieller Rentabilität in der Abfallwirtschaft vorweg genommen.

11 Ca. 15% des gesamten städtischen Müllaufkommens werden weiterhin vom informalisierten Recycling-Sektor bearbeitet (vgl. UN-Habitat 2010: 53).

Umgekehrt wurde das Programm zur Dezentralisierung der städtischen Abfallhandhabung stadtpolitisch besser verankert und inhaltlich bereichert, indem man den informalisierten Recyclingsektor berücksichtigte, dessen Existenz die ökonomische Rentabilität von Recyclingaktivitäten belegte. Es zeigte sich aber auch, dass die privatwirtschaftliche Verwertung des städtischen Mülls nur dann sozial verträglich zu gestalten ist, wenn sie ausreichend subventioniert wird.

Die im SWMRT aktiven Organisationen sind auf verschiedenen Ebenen aktiv geworden – von konkreten abfallwirtschaftlichen Initiativen und Projekten auf lokaler Ebene bis zu Lobbying, rechtlichen Kämpfen und Öffentlichkeitsarbeit auf stadtpolitischer und bundesstaatlicher Ebene. Sie weisen dabei jedoch keineswegs einheitliche Positionen auf, sondern repräsentieren eine ganze Bandbreite an Zugängen zur ‘Müllproblematik’ und stehen bis zu einem gewissen Grad in Konkurrenz zueinander (insbesondere um *Kartavyas* und abfallwirtschaftliche Dienstleistungsaufträge). Mit der Zuspitzung der Situation in Mavallipura erkannten die Organisationen um den SWMRT und *Hasirudala* die Gelegenheit für eine wesentlich nachhaltigere Umstrukturierung städtischer Abfallhandhabung und bildeten eine strategische Allianz mit der *Environmental Support Group*. Dadurch wird deutlich, dass die Politisierung des ‘Müllproblems’ von einer breiten Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem kontinuierlichen Widerstand marginalisierter Gesellschaftsgruppen gegen die Kontamination ihrer peri-urbanen Umwelt langwierig vorbereitet wurde. Diese breite zivilgesellschaftliche Allianz verhalf der *Garbage Crisis* zu ihrer politischen Dimension und Reichweite, und konnte in Folge Einfluss auf das Krisenmanagement und die politische Neuregelung der öffentlichen Abfallwirtschaft durch die Stadtregierung und -Verwaltung ausüben.

Das Management und die Politik der Müllkrise

Als der Widerstand in Mavallipura in der Blockade von Ramkys Deponie gipfelte, wurde von einer Aktivistin aus dem Umfeld des SWMRT eine erste *Public Interest Litigation* (PIL) beim *High Court of Karnataka* eingereicht, um gegen die Entsorgung unbehandelten städtischen Mülls durch das BBMP in Mavallipura zu protestieren und die Trennung und adäquate Behandlung von Müll in Bangalore einzufordern (The Hindu, 1.8.2012). Mit der sich zuspitzenden *Garbage Crisis* wurden drei weitere PILs eingereicht: Eine davon durch die *Contractors-‘Mafia’*, um gegen die frühzeitige Neuausschreibung öffentlicher Entsorgungsaufträge durch das BBMP vorzugehen, sowie eine aus dem Umfeld von *Hasirudala*, um die unzureichende Anerkennung und Integration des informalisierten Recyclingsektors zu beanstanden. Die Verkettung der Ereignisse erzeugte erheblichen politischen Druck auf die Stadtregierung und Verwaltung. Der frisch ernannte

Commissioner des BBMP, Rajneesh Goel, lud darauf hin alle ‘Stakeholder’ zu beratenden Gesprächen ein, bei denen insbesondere die Mitglieder des SWMRT eine einflussreiche Rolle einnehmen konnten. Zudem legte der *High Court of Karnataka* alle laufenden PILs der ‘Müllproblematik’ zu einem großen Prozess zusammen, der von Medien, Stadtregierung und Bürokratie gleichermaßen intensiv verfolgt wurde und zugleich ein Forum entstehen ließ, das der breiten zivilgesellschaftlichen Allianz Artikulationsraum bot.

Das BBMP verfolgte ab September 2012 eine Strategie der intensivierten Krisenbearbeitung mit dem deklarierten Ziel, den zu entsorgenden städtischen Abfall um 90% zu reduzieren (BBMP 2012c). Mit einer öffentlichen Kundmachung führte die Stadtverwaltung ab 1. Oktober im gesamten Stadtbereich die verpflichtende Mülltrennung und die getrennte Sammlung (auf Haushaltsebene) ein. Laut dieser Verordnung, die von einer großen öffentlichen Informationskampagne begleitet wurde, durften *Pourakarmikas* nur mehr getrennt gesammelten *Dry*-, *Wet*- und Sanitär Müll entgegen nehmen (BBMP 2012a). Eine weitere öffentliche Kundmachung führte die verbindliche Mülltrennung für Großerzeuger*innen von Müll ein und verpflichtete diese, selbst Verantwortung für die Behandlung und Kompostierung aller organischen Abfälle (*Wet Waste*) zu übernehmen und die verbleibenden Recyclingmaterialien (*Dry Waste*) direkt der nächstgelegenen *Kartavya* zu übergeben (BBMP 2012b). Darüber hinaus griff das BBMP das heikle Thema der *Contractors*-‘Mafia’ erneut auf und verkündete die komplette Überarbeitung und Neuausschreibung der Mehrheit aller Entsorgungsaufträge (BBMP 2012c). Eine Direktive regelte das effektive Zusammenspiel aller Verwaltungsebenen bei der stadtweiten Implementierung von Mülltrennung, getrennter Sammlung und der darauf aufbauenden Dezentralisierung der Abfallwirtschaft in Bangalore (BBMP 2012c).

Konturen einer Grünen Ökonomie des Mülls

Die hochtrabende Verkündung einer „Zukunft ohne Deponien“ (BBMP 2013) im Gefolge der *Garbage Crisis* und die dahinter stehenden lokalen Interessen an der profitablen Verwertung städtischer Abfallmaterialien verdeutlichen die potenzielle Reichweite der Neuverhandlung gesellschaftlicher Müllverhältnisse in Bangalore. Dabei geht es auch um die Durchsetzung von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die förderlich für die Entstehung einer *Grünen Ökonomie*¹² des Mülls in Bangalore sind. Dieser Prozess verläuft nicht

12 Diese Überlegungen zu einer lokalen ‘Grünen Ökonomie’ des Mülls zielen auf die konkreten ökonomischen Interessen an der Inwertsetzung städtischer Abfälle und Strategien zur Bearbeitung der *Garbage Crisis* im Kontext neoliberaler Urbanisierung Indiens ab,

konfliktfrei, ist weiterhin nicht abgeschlossen und bewegt sich im Spannungsverhältnis zwischen (Investitions-)Formen privatisierter 'Entsorgbarkeit' und informalierten Recyclingaktivitäten. So hat das Beispiel der *Garbage Crisis* in Bangalore gezeigt, dass Ansätze einer lokalen *Grünen Ökonomie* des Mülls nicht auf eine kapitalintensive und hochtechnologische Handhabung und Inwertsetzung von metropolitanem Abfall zu reduzieren sind. Vielmehr enthält diese auch wesentliche Elemente einer kleinteiligen, integrierten und dezentralisierten 'low-tech' Abfallwirtschaft, die durchaus mit den Interessen des globalisierten Kapitals in Konflikt geraten können (aber nicht müssen).

Damit die langfristige Durchsetzung einer solchen *Grünen Ökonomie* des Mülls gelingen kann, müssen die Formen intensivierter kapitalistischer 'Entsorgbarkeit' insoweit bearbeitet werden, dass soziale und ökologische Verwerfungen in verträglichere Bahnen gelenkt werden. Dabei wird allerdings das dominante Muster der Privatisierung – im Sinne „einer *Ökonomisierung* der ökologischen Krisenbearbeitung“ (Brand/Wissen 2013:141; Herv. i.O.) – nicht grundsätzlich hinterfragt. Erste Ansätze dafür sind im Zuge der *Garbage Crisis* erkennbar geworden. Es zeigte sich aber auch, dass es sich dabei zunächst lediglich um ein 'Minderheitenprogramm' privilegierter gesellschaftlicher Gruppen handelte, und dass die Bearbeitungsfähigkeit der tiefgehenden sozialen und ökologischen Widersprüche der metropolitanen Müllverhältnisse begrenzt blieb.

7. Schluss

„[The] recycling industry itself will survive and will be better (...). But, whether the people on the ground level, like waste pickers, will be eliminated, that's a big thing, (...) we have to wait and see.“
Interview NiS, am 7. Nov. 2012

Dieser Beitrag hat am Beispiel der herrschaftsförmigen Umgestaltung von Bangalores gesellschaftlichen Müllverhältnissen seit den 1990er Jahren nachgezeichnet, wie die dominante Handhabung von Müll in kapitalistischen Gesellschaften durch dessen Negation geprägt ist und sich in Form von 'Entsorgbarkeit' ausdrückt. Deren jeweilige Ausgestaltung in den gesellschaftlichen Müllverhältnissen hängt dabei einerseits von der spezifischen Materialität von Müll und andererseits von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Ein umfassender

und weniger auf Strategien der *Green Economy* von Seiten dominanter politischer und ökonomischer Akteur*innen und Interessen auf globaler Ebene, wie sie (u.a.) von Ulrich Brand und Markus Wissen (2013) beschrieben werden.

informalisierter Recyclingsektor und eine lebhafte Szene zivilgesellschaftlicher Abfallwirtschaftsinitiativen konnten die Negation der Materialität von Mülls in Bangalores öffentlicher Abfallhandhabung der 1990er Jahren bis zu einem gewissen Grad konterkarieren. Die jüngsten neoliberalen urbanen Reformprojekte unter der Schirmherrschaft der *New Economy* haben bestehende Formen der 'Entsorgbarkeit' jedoch weitgehend fortgesetzt und die Ignoranz gegenüber allen formellen und informalisierten Akteur*innen des Recyclingsektors noch verstärkt. Die derart intensivierten Muster privatisierter 'Entsorgbarkeit' führten zur unkontrollierten Anhäufung und materiellen Metamorphose von Müll in den vielfältigen Randbereich der sich entfaltenden Metropole – insbesondere entlang der städtischen Peripherie, wo der urbane Müll seinen „negativen Gebrauchswert“ (Gille 2007: 25) durch die ernsthafte Kontamination des direkten Umlands bereits marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen zeitigte. Dieser technologie- und kapitalintensive Imperativ der privatisierten 'Entsorgbarkeit' erzeugte jene *Garbage Crisis*, die Bangalores Abfallentsorgung ab den Sommermonaten des Jahres 2012 weitgehend außer Kraft setzte. Gleichzeitig haben die Widersprüche in der gesellschaftlichen Handhabung des städtischen Mülls nicht 'von selbst' zu dieser Krise geführt. Vielmehr wurde die Politisierung des 'Müllproblems' von einer breiten Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie vom kontinuierlichen Widerstand marginalisierter Gesellschaftsgruppen gegen die Kontamination ihrer semi-urbanen Umwelt langwierig vorbereitet. Die dadurch explizit gewordenen Widersprüche der Müllverhältnisse in Bangalore beförderten die Konturen einer *Grünen Ökonomie* des Mülls zutage. Deren mögliche Ausgestaltung im Sinn einer kleinteiligen, integrierten und dezentralisierten *low-tech*-Abfallwirtschaft lassen potenzielle Formen einer gelingenden Bearbeitung kapitalistischer 'Entsorgbarkeit' im urbanen Indien erahnen. Gleichzeitig wirft die Politisierung der *Garbage Crisis* in Bangalore aber auch drängende Fragen danach auf, welche Müllherzeuger*innen, welche Recycler*innen, welche marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und welche Abfallmaterialien auf dem Weg zu einer 'modernisierten' Abfallwirtschaft zurück gelassen, ausgeschlossen, kontaminiert und verdrängt werden.

Literatur

- Afshan, Yasmeen (2005): BMP invites tenders for garbage clearance. In: *The Hindu*, 17.12.2005.
- BBMP – Bruhat Bengaluru Mahanagara Palike (2012a): *Public Notice. New Look for Bangalore. The Power is in our Hands: Segregate Waste at Home*, 15.9.2012:
- (2012b): *Public Notice*, 20.9.2012.
 - (2012c): *Note to Zonal Commissioners*, 24.9.2012.
 - (2013): *A Future with No Landfills. Recommendations of the Expert Committee on Municipal Waste Management*, 24.5.2013.

- Beukering, Pieter van/Schker, Madhushree/Gerlagh, Reyer/Kumar, Vijay (1999): *Analysing Urban Solid Waste in Developing Countries: a Perspective on Bangalore, India*. CREED Working Paper No. 24. London, Amsterdam: CREED – Collaborative Research in the Economics of Environment and Development.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen. In: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot: 132-148.
- CDP – *City Development Plan*, Vol. 1 (2006). Bangalore: KUIDFC – Karnataka Urban Infrastructure Development & Finance Corporation, JnNURM.
- Chamaraj, Kathyayaini/Rao, Prasanna (2006): Functioning of Wards Committees in Bangalore: A Case Study. In: Sivaramakrishnan, K.C. (ed.): *People's Participation in Urban Governance*. New Delhi: Ashok Kumar Mittal Concept Publishing Company: 57-137.
- Chengappa, Chaya (2013): *Organizing Informal Waste Pickers: A Case Study of Bengaluru, India*. Cambridge, Manchester: WIEGO – Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing.
- ESG – Environmental Support Group (2010): *Bangalore's Toxic Legacy. Investigating Mavallipura's Illegal Landfills*.
- (2012a): *2 more die, yet no one cares for Mavallipura's people affected by Bangalore's waste*. Press Release, 30.6.2012.
 - (2012b): *Mavallipura has woken wasteful Bangalore from its slumber*. Press Release, 17.7.2012.
 - (2012c): *Landfills aren't the solution to Bangalore's 'waste' problem. Segregation of 'waste' at source is the only way forward* – Joint Statement. Press Release, 23.8.2012.
- Furedy, Christine (1994): One World of Waste: Should Countries like India deal with Solid Waste Problems through Source Separation? In: Tepper, Elliot L./Wood, John R. (Hg.): *Enriched by South Asia: Celebrating 25 Years of South Asian Studies in Canada*. Volume Two: Social Sciences. Montreal: Canadian Asian Studies Association: 87-107
- Ghosh, Asha (2005): Public-Private or a Private Public? Promised Partnership of the Bangalore Agenda Task Force. In: *Economic and Political Weekly*: 4914–22.
- Gill, Kaveri (2009): *Of Poverty and Plastic: Scavenging and Scrap Trading Entrepreneurs in India's Urban Informal Economy*. New Delhi: Oxford University Press.
- Gille, Zsuzsa (2007): *From the Cult of Waste to the Trash Heap of History: The Politics of Waste in Socialist and Postsocialist Hungary*. Bloomington: Indiana University Press.
- (2010): Actor networks, modes of production, and waste regimes: reassembling the macro-social. In: *Environment and Planning A*, 42(5): 1049–64.
- Giroux, Henry A. (2006): Reading Hurricane Katrina: Race, Class, and the Biopolitics of Disposability. In: *College Literature*, 33(3): 171-196.
- Goldman, Michael (2011): Speculative Urbanism and the Making of the Next World City. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 35.3 (May 2011): 555-581
- Görg, Christoph (2003): Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse. In: Böhme, Gernot/Manzei, Alexandra (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*. München: Fink-Verlag: 113-133
- Gregson, Nicky/Crang, Mike (2010): Materiality and waste: inorganic vitality in a networked world. In: *Environment and Planning A*, 42(5): 1026–32.
- Horton, Stephen (1997): Value, waste and the built environment: A marxian analysis. In: *Capitalism Nature Socialism*, 8(2): 127-139.
- Janaagraha (o.J.): *Matchmaking Form on decentralized dry waste collection centers setup through public-private partnership (PPP)*. Prepared for the Abdul Latif Jameel Poverty Action Lab (J-PAL) Urban Service Initiative (USI).

- Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach: Wochenschau Verlag: 217–27.
- KSPCB – Karnataka State Pollution Control Board (2012): *Notice: Non-Compliance to the Conditions stipulated and directions issued as per provision of Environmental (Protection) Act, 1986 and Rule (6) of MSW Rules 2000*, 11.7.2012.
- Lakshmikantha, H. (2006): Report on waste dump sites around Bangalore. In: *Waste Management*, 26(6): 640–50.
- Mutha, Nitin H./Patel, Martin/Premnath, V. (2006): Plastics materials flow analysis for India. In: *Resources, Conservation and Recycling*, 47(3): 222–44.
- Nair, Janaki (2008): *The Promise of the Metropolis: Bangalore's Twentieth Century*. Oxford, New York, New Delhi: Oxford University Press, 2nd edition.
- NSWAI – National Solid Waste Association India (2001). Online: <http://www.nswai.com/databank.php> [January 29th 2014]
- Ramani, Chitra V. (2012): It took a community to raise a stink. In: *The Hindu*, 2.10.2012.
- Rosario, Anselm (1994): A decentralized Approach to Solid Waste Management. In: *Appropriate Technology*, 21(3): 29.
- RoyChoudhury, S. (2002): A struggle in Bangalore. In: *Frontline*, Volume 19 (Issue 5).
- The Hindu*, 1.8.2012: High Court notice to government on segregation of waste at source.
- , 26.8.2012: 'We have located eight landfills'.
- , 28.8.2012: Mandur doesn't want city's trash either.
- , 29.8.2012: 'Garbage crisis not reason for transfer'.
- Times of India*, 24.8.2012: Eco-experts: You can't force waste on villages.
- UN-HABITAT – United Nations Human Settlements Programme (2010): *Solid Waste Management in the World's Cities: Water and Sanitation in the world's cities 2010*. London, Washington DC: UN-HABITAT.
- Véron, René (2006): Remaking urban environments: the political ecology of air pollution in Delhi. In: *Environment and Planning A*, 38(11): 2093–109.

Lars Bomhauer-Beins und Anke Strüver

Globaler Schrott: Raumproduktionen, Destruktionsketten und die sozioökonomischen Strukturen der pakistanischen Schiffsabwrack-Industrie

„(W)e could hardly find any waste. Almost everything had value. (...) We expected we would end up in dumpsites [in Dhaka, Bangladesh], in piles of waste. Instead, we wound up in production sites. (...) Was this the *end* of a global production network? Or the *beginning* of one?“ *Lepawsky/Mather 2011: 242f*

1. Einleitung

Die global wachsende Menge an Müll wird auf den verschiedensten Wegen entsorgt oder gelagert. Während bspw. urbane Haushaltsabfälle auf überfüllten Mülldeponien landen und Atombehälter in stillgelegten Stollen eingelagert werden, stranden immer mehr ausrangierte Hochseeschiffe an den Küstenstreifen Südasiens. Größtenteils ungeachtet der klassischen Abfallströme haben sich an den Stränden des Indischen Subkontinents seit den 1960er Jahren müllverarbeitende Industrien herauskristallisiert, die sich auf die Verschrottung ausgerangierter Ozeanriesen spezialisiert haben.

Forschungen zur „Mobilität von Müll“, zum internationalen Müllhandel sowie zu Recycling-Strömen haben sich lange Zeit hauptsächlich auf die (nicht) umweltgerechten Entsorgungspraktiken und -orte von (Gift-)Müll und Schrott aus dem Globalen Norden in Ländern des Globalen Südens konzentriert. Eingebettet ist dies zumeist in globale Ungleichheitsbeziehungen sowie fokussiert auf die damit verbundenen lokalen sozialen und ökologischen Probleme. Unberücksichtigt bleiben so die Wiederverwertung und Einbindung des End-Materials. In jüngerer Zeit wurde diese Perspektive insofern ergänzt, als der aus der Produktions- und Konsumforschung übernommene „Follow-the-thing“-Ansatz (Cook 2004) – erweitert um das vermeintliche „Ende“ von Produkten – auch auf Müll angewendet wird. Anders als in klassischen Konzepten zur Offenlegung von globalen Produktions- oder Wert(schöpfungs)-Ketten steht dadurch erstens die Phase *nach dem*

„Ende“ von Produkten bzw. deren Wert im Mittelpunkt, zweitens kehrt sich der geographische Weg dieser Ketten um (vom Norden in den Süden) und drittens wird die Entsorgung von Müll im Sinne der Wiederverwertung untersucht. Mit dem Fokus auf die Transformation von Abfallprodukten und die damit einhergehende Neuschaffung von Wert entlang von Entsorgungsströmen geht es um die (Wieder-)Verwertung am Ende bzw. nach dem Ende der klassischen Produktions- und Wertschöpfungskette.

Aktivistische NGOs wie BAN¹ und Greenpeace wie auch zahlreiche wissenschaftliche Forschungsarbeiten, haben auf die Bedeutung von ungleicher geographischer Entwicklung für die Mobilität von Müll hingewiesen (für das Beispiel Elektro-Schrott aus Nordamerika und Europa in Asien und Afrika, siehe Grant/Oteng-Ababio 2012; Lepawsky/Billah 2011; Lepawsky/McNabb 2010; für Schiffsschrott in Asien, siehe Crang 2010; Demaria 2010; Gregson et al. 2010). Gerade Letztere haben sich dabei gleichwohl – anders als die NGOs – verstärkt mit der Wiederverwertung des Schrotts in Ländern des Globalen Südens beschäftigt und somit die Komplexität (statt vermeintlich unidirektionaler Linearität) von Müll-Mobilität offen gelegt – ohne die damit verbundenen sozialen und ökologischen Probleme zu vernachlässigen.

An dieser Stelle setzt der vorliegende Beitrag an. Denn die Entsorgung von Müll aus „reichen“ Ländern in „arme“ ist ein vielgestaltiges Problem. Das Abwracken von Schiffen ist nur ein Beispiel von vielen, bei dem die Kosten für die Entsorgung von toxischem Material externalisiert werden – und zwar in Länder des Globalen Südens, die aufgrund niedriger Umwelt- und Sozialstandards „komparative Kostenvorteile“ im Bereich der Abfallentsorgung haben.

Dieser Artikel soll eine neue Sichtweise auf die Mobilität und die „Wert“-Transformation von globalen Müllprodukten am Beispiel der Ressource Schiffsschrott eröffnen sowie Einblicke in die sozioökonomischen Strukturen der pakistanischen Abwrackindustrie geben. Crang (2010) beispielsweise versteht die Schiffsabwrack-Industrie in Südasien als Teil eines global mobilen Abfallstroms, der den Schrott für die ursprünglichen Profiteure der Schiffe als Transportmittel unsichtbar werden – verschwinden – lässt. Um gleichwohl die Komplexität der globalen Schrottmobilität entlang von globalen Produktions- und Wertketten erfassen zu können, wird die Einbettung in ihre jeweils konkreten räumlichen und sozioökonomischen Kontexte erforderlich. Von Interesse sind daher die

1 Die international agierende NGO Basel Action Network (BAN) konzentriert sich auf die Bekämpfung des Exports von toxischen Gefahrenstoffen (Müll, Technologie, etc.) vom globalen Norden in den globalen Süden. In diesem Zusammenhang agiert das BAN auch als Kontrollinstanz des Basler Übereinkommens, das den grenzüberschreitenden Transport gefährlicher Abfallprodukte global regeln soll (www.ban.org).

zentralen Fragen, inwieweit die Schiffsabwrackindustrie als Bestandteil globaler Entsorgungsströme Ungleichheitsbeziehungen reproduziert oder transformiert, welche Rolle gesellschaftliche Raumproduktionen dabei spielen und welche sozioökonomischen und ökologischen Konsequenzen damit verbunden sind.

Dies wird zunächst anhand des globalen Marktes für Hochseeschiffe diskutiert und im Hinblick auf die Transformation von Wert kontextualisiert, die mit der Schiffsproduktion und vor allem -destruktion einhergeht. Daran anknüpfend geht es konkret um pakistanische Abwrackwerften und deren internationale, nationale und lokale Verflechtungen. Das Fallbeispiel wird abschließend in theoretische Überlegungen zu globalen räumlichen Ungleichheiten und zur kapitalistischen Raumproduktion eingebettet, um die räumlichen Konfigurationen der globalen Abwrackindustrie deutlich zu machen.

Die Analysen der Müllmobilität bzw. der Ressource Schiff sowie damit einhergehende sozio-ökonomische und ökologische Auswirkungen innerhalb der Schiffsabwrackindustrie stützen sich neben der vorhandenen Literatur auf Berichte international agierender Organisationen sowie auf vor Ort geführte Interviews und eine Befragung der lokalen Arbeiter zu den gegenwärtigen Bedingungen auf den pakistanischen Abwrackwerften im Herbst 2013.

2. Zyklen des Schiffsmarktes

Hochseefrachter und Containerschiffe sind das wichtigste Transportmittel für Güter, die einen Teil der global angelegten Wirtschaftsverflechtungen ausmachen. Nachfolgend geht es allerdings weniger um deren Wert im Sinne von fixiertem Kapital im Transportmittel, sondern um den Wert der Material-Verwertung. Mit zunehmendem Alter der Schiffe – bzw. wegen ihrer im Vergleich zu neuen Schiffen relativ geringen Ladekapazität – müssen Schiffseigentümer abwägen, ob evtl. eine Abwrackung für den Wert des Stahls profitabler ist. Gerade in Südasien bieten sich die natürlichen Gegebenheiten vieler Küstenstreifen für das Abwracken von Schiffen ohne technische Infrastrukturen an, d.h. der Stahl kann dort mit nur minimalen Investitionen (nämlich in Arbeitskraft) wieder gewonnen werden. Im Vergleich zu Arbeitslöhnen im Globalen Norden ist die Entlohnung in Südasien wiederum sehr niedrig – und macht insgesamt nur 3 bis 6 Prozent des späteren Verkaufswertes des recycelten Schiffsstahls aus (vgl. Demaria 2010).

Diese speziell auf die Zerlegung von maritimen Transportgiganten errichteten „Abwrack-Landschaften“ befinden sich in einigen Regionen des indischen Subkontinents. Mehr als zwei Drittel aller *end-of-life*-Schiffe landen in südasiatischen Abwrack-Werften, darunter Chittagong in Bangladesch, Alang in Indien und Gadani in Pakistan (vgl. Kumar 2009; Dev 2010).

Während Mitte des 20. Jahrhunderts das Abwracken von ausrangierten Schiffen in den Ländern des Globalen Nordens durch technisch hochstandardisierte Arbeitsabläufe gekennzeichnet war, haben zunehmende Globalisierungsprozesse, einhergehend mit industriellen Aufschwüngen und niedrigeren Lohnkosten auf dem asiatischen Kontinent, zu tiefgreifenden geographischen Verschiebungen in der globalen Abwrackindustrie geführt. Bedingt durch den Wandel von einer hochstandardisierten hin zu einer arbeitsintensiven Ökonomie verlagerte sich die Abwrackbranche über Ostasien (Korea und Taiwan in den 1960er und 70er Jahren) an die Küstenabschnitte Südasiens. Seit den 1980er Jahren dominieren diese Länder die globale Schiffsabwrackindustrie mit einem Marktanteil von etwa 70 Prozent (vgl. Kumar 2009; Weltbank 2010). Im Jahr 2010 ließen sich mit 451 Schiffen die meisten Aktivitäten an den indischen Küstenabschnitten feststellen, deutlich mehr als in Gadani Beach, Pakistan (111 Schiffe) und Chittagong, Bangladesch (110) (UNCTAD 2011: 52).

Die Gründe für die Vormachtstellung dieser Entsorgungsindustrie sind vielfältig und liegen sowohl in topographisch-geographischen Faktoren als auch in sozio-ökonomischen Dynamiken. Die direkte Lage am Arabischen Meer und die damit einhergehende Vernetzung mit den Ost-West-Handelswegen sowie ein hoher Tidenhub als Grundlage für die Umsetzung der ökologisch umstrittenen Demontagepraxis bilden das Grundgerüst der südasiatischen Abwrackindustrie. Aufgrund der geringen technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen gilt *beaching* als gängigste Form (ca. 95 Prozent) des Abwrackens. Dabei „stranden“ *end-of-life*-Schiffe bei entsprechendem Gezeitengang aus eigener Kraft an den südasiatischen Küstenabschnitten. Schwere Stahlketten und Seilwinden befördern das demontierte Schiff bzw. Schiffssegmente schrittweise auf den Strand (Lloyds Register 2011: 10f). Zusätzlich begünstigen mangelhafte Umwelt-, Sicherheits- und Arbeitsstandards, geringe Lohnkosten, eine hohe Korruptionsrate, politische Instabilität wie auch eine kontinuierlich anhaltende inländische Nachfrage nach diversen Stahlprodukten diese über Jahrzehnte hinweg dominante Sparte der (Wieder-)Verwertung. Die Wiederverwertung einstiger Schiffselemente ist äußerst lukrativ und wirtschaftlich attraktiv für die südasiatischen Ökonomien: Ca. zwei Drittel der ausgemusterten Schiffe werden für das Gewicht bzw. den Wert des Stahls an Abwrackunternehmen in rohstoffarmen Ländern des Indischen Subkontinents verkauft, wo sie direkt am Strand auf einfachste Art und Weise per Hand zerlegt werden. Der hohe Grad der Wiederverwertung von 95 Prozent eröffnet die Möglichkeit, die stetig steigende inländische Nachfrage nach Stahl und Recycling-Produkten zu decken. Allein in Bangladesch sichert die Bereitstellung von Stahlplatten aus Schiffsschrott fast den jährlichen Gesamtbedarf (vgl. Gerostergiou 2012). Diese stark einseitig ausgerichtete Abhängigkeit hat dazu geführt, dass die Schiffsabwrackbranche zur einer der wichtigsten Quellen von

Rohstoffen für eine Reihe verschiedener Industriezweige geworden ist. Zudem sind hunderttausende Arbeiter direkt oder indirekt in die formellen wie informellen ökonomischen Strukturen der Abwrackindustrie eingebunden.

2.1 Globaler Seeverkehr

Der globale Seeschiffsverkehr bildet nicht nur Schlüsselinfrastruktur für den globalen Handel, sondern auch die Basis für die Abwrackindustrie: Circa 90 Prozent des internationalen Warenhandels wird über die Weltmeere realisiert. Zunehmende globale Vernetzungen und der wachsende Warenverkehr einerseits und die durch stark gestiegene Lade- und Tragfähigkeitskapazitäten anhaltend niedrigen Frachtkosten andererseits haben den Transport auf Seeschiffen seit 1970 fast vervierfacht. Nach Berechnungen der UNCTAD (2013) wird die globale Seefracht auf ca. 50.000 Schiffen transportiert, von denen fast die Hälfte (44 %) zwanzig Jahre oder älter sind. Diese verlieren – neben ihrem Alter – auch aufgrund geringer Ladekapazitäten an Wettbewerbsfähigkeit und Wert und landen auf dem globalen Abwrackmarkt (ca. 1.000 Seeschiffe/Jahr).

Der kontinuierliche Trend zu immer größeren Ladekapazitäten von Schiffen hat dazu geführt, dass die innerhalb der letzten vier Jahre fertiggestellten Handelsschiffe mehr als 40 Prozent der Welttonnage transportieren. Bereits jetzt weisen vom Stapel laufende Containerschiffe das Dreifache an Ladevolumen gegenüber Schiffstypen der 1990er Jahre auf. Gleichzeitig sinkt das Durchschnittsalter der potenziell ausgemusterten Schiffe. Dieser Trend – ein jährlicher Anstieg der Welthandelsflotte um zehn Prozent sowie der starke Fracht- und Neubauboom, hervorgerufen durch hohe Auftragsraten in der Schiffsindustrie zwischen 2003 und 2007 in Kombination mit einem hohen Potenzial an stillzulegenden Tankern – deutet auf einen mittelfristigen Boom auf dem Abwrackmarkt hin (Bastiansen 2008: 76).

Bedingt durch die enge Kopplung der verschiedenen Dimensionen des Schiffmarktes – Schiffsbau-, Fracht-, Kauf- und Verkaufs-, Demontageebene – wirken sich Schwankungen auf dem Weltmarkt zeitlich versetzt und in abgeschwächter Form auf den globalen Abwrackmarkt aus. Eine stagnierende Nachfrage an (maritimen) Transportdienstleistungen führt zu ungenutzten Kapazitäten auf dem Frachtmarkt, die wiederum vermehrte Aktivitäten auf den südasiatischen Abwrackwerften in Gang setzen. Diese intensiven Verknüpfungen zwischen den einzelnen Dimensionen sind insbesondere seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise am Beispiel griechischer Reedereien sichtbar: Mit dem Ziel der Kapitalgenerierung sorgten vorrangig Reedereien mit Sitz in Griechenland für erhöhte Entsorgungsströme, von denen überproportional viele *end-of-life*-Schiffe an den südasiatischen Küsten landeten. Andersherum betrachtet bedeutet dies, dass fast

die Hälfte (46%) aller europäischen Schiffe dort aus griechischen Reedereien stammen (NGO Shipbreaking Platform 2013a: 4).

2.2 Globaler Entsorgungsmarkt

Auf der Ebene des globalen Abwrackmarkts gelten die Schiffseigner als einflussreichste Kraft, da sie sowohl über die Ware Schiff verfügen, als auch durch ihre Entscheidung für eine Verschrottung Markttrends beeinflussen und vorgeben können. Beim Verkauf ausrangierter Schiffe eröffnen sich für die Reedereien zwei Optionen, über die bereits weit im Voraus des Demontageprozesses entschieden werden muss. Zum einen die direkte Entsendung zur jeweiligen Werft, ohne Einwirken Dritter. Zum anderen die weitaus verbreitetere Variante über einen sogenannten Makler (Broker), welcher gezielt im Interesse der Reedereien die entsprechende Entsende-Region identifiziert. Neben der Abwägung lokaler Umwelt- und Sozialstandards bestimmt maßgeblich der Abwrack-/Schrottpreis über den letztendlichen Zerlegungsort, welcher von Werft zu Werft schwankt.² Aber auch der Schiffstyp und die damit verbundene Menge an wiederverwertbarem Stahl beeinflusst die Höhe des Preises. Zudem offenbart ein genauer Blick auf die südasiatischen Abwracklandschaften, dass sowohl die jährliche Schiffsanzahl als auch die Verteilung der Schiffstypen von Region zu Region variieren. Während die Abwrackindustrie in Bangladesch und Pakistan fast ausschließlich Öltanker zerlegen, werden in den indischen Werften neben Öltankern auch Frachtschiffe verschrottet. Der hohe Anteil von Öltankern basiert auf den Tatsachen, dass zum einen Öltanker fast ein Drittel der Weltflotte ausmachen und zum anderen im Vergleich zu anderen Schiffstypen einfacher zu zerlegen sind.

Wenn die Entsorgung über einen Schiffsmakler erfolgt, ist die Umbenennung und Änderung der Flaggenzugehörigkeit der Schiffe gängige Praxis (*Flags of Convenience*). Der Großteil europäischer Schiffe erreicht unter neuer Beflaggung, sogenannter Billigflaggen-Staaten (wie Liberia, Marschall-Inseln, Panama oder Komoren), die Abwrackregionen des Globalen Südens. Gesetzeslücken auf der internationalen Ebene eröffnen den Ursprungsländern und -Reedereien die Möglichkeit, eine kostenintensive Entsorgung in Europa zu umgehen und sich so der sozialen und ökologischen Verantwortung zu entziehen.³ Schiffseigentümer und

2 Der Kaufpreis für *end-of-life*-Schiffe ist stark abhängig vom Schiffstyp und der damit verbundenen Tonnage an (Stahl-)Schrott. Momentan werden Schiffe auf den pakistanischen Abwrackwerften zu folgenden Schrottpreisen gehandelt: Für Tanker liegt der Preis bei etwa 480 US-\$ pro Tonne, für Frachtschiffe bei ca. 450 US-\$ pro Tonne (GMS 2014).

3 Die Implementierung der Hong Kong-Konvention im Jahr 2009 durch die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO hat keine Ergebnisse erzielt. Keine der Abwracknationen

Abwrackunternehmen profitieren somit beide auf Kosten der Gesundheit der lokalen Arbeiter wie auch auf Kosten der Umwelt: *end-of-life*-Schiffe enthalten in ihrer Struktur zahlreiche toxische Gefahrenstoffe, darunter Asbest, Mineralöle und Schwermetalle, die potenziell schädlich für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sind (NGO Shipbreaking Platform 2013b).

2.3 Lokale Konsequenzen für Mensch und Umwelt

Nur ein Bruchteil der jährlich ausrangierten Schiffe wird auf Werften zerlegt, die Sicherheits- und Umweltstandards erfüllen. Allein im Jahr 2013 wurde etwa die Hälfte (645) der 1.213 *end-of-life*-Schiffe an den südasiatischen Küsten unter ökologisch bedenklichen Methoden demontiert (NGO Shipbreaking Platform 2014a). Aber auch andere Abwracknationen wie China und die Türkei haben Probleme, die internationalen Standards einer umweltgerechten Demontage von Schiffen einzuhalten. Nach Angaben der Europäischen Kommission gelangen jedes Jahr zwischen 40.000 und 130.000 Tonnen Giftstoffe über ausrangierte Schiffe europäischer Reedereien nach Südasien (NGO Shipbreaking Platform 2014b). Aus diesem Grund versuchen zahlreiche NGOs durch Druck auf die internationale Gemeinschaft wie auch auf nationale Regierungen, hier vor allem der Entsende- und Empfängerländer, die umweltbelastende *beaching*-Methode im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit durch avanciertere Verfahren zu ersetzen.

Viele der Abwracklandschaften verfügen über kein adäquates Abfall-Entsorgungs-Management, sodass giftige Substanzen nicht nur die Gesundheit unzähliger Arbeiter, sondern auch das maritime Ökosystem langanhaltend beeinträchtigen. Beim Prozess der Schiffsdemontage werden giftige Dämpfe unmittelbar in die Luft freigesetzt, andere Gefahrenstoffe gelangen ungehindert ins Meer, kontaminieren ganze Strandabschnitte oder werden verbrannt. Eines dieser schädlichen Materialien ist Asbest. Zwar ist der Einbau von Asbest in Schiffen seit 1986 verboten, aber noch immer befinden sich solche für Mensch und Umwelt gefährlichen Stoffe im weltweiten Einsatz und werden bei der Demontage freigesetzt (vgl. Kumar 2009). Auf den südasiatischen Abwrackwerften begeben sich daher täglich tausende von Arbeitern in gefährliche Situationen, bei denen sie direkt oder indirekt verschiedensten toxischen Dämpfen und gefährlichen Substanzen ausgesetzt sind. Verschärft wird die Situation durch einen minimalen

des Indischen Subkontinents hat das Abkommen, welches ein sichereres und umweltgerechtes Recycling von Schiffen garantieren soll, bislang ratifiziert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich zukünftige international geltende Regularien auf den globalen Abwrackmarkt auswirken.

Standard an Sicherheitsbedingungen. Viele der Arbeiter sind – wenn überhaupt – nur im Besitz notdürftiger Schutzausrüstungen, sodass häufig schwere Verletzungen und Arbeitsunfälle die Folgen sind. Nicht gekennzeichnete, explosionsgefährdete Bereiche, Verbrennungen als Resultat ungenügender Schutzbekleidung, Knochenbrüche durch herumliegende Schiffsteile, aber auch Stürze aufgrund fehlender Absicherungen aus schwindelerregenden Höhen führen jedes Jahr zu unzähligen Arbeitsunfällen oder sogar zu Todesfällen.⁴ Gleichzeitig verursacht der nicht ordnungsgemäße Umgang mit Giftstoffen (Folge-)Erkrankungen bei den Arbeitern.

3. „Wert“-Transformation

Wenn ein Hochseefrachter oder Containerschiff aufgrund geringer Ladekapazitäten an Wettbewerbsfähigkeit verliert, bevor es sein „fixiertes Kapital“ – im wahrsten Sinne des Wortes – *eingefahren* hat, dann aber in Südasien verschrottet bzw. der Stahl wieder verwertet wird, ist das ursprüngliche fixierte Kapital als Transportmittel zwar entwertet, doch aus der Ver-Endung wird eine (Wieder-)Verwendung bzw. Wiederverwertung.

Auf Grundlage der Überlegungen zum historisch-geographischen Materialismus (v.a. im Anschluss an die Arbeiten von David Harvey) stehen nachfolgend weniger kapitalistische Produktionsweisen und –verhältnisse im eigentlichen Sinne im Mittelpunkt, als erstens die *Ver(w)endung* von Produktionsmitteln, zweitens – und davon nicht unabhängig – die Relevanz gesellschaftlicher Raumproduktionen im Prozess dieser *Ver(w)endung* und drittens die Betrachtung des Phänomens der Wiederverwertung des Schiffsschrotts bzw. –stahls als „globale Destruktionsketten“.

Marx hat zwischen „fixiertem“ (konstanten) Kapital – v.a. Produktions- und Transportmittel (wie bspw. Hochseeschiffe) – und „zirkulierendem“ (variablen) Kapital – v.a. Arbeitskraft – unterschieden (vgl. Harvey 2011: 148ff). Da sich Mehrwert primär aus variablem Kapital generiert und sich Investitionen in Produktions- und Transportmittel aufgrund ihrer Höhe in der Regel nur langfristig

4 Zwischen 1991 und 2000 registrierte die Gujarat Maritime Board mehr als 257 Unfälle mit tödlichem Ausgang auf den indischen Werften in Alang (Kumar 2009: 23). Arbeitsunfälle jeglicher Art, auch Todesfälle, werden auf den pakistanischen Abwrackwerften nicht erfasst, sodass eindeutige Aussagen und Vergleiche unmöglich sind. Aktuelle Ereignisse auf den Werften – sechs Todesopfer innerhalb von zwei Wochen (The News 2013) – verdeutlichen aber die schwerwiegenden Sicherheitsmängel am Gadani Beach.

rentieren, ist das fixierte Kapital für den Gesamtprozess der Produktion bzw. Kapitalakkumulation zwar notwendig, nicht aber ausschlaggebend für die Profitrate.

In der Beschäftigung mit dem Fortbestehen (*ongoingness*) von Waren bzw. dem *Warenwert* nach dem vermeintlichem „Ende“ der Ware in akkumulationsorientierten kapitalistischen Gesellschaften betonen Herod et al. (2013) die „Verschiebung“ des Wertes – und differenzieren in zweierlei Formen von „Abwertung“: zum einen die End-Wertung (*devalorisation*), wenn bspw. ein Schiff „seine Wertigkeit getan, erfüllt“, das fixierte Kapital sich rentiert hat, und zum anderen die Ent-Wertung (*devaluation*), wenn der Wert (als Transportmittel) zerstört wird.

Hochseeschiffe können in ihrer Funktion als Transportmittel als fixiertes Kapital verstanden werden, die zwar nicht eigenständig zusätzlichen Wert kreieren, gleichwohl aber einen Teil des Wertes der transportierten Güter ausmachen. Wenn der Umfang des im Schiff fixierten Kapitals im Laufe der Zeit in die transportierten Güter (bzw. deren Werte) übergegangen ist – die Investition des Kapitals sich also rentiert hat – lässt sich von einer Abwertung im Sinne der End-Wertung sprechen (*devalorisation*). Wenn hingegen ein Schiff vor Ablauf dieser Amortisierung aus dem Verkehr genommen wird, lässt sich zunächst von einer Ent-Wertung, der Zerstörung des Wertes als Transportmittel (*devaluation*) sprechen. Während Ansätze zu globalen *Produktionsketten* also vorzeitig aus dem Verkehr genommene Schiffe als ent-wertet (und als Müll) verstehen, ermöglicht ein Ansatz der „globalen Destruktionsketten“, die „Verschiebung“ des Wertes zu verfolgen (vgl. Herod et al. 2013: 378f), z.B. die Wiederverwertung als Schiffsstahl – so dass aus der Ent-Wertung (*devaluation*) eine Auf-Wertung (*revaluation*) wird.

Mit der Neuausrichtung auf die Verwertung des Endproduktes wird zum einen auf bestehende Konzepte zur globalen Produktions- und Wertschöpfungsketten zurückgegriffen. Zum anderen verschiebt sich dabei der Interessensfokus von der Phase der Produktion (Wertschaffung) auf die der „Destruktion“, d.h. der erneuten Schaffung von Produkten und Wert im Entsorgungsschritt und beinhaltet zudem die Umkehr des geographischen Flusses vom Globalen Norden in den Süden. Dementsprechend sind sowohl End-Wertung als auch Ent-Wertung der Schiffe nicht als „Ende“ zu verstehen. Vielmehr stellen End- und Ent-Wertung den *Wendepunkt* für die Transformation von Wert und Material – für die Entstehung von neuem Wert – dar, der wiederum durch variables Kapital (lokale Arbeitskräfte) produziert wird. Voraussetzung dafür ist die globale räumliche Ungleichheit bzw. die internationale Arbeitsteilung der Müllbeseitigung, die nun am Beispiel der pakistanischen Abwrackindustrie konkretisiert wird.

4. Die Pakistanische Schiffsabwrackindustrie

Im regionalen Kontext gilt die Abwrackindustrie als sehr kapitalintensiv. Denn während die Reedereien durch den Verkauf Kapital akkumulieren, erfordert der Ankauf von ausrangierten Schiffen seitens der Abwracker erstmal ein gewisses Eigenkapital. Zwar verlieren Hochseeschiffe im Laufe ihrer Jahre an Wert, der Kaufpreis auf den globalen Abwrackmärkten liegt dennoch für viele Unternehmen über den eigenen finanziellen Möglichkeiten (vgl. Helfre 2013). Das Ergebnis ist ein Bezahlsystem, bei dem pakistanische Banken als Geldgeber fungieren (darunter Bank Al-Habib, Soneri Bank, Askari Bank, MCB Bank und Meezan Bank). In der Regel übernehmen diese Banken 90 Prozent des Ankaufpreises und erhalten im Gegenzug die „Ressource“ Schiff als „Pfand-Wert“ (*Letter of Credit*). Die Rückfinanzierung erfolgt über den Weiterverkauf der wiederverwertbaren Schiffsteile. Dabei werden sowohl der gewonnene Stahlschrott als auch Second-Hand-Materialien dem nationalen Wirtschaftskreislauf zugeführt, einerseits durch den (Weiter-)Verkauf auf Gebrauchtmärkten und andererseits als (Basis-) Rohstoff für die stahlverarbeitenden Industriezweige. Vor allem das Baugewerbe profitiert von der Wiederverwertung des Schiffstahls.

4.1 Gadani Beach

Räumlich verortet ist die pakistanische Abwrackindustrie in der wirtschaftlich schwachen Provinz Balochistan. Am Gadani Beach, einem 18 kilometerlangen Sandstrand am Arabischen Meer südlich des gleichnamigen Fischerdorfes, reihen sich 132 Schiffsabwrackplätze aneinander, von denen sich der überwiegende Teil in Händen privater Eigentümer befindet (Naveeda 2011). Viele dieser Werftplätze liegen brach und zeugen von der einstigen Dominanz dieser Anlage als Branchenprimus in den 1980er Jahren.

Verschärfte Wettbewerbsbedingungen, bedingt durch den aufkommenden Konkurrenzkampf mit anderen südasiatischen Abwrackregionen, stark gestiegene Marktpreise für ausrangierte Hochseeschiffe, erdrückende finanzielle Belastungen in Form von Steuern seitens des Staates sowie interne Machtkämpfe auf unterschiedlichen politischen Ebenen haben Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre den ehemals weltgrößten Abwrack-Standort in eine tiefe wirtschaftliche Krise gestürzt (vgl. SAJ 2014). Steuerliche Erleichterungen und steigende Aktivitäten auf dem internationalen Abwrackmarkt sorgten in den letzten Jahren für eine Neubelebung des pakistanischen Standortes. Vierzig aktive Stellplätze – von denen die Mehrheit von privaten Eigentümern (*Landlords*) an externe Abwrackunternehmen für einen jährlichen Festbetrag (etwa 300 Euro/US-\$ 400) verpachtet wird – sowie der starke Anstieg von 6.000 auf 12.000 bis 15.000

Arbeiter innerhalb von drei Jahren spiegeln den neuen Aufschwung des größten Marktes für Beschäftigungsmöglichkeiten in der Provinz wider (vgl. Jamal 2013).

Etwa 850.000 Arbeiter und ihre Familien sind direkt oder indirekt mit der Branche verbunden (NGO Shipbreaking Platform 2013b: 22). Viele der Arbeiter werden in den nordwestlichen Provinzen, vor allem KPK (Khyber Pakhtunkhwa) und FATA (Federally Administered Tribal Areas) durch unabhängige Agenten angeworben. Zielgruppe sind vorrangig junge Männer, welche den physischen und kräfteaubenden Arbeitsbedingungen gewachsen sind. Voraussetzungen für diese kontrollierte und gesteuerte Binnenmigration von Nord nach Süd bilden das schlechte Bildungssystem und die hohe Analphabetenrate – in Kombination mit einem schwachen Arbeitsmarkt sowie losen Versprechungen seitens der Agenten. In der Regel existiert kein formaler Arbeitsvertrag zwischen den Abwrackern (Arbeitgeber) und den Arbeitern. Die meisten arbeiten auf Basis von Tagelöhnen, welche auf den pakistanischen Werten je nach Fertigkeiten bzw. Qualifikation zwischen 3,50 EUR (4,50 US-\$) und 7,00 EUR (10,00 US-\$) pro Tag liegen. Das Ergebnis sind stark eingeschränkte Arbeitsrechte. Nasir Mansoor von der NTUF (National Trade Union Federation) geht sogar einen Schritt weiter und bezeichnet die Vertragsbedingungen als „moderne Sklaverei“. Die angeworbenen Arbeiter finden sich in einem sozio-ökonomischen Teufelskreis wieder. Angetrieben von familiärem Druck und sozialen Erwartungen sowie aus Mangel an (Arbeits-) Alternativen verharren die Arbeiter über Jahre bei schlechten Arbeits-, Sicherheits- und Gesundheitsschutzbedingungen auf und neben den Abwrackwerften.

Seit der Anerkennung der Abwrackindustrie als legale Wirtschaftsbranche Pakistans Ende der 1960er Jahre durch die Deklaration des Strandabschnittes Gaddani Beach als Hafen haben sich sowohl die Regierung der Provinz Belutschistan als auch die beteiligten Akteure seitens der Industrie der Verantwortung entzogen, Investitionen in den Ausbau grundlegender Infrastrukturen, wie Strom- und Wasserversorgung, Straßennetz oder Wohnungsbau zu unternehmen. Aus der Not heraus hat sich über die Jahrzehnte der Vernachlässigung ein eigenständiges, in sich geschlossenes lokales Netzwerk formiert, das in erster Linie die einfachsten Bedürfnisse der Arbeiter deckt. Unbrauchbare wertlose Schiffsmaterialien sowie natürliche Baustoffe wie Holz dienen nicht nur als Grundlage für unzählige, provisorisch errichtete Behausungen, sondern auch für kleine Kioske, Essensstände und andere lebensnotwendige Einrichtungen. Werkstätten, spezialisiert auf die Reparatur von ausgebauten Schiffsteilen oder branchenspezifischen Maschinen, haben sich an die Bedürfnisse und Anforderungen der Branche angepasst und schließen die infrastrukturelle Nische der ansässigen Abwrackindustrie.

4.2 Einbindung in nationale Wirtschaftsstrukturen

Seit der Blütezeit in den 1980er Jahren ist der Standort Gadani Beach fester Bestandteil der lokalen als auch nationalen Wirtschaft des Landes (Weltbank 2010: 2). Zum einen ist die pakistanische Abwrackindustrie Existenzgrundlage tausender Arbeiter und ihrer Familien und zum anderen kommt die Einbindung des einstigen *Abfall*produktes Schiff in Form von wieder verwertbarem Stahl und anderen Materialien den Ökonomien auf unterschiedlichen Ebenen und insbesondere dem Baugewerbe zugute. Der hohe Grad der Wiederverwertung von bis zu 95 Prozent eröffnet die Möglichkeit, die stetig steigende inländische Nachfrage nach Stahl- und Recycling-Produkten zu decken⁵. Ungeachtet wirtschaftlicher Schwankungen ist diese spezifische Müllbranche zu einem wichtigen Rückgrat und Motor der pakistanischen Ökonomie geworden. Mit durchschnittlich 1,5 Mio. Tonnen Stahl- und Eisenschrott im Wert von 6,5 Mrd. PKR (etwa 50 Mio. Euro/66 Mio. US-\$) leistet die Abwrackindustrie einen erheblichen Beitrag zur jährlichen Stahlproduktion des Landes (70 Prozent im Jahr 2011; vgl. The Express Tribune 2011). Täglich verlassen bis zu 150 LKWs, vollbeladen mit transportfähigen Stahlplatten, Gadani Beach in Richtung der 50 Kilometer entfernten Hafenstadt Karachi. Die Millionenmetropole ist nicht nur wirtschaftliches Zentrum des Landes, sondern auch nationales und internationales Drehkreuz und verfügt über die notwendigen Infrastrukturen, sowohl in Hinblick auf Transport als auch in Bezug auf die Weiterverarbeitung von Stahlschrott. Die Hauptabnehmer – zahlreiche stahlverarbeitende Fabriken, darunter Amreli Steels, Steels Dewan, Nawab Steel und Razaque Steels – befinden sich im Ballungsraum von Karachi (vgl. Khan 2013).

Die starke Dominanz der Abwrackindustrie in den nationalen Wirtschaftsstrukturen basiert auf einer hohen Nachfrage nach Stahl sowie der einseitig ausgerichteten Abhängigkeit der Walzwerke und Schmelzanlagen von ehemaligem Schiffsstahl. Während in Zeiten hoher Werftauslastungen die nationale stahlverarbeitende Branche an ihre Kapazitätsgrenze gelangt, bleiben bei geringen Aktivitäten viele Fabriken unausgelastet (Weltbank 2010: 2f). Ein geringes Angebot an Stahlschrott seitens der Abwrackindustrie stellt insbesondere kleine, familiengeführte Betriebe vor Existenzprobleme. Grund ist, dass der „Billig“-Stahl aus der Abwrackindustrie (Stand 2011: etwa 400 EUR/560 US-\$ pro Tonne) im Vergleich zu nationalen Produkten deutlich kostengünstiger ist (vgl. The Express Tribune 2011, Khan 2013). Anders gestaltet sich die Lage für staatliche Unternehmen,

5 Während der Stahlschrott für die unzähligen Walzwerke und Schmelzanlagen des Landes bestimmt ist, werden alle übrigen Schiffs-Komponenten (Recycling-Materialien), wie Motoren, Pumpen, Kabel oder Holzprodukte auf Gebrauchtmärkten, hier vor allem auf dem Sher Shah Market in Karachi, angeboten.

die auf teure, zum Teil „illegale“ Stahlimporte aus dem Ausland zurückgreifen. Die Importware gilt gleichzeitig als Absicherung gegenüber starken und langanhaltenden Schwankungen in der nationalen Abwrackbranche (Moonis 2010).

Neben der Ankurbelung der Wirtschaft setzt die Schiffsschrottbranche zusätzliches Kapital für die nationale Regierung in Form von Steuereinnahmen frei. Im Unterschied zu den Steuersystemen in Bangladesch und Indien, wo ein gesetzlich festgelegter Betrag an Steuern pro Jahr auf die Einfuhr von Schiffen zum Zweck des Abwrackens definiert ist, funktioniert die pakistanische Abwracklandschaft nach einem anderen Muster: Hier kommt neben der Einfuhrsteuer in Höhe von einem Prozent des Schiffspreises ein Festbetrag von 35 EUR (50 US-\$) pro Schiffstonne hinzu. Insbesondere in Zeiten der Hochkonjunktur auf den Abwrackwerften erweist sich die Branche somit als wahre „Goldgrube“ für den Staat. Sowohl die gestiegenen Aktivitäten in jüngster Vergangenheit als auch die wachsenden Ladekapazitäten von Hochseeschiffen ermöglichten einen Anstieg der steuerlichen Einnahmen von 4,8 Mio. EUR (US-\$ 7 Mio.) im Jahr 2009 auf etwa 30 Mio. EUR (US-\$ 41 Mio.) im Jahr 2012 (Jamal 2013).

5. Raumproduktionen

Die internationale Müll-Mobilität ist neben ökonomischen Produktions- und Destruktionsbeziehungen auch durch die Bewegung vom Globalen Norden in den Süden und die dieser Unterscheidung zugrunde liegende ungleiche räumliche Entwicklungen strukturiert.

Wie oben bereits angedeutet, eignet sich zur theoretischen Kontextualisierung der historisch-geographische Materialismus von David Harvey, der das Ziel verfolgt „die Konstruktion neuer Geographien und räumlicher Beziehungen als grundlegenden Aspekt der Reproduktion des Kapitalismus“ (Harvey 2010: 181) offen zu legen. D.h. die raumökonomischen Aspekte kapitalistischer Produktionsweisen basieren auf der Relevanz gesellschaftlicher Raumproduktionen für wirtschaftliche Beziehungen. Grundlage dafür ist zunächst ein relationales Raumverständnis (Räumlichkeit ist gesellschaftlich produziert und zugleich ist Räumlichkeit aktives Moment gesellschaftlicher Prozesse, vgl. Harvey 2007a, 2007b) und die Übertragung des Wechselverhältnisses von Gesellschaft und Raum auf kapitalistische Wirtschaft und Raum. So führt die „Zirkulation von Kapital“ zu ungleicher geographischer Entwicklung und diese ist zugleich Bestandteil der Reproduktion kapitalistischer Wirtschaftsformen (vgl. Harvey 2007a, 2010).

Wichtiger Bestandteil von Harveys Argumentation ist der sog. *spatial fix*: dieser verweist nicht auf eine Unveränderbarkeit räumlicher Konstellationen.

Vielmehr geht es um „Versuche, etwas räumlich *in Ordnung* zu bringen [„to fix“], mithin um *strategische Raumproduktionen*“ sowie um „die ‚Reparatur‘ kapitalistischer Krisen mittels Raumproduktion“ (Belina 2011: 243; Hervorh. und Ergänzung LBB & AS).⁶ D.h. Harveys These des *spatial fix* deutet keine räumliche Fixiertheit an, sondern eher das Gegenteil, die geographische Expansion, eine strategische Raumproduktion: So bestehen bekannte Strategien zur Vermeidung von ökonomischer Stagnation oder gar Entwertung aus räumlicher Expansion, bspw. durch vergrößerte Absatzmärkte oder auch durch die Verlagerung der Produktion. Gerade bei letzterer stellt die räumliche Mobilität oftmals die „räumliche Lösung“ (Harvey 2007a: 114) kapitalistischer Probleme dar. Zu dieser Mobilität gehört neben der Produktionsverlagerung (Schaffung monetärer Vorteile durch geringere Lohnkosten, bzw. niedrigere Sozial- und Umweltstandards sowie teilweise auch Erschließung neuer Absatzmärkte) auch der – für diesen thematischen Kontext besonders interessante – Aspekt der Verlagerung des Entsorgungs- bzw. Entwertungsprozesses.

Die Betonung der Bedeutung *ungleicher* geographischer Entwicklung bzw. strategischer Raumproduktionen setzt zudem an einer der „Leerstellen“ der Kritik der politischen Ökonomie an, am „geopolitische[n] Defizit“ (Teschke 2011: 227; vgl. auch ten Brink 2011), da sich Marx’ Lehre – auch in der Beschäftigung mit dem kapitalistischen Weltmarkt – v.a. auf nationalstaatliche Gesellschaftsformationen und internationale Beziehungen bezog. Für die Übertragung auf den globalisierten Kapitalismus bzw. für eine Theoretisierung der ungleichen geographischen Entwicklung sei hier – in konstruktivistischer Tradition – auf die *Entstehungsprinzipien* von ungleicher Entwicklung verwiesen: Diese sind auf die kapitalistischen Ausbeutungspraktiken zurückzuführen, die durch (geo-)politische und (neo-)koloniale Strategien einzelner Nationalstaaten gestützt werden.

Nach Harvey (2005: 39ff sowie 2007a: 113ff) besteht die „Geopolitik des Kapitalismus“ im Kontext global angelegter ökonomischer Ungleichheiten und Abhängigkeiten aus dem Widerspruch zwischen Territorial- und Kapitallogik der Macht: Während sich die territoriale Logik *zwischen* Staaten oder nationalen Gemeinschaften horizontal etabliert, basiert die Kapitallogik auf dem vertikalen Konflikt zwischen Klassen *innerhalb einer (Staats-)Gemeinschaft*. Die Vernachlässigung von Ersterem im Sinne eines methodologischen Nationalismus deutet auf das „geopolitische Defizit“ hin. Die kapitalistische Logik basiert auf Kapitalakkumulation, z.B. durch territoriale Expansion (strategische Raumproduktion; Voraussetzung dafür ist gleichwohl eine ungleiche geographische Entwicklung), während die territoriale Logik in einem absoluten (Container-)Raum „gefangen“

6 Zur Kritik an der Vernachlässigung von Harveys Theorien zur Raumökonomie des Kapitalismus in der deutschsprachigen Wirtschaftsgeographie siehe Belina (2011).

ist (z.B. Staatsgrenzen). „Die räumliche Lösung scheint im Sinne einer langfristigen Stabilisierung des Kapitalismus zu funktionieren“ (Harvey 2007a: 115).

Die Bedeutung ungleicher räumlicher Entwicklungen veranschaulicht zum einen das Gegenteil der vermeintlich egalisierenden Globalisierung und zum anderen den entgegengesetzten Effekt des Abbaus räumlicher Schranken: „... kleinräumige und minimale Unterschiede zwischen den Qualitäten einzelner Orte (was Arbeitskräfte, Infrastruktur, politische Empfänglichkeit, Ressourcenmix, Marktnischen etc. angeht) werden noch wichtiger, weil das internationale Kapital sie nunmehr besser ausnutzen kann“ (Harvey 2007b: 52). Diese geographischen Unterschiede werden durch den freien kapitalistischen Markt vergrößert und die zunehmende Konkurrenz führt zu Produktionsverlagerungen an günstigere Standorte. Zugleich befördern derartige Verlagerungen territoriale Spezialisierungen, z.B. auf bestimmte Branchen und Formen der Warenproduktion oder -destruktion“ (vgl. Harvey 2007a). Tendenziell sinkende Transportkosten machen territoriale Arbeitsteilungen bzw. Spezialisierungen noch bedeutsamer, da sie durch die Verringerung des Einflusses von Entfernung geographische Unterschiede für das Kapital noch interessanter werden lassen.

Raumproduktionen sind somit ein elementares Element der Kapitalakkumulation. Gemeint ist damit nicht die räumliche Expansion politischer Herrschaft, sondern die räumliche Mobilität des Kapitals (hier: des fixierten Kapitals). D.h. es geht um räumliche Kontrollstrategien jenseits politisch-territorialer Kontrolle, da „der Kapitalismus in seinem ständigen Durst nach unendlicher Kapitalakkumulation stets die Errichtung einer geographischen Landschaft an[-strebt], die seine Aktivitäten zu einem gegebenen Zeitpunkt erleichtert“ (Harvey 2005: 102).

6. Ausblick

Die Wiederbelebung der geographischen Abwrack-Landschaft am pakistanischen Gadani Beach zeigt erstens, dass mit der räumlichen Mobilität von Schiffsschrott keine klassische Entsorgung von Müll aus dem Globalen Norden in Länder des Südens stattfindet. Vielmehr kommt es im Prozess des Entsorgens zu einer Verschiebung von Wert, da die als „Müll“ deklarierten *end-of-life*-Hochseeschiffe (Produktionsmittel) in der Phase der Ent- oder End-Wertung eine Wiederverwertung bzw. Aufwertung durch das Recyclen der „Schrott“-Materialien erfahren. Der Ansatz der globalen Destruktionsketten bietet hier einen Rahmen, um konkret die Transformation von Wert (quantitativ wie qualitativ, räumlich wie zeitlich) zu verfolgen.

Zweitens sind die südasiatischen Abwrackwerften Ausdruck einer territorialen Spezialisierung, die auf globalen Ungleichheitsbeziehungen sowie strategischen

Raumproduktionen basiert: Sie sind gleichermaßen Voraussetzung wie Effekt der territorialen Logik von Macht sowie der räumlichen Lösung kapitalistischer Probleme. Zum Teil dienen sie aber auch der (temporären?) Lösung sozioökonomischer Probleme in Balochistan bzw. Pakistan. Dies darf gleichwohl keinesfalls als Legitimation zur Aufrechterhaltung von Ungleichheitsbeziehungen verstanden werden („gut, dass der Schiffsschrott woanders noch nützlich ist“). Und obgleich dieser Aufsatz mit einem kritischen Ausblick auf die lokalen Potenziale und Probleme endet, ist dies weder als erklärte Selbsthilfestrategie („die engagierten Pakistanis“) noch als Betroffenheitsdiskurs („die ausgebeuteten Pakistanis“) zu lesen.

Denn das Abwracken von ehemals unter europäischer Flagge fahrenden Schiffen in Südasien macht die ungerechte Verteilung von Kosten und Nutzen deutlich: Die lokale Ebene (v.a. Umwelt und Arbeitskräfte) wird zu Gunsten von Gewinnen auf der nationalen Ebene sowie der ehemaligen Reedereien ausgebeutet. Zudem besteht am Standort Gadani Beach dringender Handlungsbedarf in den unterschiedlichsten Bereichen: Noch immer zeugen die grundlegenden Infrastrukturen von der einstigen Hochzeit der Anlage. Doch die Zufahrtsstraßen sind der permanenten Frequentierung durch die zahlreichen, mit Stahlplatten und anderen recyclingsfähigen Materialien beladenen LKWs nicht gewachsen. Viele Straßenabschnitte sind weiterhin unbefestigt und zu eng für den Verkehr aus zwei Richtungen. Außerdem findet keine kontrollierte Abfallbeseitigung statt: Gefahrenstoffe werden weder gesondert gelagert noch getrennt entsorgt und landen entweder direkt im Meer oder in unmittelbarer Umgebung der Werften, was neben der Umweltbelastung auch zu Lasten der dort lebenden Menschen führt. Zwar lassen sich geringfügige Verbesserungen auf den Werften finden, beispielsweise der erhöhte Einsatz mechanischer Arbeitsgeräte wie Kräne und Radlader, jedoch ist der Standort von der Gewährleistung internationaler Umwelt- und Sozialstandards weit entfernt. Neben den unbefestigten Straßen bestimmen notdürftig errichtete Unterkünfte, fehlende Strom- und Trinkwasserversorgung sowie Abwasserentsorgung und ebenso das Fehlen eines adäquaten Umgangs mit Gift- und Gefahrenstoffen das Bild. Doch weder die Bundes- und Landesregierung, noch die Akteure aus den beteiligten Industrien fühlen sich in der Verantwortung, die notwendigen Investitionen zu tätigen, wodurch die Abwrackindustrie über Jahrzehnte zum Spielball politischer Machtkämpfe geworden ist.

Ausblickend lässt sich feststellen, dass der Standort Gadani Beach der pakistanischen Abwrackindustrie den minimalsten Anforderungen an Sicherheits-, Gesundheits- und Arbeitsstandards nicht entspricht. Grundlegende Veränderungen in den globalen Verflechtungen der Abwrackindustrie lassen sich allerdings nur erzielen bzw. umsetzen, wenn *alle* beteiligten Akteure auf den unterschiedlichsten Ebenen bereit sind bzw. dazu gebracht werden, entsprechende Verantwortungen in den Bereichen Umwelt- und Sozialstandards zu übernehmen. Nur dann lassen

sich die Werttransformation sowie das Materialrecycling von Schiffsschrott als Perspektive erfassen, die der territorialen Logik von Macht entgegenwirkt, und in der Ungleichheit nicht länger in Ungerechtigkeit resultiert.

Literatur

- Bastiansen, Erik (2008): Ship recycling 2008-2023. In: *BIMCO Bulletin* 103 (1): 76-81.
- Belina, Bernd (2011): Kapitalistische Raumproduktionen und ökonomische Krise. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 55 (4): 239-252.
- Cook, Ian (2004): Follow the thing: papaya. In: *Antipode* 36 (4): 642-664.
- Crang, Mike (2010): The death of great ships: photography, politics, and waste in the global imaginary. In: *Environment and Planning A* 42 (5): 1084-1102.
- Demaria, Federico (2010): Shipbreaking at Alang-Sosiya (India): An ecological distribution conflict. In: *Ecological Economics* 70 (2): 250-260.
- Dev, Arun Kr. (2010): Various Aspects of Sound Ship Recycling in South Asia. A Compromise NOT a confrontation! In: *International Conference on Marine Technology (MARTEC)*, Dhaka, Bangladesch: 233-240.
- Gerostergiou, E. (2012): *Ship breaking. A study of the demolition market*. URL: <http://digilib.lib.unipi.gr/dspace/bitstream/unipi/4633/1/Gerostergiou.pdf>
- GMS (2014): in: *GMS Weekly* 141 (616): 1.
- Grant, Richard/Oteng-Ababio, Martin (2012): Mapping the invisible and real "African" economy: Urban E-waste circuitry. In: *Urban Geography* 33 (1): 1-21.
- Gregson, Nicky/Crang, Mike/Ahamed, Farid/Akhtar, Nasreen/Ferdous, Raihana (2010): Following things of rubbish value: end-of-life ships, 'chock-chocky' furniture and the Bangladeshi middle class consumer. In: *Geoforum* 41 (6): 846-854.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg [2003].
- (2007a): *Räume der Neoliberalisierung*. Hamburg [2005].
- (2007b): Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination. In: Belina, Bernd/Michel, Boris (Hrsg.): *Raumproduktionen*. Münster, 36-60 [1990].
- (2010): *The Enigma of Capital – and the Crisis of Capitalism*. London.
- (2011): *Marx' "Kapital" lesen*. Hamburg [2010].
- Helfre, Jean-Florent (2013): *Controversial Shipbreaking Dismantles Stakeholder Trust*. URL: http://www.shipbreakingplatform.org/shipbrea_wp2011/wp-content/uploads/2013/06/Sustainalytics-Shipbreaking-Report-April-2013.pdf
- Herod, Andrew/Pikren, Graham/Rainnie, Al/Mgrath-Champ, Susan (2013): Waste, commodity fetishism and the ongoingness of economic life. In: *Area* 45 (3): 376-382.
- Khan, Aamir Shajaat (2013a): On the roll. In: *Dawn*, 06.01.2013.
- Kumar, Ramapati (2009): *Ship Dismantling. A status report on South Asia*. URL: http://www.shipbreakingplatform.org/shipbrea_wp2011/wp-content/uploads/2013/07/ship_dismantling_en.pdf
- Jamal, Ali (2013): Pakistan's ship breaking industry revives. In: *Central Asia Online*, 26.03.2013.
- Lepawsky, Josh/Billah, Mostaem (2011): Making chains that (un)make things: waste-value relations and the Bangladeshi rubbish electronics industry. In: *Geografiska Annaler B* 93 (2): 121-139.
- Lepawsky, Josh/Mather, Charles (2011): From beginnings and endings to boundaries and edges: rethinking circulation and exchange through electronic waste. In: *Area* 43 (3): 242-249.
- Lepawsky, Josh/McNabb, Chris (2010): Mapping international flows of electronic waste. In: *The Canadian Geographer* 54: 177-195.

- Lloyd's Register (2011): *Ship Recycling. Practice and regulation today*. URL: http://www.shipbreakingbd.info/report/ShipRecycling_Lloyds%20Register.pdf
- Moonis, Ahmed (2010): Ship breaking industry in a tight spot. In: *Daily Times*, 12.03.2010.
- Naveeda, Naseer (2011): High unemployment rate in Balochistan. In: *Dawn*, 25.10.2011.
- NGO Shipbreaking Platform (2013a): *Annual Report 2012*. URL: <http://www.shipbreakingplatform.org/shipbrea/wp2011/wp-content/uploads/2013/05/Annual-Report-2012-NGO-Shipbreaking-Platform.pdf>
- (2013b): *Pakistan Shipbreaking Outlook: The Way Forward for a Green Ship Recycling Industry – Environmental, Health and Safety Conditions*. URL: http://www.shipbreakingplatform.org/shipbrea_wp2011/wp-content/uploads/2013/10/SDPI-NSP-Pakistan-Position-Paper-For-Printing.pdf
- (2014a): *List of all ships dismantled over the world in 2013*. URL: http://www.shipbreakingplatform.org/shipbrea_wp2011/wp-content/uploads/2014/04/List-of-all-ships-dismantled-over-the-world-in-2013.pdf
- (2014b): *Problems and Solution*. URL: <http://www.shipbreakingplatform.org/problems-and-solutions/>
- Rainnie, Al/Herod, Andrew/McGrath-Champ, Susan (2011): Global production networks and labour. In: *Competition and Change* 15 (2): 155-169.
- SAJ, Shipbuilders' Association of Japan (2014): *Shipbuilding Statistics, March 2014*. URL: http://www.sajn.or.jp/e/statistics/Shipbuilding_Statistics_Mar2014e.pdf
- ten Brink, Tobias (2011): Geopolitische Kriegstheorien: Über den Zusammenhang von Weltwirtschaft und Geopolitik in neueren politökonomischen Ansätzen. In: Jäger, Thomas/Beckmann, Rasmus (Hrsg.): *Handbuch Kriegstheorien*. Wiesbaden, 63-71.
- Teschke, Benno (2011): Marx, Engels und Lenin: Krieg, Internationale Beziehungen und Geschichtstheorie. In: Jäger, Thomas/Beckmann, Rasmus (Hrsg.): *Handbuch Kriegstheorien*. Wiesbaden, 227-238.
- The Express Tribune (2011): Iron and steel. Ship breaking industry meeting 70 percent requirements. In: *The Express Tribune*, 28.07.2011.
- The News (2013): Two labourers die at Gadani ship breaking yard. In: *The International News*, 13.07.2013.
- UNCTAD, United Nations Conference on Trade and Development (2013): *Review of Maritime Transport 2013*.
- Weltbank (2010): *Ship Breaking and Recycling Industry in Bangladesh and Pakistan*. URL: <http://siteresources.worldbank.org/SOUTHASIAEXT/Resources/223546-1296680097256/Ship-breaking.pdf>

Achim Brunnengräber und Lutz Mez

Strahlende Hinterlassenschaften aus Produktion und Konsumtion

Zur Politischen Ökonomie des Atommülls¹

Einleitung

Weder Karl Marx noch die Autoren des Kreislaufwirtschaftsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland hatten eine Vorstellung, um welche Art Abfall es sich bei Atommüll handelt. Beim Atommüll handelt es sich nicht um Exkremete, die auf Rieselfeldern oder in Komposthaufen zu Dünger werden, und keineswegs sind alle Komponenten und Isotope im Atommüll recycle- oder wiederverwendbar. Den „nuklearen Brennstoffkreislauf“ gibt es gar nicht – und eine in jeder Hinsicht nachhaltige Entsorgung von Atommüll ist bisher in keinem Land gefunden worden. Seit über 70 Jahren wird hochradioaktiver Müll beim Atombombenbau, in Forschungsreaktoren und in Atomkraftwerken produziert, aber eine sichere Deponie, ein risikofreies „Endlager“ für Atommüll ist in all den Jahren nicht realisiert worden. Wie lässt sich das erklären?

Zunächst mit den Charakteristika von Atommüll selbst. Denn Müll ist nicht immer „Müll“, vor allem sind die Abfälle in der Atomwirtschaft kein normaler Müll. Ein Teil der nuklearen Abfälle kann auch als Wertstoff deklariert werden, weil die Komponenten bzw. Isotope wiederverwendet werden können. Das gilt zum Beispiel für *ab*gereichertes Uran, das in den Anreicherungsanlagen entsteht, wenn der Anteil des spaltbaren Urans-235 von 0,7 Prozent auf 3 bis 4 Prozent für Brennelemente von Leichtwasserreaktoren erhöht wird. Ebenso sind die abgebrannten Brennelemente nach ihrem Einsatz im AKW nicht einfach Atommüll, vor allem dann nicht, wenn in Wiederaufarbeitungsanlagen wiederverwendbare Isotope extrahiert werden. So können Uran-235 und Plutonium als kernwaf-

1 Der Text entstand im Rahmen des vom BMBF geförderten Projektes „Nukleare Entsorgung aus Multi Level Governance-Perspektive“ am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der FU Berlin. Es ist ein Teilprojekt der Forschungsplattform „Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe: Interdisziplinäre Analysen und Entwicklung von Bewertungsgrundlagen“ (für ausführliche Informationen siehe www.entria.de).

fenfähiges Material Wiederverwendung finden. Und aus abgereichertem Uran können Granaten, Geschosse und anderes Kriegsmaterial hergestellt werden. Das Wort Recycling, Wiederverwertung, bekommt im Vergleich zum üblichen Sprachgebrauch dann eine völlig andere, zivil-militärische Bedeutung.

Es ist aber die Antwort auf die Ausgangsfrage. Atommüll kann keineswegs als „Exkrement der Produktion“ (Karl Marx) bezeichnet werden, das ohne Gefahren für Gesundheit und Leben auf Rieselfeldern oder Komposthaufen zu Dünger oder Erde wird – er kann auch nicht verbrannt, im Meer versenkt, durch Schornsteine in die Luft entlassen oder auf eine Mülldeponie verbracht oder vernichtet werden. Er kann auch nicht mit Raketen in die Sonne oder den Weltraum geschossen oder durch Vulkanschlote ins Erdinnere verbracht werden, oder was es sonst noch für phantasievolle Vorschläge im Laufe der Zeit für die unlösbare Aufgabe gegeben hat. Und dennoch gilt, der Atommüll muss so sicher wie nur irgend möglich eingelagert und von den Menschen, die ihn produziert haben, ferngehalten werden. Jeder Umgang mit radioaktivem Material, vom Uranabbau, der Extraktion und der Anreicherung von Uran, bis zur Fertigung der Brennelemente, dem Einsatz im Atomkraftwerk, der Transporte zur und von der Wiederaufarbeitungsanlage und schließlich der Einlagerung des Atommülls in Zwischen- oder Endlagern bringt Gefahren mit sich.

Jede Stufe muss nicht nur erheblichen Sicherheitsansprüchen genügen, sondern auch gesellschaftlich gegen große Widerstände wie bei den Castor-Transporten durchgesetzt werden. Das hat bislang erhebliche Kosten verursacht, die im Wesentlichen von der Allgemeinheit getragen werden mussten. Weder die Atomindustrie noch die Länder, in denen Atommüll entsteht, wollen die Verantwortung und die immensen Kosten übernehmen. Das ist eine weitere Antwort auf die Frage, warum es weltweit noch immer kein „nukleares Endlager“ gibt. Der Beitrag geht der Frage nach, welche polit-ökonomischen Gründe gegen das „Projekt Endlager“ sprechen. Er skizziert die sich verändernde Landschaft aus staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren der Atommüllpolitik, um zu klären, ob in Deutschland eine günstige Gelegenheit, ein *window of opportunity* in der „Endlagersuche“ eröffnet wurde.

1. Müll ohne Ende

Die Problemdimension der Atomenergie wird vor allem dann deutlich, wenn die gesamte *Un*-Wertschöpfungskette in den Blick genommen wird. Auf jeder Stufe entstehen erhebliche Mengen von radioaktivem Müll; nicht nur durch den Betrieb der AKW, auch in den vor- und nachgelagerten Produktionsphasen. Was selten – vor allem nicht von den AKW-Betreibern – thematisiert wird:

Der meiste Atommüll fällt in den Uran-Bergwerken an. Dieser Müll wird nicht exportiert, sondern verbleibt in den Ländern, in denen das Uran abgebaut wird (Schönberger 2013: 9). Die Entfernung zu den Abbauländern trägt dazu bei, dass der elektrische Strom von AKW wie in Frankreich als „saubere heimische Energiequelle“ deklariert wird. Aber der Abraum, die Schlämme, der kontaminierte Staub und das kontaminierte Wasser sowie die kontaminierten Werkzeuge müssen „entsorgt“ werden. Das ist keineswegs problemlos möglich und wurde auch nicht immer ernsthaft betrieben. Vor allem in den frühen Jahren der Atomkraftnutzung wurden Minen oft still gelegt, ohne dass der Müll beseitigt und die Mine saniert worden wären. Große Rückstandsdeponien finden sich in Namibia (Rössing Mine), aber auch in Deutschland (Wismut). Ferner gibt es in den USA und Kanada zahlreiche kleinere Uranbergwerke, in denen keine Sanierungsmaßnahmen unternommen wurden (Kreusch et al. 2006: 137).

Bei der Urangewinnung entstehen riesige Abraumhalden und Abwässer, die das Grundwasser bedrohen. In solchen Gebieten – wie etwa im Uran-Bergwerk Sertão in Brasilien nahe der Kleinstadt Caetité – muss inzwischen Trinkwasser angeliefert werden, da das Grundwasser verseucht ist. Die Landwirtschaft kommt zum Erliegen und die Menschen leben von Sozialhilfe, wenn es keine Arbeit mehr in den Minen gibt. Nichtsdestotrotz will Brasilien bzw. der staatliche und „verfilzte Atomsektor“² die Förderung von Uran erheblich ausbauen. Die Vorkommen sind groß und 30 Prozent des Landes sind noch gar nicht erkundet.

Die zehn wichtigsten Uranförderländer – absteigend sortiert nach der Produktionsmenge in den Jahren 2010-2012 – sind derzeit Kasachstan (ca. 21.000 t), Kanada (9.000 t), Australien (7.000 t), Niger (4.600 t), Namibia (4.500 t), Russland (2.800 t), Usbekistan (2.400 t), die USA (1.600 t), China (1.500 t) und Malawi (1.100 t).³

Auf den nächsten Produktionsstufen des sogenannten „nuklearen Brennstoffkreislaufs“ – der Yellow Cake Produktion, der Anreicherung und der Brennelementefertigung – entsteht ebenfalls Atommüll, ebenso wie beim Betrieb im AKW bzw. bei der Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente, die in wiederverwendbares Uran und Plutonium zerlegt werden.

Auf jeder Stufe des Produktionsprozesses entstehen aber andere Formen von Atommüll, der unbedingt sicher „endgelagert“ werden muss. Atommüll ist also der Sammelbegriff für die strahlenden Hinterlassenschaften des „Brennstoff-

2 So Wolfgang Kunath in der Berliner Zeitung vom 04.02.2014 über „Brasiliens strahlende Zukunft“.

3 Zahlen von <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/13486/umfrage/produktion-von-uran-nach-laendern-weltweit/> (eingesehen am 23.06.2014).

kreislaufs“, mit denen wir zukünftige Generationen für unabsehbare Zeiträume konfrontieren.

Technisch wird bei Atommüll unterschieden zwischen schwachradioaktivem Abfall (*low level waste*, LLW), mittelradioaktivem Abfall (*intermediate level waste*, ILW) und hochradioaktivem Abfall (*high level waste*, HLW). Etwa 95 Prozent der radioaktiven Abfälle zählen zur Kategorie schwach- oder mittelradioaktiv, die verbleibenden fünf Prozent sind hochradioaktiver Abfall, der in Deutschland – weil hier keine Atomwaffen hergestellt werden – vor allem in AKW erzeugt wird.

Atommüll kann auch nach der Gefahrendauer unterschieden werden: Diese Dauer hängt von der Halbwertszeit der Radionuklide im Müll ab. Atommüll mit einer Halbwertszeit von etwa 30 Jahren wird als kurzlebig angesehen. Eine besonders lange Halbwertszeit hat dagegen Plutonium 239 mit 24.110 und Plutonium 242 mit etwa 376.000 Jahren. Die Halbwertszeit von Uran 235 beträgt sogar fast 704 Millionen Jahre. Die radioaktiven Isotope sind erst nach zehn Halbwertszeiten völlig zerfallen.⁴

Die unterschiedlichen Kategorien für Atommüll, ob mit Halbwertszeiten oder dem Grad der Radioaktivität begründet, lassen sich keineswegs nur aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ableiten. Sonst ließe es sich kaum erklären, dass sich die Klassifikationen bzw. der Umgang mit dem Atommüll von Land zu Land unterscheiden können. In Frankreich beispielsweise werden alle Anlagenteile und Stoffe, die radioaktiv kontaminiert waren und sehr gering belastet sind, eingelagert. In der Bundesrepublik werden diese Fraktionen des Mülls „freigemessen“ und der wirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Abgereichertes Uran wird in den Niederlanden eingelagert, in Deutschland gilt es hingegen als Wertstoff.

Abgereichertes Uran – *depleted uranium* (DU), auch *Tails* genannt – wird vor allem als Uranmunition in panzerbrechenden Geschossen eingesetzt. Durch den Urankern haben diese Geschosse eine hohe Masse und besitzen dadurch eine viel höhere Durchschlagskraft als zum Beispiel Blei oder Stahl. DU-Munition wurde unter anderem im Irak-Krieg und während des Kosovokrieges eingesetzt. Abgereichertes Uran wird auch für Ausgleichsgewichte in Flugzeugen verwendet. Wenn die Flugzeuge abstürzen oder abgeschossen werden, kann es allerdings freigesetzt werden und die Umwelt verseuchen. In der Urananreicherungsanlage in Gronau lagern zehntausende von Tonnen abgereichertes Uran. Die Nachfrage nach dem „Wertstoff“ ist also gering. Abgereichertes Uranhexafluorid aus Gronau wird dagegen nach Russland, Frankreich, Großbritannien und in die Niederlande exportiert.

4 Für eine Übersicht siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Radioaktiver_Abfall (eingesehen am 23.06.2014).

2. Paradoxien und Polarisierungen

Der Widerspruch zwischen der weiteren Erzeugung von Atomabfällen und der ungeklärten Frage nach der Einlagerung dieses Mülls prägt das gesamte Zeitalter der Atomenergienutzung. Das Problem der Externalisierung der Kosten wurde als gering erachtet, bagatellisiert oder auch völlig ignoriert. Die Debatte über den Standort Gorleben sowie die Probleme im Umgang mit den nuklearen Hinterlassenschaften in der Asse in Deutschland oder dem Waste Isolation Pilot Plant (WIPP) in den USA verweisen aber auch darauf, dass wir es bei der Einlagerung (hoch-)radioaktiver Abfälle mit einem *wicked problem* zu tun haben (Brunnengräber et al. 2012). Die bisherige Erfahrung zeigt, dass weder die technologischen noch die geologischen Barrieren, die verhindern sollen, dass die radioaktiven Stoffe in die Umwelt gelangen, eine möglichst hohe Sicherheit garantieren können. Aber auch die politischen Prozesse sind Teil des *wicked problems*. Die Suche nach einem Endlager – und das haben alle politischen Versuche der letzten Jahrzehnte gezeigt – steht überall auf der Welt erst am Anfang (zur Endlager-Governance in verschiedenen Ländern siehe Mez et al. 2014). Und doch hat der laufende Prozess die historisch entstandene Konfliktlandschaft inhaltlich wie politisch bereits verändert, auch in Deutschland. Insbesondere durch den Referenzrahmen der Energiewende, dem Niedergang der Nutzung der Atomtechnologie (Radkau/Hahn 2013) und dem sogenannten Atomausstieg ist die Atompolitik möglicherweise in ein „Zeitalter des Aufräumens“ eingetreten.

In Deutschland wurde die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen im Zuge des rot-grünen Atomausstiegs mit der Novelle des Atomgesetzes von 2002 seit dem 1. Juli 2005 verboten. Aber die Betreiber der Atomkraftwerke – E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW – hatten seit den 1980er Jahren vertragsgemäß abgebrannte Brennelemente aus deutschen AKW nach Frankreich oder Großbritannien verbracht. Die abgebrannten Brennelemente wurden in den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield zerlegt und vor allem das wieder einsetzbare Plutonium für sog. MOX-Brennelemente verarbeitet. Der restliche Atom Müll sowie die noch nicht verarbeiteten abgebrannten Brennelemente wurden in Castor-Behältern nach Deutschland zurückgeschickt und in Gorleben „zwischengelagert“. Über die Lagerung der ausstehenden 26 Castorbehälter ist jedoch der politische Streit entfacht, zumal keine Castoren mehr nach Gorleben gebracht werden dürfen.

Aber der mengenmäßig größte Anteil des Atom Mülls ist schwach- und mittelaktiver Atom Müll. Ein Teil davon wurde in der „Asse“ eingelagert, einem stillgelegten Steinsalzbergwerk der Wintershall AG, das die Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre für 600.000 DM zum Zwecke der „Versuchslagerung von radioaktiven Rückständen“ kaufte. Von 1967 bis 1978 wurden dort fast

126.000 Fässer schwachaktiver und etwa 1.500 Fässer mittelaktiver Atommüll eingelagert bzw. abgekippt. Beim Kauf der Asse war zwar bekannt, dass in das Bergwerk Wasser einläuft – die Risse wurden 1956 entdeckt und seit 1960 liefen 2 l pro Minute ein – aber es gelang nicht, den Wassereinfluss durch Zementieren einzudämmen. Vielmehr stellte sich heraus, dass immer mehr Wasser in die Asse lief, so dass nicht nur eine radioaktive Verseuchung des Grundwassers befürchtet wurde, sondern sogar der Einsturz des ehemaligen Bergwerks. Die ersten Kostenschätzungen zur Behebung des Problems beliefen sich auf 2 Mrd. Euro, dann auf 4 Mrd. Euro – und seitdem darüber nachgedacht wird, das gesamte Atommüll-Inventar aus der Asse zu bergen, werden die Kosten gar nicht mehr veröffentlicht. Ein ähnliches Problem ist auch in Morsleben zu beobachten, wo die DDR ihren schwach- und mittelaktiven Atommüll eingelagert hat. Lediglich der Schacht Konrad steht potentiell, aber mit erheblichen technischen Problemen, für diese Arten von Atommüll in Deutschland zur Verfügung.

Vor wenigen Jahren ging man noch davon aus, dass die Zwischenlagerung nur für zwei bis drei Jahrzehnte erforderlich ist. Inzwischen ist jedoch klar, dass es sich um einen wesentlich längeren Zeitraum handeln wird. Die Standort-Gemeinden von Atomkraftwerken, die vor dem Atomausstiegsbeschluss in der Regel pro-Atom eingestellt waren, weil sie von den Gewerbesteuererträgen und den Arbeitsplätzen in den AKWs profitierten, beginnen sich Sorgen zu machen. Sie befürchten, dass ihre Zwischenlager schleichend zu Langzeitlagern werden. Was den hochradioaktiven Atommüll betrifft, so gibt es in der Bundesrepublik (noch) den Konsens, dass dieser nicht ins Ausland verbracht sondern auf deutschem Territorium gelagert werden soll. Aber hier besteht inzwischen ein hoher Handlungsbedarf und Zeitdruck, denn bis zum 23. August 2015 muss Deutschland – wie auch die anderen EU-Länder – eine Richtlinie der EU umsetzen und ein nationales Programm für die sichere Lagerung von Atommüll notifizieren.⁵

Nach dem Super-GAU in Fukushima entstand in Deutschland ein parteiübergreifender Konsens, dass nach der Abschaltung der AKWs nun auch das Atommüll-Problem zu lösen sei. Mitte 2013 trat das Endlagersuchgesetz in Kraft, ein Jahr später wurde gemäß Paragraph 3 dieses Gesetzes die „Kommission zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ eingerichtet. Dies führt zu neuen politökonomischen Dynamiken in der „Endlagersuche“, denn es ist nicht nur unklar, wie das Verfahren zur „Endlagersuche“ politisch gestaltet werden soll und wie

5 EU Richtlinie 2011/70/Euratom „Über einen Gemeinschaftsrahmen für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:199:004:8:0056:DE:PDF> (eingesehen am 10.7.2013).

mit (welchem) Atommüll umgegangen werden soll, sondern auch, wer letztlich die Kosten dafür tragen wird.

3. Privat goods, public bads

Die Betreiber von AKW sind zwar daran interessiert, mit ihren Anlagen möglichst hohe Profite zu erzielen, aber die volle Übernahme der Stilllegungs- und Entsorgungskosten wollen sie möglichst vermeiden. Nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich oder Spanien liegen die Betreiber im Streit mit ihren Regierungen über die finanziellen Verantwortlichkeiten. Entweder ist in diesen Ländern die Finanzierung nicht eindeutig geregelt oder es fallen Zusatzkosten an, weil die Rückstellungen, die zum Beispiel die deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU) für den Rückbau der AKWs und die Entsorgung der nuklearen Abfälle gebildet haben, vermutlich nicht ausreichen.

Auch für die AKW-betreibenden EVU gilt das Verursacherprinzip, das so genannte *polluter pays principle*, der Umweltpolitik. Die Grundlage für die handelsrechtliche Rückstellungsbildung bildet das Handelsgesetzbuch. Rückstellungen sind unbesteuerter Gewinne, die vorher von den Betreibern über den Strompreis von den Stromkunden kassiert wurden. Mit diesem, für sie sehr vorteilhaften Rückstellungssystem arbeiten die Betreiber seit Beginn der Nutzung der Atomkraft in Deutschland. Aus Sicht der Betreiber wird das im Atomgesetz materiell rechtlich niedergelegte Verursacherprinzip „1:1“ auf das System der finanziellen Entsorgungsvorsorge übertragen. Ferner behaupten die Betreiber, dass so nicht nur dem Verursacherprinzip, sondern zugleich dem Gebot der Generationengerechtigkeit vollständig Rechnung getragen würde.⁶ Dass die „Endlagersuche“ von den Abfallverursachern bezahlt werden muss, ist unstrittig, Streitpunkt ist aber, welche Kosten überhaupt übernommen werden müssen. Die Rückstellungen wurden für den Rückbau der AKWs und die Einlagerung des Atommülls gebildet. Wer aber zahlt für den Endlagersuchprozess, die Forschung und für das anspruchsvolle, demokratische Verfahren, das es zu organisieren gilt?

Mit der Suche nach einem geeigneten Standort und dem Bau des Endlagers ist es nicht getan. Nach der Inbetriebnahme werden weitere Kosten für den Transport und die Einlagerung des Atommülls anfallen. Die Höhe der Kosten dürfte erheblich davon abhängen, ob ein Verschluss des „Endlagers“ erfolgt oder ob die Rückholbarkeit des Mülls vorgesehen wird. Eine Offenhaltung und Überwa-

6 Christian Müller-Dehn, 2008: Rückstellungen. Finanzielle Entsorgungsvorsorge aus Sicht der Betreiber, in atw 6/2008, <http://www.kernenergie.de/kernenergie/themen/finanzierung/rueckstellungen.php>

chung wird mit Sicherheit höhere Folgekosten verursachen als der Verschluss. Aber auch bei letzterem muss ein Kontrollsystem am Laufen gehalten werden, das auf mögliche Strahlungsausstritte in zehn, hundert und auch in tausend Jahren noch reagiert. Wer wollte hierfür eine Kostenschätzung vornehmen und wer den Versicherungsschutz? Schon bei den AKW ging es den Betreibern im Übrigen weniger um eine Investitionsbeteiligung des Bundes als um eine Risikobeteiligung. Denn neben der ökonomischen Bürde für künftige Generationen stellt das Risiko eines atomaren Unfalls beim Betrieb, dem Rückbau, dem Transport und der Einlagerung ein betriebswirtschaftlich unkalkulierbares Risiko dar.

Trotzdem ist die Endlagersuche für die EVU kein Thema von hoher Priorität. Denn für sie sind mit dem Weiterbetrieb der verbleibenden AKWs so lange wie möglich Profite – und mit der „Endlagersuche“ neue und letztlich nicht absehbare Kosten verbunden. In Deutschland haben die AKW-Betreiber Entsorgungsrückstellungen in die Bilanzen eingestellt, derzeit insgesamt rund 36 Mrd. Euro. Diese sind für den Rückbau und die Stilllegung der AKWs sowie die Einlagerung radioaktiver Abfälle vorgesehen, nicht aber für die erneute Endlagersuche. Die Betreiber sind der Auffassung, dass eine alternative Standortsuche nur sinnvoll ist, wenn sich herausstellt, dass Gorleben nicht dem Anforderungsprofil des Standortauswahlgesetzes von 2013 (StandAG) entspricht. Sie bzw. das Deutsche Atomforum weisen außerdem darauf hin, dass in den Salzstock Gorleben schon 1,6 Mrd. Euro investiert worden seien. Da sie „bereits in der Vergangenheit die Endlager-Erkundung und -Errichtung anteilig zu ihrem Abfallaufkommen finanziert“⁷ haben, lehnen sie eine weitere Kostenübernahme ab.

Aber es gibt noch ein weiteres Problem: Im Falle einer Insolvenz und der Zahlungsunfähigkeit der AKW-Betreiber sind die Rückstellungen für die Stilllegung der AKWs und die „Endlagerung“ des Atom Mülls womöglich verloren. Deshalb wird in Deutschland von wissenschaftlicher Seite, um die Refinanzierung des Verfahrens durch die Abfallverursacher zu gewährleisten, die Überführung der Rückstellungen in einen öffentlichen-rechtlichen Fonds empfohlen und von der Anti-Atom-Bewegung mit Nachdruck eingefordert. Aber ist das ohne weiteres möglich? Die Rückstellungen liegen bei E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW nicht liquide vor, sondern sind investiert bzw. liegen in Sacheinlagen wie Kraftwerksbeteiligungen vor. Und was ist, wenn die Einlagen an Wert verlieren oder sich nicht mehr liquidieren lassen? Würde die Bundesregierung die Gelder einfordern, wäre das eine schwer tragbare Belastung für die EVU, denen angeblich schon die Energiewende zusetzt.

7 Deutsches Atomforum, 2013: Stilllegung und Rückbau von Kernkraftwerken, <http://www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/service/060rueckbau-von-kkw.pdf> (eingesehen am 10.07.2013).

Nicht nur deshalb wurde von den AKW-Betreibern E.ON, RWE und EnBW Mitte 2014 die Idee einer öffentlich-rechtlichen Stiftung ins Spiel gebracht, die als „Bad Bank“ der Atomwirtschaft bezeichnet wurde. Nach den Recherchen des „Spiegel“ war die Regierung in die „geheimen Pläne der Energiekonzerne“ allerdings eingeweiht: „Was die Bürger aber nicht wissen sollen: Der Abbau der Reaktoren wird teurer als bekannt und ist schlecht vorbereitet“.⁸ Aus dieser Situation wird ein Ausweg gesucht. Die Idee ist, dass die Betreiber ihre Rücklagen in eine Stiftung überführen, die in der Zukunft für den milliardenteuren Abriss der AKW und die Lagerung der radioaktiven Abfälle zuständig sein soll. Im Gegenzug würden die EVU u.a. ihre anhängigen Klagen und Schadensersatzforderungen wegen des deutschen Atomausstiegs in Höhe von mehr als 15 Milliarden Euro gegen die Bundesregierung zurückziehen. Vattenfall hat eine andere Strategie gewählt: nach der 2012 erfolgten Umstrukturierung, bei der die Vattenfall Europe AG mit der Vattenfall GmbH verschmolzen wurde, ist die schwedische Konzernmutter nicht mehr voll in der Haftung.

Nach der Privatisierung der Gewinne werden die Lasten der Allgemeinheit aufgebürdet. Auf *private goods* folgen – wie so oft – die *public bads*. Mit dem marktwirtschaftlichen Verursacherprinzip hat das nichts zu tun. Und doch ist das Angebot nicht nur unanständig. Es regt zumindest die Debatte an und ist überlegenswert, weil ein Weg gefunden werden muss, die Rückstellungen der AKW-Betreiber für die Allgemeinheit zu sichern. Auch die Frage, wer die Finanzmittel nachschießen muss, wenn Abriss und „Endlagerung“ teurer werden, muss schließlich geklärt werden. Fest steht, dass es den Atommüll auch in hunderten bzw. tausenden von Jahren noch geben wird, ganz sicher aber nicht die AKW-Betreiber, wie wir sie heute – im fossilen Zeitalter – kennen. Aus der Haftung dürfen sie deshalb jedoch keineswegs genommen werden, vielmehr ist über die noch weiter aufzubringende Haftungssumme zu verhandeln. Eine Überprüfung sowie eine volle und transparente Ausweisung der Rückstellungen in Verbindung mit Kostenkalkulationen für die Entsorgung des Atommülls sind deshalb nicht nur längst überfällig, sondern dringend geboten. Hier sind die Regierung bzw. die entsprechenden Einrichtungen wie das Bundesamt für Strahlenschutz und die EVU in der Pflicht. Die jetzige Regelung, dass die anfallenden Kosten je nach Bedarf bei den Unternehmen abgerufen werden und die Rückstellungen

8 Siehe Spiegel 20 und 21/2014 sowie die Berliner Zeitung vom 13. Mai 2014, Seite 2: „Konzerne wollen stiften gehen“, außerdem Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/atomkraftwerke-energiekonzerne-fordern-bad-bank-vom-bund-a-968719.html> (eingesehen am 20.05.2014).

von den Unternehmen selbst verwaltet werden,⁹ wird den Erfordernissen bei der Endlagersuche keineswegs gerecht.

Durch die Dauer und die entstehenden „Ewigkeitskosten“ der „Endlagerung“ wird auch ein Schlaglicht auf die Probleme der institutionellen Ausgestaltung des zukünftigen dauerhaften Prozesses geworfen. Zwar sind bestimmte Institutionen wie die Energiekonzerne besonders verantwortlich für die Erzeugung des Atom­mülls – doch sie werden bereits in einigen Jahren oder Jahrzehnten vielleicht gar nicht mehr existieren. Nicht nur eine Insolvenz der Betreiber­gesellschaften (mit beschränkter Haftung) sondern Änderungen des Rechtsstatus wie bei Vattenfall, Fusionen zwischen verschiedenen Energie­unternehmen, Aktienverkäufe etc. ändern den Status der Kapital­unternehmen fortwährend. Die „Identität“ der Verursacher (*polluters*) und der Besitzer der Unternehmen wie der Profite aus dem Atom­geschäft wird sich mit Sicherheit verändern. Auch vor diesem Hintergrund könnte eine Stiftung oder einer andere Rechtsform sinnvoll sein, würde sie doch darauf verweisen, dass nicht der Staat und damit die Allgemeinheit die alleinige Verantwortung für die Produktion des Atom­mülls zu tragen hat.

4. Schlussfolgerungen: neue Endlager-Governance

Es klingt ganz einfach: Der Staat müsste jetzt die Peitsche zeigen, zumindest um die finanzielle Seite des *wicked problems* zu beheben. Zugleich gilt aber auch, dass durch Regierungshandeln im *top down*-Verfahren die Atom­müllfrage Jahrzehnte lang nicht beantwortet werden konnte. Früh schon wurde die Forderung nach einer umfassenden Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure erhoben; in der Forschung wurde dieses Defizit ebenfalls eingehend thematisiert (Hocke et al. 2006; Mez 2006). Doch auch der Prozess bis zur Verabschiedung des StandAG entsprach in keiner Weise dem Anspruch breiter demokratischer Partizipation. Es fiel hinter die Prinzipien zurück, die der „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) bereits 2002 erarbeitet hat. Als Empfehlung wird dort formuliert, dass es bei der Endlagersuche „um die kooperative Gestaltung von Entwicklungen [geht]. Zur Kooperation kommen Experten, Interessen­vertreter, Parlamentarier, Mitglieder der Regierung und Verwaltungen mit Bürgern und Bürgerinnen zusammen und versuchen, Konflikte zu lösen und Zukunftskonzepte oder konkrete Planungen zu entwickeln. Diesen neuen Aufgaben

9 Siehe zur Finanzierungsverantwortung das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), http://www.bfs.de/de/endlager/publika/finanzierung_rueckbau.html (eingesehen am 24.06.2014).

entsprechen neue Methoden.“¹⁰ Weder das BMU-Forum noch das StandAG folgten diesen partizipativen Ansätzen des AKEnd.

Nochmals gefragt: Braucht die „Endlagerfrage“ den Staat als Vermittler und als Regelinstanz? Oder benötigen wir einen anderen Staat, der einen partizipativen Suchprozess anstoßen kann? Die beiden Fragen sind nicht nur rhetorischer Art. Vielmehr sind die polit-ökonomischen Interessenüberschneidungen zwischen den staatlichen Instanzen und den EVU mit ausschlaggebend dafür, dass der „Endlagersuchprozess“ weltweit so schleppend verläuft und sich als *wicked problem* herausstellt. Der „Atomkomplex“ ist nicht nur in Deutschland (Radkau/Hahn 2013), sondern in allen Ländern, die AKW betreiben, eher ein Hindernis im Suchprozess als eine treibende Kraft. Warnend hat die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ darüber hinaus darauf hingewiesen, dass politische Projekte dieses Ausmaßes auch scheitern können: „Bei großen Infrastrukturprojekten wie dem Neu- oder Ausbau von Strom- und Schienennetzen, Autobahnen, Windparks oder Atommüllendlagern wird immer deutlicher, dass staatliche Politik dann scheitert, wenn sie Bürgerinnen und Bürger erst im Nachhinein informiert und unzureichend beteiligt“ (Enquete-Kommission 2013: 475f). Fest steht: Die partizipative Gestaltung des Auswahlverfahrens ist mindestens so wichtig wie die Veränderungen der staatlichen und wirtschaftlichen Interessenslagen. Hierfür erscheint es unumgänglich, dass politischer Druck für die „Endlagersuche“ aufgebaut wird, insbesondere auch von der Zivilgesellschaft und einer aktiven Bürgerschaft. Die konkreten und praxistauglichen Verfahrensregeln sowie die Voraussetzungen für eine Kultur des politischen Dialogs sind erst noch zu schaffen, damit die „Endlagersuche“ erfolgversprechend verlaufen kann.

Literatur

- Brunnengräber, Achim/Häfner, Daniel (2014): Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Mehrebenen-Governance der „nuklearen Entsorgung“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft ZfP*, in Vorbereitung
- Brunnengräber, Achim/Mez, Lutz/Di Nucci, Maria Rosaria/Schreurs, Miranda (2012): Nukleare Entsorgung: Ein „wicked“ und höchst konfliktbehaftetes Gesellschaftsproblem. In: *TATip – Technikfolgeabschätzung – Theorie und Praxis* 21 (3): 59-65.
- Enquete-Kommission (2013): *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13300.
- Hocke, Peter/Grunwald, Armin (Hrsg.) (2006): *Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung*. Berlin: edition sigma

10 AkEnd 2002, Auswahlverfahren für Endlagerstandorte. Empfehlungen des AkEnd. Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte, http://www.bfs.de/endlager/faq/langfassung_abschlussbericht_akend.pdf, S. 57 (eingesehen am 10.7.2013).

- Kreusch, Jürgen/Neumann, Wolfgang/Appel, Detlef/Diehl, Peter (2006): Der nukleare Brennstoffkreislauf. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Mythos Atomkraft*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung: 125-195.
- Mez, Lutz/Di Nucci, Rosaria/Brunnengräber, Achim/Schreurs, Miranda (Eds.) (2014): *Governance of Nuclear Waste Storage: An International Comparison*, VS Research Energy Policy and Climate Protection (in Vorbereitung)
- Mez, Lutz (2006): Zur Endlagerfrage und der nicht stattfindenden sozialwissenschaftlichen Begleitforschung in Deutschland. In: Hocke, Peter/Grunwald, Armin (Hrsg.): *Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung*. Berlin: edition sigma: 39-54
- Müller-Dehn, Christian (2008): Rückstellungen. Finanzielle Entsorgungsvorsorge aus Sicht der Betreiber. In: *atw* 6/2008
- Radkau, Joachim/Hahn, Lothar (2013): *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft*. München: oekom.
- Schönberger, Ursula (2013): *Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland*. Braunschweig: Eigenverlag.

Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.

Sozialismus
 monatlich Analysen |
 Positionen | Berichte
 täglich www.Sozialismus.de



Christian Lotz

Klasse und Gewalt

Anmerkungen zum Verschwinden des Klassenbegriffs in Kritischer Theorie und Post-Marxismus

Im Folgenden möchte ich mich kritisch mit dem Klassenbegriff und seiner, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Abwesenheit im Diskurs der gegenwärtigen politischen und sogenannten „post-marxistischen“ Philosophie auseinandersetzen (Mouffe, Laclau, Žižek, Rancière, Badiou, Negri) – und dabei weniger auf soziologisch-empirische Begriffe eingehen, obwohl es auch hier in der gegenwärtigen Debatte Bewegung gibt (Dörre 2010). Ich bin daher in diesem Essay nicht primär daran interessiert, den Klassenbegriff im gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld zu verorten oder empirische Bedingungen zu entwickeln, die zu seiner Wiederaufnahme führen, sondern ich werde in einem ersten Schritt andeuten, warum er in der gegenwärtigen post-marxistischen Philosophie keine Rolle mehr spielt, und in einem zweiten Schritt, wie er wieder zurückgebracht werden kann. Als Hauptgrund für den Verlust des Klassenbegriffes kann angeführt werden, dass die ontologischen Grundannahmen post-marxistischer Theorien sich von ihren Marxschen Wurzeln entfernt haben durch eine Umstellung der Grundbegrifflichkeiten von demjenigen der Arbeit (Marx) auf das Politische (Rancière, Mouffe, Laclau, Badiou), Sprache (Habermas), Macht (Foucault, Negri), auf das Ethische (Levinas) oder „Normative“ (Honneth, Habermas). Anders formuliert: das Politische und das Ethische ersetzt, wie Oliver Marchart das formuliert hat, das Soziale als Objekt einer *prima philosophia*. Vergesellschaftung wird in diesen Theorien weder kapitalistisch noch über Arbeit als gesellschaftliche Substanz gedacht. Damit wird die Idee aufgegeben, dass sich Vergesellschaftung im Kapitalismus über die Wertform konstituiert, und aus einer marxistisch orientierten Philosophie findet hier eine Rückkehr zum Idealismus statt.

Ich werde mich innerhalb dieses doch recht unübersichtlichen Feldes auf drei Aspekte der gegenwärtigen Debatte beschränken: *Erstens* werde ich den Neo-Idealismus von Badiou kritisieren, der davon ausgeht, dass Kapitalismus ein empirisches Phänomen ist und daher der Klassenbegriff direkt, ohne Zugriff auf seine soziale Form, politisch bestimmt werden kann (Marchart 2010: 155). Im Zuge dieser Ontologisierung des Politischen geht dann auch konsequenterweise

der Klassenbegriff als ein objektiver Begriff des Kapitalismus verloren. *Zweitens* werde ich Negris und Hardts Ideen kritisieren, dass der Begriff der „Multitude“ den klassischen Klassenbegriff ablösen soll. Dabei verwickeln sich die Autoren in Widersprüche, weil sie den Begriff der Multitude pluralistisch entgrenzen und er damit für alles und jedes einsetzbar wird. Damit geht dann auch, wie bei Badiou, die soziale Form und die Klasse als einer seiner Inhalte verloren. Ich werde die ersten beiden Positionen kürzer behandeln, und mich dann einem *dritten* Aspekt zuwenden, indem ich die gegenwärtige Kritische Theorie von Axel Honneth dahingehend kritisiere, dass sein Versuch, das Klassenverhältnis in normative oder „ethische“ Ansprüche aufzulösen, verfehlt ist und in die Irre geht, da der normative Gesichtspunkt ebenfalls die Konstitution von Klassen als sozialer Kategorie verfehlt und alle gesellschaftlich konstitutiven Kämpfe auf normative Konflikte reduziert und, wie Hardt und Negri, den Begriff pluralistisch entgrenzt und ihm damit seinen substantiellen Bezug zum Kapitalismus entzieht.

Alle drei Ansätze in der gegenwärtigen philosophischen Debatte verfehlen letztlich die sozial-materielle Seite einer Theorie der Gesellschaft, d.h. sie vermeiden eine Analyse der gesellschaftlichen Form von Klassen als einer Kategorie, die nur innerhalb der sozialen Totalität des Kapitalismus, d.h. dialektisch, verstanden werden kann. Diese gesellschaftliche Form begreife ich mit Marx als die Wertform, und nicht als politischen oder normativen Rahmen.¹ Gegen die drei genannten Ansätze möchte ich anführen, dass der Ursprung des Klassenverhältnisses – wie auch immer dessen empirische Gruppierung aussieht – in Gewaltverhältnissen zu suchen ist, die sich auf die Wertform und auf nicht-normative Konflikte zurückführen lassen. Wie Balibar und Basso herausgestellt haben, kann *Das Kapital* als Ganzes durchaus als eine „Phänomenologie der Gewalt“ gelesen werden (Basso 2009: 228). Gewalt definiere ich hierbei mit Marx zweifach: erstens handelt es sich um sich mit gleichen Rechten ausgestattete soziale Akteure, die sich „antinomisch“ zueinander verhalten; zweitens handelt es sich um ein historisches Verhältnis, das sich aus der primitiven Akkumulation herleitet und die entweder wiederkehrt (z.B. heute in der Dritten Welt und in ökonomischen Krisen durch *de-possession*), oder die sich in eine „subjektlose“ (Gerstenberger) und damit abstrakte Form von Gewalt durch Verdinglichung und *prozessierendes Geld* (Kapital) verwandelt. Die Forderung einer klassenlosen Gesellschaft ist daher mit der Forderung gleichzusetzen, dass die ökonomische Gewalt aus der Gesellschaft, d.h. der irrationalen Kern des Kapitalismus, überwunden wird. Das bedeutet natürlich nicht, dass andere, z.B. persönliche oder geschlechtsspezifische Gewaltverhältnisse, damit verschwinden würden.

1 Ich kann natürlich nicht in diesem Essay den kategorialen Apparat entfalten. Ich setze ihn daher voraus; mehr dazu in Lotz 2014c.

Es ist aber insbesondere die Konsequenz der Überlegungen Honneths, die das Klassenverhältnis als ein Austarieren normativer Ansprüche verstehen, dass er dabei das Bestehende letztlich affirmiert und unkritisch die bestehende Sozialordnung als der Geschichte letztes Wort bestimmt.² Dagegen bin ich der Meinung, dass wir wieder zu einigen Annahmen von Marx und Adorno zurückkehren sollten. Der letztere hat nie aus den Augen verloren, wie sich die Gleichheit der Marktteilnehmer *objektiv* in sein Gegenteil verkehrt:

„Großartig bekundet sich die Einheit von Kritik im wissenschaftlichen und metawissenschaftlichen Sinn im Werk von Marx: es heißt Kritik der politischen Ökonomie, weil es aus Tausch und Warenform und ihrer immanenten, ‘logischen’ Widersprüchlichkeit das seinem Existenzrecht nach zu kritisierende Ganze herzuleiten sich anschiekt. Die Behauptung der Äquivalenz des Getauschten, Basis allen Tausches, wird von dessen Konsequenz desavouiert. Indem das Tauschprinzip kraft seiner immanenten Dynamik auf die lebendige Arbeit von Menschen sich ausdehnt, verkehrt es sich zwangvoll in objektive Ungleichheit, die der Klassen. Prägnant lautet der Widerspruch: daß beim Tausch alles mit rechten Dingen zugeht und doch nicht mit rechten Dingen. Logische Kritik und die emphatisch praktische, die Gesellschaft müsse verändert werden, allein schon um den Rückfall in Barbarei zu verhindern, sind Momente der gleichen Bewegung des Begriffs. (Adorno 1998: 307)

1. Badiou: Klasse ohne Kapitalismus

Obwohl der französische Philosoph Alain Badiou derzeit primär im anglo-amerikanischen Raum rezipiert wird, ist vorauszusehen, dass sein radikaler politischer Ansatz, der sich aus seinem ehemaligen Maoismus herleitet, auch in Deutschland bald seine (linke) Rezeption finden wird. Badiou geht in seiner Ontologie davon aus, dass Politik, Kunst, Liebe und Wissenschaft wahrheitskonstituierende Ereignisse sind, die Wirklichkeit organisieren und hervorbringen. Badiou's Philosophie zufolge ist ein Ereignis eine nicht planbare Veränderung der Wirklichkeit durch eine nur auf Wahrheit bezogene radikale Neuordnung alles Bestehenden in singular bestimmten historischen Situationen. Solche Ereignisse sind grundsätzlich nicht vorhersehbar (Badiou 2013: 12), aber wenn sie eintreten, werden all Beziehungen, Aussagen und Dinge, die die Realität einer bestimmten Situation ausmachen, neu angeordnet. Z.B. haben die wissenschaftlichen Revolutionen der Neuzeit zu einer völligen Neuordnung des Wissens geführt, der einen Rückgriff auf mittelalterliche oder antike Naturverständnisse unmöglich

2 Dazu Marx: „Die Philanthropen wollen also die Kategorien erhalten, welche der Ausdruck der bürgerlichen Verhältnisse sind, ohne den Widerspruch, der ihr Wesen ausmacht und der von ihnen unzertrennlich ist. Sie bilden sich ein, ernsthaft die bürgerliche Praxis zu bekämpfen, und sie sind mehr Bourgeois als die anderen.“ (MEW 4: 143)

macht. Wie man an der zuvor genannten Liste von „Ereignissen“ schon sehen kann, ist das Soziale hier nicht aufgeführt und wird damit, vor allen Dingen im Bezug zum Politischen, als zweitrangig behandelt, da Badiou davon ausgeht, dass sich politische Ereignisse letztlich unabhängig von ihrer sozial-kategorialen Form konstituieren. Das Politische stellt sich daher als der wahre Grund des Sozialen heraus, durch den die soziale Organisation nur einer der Effekte von historischen, d.h. wirklichkeitsrelevanten, „Ereignissen“ ist. Es „zeigt sich“, so Oliver Marchart, „dass mit einer wahren Politik im Sinne Badiou, die dem Register des Realen angehört, der Begriff des sozialen Bandes unvereinbar ist.“ (Marchart 2010: 160).

Marxismus ist für Badiou daher auch keine Philosophie oder Theorie, sondern *nur* eine politische Praxis, die sich durch die Idee der Gleichheit hervorbringt (Badiou 2012: 8). Marxismus als theoretische Analyse des Kapitalismus wird dabei völlig an den Rand gedrängt, da es sich für Badiou bei Marxismus weder um Soziologie noch um Philosophie und auch nicht um Ökonomie handelt (Badiou 2012: 8). Stattdessen ist Marxismus hier definiert als das „organisierte Wissen der politischen Mittel, die notwendig sind, um die bestehende Gesellschaft zu überwinden und letztendlich eine egalitäre, rationale Figur kollektiver Organisation zu verwirklichen, dessen Name ‘Kommunismus’ ist“ (Badiou 2012: 9).³ Dieser radikal „praxeologische“ und politische Begriff von Marxismus und die radikale Fassung des Politischen als Grund des Sozialen bleibt aber letztlich völlig unbefriedigend, da Badiou Kapital und Kapitalismus als ein Konglomerat von empirischen Fakten versteht, die nicht mehr *theoretisch* verstanden werden müssen, da sie ja, um es salopp zu sagen, durch politische Ereignisse einfach über den Haufen geworfen werden können. Dass sich die Umstülpung der gegenwärtigen Gesellschaft aber nur durch eine unterschiedliche Organisation *innerhalb* der bestehenden Gesellschaft vollziehen kann, bleibt aufgrund der irrationalen Ereignis-Logik der Geschichte völlig unterbelichtet. Kurz gesagt: Gesellschaft existiert nicht für Badiou (ontologisch betrachtet), selbst nicht als etwas zwischen der Realität, die durch Liebe hervorgebracht wird, und derjenigen der Politik. So ist denn auch einiges, das Badiou über die soziale Form und Gesellschaft sagt, aus dem Horizont einer Kritischen Theorie der Gesellschaft unbefriedigend: Kapitalismus sei nichts anderes als ein „Regime von Gangstern“ (Badiou 2012: 12), und bestehe aus Profitstreben (Badiou 2012: 13) und Privatisierung (Badiou 2012: 13). Kapital ist für Badiou daher einfach eine andere Form des Nihilismus, durch den sich der Markt weltweit ausbreitet, Kommunikation formalisiert wird, und das zu politischer Armut führt und auf amerikanischer Hegemonie basiert (Badiou 2005: 120). Diese Fakten sind natürlich nicht falsch, aber im Sinne der

3 Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Übersetzungen aus dem Englischen vom Autor.

Marxschen *Philosophie*, deren Grundperspektive ich mich hier anschlieÙe, bleiben diese Fakten *theoretisch* unbefriedigend, da sie nicht auf ihre innere *Genese* zurückgeführt werden, wie Marx das in *Das Kapital* vorführt. Marxistische Theorie zu betreiben heißt ja gerade, alles Fixierte, Gegebene, und Positive auf seinen *inneren* Zusammenhang *als Gesellschaft* durchsichtig zu machen. Marx' Philosophie ist, wie die von Adorno, anti-positivistisch durch und durch, und dieses Merkmal wird im Post-Marxismus Badiou's und seiner Fokussierung auf das Politische völlig verschleiert. Mit Adorno gesagt: „Kernpunkt von Theorie und Aussagen sind über die Gesellschaft, soweit sie nicht schon im Baedeker stehen“ (Adorno 2008: 39). Für Badiou gibt es nichts Verschleiertes im Kapitalismus. Alles ist offen und unmittelbar klar – wie im Baedeker. In dieser anti-theoretischen Haltung des Sozialen gegenüber trifft er sich im Übrigen mit Chomsky, der ebenfalls jeglicher sozialen Theorie feindlich gegenüber steht.

Die gegenwärtige soziale Formation muss denn auch, Badiou zufolge, nicht durch eine unterschiedliche Form von Arbeit und Gesellschaft gedacht werden, sondern ist in letzter Instanz von der „Kraft der Idee“ (Badiou 2012: 15), die für ihn im Kommunismus besteht, initiiert. Diese Idee konstituiert Individuen als politische und historische Subjekte, die *dann* einen historischen Prozess in die Zukunft projizieren und sich politisch organisieren (Badiou 2010: 3-5). Klassenrelationen als solche bestehen daher für Badiou konsequenterweise nicht, da diese *nur* in der politischen Praxis, im Kampf, bestehen und *nur* in ihrer negativen Funktion begriffen werden, d.h. in ihrer Opposition zum Klassenfeind. Klasse als *soziales* Verhältnis, kurz gesagt, existiert nicht, da es *rein* politisch bestimmt bleibt. Das Problem ist somit, dass das produktive und arbeitende Individuum in Badiou's philosophischer Welt keinen Platz findet, und damit auch der Kapitalbegriff keine Rolle spielt. Kapitalismus wird als ein Oberflächenphänomen behandelt, und damit verschwindet der aus marxistischer Sicht entscheidende Begriff der sozialen oder historischen *Form*, der sich von Marx her als Wert, und in seiner monetären Erweiterung, als prozessierendes Geld (Kapital) bestimmen lässt. Mit dem Außerachtlassen der sozialen Form findet dann auch der Klassenbegriff keine Verankerung mehr im Sozialen und wird abstrakt dem des Staates gegenüber gestellt. Die Klasse existiert für Badiou nur in seiner konkreten Organisation in der Praxis, d.h. im 20. Jahrhundert in der Partei und gegenwärtig in einer noch nicht gefundenen neuen Organisationsform. Mit dem Verlust des Sozialen und dem Begriff der Gesellschaft wird dann bei Badiou abstrakt mit der Annahme gearbeitet, dass sich Individuen durch „die“ Idee, der des Kommunismus, als Agenten eines geschichtlichen Prozesses begreifen, in dem das Prinzip der sozialen Vermittlung und sozialen Kategorien nur noch als zweitrangig erachtet wird. Dadurch, dass Individuen als Subjekte *direkten* Zugang zum Wahrheitsereignis haben, spielt ihre soziale Konstitution und ihre Klassenzugehörigkeit *vor*

der revolutionären Bewegung letztlich keine Rolle. Damit wird das Politische vom Sozialen abgelöst und die sozialontologischen Fundamente neu bestimmt. Grundsätzlich findet man dieselben Tendenzen, wie Marchart gezeigt hat, auch bei Autoren wie Mouffe, Laclau, Nancy und Rancière (Marchart 2010). Marx' dialektische Position wird damit von den meisten post-marxistischen Autoren und Autorinnen zurückgewiesen. Der nämlich hatte noch gewarnt: „Man sage nicht, dass die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre.“ (MEW 4: 182).

2. Negri/Hardt: Klasse und Multitude

Ein anderer Vorschlag, in der gegenwärtigen Situation über den Begriff der Klasse (im Sinne seiner Abschaffung) nachzudenken, kommt von Negri und Hardt, die den Begriff der „Multitude“ in das Zentrum ihrer Schriften gerückt haben, um damit anzudeuten, dass dieser einer postmodernen Organisationsform von politischen Bewegungen und einer quasi-kommunistischen Gesellschaft, die sich über die Commons konstituiert, mehr gerecht werden kann. Die beiden Autoren gehen dabei davon aus, dass wir uns schon in einer Situation befinden, in der die Produktivkräfte kommunistisch konstituiert sind, die Produktionsverhältnisse dahingegen noch kapitalistisch konfiguriert sind. Die Grundüberlegung ist nicht schwer nachzuvollziehen: der gegenwärtige Kapitalismus produziert in seiner netzwerkartigen Struktur (Hardt/Negri 2004: 113) und seinen neuen kooperativen, kommunikativen, und immateriellen Arbeitsformen Produktivkräfte, die vom Kapital nicht mehr kontrolliert werden können, wie man anhand von intellektuellen Copyrights, neuen Kämpfen um Eigentum, und neuen kooperativen Arbeitsformen (Software, Internet, etc.) ablesen kann (Nuss 2006). Alles, was dem Kapital bleibt (da es auch nicht mehr an den Ort der Fabrik angebunden bleibt), ist, sich den unabhängig vom Kapital *extern* (Hardt/Negri 2009: 141) produzierten Reichtum und die *Commons* anzueignen und durch *Macht* zu kontrollieren: „Kapital ist immer mehr extern zum produktiven Prozess und zur Erzeugung von Reichtum“ (ebd.: 141). Damit, obwohl Negri und Hardt den Arbeitsbegriff in den Mittelpunkt stellen und in dieser Hinsicht Marx treu bleiben, wird der Kapitalbegriff *potentiell* nicht mehr sozial-ökonomisch verstanden, sondern in einen politischen Begriff aufgelöst.⁴ Somit findet sich hier

4 Auf all die anderen Probleme ihrer Theorie, auf die in der Literatur schon des Öfteren hingewiesen wurde, kann ich hier nicht eingehen. Eine weitergehende Kritik an Negri im Zusammenhang mit seiner Marx-Lektüre liefere ich in Lotz 2014a.

dieselbe Tendenz wie bei Badiou, obwohl beide Theoretiker von ihrer Theorie her gesehen und von ihren politischen Grundüberzeugungen her sich sehr feindlich gegenüber stehen. Negri (und Hardt) verbleiben eher im marxistischen Rahmen, da sie davon ausgehen, dass sich die neue Gesellschaft nur in der bestehenden herausbilden kann, und dass man die inneren Widersprüche des Kapitalismus so verstehen muss, dass sich seine Negation nur *in ihm* finden kann. Nichtsdestotrotz, mit der radikalen Gegenüberstellung von Kapital und Produktivkräften wird die soziale Bestimmung und die soziale Form der Produktivkräfte einfach übersprungen, da Negri und Hardt, hier Deleuze verpflichtet, davon ausgehen, dass sich die Individuen als „Singularitäten“ in absoluter Differenz voneinander bestimmen lassen. Das bedeutet, dass die *Form*, durch die sie sich als „Gruppen“ oder „Formationen“ konstituieren, nicht mehr durch Wert, Geld, oder Kapital bestimmt werden können. Der Arbeitsbegriff entleert sich. Damit haben wir dasselbe Problem wie bei Badiou: Eine dialektische Position wird durch abstrakte Dualismen ersetzt. Die „Multitude“ als eine vor-soziale, undefinierte und unbestimmte „Menge“ transzendiert die soziale Objektivität, und liegt dieser immer schon als Potentialität zugrunde. Die Multitude, so Hardt und Negri, „benennt die Produktion von sozialer Subjektivität die in einer radikal pluralistischen und offenen Körperpolitik resultiert; im Gegensatz zu Individualismus und zu einem ausgeschlossenen einheitlichen Eigentum-Körper“ (Hardt/Negri 2009: 39). Intuitiv ist das plausibel und die Popularität von Hardt und Negri rührt auch daher, dass der Begriff der Multitude gegenwärtigen Tendenzen des politischen Widerstandes weitaus näher zu kommen scheint als der Klassenbegriff. So lässt sich eine Bewegung wie *Occupy Wallstreet* beispielweise kaum von einem starren Klassenbegriff her begreifen, da hier alte Organisationsformen und Hierarchien (Parteien, Gewerkschaften, zentrale Identifikationsfiguren usw.) nicht mehr greifen. Es passt dann, wenn Hardt und Negri schreiben, dass die Multitude offen ist zu *allen* anderen Gesellschaftskörpern (Hardt/Negri 2009: 43), und dass Gesellschaft „sich zusammensetzt aus einer radikalen Pluralität, oder vielmehr einer Multiplizität von nicht zu reduzierenden Singularitäten“ (Hardt/Negri 2009: 166). Der Begriff der Multitude bleibt dabei aber zweideutig: auf der einen Seite soll er den Klassenbegriff ablösen, auf der anderen Seite ist der Begriff so extrem gefasst, dass man kaum mehr sieht, wie er ihn „ablösen“ kann, da es eher danach aussieht, als ob er ihn auflöst – und mit ihm wird dann gleich der Begriff der Gesellschaft, den die Kritische Theorie voraussetzt, mit erledigt, da sich nach der letzteren Gesellschaft eben nicht aus der Ansammlung von „Singularitäten“ oder Individuen zusammensetzt, sondern sich über eine Totalität definiert, die sich über die Wertform konstituiert, und unabhängig von den Individuen als Totalausammenhang diesen vorausliegt. Wenn es nach Hardt und Negri nicht darum geht, was die Multitude *ist*, sondern was sie *wird* oder werden kann, dann

zeigt dies an, dass hier der Gesellschaftskörper als etwas gedacht wird, dass sich wie ein Schwarm von Vögeln in alle möglichen Konfigurationen und Gruppen verwandeln kann. Dann aber ist nicht mehr klar, in welchem Sinne sich überhaupt irgendeine Hierarchie von Konflikten und ihre Funktion für gesamtgesellschaftliche Prozesse herausbilden kann, da diese ja nicht mehr über ein Prinzip wie den Wert oder Kapital bestimmt sind.

3. Honneth: Klasse und Normen

Die für den deutschsprachigen Raum entscheidende Abkehr vom Klassenbegriff und von zentralen Annahmen einer durch den Wertbegriff konstituierten kapitalistischen Vergesellschaftung hat nicht zuletzt mit Habermas begonnen und findet seine konsequente Rückkehr zum Hegelianismus in den Arbeiten von Honneth (vor allen Dingen in Honneth 2011). Wie auch Habermas verfolgt Honneth die Strategie, das „Produktionsparadigma“ (Habermas) zu ersetzen, wenn auch nicht durch das Kommunikationsparadigma, sondern durch ein erweitertes Modell gesellschaftlicher Anerkennung. Anerkennungsprozesse werden dabei primär als solche verstanden, die sich über normative Voraussetzungen erschließen und sozialpsychologische Aspekte beinhalten. Überraschenderweise hat sich Honneth in Publikationen, die in den letzten Jahren erschienen sind, nicht nur dem Aspekt der Ökonomie und einer „Moral des Marktes“, sondern auch Marx zugewendet, wenn auch [a] affirmativ in Sinne der sozialen Marktwirtschaft und [b] kritisch gegenüber Marx. Honneth wirft Marx vor, dass er die gesellschaftlichen Agenten „auf die Erfüllung ökonomisch bestimmter Funktionsimperative reduziert“ (Honneth 2013: 350) und den historisch hervorbrechenden Konflikten letztlich nur mit einer diese Konflikte nicht verstehenden Analyse der Kapitallogik verwechselt. Damit variiert Honneth das alte Vorurteil, dass es sich bei Marx um einen quasi-ökonomischen Determinismus handelt, der die politische und normative Dimension der Gesellschaft nicht begreifen kann. Das „zeitliche Schema einer nicht aufhaltbaren, ununterbrochenen Expansion kapitalistischer Verwertungsinteressen“ (Honneth 2013: 356) hilft uns nicht, so Honneth, die Verbesserung durch normative Fortschritte und sozial Handelnde zu begreifen, obwohl Marx in seinen historischen Analysen politischer Vorgänge die letzteren in den Vordergrund gerückt habe. Mit Marx' ökonomischer Theorie allerdings ließe sich die historische Dynamik nicht begreifen. Stattdessen, so Honneth, müssen wir von einer sozialetischen Fundierung sozialer Verhältnisse ausgehen, und es ist genau diese These, die den Bruch der gegenwärtigen Kritischen Theorie mit seinen Vorgängern ausmacht. Wenn Honneth nämlich von „wirklichkeitsbildender Moral“ (Honneth 2013: 358) spricht, wird der wahre Konflikt zwischen

traditioneller Theorie und Post-Marxismus offenbar. Zwar wird dem Sozialen hier nicht wie bei Badiou und Rancière eine politische Ontologie unterlegt, aber stattdessen wird der sozialen Wirklichkeit eine *ethische Ontologie* als Fundament beigegeben. Natürlich wird in der neueren Kritischen Theorie so etwas wie „Sozialontologie“ abgelehnt, aber das schließt nicht aus, wie wir hier sehen können, dass doch *substantielle* Annahmen über die soziale Wirklichkeit gemacht werden. Daher tendiert Honneths Theorie auch immer dahin, den objektiven gesellschaftlichen Zusammenhang, verstanden als ein kategorial zu rekonstruierendes Gebilde, gegenüber dem intersubjektiven Verhältnis als zweitrangig zu behandeln, denn wenn *Wirklichkeit* durch Moral konstituiert wird, heißt das, dass *alle anderen* Gegenstandsbereiche („Seinsbereiche“) sozusagen durch die Moral hindurch müssen, um *wirklich* sein zu können. Honneth dreht hier das von ihm kritisierte reduktive Verhältnis von Handlung und Ökonomie einfach um, da für ihn die Moral das *alles* transzendierende Prinzip menschlicher Wirklichkeit ist. Die Normativität durchzieht, wie Honneth auch sagt, das Kapitalverhältnis selbst (Honneth 2013: 359), und alle Marktverhältnisse sollen Honneth zufolge in normativen „Hintergrundannahmen“ festgemacht sein. Damit finden wir in der neuesten Kritischen Theorie eine blitzsaubere Rückkehr zu idealistischen Prinzipien vor, da die *Wirklichkeit* von Honneth als durch Prinzipien in der Form von Werten oder moralischen Annahmen konstituiert angesehen wird. So ist es denn auch kein Zufall, dass Honneth die Sprache seiner französischen Kollegen übernimmt und von der durch Moral konstituierten „Ereignishaftigkeit historischer Prozesse“ (Honneth 2013: 358; auch 361) spricht.

Das Grundproblem scheint mir in einer einfachen Bestimmung zu liegen, nämlich der Aufgabe des Arbeitsbegriffes als das Zentralscharnier einer sozialen Ontologie à la Marx und im Marxismus. Es ist daher ganz konsequent, dass die meisten neueren Theoretiker in das von Habermas geforderte Überwinden des „Produktionsparadigmas“ einzuordnen sind (das nicht umsonst mit dem Beginn der neoliberalen Phase des Kapitalismus zusammenfällt). Fällt nämlich der Arbeitsbegriff, dann fällt mit diesem auch ein substantieller Kapitalbegriff, da das Kapital von Marx als die *historische Form* der Arbeit begriffen wird. Da der Klassenbegriff sich aus der gesellschaftlich gültigen Arbeit, der abstrakten, herleitet, muss der Klassenbegriff dann konsequenterweise auch wegfallen oder anders bestimmt werden; z.B. als kommunikativer, oder, wie bei Honneth, als „normative Konfliktualität“ (Honneth 2013: 361). Arbeitskampf und der Kampf um eine andere Gesellschaft werden dann als „moralisch orientierte Vorstöße“ von „Akteursgruppierungen“ verstanden (Honneth 2013: 362), und damit wird ihre Genese aus dem Kapitalverhältnis letztlich verschleiert. Zudem ist zu fragen, was diese Konflikte *gesellschaftlich* von anderen Konflikten zwischen Gruppierungen unterscheidet, und daher ist die Konsequenz des ganzen Ansatzes offensichtlich:

der Unterschied von sozialen Kämpfen als gesellschaftlich entscheidend und sekundär wird eingeebnet und auf die in den anglo-amerikanischen Diskursen so beliebten Identitätskonflikte und an Chantal Mouffes „agonistische Diskurse“ angenähert. Mit der Pluralisierung der gesellschaftlichen Konfliktodynamik geht die *Partikularität* des Klassenbegriffs und der Klassenperspektive verloren und wird stattdessen mit einem *universalen* Begriff des normativen Konfliktes kurzgeschlossen.⁵

Die Rückkehr zum Idealismus führt in eine Sackgasse. Pathologien werden psychologisch oder anerkennungstheoretisch begriffen, aber nicht mehr als objektiver Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft, in der die vollends durchkapitalisierte Welt nicht nur 98% der Weltbevölkerung vom auf Kapital basiertem Reichtum ausschließt, sondern auch die Kolonisierung der Erde durch die Ausbeutung aller verfügbaren Ressourcen und des Weltklimas an ihre ökologischen Grenzen heranhöhrt. Obwohl Honneth bestimmte Verzerrungen der kapitalistischen Welt anerkennt (Honneth 2011: 317-328), wird dann doch die gesamte Problematik auf die dem Marktgeschehen zugrundeliegenden und ihnen quasi-apriorisch vorausgehenden „moralischen Regeln“ reduziert, die nach Honneth in einem „vorauslaufenden Solidaritätsbewusstsein“ (Honneth 2011: 329) basieren, in dem sich alle Marktteilnehmer als sich gegenseitig in ihren normativen Verpflichtungen und als Teilnehmer eines „akzeptierten Wertsystems“ (Honneth 2011: 341) anerkennen. Das klingt dann doch zu schön, um wahr zu sein. Beispielsweise zeigt sich in der Soziologie der Oberklasse und der neuen Schicht von quasi feudalistischen CEOs und Finanzmanagern, dass diese sich gerade *nicht* als Teilnehmer eines wie auch immer gearteten Wertesystems, sondern abgekoppelt von der Gesamtgesellschaft sich nicht mehr als Teil eben dieser Gesellschaft verstehen – obwohl sie nur ein parasitäres Verhältnis haben (Freeland 2011). Diese subjektive Abkoppelung von der Gesellschaft wird durch den Kapitalfetisch erzwungen, da es der letztere nicht erlaubt, den gesellschaftlichen Reichtum als eine Kollektivleistung aller arbeitenden Individuen zu begreifen. Es ist daher gerade nicht so, dass sich *alle*

5 Mit der Zerstörung eines substantiellen Arbeitsbegriffes wird auch die zweite Quelle alles gesellschaftlichen Reichtums an den Rand gedrängt, und ich vermute, dass es dieser zweite Aspekt ist, der die neuere Kritische Theorie bald in neues Fahrwasser drängen wird, nämlich das der Natur, oder, mit Marx, das der *Erde*. Da der Arbeitsbegriff nur im Bezug zur Natur verstanden werden kann, fällt es von hier aus einfacher, eine marxistische oder kritische ökologische Theorie auszuarbeiten, wie z.B. bei John Bellarmy Foster. Wenn man allerdings das gesamte Theorieparadigma von der Sprache oder von den „Normen“ her denkt, wird es weitaus schwieriger, den Naturbezug mit in die Grundbegrifflichkeiten einer sozialen Theorie einzubauen. Es ist daher kein Zufall, dass Honneths Freiheitsbegriff, den er in *Das Recht der Freiheit* entfaltet, den Bezug zu den Lebensgrundlagen des Menschen überhaupt nicht in den Blick nimmt.

Marktteilnehmer durch einen transzendentalen normativen Rahmen definieren lassen und dieser ihr Selbstverständnis als Handelnde bestimmt, sondern die Klassendifferenz führt dazu, dass die dominierende Klasse sich *ihre eigenen* normativen Verpflichtungen schafft, um so die Klassendifferenz auch und gerade normativ zu untermauern, abzusichern, und zu stabilisieren. Nicht nur die prekarierten Klassen, sondern auch die Oberklasse wird abgespalten. In diesem Fall ist die sogenannte Moral, von der Honneth spricht, Ideologie, und kein quasi-transzendentaler Rahmen, der jedem Mitglied der Marktgesellschaft zugrunde gelegt werden kann. Im Angesicht von globalen Ungleichheiten, z.B. dass die drei reichsten Individuen auf diesem Planeten so viel Reichtum kontrollieren wie die ärmsten 600 Millionen Individuen, erscheint eine solche philosophische Position eher als Vernebelungsrhetorik. Die Behauptung, dass alle „ökonomischen Akteure sich vorweg als Mitglieder einer kooperativen Gemeinschaft anerkannt haben müssen“ (Honneth 2011: 349) bleibt im Angesicht der Wirklichkeit ein leerer Ausspruch und dringt nicht mehr vor zu den die *kapitalistische* Wirklichkeit konstituierenden sozialen Kategorien wie Arbeit, Geld, Kapital, und eben Klasse. Das gleiche gilt für Honneths Annahme, dass Marx die ökonomisch Handelnden auf Nutzenmaximierung und Interessenkalkulation (Honneth 2013: 359) reduziert. Damit verfehlt er die Ebene der Marxschen Theorie völlig, da diese Nutzenmaximierung sicherlich kein zentrales Merkmal *kapitalistischer* Vergesellschaftung ist. „Interessen“ sind zweitrangig, ganz einfach weil die Interessen von Kapitalisten und Arbeitern vom Wert bzw. von der in-Wert-gesetzten Arbeit abhängig sind. Beispielsweise kann es kein Interesse an Profit geben, wenn die Mehrwertproduktion nicht schon existieren würde. Daher macht kapitalisierte Arbeit die spezifisch kapitalistischen Interessen möglich, was nichts mit „Interessenkalkulation“ von nutzenmaximierenden Individuen zu tun hat. Honneths Annahmen basieren daher auf demselben ideologischen Grund, den Marx schon an den bürgerlichen Ökonomen kritisiert hat, was dazu führt, dass Honneth aufgrund seiner Grundbegrifflichkeiten die soziale Totalität nur noch als eine sittliche verstehen kann, die dem Marktgeschehen zugrunde liegt. Die Fetischisierung des gesellschaftlichen Zusammenhanges, die hier bei Honneth untergründig im Spiel ist, ist leider so weit fortgeschritten, dass es immer schwieriger wird, den Schleier von dem verdinglichten Verhältnis zu reißen, da mit dem, was *gegeben* ist (z.B. normative Konflikte), noch nicht die *Genese* des Gegebenen verstanden ist. Es ist genau dies das Ziel der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, nämlich alles „Fixierte“ und „Versteinerte“ in seine innere, kategoriale Genese aufzulösen und diese als *gesellschaftliche* Verhältnisse aufzuweisen. Der normative Ansatz der nach-Adornoschen Kritischen Theorie verfängt sich meines Erachtens genau in diesem Zirkel. Mit der Aufgabe von Sozialontologie und der kategorialen Analyse der Gesellschaft und dem Einrücken von normativen „Werten“ und

schon bestehender Sittlichkeit wird es immer schwieriger, das objektiv Gesellschaftliche in den Begriff zu bekommen. Gesellschaft ist für Marx (und Adorno) etwas Objektives, weil diese über *jegliche* positiv feststellbaren oder messbaren Phänomene hinausreicht und daher nur theoretisch rekonstruiert werden kann. In dieser theoretischen Konstruktion müssen alle dafür zentralen Begriffe (Kategorien) so in einen Zusammenhang gebracht werden, dass die gesellschaftliche Totalität *als* Totalität verständlich wird. Diese Totalität geht verloren, wenn der sie konstituierende Arbeitsbegriff durch den eines normativen Rahmens ersetzt wird und letzterer dem ersten zugrunde gelegt wird.

4. Klasse, Geld, Gewalt

Anstatt den Klassenbegriff vom Kapitalismus abzulösen, ihn durch die Multitude oder durch normative Konflikte zu ersetzen, schlage ich im Folgenden vor, einen anderen Hintergrund für den Begriff der Klasse in Betracht zu ziehen, der gerade das Gegenteil von dem beinhaltet, was Honneth ins Spiel bringt, nämlich den Begriff der Gewalt als einen, der im Kapitalismus, in seiner sozialen Form, dem Wert, und in dessen unpersönlichen Sachlogik festgemacht ist. Damit werden beide Aspekte des Klassenbegriffes, nämlich seine Verankerung im Kapital und seine Herleitung aus „antinomischen“ Verhältnissen, wieder hergestellt und gegen die oben genannten Theorien ins Spiel gebracht. Klassenverhältnisse sind Gewaltverhältnisse, die sich aus der versachlichten Logik inwertgesetzter Arbeit herleiten, und die daher *negativ* die normative Dimension als auch die Multitude als einer abstrakten Potenz gesellschaftlicher Organisation geradezu ausschließen. Damit verfolge ich eine Strategie, die Marx gegen den Sittlichkeitsbegriff von Hegel als auch gegen einen abstrakten Individualismus in Anschlag gebracht hat, indem er deren grundsätzlich verzerrende und letztlich ideologische Funktion hervorgehoben hat, und die mir im gegenwärtigen Theoriegemenge mehr als aktuell erscheint. Ich möchte dabei drei Aspekte herausheben, obwohl das Thema selbst eine längere Durchleuchtung verdienen würde: (1) die Konstitution kapitalistischer Gesellschaft als einer Gesellschaft die sich *als* Gesellschaft nur über Geld synthetisiert⁶, bringt ihre eigenen Asymmetrien hervor; (2) die abstrakte Sachlogik des Geldes als der Realisierung der Wertform bringt in sich eine Gewaltform hervor, die im unpersönlichen Zwang aller Gesellschaftsmitglieder besteht, sich der Wertform unterzuordnen, um *als* Mitglieder der Gesellschaft anerkannt zu werden (das hat also nichts mit Honneths intersubjektivem Ansatz

6 Diesen Zusammenhang behandle ich ausführlich in Lotz 2014b und Lotz 2014c.

zu tun); (3) die versachlichte Logik der Wertform sowie die gesellschaftliche Totalität im Kapitalismus bringt eine Konfliktsituation hervor, die mit Marx als *antinomisch* begriffen werden sollte, d.h. als eine Situation, in der sich die gesellschaftlich *substanziellen* Gruppen als *mit nicht normativen Ansprüchen* gegenüberstehen.

4.1 Abstrakte Gewalt

Heide Gerstenberger hat in ihrer historischen Rekonstruktion des modernen Kapitalismus herausgearbeitet, dass zwar die „Fiskalisierung personaler Herrschaft“ (Gerstenberger 2006: 504) nicht unmittelbar eine Entkoppelung von Markt und personaler Herrschaft bewirkt hat, dass aber wohl die zunehmende Verwandlung von Herrschaft in eine monetisierte Form zu einer „Trennung des materiellen Lebens“ und einer „Polarisierung in Arme und Reiche“ (Gerstenberger 2006: 505) geführt hat, so dass Herrschaft nicht mehr ohne Reichtum aufrecht zu halten war. Zweitens hält sie fest, dass Gesellschaft als Totalität, in der alle Individuen integriert sind, erst mit der Auflösung feudaler Herrschaftsformen entstanden ist. Und drittens ist ihrer Analyse nach herauszuheben, wie die Menschen zunehmend als interesse-geleitete Wesen verstanden wurden, d.h. dass ihr Verhalten als kalkulierbar angesehen wurde (Gerstenberger 2006: 512). Viertens schließlich führen die bürgerlichen Revolutionen und ihre Abschaffung von direkter Herrschaft zur Freisetzung von modernen Klassen, und dies vor allen Dingen durch die Verbesserungen in Transport und Kommunikation, die es möglich machten, dass sich Gruppen von Individuen über ihre Interessen klar werden konnten. Mit der totalen „Freisetzung des Marktes aus Herrschaft“ (Gerstenberger 2006: 527) wird dann alles auf die berühmten Sachzwänge reduziert. Was Gerstenberger historisch herausarbeitet, ist schon in der Logik der sich ausbreitenden Inwertsetzung aller Aspekte menschlichen Lebens impliziert, denn durch die Monetarisierung aller Lebensbereiche, die der Kapitalismus mit sich bringt, wird das Geld in Form von Kapital als das Prinzip aller gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Einheit eingesetzt, was dann zur Polarisierung durch Reichtum, zur Kombination von Geld und Herrschaft, zum abstrakt-kalkulierenden Charakter aller Handlungen und Entscheidungen, sowie zur Globalisierungstendenz führt, die im „Weltgeld“ angelegt ist (MEW 23: 156). Dazu kommt, dass der Akkumulationsprozess und seine notwendige Expansion sich durch neue und ursprüngliche Aneignungsformen ständig reproduziert, die Marx in *Das Kapital* im Kapitel über die „ursprüngliche Akkumulation“ herausarbeitet. Dieser Logik zufolge verwandelt sich der direkte Zwang durch direkte Gewalt in seine abstrakten, durch Staat und Recht, kontrollierten Formen. Dem Staat kommt dabei die Funktion zu, die Klassenverhältnisse zu stabilisieren (Gerstenberger 2006: 533):

„Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Übervölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den 'Naturgesetzen der Produktion' überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion. Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu 'regulieren', d.h. innerhalb der Plusmacherei zusagender Schranken zu zwingen, um den Arbeitstag zu verlängern und den Arbeiter selbst in normalem Abhängigkeitsgrad zu erhalten. Es ist dies ein wesentliches Moment der sog. ursprünglichen Akkumulation.“ (MEW 23: 765)

Diese Entwicklung von direkter zu abstrakter, naturalisierter Gewalt ist aber nicht irreversibel, sondern die abstrakte Gewalt ist nur Ausdruck einer unterdrückten direkten Gewalt. Das wird vor allen Dingen an zwei Aspekten deutlich: [1] wenn politische Widerstände gegen den sich ausbreitende Akkumulationsprozess auftauchen, ist der Staat gezwungen, diese Widerstände durch Polizei, Schule, Militär und Gefängnis abzusichern, zu stabilisieren, und mit längeren Programmen zu disziplinieren. Das bedeutet, dass in historischen Momenten, in denen sich ein direkter Widerstand zum Kapital und zum Kapitalismus zeigt, der Staat seinen nicht neutralen Klassencharakter zeigt und in letzter Instanz die Interessen des Kapitals verteidigt (Smith 2006: 230). Der Klassenkampf ist daher oft in erster Linie nicht als Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeiter lokalisierbar, auch wenn Marx dies primär durch den Kampf um die Länge des Arbeitstages demonstriert, sondern wird vielmehr im Konflikt zwischen staatlicher Gewalt und anti-kapitalistischem Widerstand deutlich. Die direkte Gewalt der Kapitalistenklasse, mit anderen Worten, *verschiebt* sich auf den Staat, seine Kontrollmechanismen und seine Regulierungen. Das kann man auch untermauern mit den Analysen von Foucault, Althusser und Poulantzas. Der letztere – hochaktuell – vertritt die These, dass der Staat als Aufrechterhaltung des Klasseninteresses und als *kapitalistischer* Staat in letzter Instanz *immer* auf Gewalt beruht, die, wie Buckel sagt, durch Legalität nur „verschleiert“ wird (Buckel 2007: 157). Das bedeutet aber, dass Klassenrelationen eben primär nicht als Macht- oder Konfliktprozesse zwischen sozialen Gruppen, sondern vielmehr als Gewaltstabilisierung zu begreifen sind, die sich durch die abstrakte Kontrolle von Körpern hindurch vollzieht (Poulantzas 2000: 29), d.h. durch die Akkumulationslogik und seine Absicherung durch staatliche Repression. [2] Wie insbesondere David Harvey herausgearbeitet hat, sind im Prinzip alle Prozesse der Aneignung durch Reichtum und Kapital Enteignungsprozess (*depossession*), die als solche immer gewaltförmig verlaufen, da Individuen und

ganze Bevölkerungsgruppen mit allen Mitteln dazu gezwungen werden, das, was sie haben, aufzugeben. So etwas wie die ursprüngliche Akkumulation ist daher keine Sache der Vergangenheit, sondern vielmehr ein wesentliches Merkmal der Kapitaldynamik selbst. Das ist nicht nur sehr deutlich sichtbar in Prozessen der „Landnahme“ und Enteignungsprozessen in der materialreichen nicht-westlichen Welt, sondern auch in riesenhaften Enteignungsprozessen wie der Finanzkrise von 2008. Man geht z.B. davon aus, dass 144.000 Häuser in Detroit durch die Krise von den darin lebenden Familien aufgegeben und verlassen werden mussten (die jetzt zum Abriss bereit stehen und Detroit in eine Art Kriegszone verwandelt haben), was zu einer massiven Migration innerhalb einer ganzen Region geführt, und damit Familien zerstört, diese in tiefe Armut stürzt, und Minoritäten kriminalisiert hat. Diese Prozesse sind die unter den abstrakten Verhältnissen verschleierte direkte Gewaltprozesse, die durch Recht und Polizei durchgeführt werden, weil diese in letzter Instanz die Interessen der Finanzindustrie, der Banken und des Kapitals absichern. Ohne den auf Gewalt basierten Klassenbegriff lässt sich dieses In-Bewegung-Setzen und *displacement* ganzer Bevölkerungsgruppen nicht erklären, und daher haben diese „Konflikte“ auch nicht viel mit Anerkennungskonflikten zu tun.⁷

4.2 Tausch und Asymmetrie

Schon in seinem frühen Kommentar zu Adam Smith schreibt Marx:

„Das Kapital ist also die *Regierungsgewalt* über die Arbeit und ihre Produkte. Der Kapitalist besitzt diese Gewalt, nicht seiner persönlichen oder menschlichen Eigenschaften wegen, sondern insofern er *Eigentümer* des Kapitals ist. Die *kaufende* Gewalt seines Kapitals, der nichts widerstehen kann, ist seine Gewalt.“ (MEW 40: 484)

Auch hier besteht die Annahme, dass persönliche und direkte Formen von Gewalt in abstrakte Gewalt umgewandelt werden. Mit der Verschiebung von direkter Gewalt und Herrschaft in monetär kontrollierte Verhältnisse erweitert sich der Horizont von Raum und Zeit, da die Wertform eine *universale* Form ist, die sich jeder Sache in der kapitalisierten und noch zu kapitalisierenden Welt annehmen kann. Reichtum schließt daher nicht nur *bestimmte* Klassen- und Eigentumsverhältnisse ein, sondern dehnt sich auf prinzipiell *alles* aus. Mit Geld, wie wir wissen, lässt sich *alles* haben, und somit trägt derjenige, der den Reichtum kontrolliert, im Prinzip auch die Kontrolle über alle anderen Gegenstände und

7 Die Globalisierungssoziologin Saskia Sassen geht davon aus, dass in den USA allein ungefähr 30 Millionen Menschen durch die Finanzkrise zur Migrationsbevölkerung wurden („Migration in einer begrenzten Welt,“ Vortrag online: http://youtu.be/PXB2tsiKR_E [zuletzt geprüft 9.3.2014]).

Personen in sich. Das Klassenverhältnis ist nun dadurch selbst ein *monetäres* Verhältnis geworden, da derjenige, der den Reichtum kontrolliert, damit auch diejenigen kontrolliert, die an diesem Reichtum nicht teilnehmen. Obwohl das Tauschverhältnis, wie schon Marx herausgearbeitet hat, Freiheit und Gleichheit zu implizieren scheint, ist diese formale Freiheit material betrachtet genau sein Gegenteil, nämlich als Klassenverhältnis zu begreifen. Die pervertierte Logik dieses Vorgangs ist angesichts gegenwärtiger Tendenzen nur um so sichtbarer geworden, und es ist erstaunlich, dass diese Tendenzen von einem kritischen Theoretiker wie Honneth einfach beiseitegeschoben werden. Eine weitere Konsequenz des Vorhergehenden ist, dass sich durch die Umkehrung von Ungleichheit an der Oberfläche des Tauschverhältnisses auch die Rechtsvorstellungen der Gruppierungen bestimmen:

„Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.“ (MEW 23: 562)

Um es einfach zu sagen: Wenn man sie fragte, würden die bereits erwähnten drei reichsten Individuen auf dieser Erde (die so viel Reichtum kontrollieren wie die untersten 600 Millionen Individuen zusammen) höchstwahrscheinlich antworten, dass hier alles „mit rechten Dingen“ zugehe, dass ihr Reichtum auf harter Arbeit und guter Ausbildung beruhe, und dass es eben die Natur des Kapitalismus sei, *jedem* diese Chance zu eröffnen. Was sich in diesem Beispiel zeigt, ist, dass die *objektive* Gewalt des Geld- und Reichtumsverhältnisses sich *subjektiv* als ihr Gegenteil darstellt, nämlich als etwas, das „rechters“ ist (universal anerkannt) und das jeder erreichen kann (universal zugänglich). Der Geldfetischismus sorgt dafür, dass die objektiven sozialen Verhältnisse keine Spur an der Oberfläche der Tauschgesellschaft zurücklassen, und damit ihren Ursprung in der Gewalt des *absoluten* Zugangs, nämlich dem des Kaufens, verschleiert.

4.3 Antinomische Gewalt

In einer entscheidenden Passage heißt es bei Marx:

„Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt,

Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“ (MEW 23: 249).

Der Begriff der Antinomie ist hier von entscheidender Bedeutung, da ihn Marx der Kantischen und vor-Kantischen Philosophie entnimmt, und in der vor-Kantischen Bedeutung verweist eine Antinomie auf *zwei sich widerstreitende Gesetze*. Nun ist aber entscheidend bei Kant, dass es sich bei Antinomien um den Widerstreit innerhalb der Vernunft selbst handelt, was man dahingehend auslegen kann, dass der Kern der menschlichen Rationalität und Erkenntnisfähigkeit *in sich* auf einem „Prinzip“ aufsitzt, eben dem des Widerspruches, das ihr entgeht. Auf die Marxsche Aussage bezogen hieße das, dass das Klassenverhältnis grundsätzlich ein Gewaltverhältnis ist, weil es sich durch die Tauschlogik (Lohn, Arbeitszeit, Waren, Geld) hindurch als ein *absolut* Ungleiches konstituiert und die wahre soziale Quelle dieser Gleichheitslogik nur dann zum Vorschein kommt, wenn ein „Gegengesetz“ ins Spiel gebracht wird. Dieses ist aber nicht, wie Honneth meint, einfach ein normativer Anspruch, sondern es ist, präzise gesagt, *genau sein Gegenteil*, da ein rein normativer Austausch eben schon einen rechtlichen Rahmen voraussetzen würde, der den „gerechten“ Austausch von Ansprüchen regelt. Das kann aber in diesem Fall nicht sein, da es in *gesellschaftlich relevanten* Kämpfen überhaupt um die Etablierung desjenigen Rahmens geht, *in dem* möglicherweise normative Forderungen erhoben werden können. Ein Streik bspw., vor allen Dingen ein gesellschaftlicher Generalstreik, ist mit Honneths begrifflichen Mitteln überhaupt nicht in seinem Wesen zu erfassen, da ein solcher Streik der Versuch ist, die andere Seite *durch Gewalt* zu zwingen, und zwar durch die totale „Einklammerung“ alles Bestehenden.

5. Ausblick

Dieser Überblick über gegenwärtige Tendenzen in der Sozialphilosophie und die daran anschließenden Bemerkungen über Klasse und Gewalt bleiben leider völlig unbefriedigend, weil das Thema hier nur angerissen werden konnte (mehr in Fetscher 1985). Nichtsdestotrotz sollte klar geworden sein, dass die post-marxistischen Ansätze mit dem Aufgeben eines durch die sozial-ökonomische Form (Wert) konstituierten gesellschaftlichen Zusammenhangs das Kind mit dem Bade ausschütten, da diese strategische Entscheidung es ihnen nicht mehr erlaubt, aus den Über-Idealisierungen politischer Prozesse und den Pluralisierungen von sozialen Hierarchien die entscheidende *Wurzel* der bestehenden Ungleichheiten

zu sehen, die eben primär nicht politisch sind, sondern sich aus einem komplexen Zusammenhang von (kapitalisiertem) Geld und Gewalt herleiten.

Wie dem auch sei, die Idee einer klassenlosen Gesellschaft verweist primär *nicht* auf eine egalitäre Gesellschaft (der Begriff des Individuums bei Marx schließt eine solche Konzeption aus), sondern vielmehr und vor allem verweist sie auf einen Zustand, in dem der Zusammenhang von Kapital und Gewalt für die Konstitution des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges sich auflöst. So heißt es denn auch bei Marx in seinem Frühwerk:

„Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.“ (MEW 4: 182).

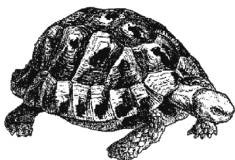
Literatur

- Adorno, Theodor W. (1998): *Gesammelte Schriften*, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Lizenzausgabe Suhrkamp.
- (2008): *Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft (1964)*, Nachgelassene Schriften, Abteilung IV, Vorlesungen, Band 12, Berlin, Suhrkamp.
- Badiou, Alain (2005): *Infinite Thought*, tr. Oliver Feltham and Justin Clemens, New York, Continuum.
- (2008): *Conditions*, tr. Steven Corcoran, New York: Continuum.
- (2010): The Idea of Communism, in: Douzinas, Costas/Zizek, Slavoj (ed.): *The Idea of Communism*, London, Verso: 1-14.
- (2012): *The Rebirth of History*, tr. Gregory Elliott, London: Verso.
- (2013): *Philosophy and the Event*, tr. Louise Burchill, London: Polity.
- Balibar, Etienne (1994): *Masses, Classes. Ideas. Studies on Politics and Philosophy Before and After Marx*, tr. James Swenson, New York, Routledge.
- (2001): Gewalt. in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Hamburg, Argument: 270-1308.
- Basso, Luca (2009): The Ambivalence of *Gewalt* in Marx and Engels: On Balibar's Interpretation, in: *Historical Materialism*, 17: 215-236.
- Buckel, Sonja (2007): *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*, Weilerswist, Velbrück.
- Dörre, Klaus (2010): Social Classes in the Process of Capitalist Landnahme. On the Relevance of Secondary Exploitation" in: *Socialist Studies/Études socialistes*, 6(2), Fall: 43-74.
- Fetscher, Iring (1985): Gewalt im Denken von Marx und Engels, in: Leser, Norbert (Hg.): *Macht und Gewalt in der Politik und Literatur des 20. Jahrhunderts*, Wien, Böhlau: 107-121.
- Freeland, Cynthia (2011): The Rise of the New Global Elite, in: *The Atlantic*, online: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2011/01/the-rise-of-the-new-global-elite/308343/> [zuletzt geprüft 3.3.2014].
- Gerstenberger, Heide (2006): *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): *Multitude: War and Democracy in the Age of Empire*, New York, Penguin.

- (2009): *Commonwealth*, Cambridge, Harvard University Press.
- Honneth, Axel (2011): *Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin, Suhrkamp.
- (2013): Die Moral im ‘Kapital’. Versuch einer Korrektur der Marxschen Ökonomiekritik, in: Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (Hg.): *Nach Marx. Philosophie. Kritik. Praxis*, Berlin, Suhrkamp: 364-394.
- Lotz, Christian (2014a): Marx contra Negri: Value, Abstract Labor, and Money, in: Calcagno, Antonio (ed.): *Contemporary Italian Philosophy*, New York, SUNY Press (im Erscheinen).
- (2014b): The Transcendental Force of Money. Social Synthesis in Marx, in: *Rethinking Marxism*, 26/1: 130-140.
- (2014c): *Time, Money, and the Culture of Abstraction*, Lanham, Lexington Books (im Erscheinen).
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin, Suhrkamp.
- (2013): *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Berlin, Suhrkamp.
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23.
- (1844): *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, MEW 40.
- (1847): *Das Elend der Philosophie*, MEW 4.
- Nuss, Sabine (2006): *Copyright and Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*, Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Poulantzas, Nicos (2000): *State, Power, Socialism*, with an introduction by Stuart Hall, London, Verso.
- Smith, Tony (2006): *Globalization. A Systematic Marxist Account*, Chicago, Haymarket Books.

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 7-8/14 u.a.:

- Anton Kobel: »Der Investor geht« – Karstadt und kein Ende? Ausverkauf im Einzelhandel
- Iris Nowak: »Gewissen und Gewerkschaft« – über Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Organisation in der stationären Altenpflege
- GIB: »Business as usual?« – Ch. Brors und P. Schüren – Vorschläge für gesetzl. Neuregelungen bei Werkverträgen
- Ingeborg Wick/Bodo Zeuner: »Streiks für die Welt« – über Perspektiven transnationalen Handelns von Gewerkschaften
- Assaf Adviv: »Außerhalb israelischer Souveränität?« – über (Gewerkschafts-)Arbeit im Westjordanland
- WAC-MAAN: »Aufgeladen« – über die Entlassung von 60 Arbeitern im Westjordanland

O Probelesen!? 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg: Vlk.)

Kriminalisierung von Armut

Loïc Wacquant

Bestrafen der Armen

Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit

Aus dem Französischen von Hella Beister.

2., durchgesehene Auflage 2013
359 Seiten. Kart.

36,00 € (D), 37,10 € (A)

ISBN 978-3-8474-0121-6



Loïc Wacquant analysiert die öffentliche Mobilmachung zum Thema „Sicherheit“ und die Verschärfung von Strafpraxen als Maßnahmen zur Marginalisierung und Normalisierung unterer Klassen sowie Ablenkungsmanöver in Bezug auf die soziale Frage. Der Autor macht einen Trend, Armut, gesellschaftliche Prekarisierung zu kriminalisieren, aus: Gesellschaftliche Problemgruppen werden kriminalisiert und weggesperrt.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:



**Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers**

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de

Jannis Milios und Georg Economakis

Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenpositionen¹

Es ist Nicos Poulantzas zuzustimmen, wenn er sagt: „Die genaue Bestimmung der Klasse des Kleinbürgertums ist in der Tat das Kernstück jeder marxistischen Klassentheorie.“ (Poulantzas 1973b: 252) Die meisten Schwierigkeiten der Klassenanalyse in den heutigen kapitalistischen Gesellschaften gehen auf die Frage zurück, wie das Kleinbürgertum oder allgemeiner die Mittelklassen einzuordnen sind.

Wenn man den Marxismus als eine Theorie des Klassenkampfes versteht, gibt die Bestimmung der Stellung der Mittelklassen und ihrer möglichen politischen Positionen Hinweise darauf, welche Klassenbündnisse möglich sind, mit deren Hilfe die Reproduktion der kapitalistischen Regimes unterstützt oder bekämpft werden. Die wesentliche Schlussfolgerung unserer Analyse lautet, dass die Mittelklassen aus Klasseneinheiten bestehen, die sowohl hinsichtlich ihrer Stellung wie ihrer potentiellen Positionen nicht homogen sind.² Wir untersuchen sie mit dem Ziel, ein Verständnis des Rahmens zu bekommen, innerhalb dessen sich der Klassenkonflikt abspielt, da dieser nach wie vor ungelöste theoretische Fragen aufwirft, und zwar insbesondere in einer Zeit, in der weltweit ein erneuter Aufschwung antikapitalistischer Bewegungen zu verzeichnen ist. Dabei entwickeln wir unsere grundsätzlichen Überlegungen zur Bestimmung von Klassen im Kapitalismus in kritischer Auseinandersetzung mit dem theoretischen Ansatz von Nicos Poulantzas.

1. Basisannahmen für eine Untersuchung sozialer Klassen

Der „Althusser-Schule“ zufolge können Produktionsverhältnisse als ein Ensemble von *Eigentum*, *Besitz* und *Nutzung* der Produktionsmittel verstanden werden,

-
- 1 Eine frühere Version dieses Artikels wurde in *Rethinking Marxism* 23:2 (2011), 226-245 veröffentlicht.
 - 2 Unter dem Begriff „Mittelklassen“ verstehen wir die nicht-homogene Gesamtheit des traditionellen und des neuen Kleinbürgertums sowie jener Klasse, die wir als „mittlere Bourgeoisie“ bezeichnen.

wobei die Produktionsmittel nach Marx die „objektiven Arbeitsbedingungen“ darstellen (MEGA II/4.1: 97 siehe auch Althusser 1965, 1976, 1984; Althusser/Balibar 1965; Balibar 1983, 1986; Bettelheim 1968, 1970, 1973; Harnecker 2000; Poulantzas 1973a, 1975, 1976; Rey 1973). Die Nutzung der Produktionsmittel erfolgt allein durch den Einsatz von Arbeitskraft, d.h., diese ist Teil des Arbeitsprozesses, in dem Gebrauchswerte produziert werden (Carchedi 1977: 66). Eigentum als eine (reale) ökonomische Beziehung bedeutet die Kontrolle der Produktionsmittel, „d.h. die Macht, die Produktionsmittel gegebenen Verwendungszwecken zuzuweisen und somit über die erhaltenen Produkte zu verfügen.“ (Poulantzas 1975: 18) Dies setzt den Besitz der Produktionsmittel oder das Management der Produktion voraus, also die „Fähigkeit, die Produktionsmittel in Gang zu setzen...“ (ebd.: 18) Dementsprechend gibt es eine Übereinstimmung zwischen Eigentum und Besitz in ihrer Eigenschaft als ökonomische Beziehungen.

Eine Produktionsweise bezieht sich auf diese drei grundlegenden Beziehungen (Milios 2000; Economakis 2005).³ Ihre spezifische Kombination macht die ökonomische Struktur einer Produktionsweise aus und daraus ergibt sich auch, welcher ihrer drei Bestandteile (der ökonomische, der rechtlich-politische oder der ideologische) *dominant* ist.

Nach Althusser (1965: 180) „besetzen“ soziale Klassen innerhalb der gegebenen Produktionsweisen die grundlegenden Beziehungen insofern, als sie deren „Träger“ sind. Sie werden durch diese Produktionsbeziehungen bestimmt – d.h. durch ihre jeweilige *strukturelle Klassenstellung* (siehe auch MEW 25: 886f.). Die sozialen Klassen gelten demnach als die fundamentalen Klassen einer bestimmten Produktionsweise. Dementsprechend bezeichnen wir als nicht-fundamentale oder intermediäre Klassen solche, die nicht „Träger“ der fundamentalen Beziehungen sind.

Diese Definition gilt auch für Produktionsprozesse, die nicht mit der Aneignung eines Mehrproduktes verbunden sind. Poulantzas (1973a) zufolge stellt ein derartiger Produktionsprozess eine *Form der Produktion* dar (während eine *Produktionsweise* Ausbeutungsbeziehungen voraussetzt).

In einer bestimmten historischen Situation können unterschiedliche Produktionsformen oder –weisen nebeneinander existieren, was zu einer komplexen Klassenkonfiguration führt (Milios 1999). Die Artikulierung dieser verschiedenen Produktionsformen oder –weisen bildet die ökonomische Basis einer sozialen Formation, die stets von einer bestimmten Produktionsweise dominiert wird:

3 Diese Verhältnisse müssen bezüglich des konkreten Inhalts (und der Funktionen) keineswegs als invariant gegenüber den verschiedenen Produktionsweisen angesehen werden (vgl. Poulantzas 1976: 78; Dedoussopoulos 1985: 161; Gerstein 1989: 123, 125).

„Tatsächlich stellt man in jeder Gesellschaftsformation die Dominanz einer Produktionsweise fest...“ (Poulantzas 1975: 22).

Die komplexe Konfiguration der Klassen in einzelnen Gesellschaften hat zwei Ursachen: (1) die Artikulierung von mehr als einer Produktionsform oder –weise (die Ebene der ökonomischen Basis), und (2) die Funktionen der sozialen Macht der herrschenden Klasse (die Ebene des Überbaus), die eventuell auch sozialen Gruppen übertragen wurde, die nicht zur herrschenden Klasse gehören. Diese Gruppen müssen als intermediäre soziale Klassen bezeichnet werden, genauso wie diejenigen, die nicht „Träger“ der grundlegenden Beziehungen sind (innerhalb einer Produktionsweise). Dies trifft vor allem, wie weiter unten zu zeigen sein wird, auf einen Teil des „neuen Kleinbürgertums“ zu.

Dementsprechend sind soziale Klassen Jessop zufolge „prinzipiell (wenn auch nicht ausschließlich) durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen definiert“⁴ (Jessop 1985: 165, siehe auch 160, 170). Ähnlich heißt es bei Carchedi, „eine vollständige Definition von Klassen“ müsse sich auf „ökonomische, politische und ideologische“ Faktoren beziehen (Carchedi 1977: 43), wobei als Vorbedingung gilt, dass keine solche Definition von Klassen im Widerspruch zur strukturellen Definition auf der ökonomischen Ebene stünde.

Poulantzas zufolge ist die Bestimmung einer Klasse (ihre Klassenstellung) von ihren ideologisch-politischen „Klassenpositionen in der Konjunktur“ zu unterscheiden, also dem Ort, an dem sich die „historische, immer wieder beispiellose Individualität einer Gesellschaftsformation, kurz die *konkrete Situation* des Klassenkampfes konzentriert“ (1975: 14). Eine Verbindung zwischen beiden ist dann möglich, wenn das, was Lenin den „Klasseninstinkt“ nennt (der einer bestimmten Klassenstellung entspricht) sich in ein „Klassenbewusstsein“ verwandelt, das den Interessen einer Klasse entspricht. In diesem Fall stimmt die Klassenstellung mit der Klassenposition überein. Wenngleich eine Klassenstellung *potentiell* eine Klassenposition anzeigt, so gilt dies nicht für den umgekehrten Zusammenhang: Eine Klassenposition muss keineswegs eine Klassenstellung anzeigen. „Eine gesellschaftliche Klasse ... muß nicht eine Klassenposition haben, die ihren Interessen entspricht.“ (ebd.: 15 – alle Hervorhebungen hier und in späteren Zitaten bei Poulantzas) Wie weiter unten zu sehen sein wird, setzt sich Poulantzas über seine eigene These hinweg, wenn er eine Theorie der „politisch-ideologischen Verhältnisse“ entwirft, bei der er Äußerungen zu Klassenpositionen als Beleg für die Stellung von Klassen nimmt.

4 Anm. der Übersetzerin: Sofern für die zitierten Werke keine deutsche Übersetzung vorliegt, wurden sie von der Übersetzerin ins Deutsche übertragen.

2. Die kapitalistische Produktionsweise, der kapitalistische Staat und die sozialen Klassen

Wie von Marx im ersten Band des *Kapital* dargestellt entsteht die kapitalistische Produktionsweise auf der Grundlage eines gleichzeitigen, aber doppelgesichtigen historischen Wandels: der Emanzipation der Produzenten von ihren feudalen Beziehungen und ihrer Trennung/Enteignung von den bisherigen Mitteln der Produktion (und der Subsistenz) zugunsten der neuen ausbeutenden Klasse.⁵ Dieser Wandel lässt den im doppelten Sinn freien Arbeiter entstehen (das freie und enteignete Individuum, MEW 23: 183) und verwandelt die Arbeitskraft in eine Ware, was das elementare Merkmal der ökonomischen Struktur dieser Produktionsweise bildet. Bei dieser besteht eine Homologie zwischen Eigentums- und Besitzbeziehungen innerhalb der „Trägerklasse“ der Eigentümer (der realen Eigentümer) durch die Trennung der freien Produzenten von den Produktionsmitteln. Reales Eigentum bedeutet, dass freie Arbeiter zum Nutzen der Eigentümerklasse arbeiten, und dies, ohne dass extraökonomische Zwangsmittel angewendet werden: Dies stellt die dominante ökonomische Struktur dar.

Die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln hat in der Gesellschaft auf der Ebene der Politik und der Ideologie ein Gegenstück, nämlich ihren Wandel zu freien Bürgern, mit all den Attributen, die dies angesichts der strukturellen Merkmale des kapitalistischen Staates nach sich zieht: dessen „neutrale“ hierarchisch-bürokratische Organisation, sein „klassenloses“ Funktionieren auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit usw., wie auch eine herrschende Ideologie der individuellen und gleichen Rechte usw. (Milios/Dimoulis/Economakis 2002). So gesehen bedeutet die Dominanz der ökonomischen Struktur innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise (die dominante Produktionsweise des kapitalistischen Systems) gleichzeitig, dass die strukturellen Merkmale und die Ideologie des kapitalistischen Staates und der herrschenden Ideologie davon *in letzter Instanz* determiniert werden.⁶

5 Aus der Perspektive des kapitalistischen Produktionsprozesses ist „produktive Arbeit“ diejenige, die aus dem variablen Kapital bezahlt wird. Dementsprechend ist „Produktion“ jeglicher Prozess, bei dem Arbeitskraft unmittelbar gegen Kapital getauscht wird (für einen Überblick zu den Kontroversen zwischen Marxisten in Bezug auf die Frage der „produktiven Arbeit“ siehe unter anderem Resnick/Wolff 1982: 6-10).

6 Bei feudalen und asiatischen Produktionsweisen war die herrschende Klasse niemals vollständig im Besitz der Produktionsmittel, da die arbeitende/beherrschte Klasse über diese immer noch als Eigentümer verfügten. Dem entsprachen auch wesentliche Merkmale der politischen und ideologischen Strukturen. Ökonomische Ausbeutung war hier an unmittelbare politische Unterdrückung gebunden (vgl. MEW 23: 743f).

Wie dies beispielsweise Albittrons Analyse nahelegt (2000: 150) reicht der Hinweis auf das elementare Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise nicht aus, um die Besitzer der Produktionsmittel als Klasse der Kapitalisten zu identifizieren. Nach Marx ist der Maßstab der kapitalistischen Produktionsweise die zahlenmäßige Zunahme der tätigen Arbeitskräfte, die gemeinsam ein bestimmtes Produkt erstellen (MEW 23: 326ff., 341, 354; MEGA II/4.1: 91ff., 98, 105). Aus der Sicht der Besitzer der Produktionsmittel, die in ihrer Funktion der Kontrolle und Anleitung des Prozesses das „Kapital“ repräsentieren – während die Produzenten als „Arbeit“ fungieren – müssen die Ausdehnung der Produktion, die Größe des eingesetzten Kapitals und die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte ein solches Ausmaß erreichen, dass es für die Kapitalisten nicht notwendig ist, sich selbst am Arbeitsprozess zu beteiligen. Ihr Einkommen (also der Profit) hängt von der Größe des vorgeschossenen Gesamtkapitals ab, nicht von ihrer Arbeit.⁷ Eine *notwendige* Voraussetzung für die kapitalistische Produktionsweise ist also, dass es für die Kapitalisten möglich ist, sich dem Produktionsprozess völlig zu entziehen. Weiter unten wird ausgeführt, dass hierin die Unterscheidung der Klasse der Kapitalisten von der sogenannten „mittleren Bourgeoisie“ liegt.

3. Die Klasse der Kapitalisten, die Arbeiterklasse und das neue Kleinbürgertum

Marx zufolge ist mit dem Aufkommen des kapitalistischen Unternehmens „nicht der einzelne Arbeiter, sondern mehr und mehr ein social combinirtes Arbeitsvermögen der wirkliche Functionär des Gesamtarbeitsprocesses“ (MEGA II/4.1: 109; vgl. auch MEW 23: 369f.) Dieser Gesamtarbeiter wird mit der produktiven Arbeit gleichgesetzt, und dazu gehören die Manager⁸, die Ingenieure, die Techniker und die Aufseher ebenso wie die Handarbeiter. Seine Gestalt bestimmt sich je nach dem technischen Niveau der Arbeitsteilung im Produktionsprozess und sie wird mit der Gesamtheit der Lohnempfänger gleichgesetzt (produktive Arbeit – produktive Arbeitskräfte).

Welche sind also die fundamentalen Klassen der kapitalistischen Produktionsweise? Die Klasse der Kapitalisten ist „Träger“ des realen Besitzes. Ihr gegenüber steht die Arbeiterklasse, als „Träger“ der Nutzung der Arbeitskraft, die also als ein-

7 Nur unter diesem Gesichtspunkt sind Kapitalisten „Nicht-Arbeiter“ und die „Produktionsmittel sind Eigentum der Nicht-Arbeiter (Kapitalisten)“ (Hindess/Hirst 1979: 10)

8 Allerdings zählen dazu nicht die Topmanager, die „der Beziehung des ökonomischen Eigentums entspringen... sie nehmen so die Stellung des Kapitals selbst ein und gehören als solche zur Bourgeoisie.“ (Poulantzas 1975: 195; vgl. auch MEW 25: 452f.).

zige effektive Arbeit innerhalb des kapitalistischen Arbeitsprozesse leistet. Diese beiden Klassen sind grundlegend für eine kapitalistische Gesellschaftsformation.

Daraus ergibt sich folgende Frage: Sind die kapitalistisch beschäftigten Lohnarbeiter (also produktive Arbeit, die alle bisher genannten Formen enthält) mit der Arbeiterklasse gleichzusetzen?

Folgt man Marx, dann kommt es innerhalb des Gesamtarbeiters zur Entstehung einer speziellen Gruppe von Lohnabhängigen: „Wie eine Armee militärischer Offiziere, bedarf eine unter dem Kommando des Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, oberlookers, contre-maitres“ (MEW 23: 351). Ihre alleinige Funktion ist die Arbeit der Aufsicht (im Gegensatz zur Ausführung der manuellen Arbeit). Diese Lohnempfänger gehören nicht zu denen, die Arbeiten ausführen, sondern im Gegenteil zu denen, welche die Macht des Kapitals ausüben. Obwohl sie produktive Arbeitskräfte darstellen, die durch das Kapital ausgebeutet werden, sind sie nicht Teil der Arbeiterklasse (Poulantzas 1975: 195), sondern stellen vielmehr eine intermediäre Klasse zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse dar, das neue Kleinbürgertum, zu dem ebenfalls die Ingenieure und Techniker gehören, die bestimmte Formen der Kontrolle und Aufsicht ausführen, entsprechend der spezifisch kapitalistischen Trennung zwischen Wissenschaft und Praxis (ebd.: 196ff). Anders sieht es aus, wenn Ingenieure und Techniker in Branchen tätig sind, „wo sie selbst die hauptsächlichen Arbeitskräfte bilden“ (ebd.: 207). In diesem Fall werden sie die „Träger“ der Nutzung der Arbeitskraft und es kann zu einem Prozess der „Proletarisierung der intellektuellen Tätigkeiten“ kommen (Pestieau 1998).

4. Poulantzas' Begrenzung der Arbeiterklasse und die Ausweitung des neuen Kleinbürgertums

Poulantzas argumentiert die Arbeiterklasse sei „nicht durch ein bloßes negatives Kriterium 'an sich' abgegrenzt – ihre Exklusion aus den Eigentumsverhältnissen – sondern durch die produktive Arbeit.“ (1975: 180). Folgerichtig schließt er, das Charakteristikum des Kleinbürgertums liege in der unproduktiven Arbeit. Des weiteren vertritt er, dass „in der kapitalistischen Produktionsweise diejenige Arbeit produktive Arbeit ist, die Mehrwert produziert ... also diejenige, die unmittelbar in die materielle Produktion eingreift und dabei Gebrauchswerte produziert, die die materiellen Reichtümer erhöhen.“ (ebd.: 185-6) Lohnempfänger/innen, die keine Gebrauchswerte in materieller Form produzieren, gelten ihm demnach als nicht-produktiv und somit nicht als Teil der Arbeiterklasse: „... die Lohnarbeiter im Handel, in der Werbung, im *Marketing*, in der Rechnungsführung, der Bank,

den Versicherungen, etc. produzieren keinen Mehrwert und gehören nicht zur Arbeiterklasse (produktive Arbeit“ (ebd.: 181f.).

Unserer Ansicht nach ist diese Auffassung des Marxschen Konzepts der produktiven Arbeit und seine Anwendung als Kriterium zur Definition der Arbeiterklasse (Harnecker 2000: 105) falsch. Denn sämtliche Lohnempfänger/innen (wie etwa auch das Verkaufspersonal) gehören zur Arbeiterklasse, weil sie es sind, die die tatsächliche Arbeit im kapitalistischen Arbeitsprozess ausführen, ohne irgendwelche direktiven Aufgaben zu erfüllen: Sie sind die „einfachen Soldaten“ in diesem Prozess (Pannekoek 1909) und nicht ihre höheren oder niedrigeren „Offiziere“. Im Übrigen erweist sich Poulantzas' Kriterium der produktiven Arbeit auch als unbrauchbar im Fall jener Berufsgruppen des produktiven Gesamtarbeiters, die nicht Teil der Arbeiterklasse sind, wie Techniker und Ingenieure. Nach dieser Analyse gelten zwar Ausbeutungsbeziehungen als Merkmal für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse, diese Beziehungen sind jedoch nicht identisch mit der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse.

Des weiteren kann angemerkt werden, dass eine Abgrenzung der Klassen nach dem Kriterium der Mehrwertproduktion es nicht erlaubt, zwischen Ausbeutung der Klasse und Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu unterscheiden. Dieses Kriterium taugt nicht dazu, die Grenzlinie zwischen Arbeiterklasse und Neuem Kleinbürgertum zu ziehen.⁹

5. Der Staat und das neue Kleinbürgertum

Wir haben das neue Kleinbürgertum als die intermediäre Klasse der kapitalistischen Produktionsweise bestimmt. Wir folgen Poulantzas (1973a, 1975) insofern, als wir ebenfalls davon ausgehen, dass zum neuen Kleinbürgertum auch all jene Lohnabhängigen gehören, die in den kapitalistischen Staatsapparaten tätig sind, also Macht im Namen des kapitalistischen Systems ausüben und so zu seiner sozialen Reproduktion beitragen.

Nun stellt sich folgende Frage: Wie kommt es, dass verschiedene soziale Gruppen und ihre Angehörigen zu einer einzigen Klasse gehören können, obwohl sie ganz unterschiedliche Funktionen innerhalb der kapitalistischen Arbeitsteilung ausüben (in der kapitalistischen Produktion oder in Staatsapparaten)?

Die Antwort lautet, dass diese Gruppen denselben Typ von sozialen Funktionen innerhalb des Zusammenhangs kapitalistischer Produktion/sozialer Re-

9 Resnick/Wolff (1982) z.B. schlagen die (produktiven) Techniker der Arbeiterklasse zu, wobei sie die spezifisch kapitalistische Trennung zwischen Technik und Wissenschaft übersehen.

produktion ausüben, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen. Diese sozialen Funktionen wirken strukturell zusammen: Auf der einen Seite bestimmt die Dominanz der ökonomischen Struktur der kapitalistischen Produktionsweise in letzter Instanz die Funktionen des Überbaus; auf der anderen Seite erweist sich die kapitalistische ökonomische Dominanz durch den Überbau als überdeterminiert – d.h. der Überbau harmonisiert die unmittelbaren ökonomischen Funktionen mit den Anforderungen der übergreifenden Reproduktion (Althusser 1965, 1976). Aus diesen Interaktionen ergibt sich für unterschiedliche soziale Gruppen eine gemeinsame Stellung innerhalb des Kapitalismus und diese hängt mit bestimmten sozialen Funktionen zusammen, so dass die kapitalistische Macht auf verschiedenen Ebenen reproduziert wird.¹⁰

Das neue Kleinbürgertum ist die intermediäre Gesellschaftsklasse, zu der Lohnempfänger gehören, die aufgrund ihrer Stellung im Verhältnis zur Ausübung kapitalistischer Macht nicht Teil der Arbeiterklasse sind. Ebenso wenig gehören sie aber auch zur Klasse der Kapitalisten, da sie nicht im Besitz der Produktionsmittel sind, sondern selbst oftmals kapitalistisch ausgebeutet werden. Sie üben folgende Funktionen aus:

- Sie sichern die Extraktion des Mehrwerts, z.B. indem sie den Produktionsprozess überwachen und kontrollieren (Techniker, Ingenieure).
- Sie sichern die Kohäsion der kapitalistischen Macht (staatliche Verwaltung, Justizapparat, Militär usw.) sowie die Systematisierung und Verbreitung der herrschenden Ideologie, etwa durch das Erziehungswesen (vgl. Pannekoek 1909).

Das neue Kleinbürgertum umfasst demnach Lohnarbeiter, die sowohl zur Gruppe der produktiven Arbeiter (die ihre Arbeitskraft gegen Kapital tauschen und Mehrwert produzieren) wie zur Gruppe der nicht-produktiven (die im öffentlichen Sektor beschäftigt sind und keinen Mehrwert produzieren) gehören.¹¹

10 In einem analytischen Rahmen wie demjenigen von Resnick/Wolff (2002) erscheint die hier beschriebene strukturelle Interaktion unverständlich, da dort der Marxsche Begriff der in letzter Instanz entscheidenden ökonomischen Struktur aufgeweicht wurde, so dass es zu einer Trennung von ökonomischer Dominanz und juristisch-politisch-kulturellem Überbau kommt.

11 Wie Resnick/Wolff (1982: 5f, 16; 2002) ausführen, erwächst das Einkommen dieser Klassenfraktionen daraus, dass Mehrwert, der von produktiven Arbeitern erarbeitet wurde, umverteilt wird. Allerdings besteht hier ein Problem in Bezug auf die Klassenzugehörigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf den unteren Rängen (z.B. Arbeiter und Reinigungspersonal, die dort regulär beschäftigt sind). Sie können möglicherweise als Schicht gesehen werden und gehören keiner Klasse an (Harnecker 2000).

Die kapitalistische Produktionsweise kann auch mit nicht-kapitalistischen Produktionsweisen bzw. –formen koexistieren, so dass spezifische Modelle der Reproduktion unter kapitalistischer Dominanz bestehen.¹² Diese Dominanz führt bei erweiterter Reproduktion zu einer Verflochtenheit der verschiedenen Produktionsweisen (vgl. Althusser 1965, Lipietz 1983: 21).

6. Einfache Warenproduktion und das traditionelle Kleinbürgertum

Marx argumentierte, selbständige Handwerker oder Bauern, die „keine Arbeiter anwenden, also nicht als Kapitalisten produzieren“ seien „Warenproduzenten“: Sie treten mir „als Verkäufer von Waren, nicht als Verkäufer von Arbeit entgegen (...) ihre Produktion ist nicht unter die kapitalistische Produktionsweise subsumiert.“ (MEW 26.1: 382f.) Ein solcher Produzent wird „in zwei Personen zerschnitten... Als Besitzer der Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter“ (ebd.: 383) Allerdings ist er Besitzer von Produktionsmitteln die eigentlich „nicht Kapital“ sind und in seiner Klassenstellung vereinigen sich getrennte Funktionen.

Marx' Behauptung impliziert eine Homologie von Eigentums- und Besitzbeziehungen mit Nutzungsbeziehungen innerhalb einer *einzig* Klasse als deren „Träger“. Dementsprechend findet man innerhalb des Kapitalismus eine historisch spezifische, nicht-kapitalistische Produktionsform, die einfache Warenproduktion.¹³ Die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet, dass die kleinen Warenproduzenten als Besitzer von Produktionsmitteln, um zu überleben, im Rahmen von Konkurrenzbeziehungen für den Markt produzieren *müssen*. Dazu bedarf es keinerlei Form außerökonomischen Zwangs. Das traditionelle Kleinbürgertum stellt für die einfache Warenproduktion eine fundamentale Klasse dar, bei der Kapital- und Arbeitsfunktion, also Besitz und Nutzung zusammenfallen. Somit gibt es eine historisch einmalige „schizophrene Koexistenz... von Bürger und Proletarier“ innerhalb einer Klasse (Harrison 1977: 328). Dies steht in untrennbarem Zusammenhang mit der „kollektiven Einheit sämtlicher Familienangehöriger, die in den... (technischen) Produktionsprozess

12 Unter „Produktion“ wird hier jeglicher Prozess verstanden, der mit Kosten verbunden ist und bei dem Waren entstehen. Im Fall der von uns als *hybrid* bezeichneten Produktionsweise kommt dabei bis zu einem gewissen Grad durch das Kapital bezahlte Arbeitskraft zum Einsatz.

13 Wir sprechen hier von Produktionsform und nicht von Produktionsweise insofern der Produktionsprozess keine Aneignung von Mehrprodukt beinhaltet.

einbezogen sind“, was auf der Basis von „Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb der Kernfamilie“, also von unbezahlter Arbeit innerhalb des Haushalts begründet ist (Dedoussopoulos 1985: 172f.). Diese kollektive Einheit ist nicht mit Ausbeutungsbeziehungen innerhalb der einfachen Warenproduktion verbunden (ebd.: 146, 171f.). Bei diesem Prozess der „Selbstaubeutung“ (Gabriel 1990) sind Ausbeutungsbeziehungen lediglich im Bereich der Zirkulation, z.B. über Steuern, möglich (MEW 26.1: 383).¹⁴

Wie sieht nun das Reproduktionsmodell der einfachen Warenproduktion aus? Marx betrachtet das traditionelle Kleinbürgertum am Beispiel des Parzellenbauers: „Als absolute Schranke für ihn als kleinen Kapitalisten erscheint nichts als der Arbeitslohn, den er sich selbst zahlt, nach Abzug der eigentlichen Kosten. Solange der Preis des Produkts ihm diesen deckt, wird er sein Land bebauen, und dies oft bis herab zu einem physischen Minimum des Arbeitslohns.“ (MEW 25: 814) Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der einfachen Warenproduktion beruht also auf Selbstaubeutung, die in der Reduzierung der Konsumstandards wie auch allgemein im Druck auf die Bedingungen der einfachen Reproduktion deutlich wird (Bernstein 1979: 429).

Insofern kann der Schluss gezogen werden, dass die einfache Warenproduktion eine besondere Form der Produktion innerhalb des Kapitalismus darstellt, „deren ‘Logik’ die Subsistenz ist..., dies im Gegensatz zu der [kapitalistischen] Logik der Aneignung und Realisierung des Mehrwerts sowie der Akkumulation von Kapital“ (Bernstein 1979: 425; siehe auch Banaji 1977: 33). Darüber hinaus gilt jedoch: „Das Ziel der Profitmaximierung untergräbt die Reproduktion der Familieneinheit... indem die überschüssige Arbeitsbevölkerung *ständig abgezogen* wird... Die Reproduktion der Familieneinheit folgt einer Mentalität, die sich darin ausdrückt, dass Familienmitglieder zusätzliche Einkommen über Lohnarbeit beisteuern sollen.“ (Dedoussopoulos 1985: 198) Diese zusätzlichen Einkommen begründen laut Lenin einen Status der Semi-Proletarisierung (Lenin 1961; siehe auch Dedoussopoulos 1985: 152).

7. Die hybride Produktionsweise und die mittlere Bourgeoisie

Die hybride Produktionsweise stellt ebenfalls einen historisch besonderen und nicht-kapitalistischen Typ dar. Hierbei gibt es ein Nebeneinander von unbezahlter (Familien-)Arbeit (wie bei der einfachen Warenproduktion) und prekärer, aber kontinuierlicher bezahlter Arbeit (wie bei der kapitalistischen Produktionsweise).

¹⁴ Wir gehen hier nicht darauf ein, inwieweit Ausbeutungsbeziehungen *innerhalb* der kollektiven Einheit der Familie möglich sind. Siehe dazu Resnick/Wolff (2002, Kap. 7).

Gleichzeitig gibt es eine deutliche Diversifizierung. Im Vergleich zur kapitalistischen Produktionsweise ist der Besitzer von Produktionsmitteln auch ein Träger der Nutzungsbeziehung. Daraus folgt, dass zur Produktion einer bestimmten Warenmenge deren Maßstab wie auch die Größe des eingesetzten Kapitals und der beschäftigten Arbeitskräfte derart sein müssen, dass der Besitzer – neben der eingesetzten Familienarbeit – *nur teilweise* davon befreit ist, seine eigene Arbeitskraft einzusetzen. Insofern stellt der Arbeitsprozess ebenfalls nur teilweise die Ausbeutung von bezahlten Arbeitskräften dar und auf diese geht somit lediglich ein Teil des erzeugten Mehrwerts (sofern ein solcher überhaupt zustande kommt) zurück. Wenn als Bedingung für das Bestehen einer kapitalistischen Produktionsweise genannt wurde, dass die Eigentümer von der eigentlichen Arbeit völlig befreit sind, so ist dies hier offensichtlich nicht gegeben. Anders als bei der einfachen Warenproduktion gibt es aber, da bezahlte Arbeitskräfte zum Einsatz kommen, Ausbeutungsverhältnisse. Innerhalb der hybriden Produktionsweise bestehen also zwei wesentliche soziale Klassen, die lohnabhängigen Produzenten¹⁵ und die Klasse, zu der die realen Besitzer gehören und die (teilweise) auch Träger der Nutzungsbeziehungen ist. Diese Klasse der „Klein- und Mittelunternehmer“ stellt die mittlere Bourgeoisie dar (vgl. Carchedi 1977: 87).

Ähnlich wie bei der einfachen Warenproduktion wird auch der hybride Typ durch die Dominanz des Kapitals geprägt. Damit die kollektive Familieneinheit überleben kann, muss die mittlere Bourgeoisie ebenfalls unter Wettbewerbsbedingungen für den Markt produzieren, ohne dass es hierzu außerökonomischer Zwangsmittel bedarf, in diesem Fall mit Hilfe zusätzlicher bezahlter Arbeitskraft.

An dieser Stelle möchten wir festhalten, dass unsere Einschätzung der hybriden Produktionsweise in der Abgrenzung von der kapitalistischen wie auch der einfachen Warenproduktion derjenigen von Wright (1980, 1983, 1997) entspricht. Wir möchten vor allem auf seine Feststellung der „widersprüchlichen Lage“ der kleinen und mittleren Unternehmer oder der nicht „nicht bloß kleinbürgerlichen Produzenten“ hinweisen, da dies dem entspricht, was wir die mittlere Bourgeoisie nennen (Economakis 2005).

Wie sieht nun das Reproduktionsmodell der hybriden Produktionsweise aus? Ziel der Produktion im Kapitalismus ist Marx zufolge, dass „das einzelne Product etc. möglichst viel *unbezahlte Arbeit* enthalte“ (MEGA II/4.1: 107). Demgegenüber geht es bei der einfachen Warenproduktion darum, dass das Kleinbürgertum seinen Status als Produktionsmittelbesitzer reproduzieren kann,

15 Die Klasse, die bei der hybriden Produktionsweise allein von der Nutzung ihrer Arbeitskraft lebt, kann im Unterschied zur Arbeiterklasse in der kapitalistischen Produktionsweise als „unechte“ Arbeiterklasse bezeichnet werden (Economakis 2005).

wozu es erforderlich ist, die Familienarbeit aufrecht zu erhalten. Das Ziel der hybriden Produktionsweise ist insofern hybrid als der Einsatz von Familienarbeit mit demjenigen bezahlter und ausbeutbarer Arbeitskräfte strukturell verwoben ist. Insofern koexistiert hier die Nicht-Maximierung des Profits (bei der Familienarbeit) mit dem kapitalistischen Gesetz der Profitmaximierung.

8. Die Mittelklassen: Übereinstimmung oder Divergenz der Klassenpraktiken?

Wie Labica (1986) gezeigt hat, findet man weder bei Marx und Engels noch bei Lenin eine theoretische Analyse der Frage der Mittelklassen, sondern allenfalls politische Aussagen darüber, dass diese sich „zwischen“ den beiden wesentlichen Klassen in kapitalistischen Gesellschaften befinden und im Klassenkampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Politik und Strategie „hin- und herschwanken“. Dasselbe gilt für Mao Tse-Tung (1968), der das Kleinbürgertum zu einer eigenen Klasse erklärte.

Was die Stellung der einzelnen Unterabteilungen der Mittelklassen betrifft, so sind auch diese nur negativ bestimmbar, da sie gleichermaßen als solche gelten, die weder zu der einen noch der anderen grundlegenden Klasse der kapitalistischen Produktionsweise gehören. Doch erscheint diese Feststellung kein ausreichender Grund dafür zu sein, sie ein und derselben Klasse zuzuordnen.

Baudelot/Establet zufolge soll als zentrales Kriterium die Ideologie gelten, also vorausgesetzt werden, dass soziale Klassen im Kapitalismus sich durch bewusste (bürgerliche und proletarische) Klassenstrategien auszeichnen – dann könne man das Kleinbürgertum als eigene Klasse verstehen: „Das Bindemittel seiner Einheit liegt auf der ideologischen Ebene und drückt sich in Kompromißbildungen aus, die ständig, aber in ihrer Struktur identisch, zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Ideologie erneuert werden.“ (Zit. bei Poulantzas 1975: 305, Fn. 89)

Wir halten diesen Ansatz für subjektivistisch und verfolgen eine andere Richtung.¹⁶ „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse“ (MEW 4: 480), und zwar auch, indem sie in der Form eines *modus vivendi* materielle Gestalt annehmen und zu einem *way of life* wurden nicht nur für die herrschende Klasse sondern – in veränderter Form – auch für die beherrschte Klasse (vgl. dazu MEW 23: 765f.) Die bürgerliche Ideologie

16 Wie Ste. Croix richtig feststellt, „wenn Sklaven in der Antike als Klasse gesehen werden, dann können wohl weder Klassenbewusstsein noch gemeinsame politische Aktivitäten ... als notwendige Kriterien für die Existenz einer Klasse gelten.“ (1984: 102)

ist auch in der Arbeiterklasse dominant, wenn auch im Vergleich mit anderen Klassen in einer modifizierten Weise.

Im Gegensatz zu den unbefriedigenden subjektivistischen Konzepten einer „proletarischen Linie und Ideologie“ hat nach unserer Einschätzung Poulantzas (1974, 1975, 1976) den ersten und am besten fundierten Ansatz vorgelegt, um die Zugehörigkeit der Unterabteilungen zu einer gemeinsamen Mittelklasse zu begründen, und zwar durch seine Theorie der politisch-ideologischen Verhältnisse (1973b: 252ff, 1975: 176ff).

9. Politisch-ideologische Verhältnisse

Poulantzas zufolge gehört das neue Kleinbürgertum zur selben Klasse wie das traditionelle. Dieses wiederum umfasst arme Bauern, kleine Kaufleute und Kleinindustrielle, bei denen allesamt die Zahl der Beschäftigten klein bleibt. Die Handwerker, die mehr als fünf Lohnarbeiter beschäftigen, sind für Poulantzas auf dem Weg vom Kleinbürgertum zum kleinen Kapitalisten. Insofern identifiziert Poulantzas das traditionelle Kleinbürgertum mit der mittleren Bourgeoisie und bezeichnet beide als „traditionelles“ Kleinbürgertum. Insofern fasst er die Gesamtheit der Mittelklassen so auf, als würden sie zu einer einzigen sozialen Klasse gehören, dem „Kleinbürgertum“.

Wir möchten nun untersuchen, welche Argumente für diesen Ansatz der einen Klasse angeführt werden. Poulantzas schreibt, man könne, selbst wenn man verschiedene Gruppen des Kleinbürgertums identifiziere, „von einer einzigen kleinbürgerlichen Klasse sprechen, ... weil dieser unterschiedliche Stellenwert in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen ein und dieselben Auswirkungen auf der politischen und auf der ideologischen Ebene hat. Dieses Element vereinigt die Klasse des Kleinbürgertums im Rahmen der politisch-ideologischen Verhältnisse.“ (1973b: 253)

Diese politisch-ideologischen Verhältnisse werden von Poulantzas also herangezogen, um jene Klassen zu identifizieren, die im Kapitalismus nicht grundlegend sind. Poulantzas vertritt die These, dass die selbständigen Produzenten der einfachen Warenproduktion (traditionelles Kleinbürgertum), die produktive wie auch nicht-produktive Lohnarbeiterschaft jenseits der eigentlichen Arbeiterklasse (neues Kleinbürgertum) und die mittlere Bourgeoisie Teile von ein und derselben Klasse (des Kleinbürgertums) sind, weil sie von denselben politisch-ideologischen Effekten bestimmt werden. Diese Effekte sind Manifestationen der politischen Klassenpositionen, mit denen sich Poulantzas zufolge eine einheitliche Klassenstellung einer Mittelklasse beschreiben lässt. Seine wichtigsten Argumente seien hier kurz zusammengefasst.

Erstens sind auf der *ideologischen Ebene* folgende Haltungen anzutreffen:

- Ein *Status quo*-Antikapitalismus: „Er richtet sich gegen die ‘Plutokratie’ und die ‘großen Vermögen’, insistiert aber auf dem *Status quo*, da diese Gruppe an ihrem Eigentum festhält und die Proletarisierung fürchtet“ (1973b: 257). Der Antikapitalismus des neuen Kleinbürgertums folgt dagegen eher dem modernen Arbeitnehmer-Bewusstsein und pflegt reformistische Illusionen. Er konzentriert sich häufig auf die „*Umverteilung der Einkommen* über den Weg der ‘sozialen Gerechtigkeit’...“ (1975: 247)
- Der Mythos vom sozialen Aufstieg: „Das Kleinbürgertum will selbst Bourgeoisie werden, und zwar über den individuellen Aufstieg der ‘Besten’ und ‘Fähigsten’ nach oben.“ (1973b: 257) Auch beim neuen Kleinbürgertum drückt sich diese Aufstiegserwartung aus: „Angesichts der Rolle, die der schulische Apparat ... spielt, konzentriert sich alles auf ihn... Forderungen also nach einer ‘Demokratisierung der Apparate, damit sie den fähigsten ‘Individuen’ eine ‘Chancengleichheit’ anbieten, so dass sie an der ‘Erneuerung der Eliten’ teilnehmen...“ (1975: 248)
- Machtfetischismus: Typisch für das traditionelle Kleinbürgertum ist der Glaube an den „neutralen“, über den Klassen stehenden Staat, häufig verbunden mit einer „Überhöhung des Staatsgedankens“ (1973b: 257). Das neue Kleinbürgertum dagegen betrachtet den Staat häufig so, „als wäre er von Rechts wegen *sein* Staat und *sein* legitimer politischer Repräsentant und Organisator.“ (1975: 249)

Zweitens zeigen auf einer *politischen Ebene* traditionelles und neues Kleinbürgertum in Zeiten politischer Krise Poulantzas zufolge identische Haltungen: sie unterstützen den Staat und somit (indirekt) die Bourgeoisie. Gleichzeitig greifen sie wechselhaft in die politische Konjunktur von Krisen ein und können (wie am Beispiel des Mai 1968 in Frankreich zu sehen war), „je nach den Konjunkturen und zuweilen innerhalb sehr kurzer Zeit von einer proletarischen Klassenposition auf eine bürgerliche Klassenposition und umgekehrt ‘umschwenken’...“ (1975: 254).

Gleichwohl räumt Poulantzas ein, dass es Fraktionen des neuen Kleinbürgertums gibt, die im Produktionsprozess und im Staatsapparat die unteren Ränge einnehmen und eine Polarisierung erfahren, die sie zur Seite der Arbeiterklasse hin drängt. Zu diesen Fraktionen gehören die unteren Angestellten im Handel (Verkäuferinnen usw.), die einfachen Arbeiter in der öffentlichen oder privaten Verwaltung, aber auch die Techniker und unteren Ingenieure in der industriellen Produktion (1975: 259ff).

Drittens gilt für die Ebene der *Klassenstrategie*, dass all diesen Mittelklassen eine autonome Klassenstrategie fehlt, da sie „keine langfristigen ‘eigenständigen’ politischen Interessen haben können.“ (1973b: 259)

10. Strukturelle Klassenstellung und potentielle Klassenpositionen

Grundsätzlich lehnen wir die These von der Bedeutung der politisch-ideologischen Verhältnisse nicht ab, insoweit man darin einen Indikator *a posteriori* für das Verhältnis zwischen Klassenstellung und Klassenpositionen sieht. Dagegen halten wir Poulantzas' Verwendung des Begriffs und seine Folgerungen für die Bestimmung von sozialen Klassen für falsch.

Aus unserer Sicht werden hier nicht nur verschiedene strukturelle Klassenstellungen vermischt, sondern im Gegensatz zu seiner eigenen Analyse werden die politisch-ideologischen Effekte vollständig von der Klassenstellung entkoppelt: die Klassenstellung wird aus bestimmten Manifestationen von Klassenpositionen hergeleitet. Es wurde bereits ausgeführt, dass eine Bestimmung von Klassen von der Ebene der Ideologie und der Politik her nicht möglich ist, sondern stets von der strukturellen Bestimmung auf der ökonomischen Ebene auszugehen ist: Klassenpositionen stellen keinen Beleg für die jeweilige Klassenstellung dar (vgl. dazu Harnecker 2000: 127). Abgesehen davon produziert jede Unterabteilung der Mittelklassen ihre eigenen politisch-ideologischen Verhältnisse.

10.1 Die ideologisch-politischen Positionen der Unterabteilungen der Mittelklasse

Die Charakterisierungen, die Poulantzas einführt („Antikapitalismus“, „sozialer Aufstieg“, „Machtfetischismus“) sind sehr allgemein und vernebeln den Blick auf die *spezifische* Form, in der sie in den einzelnen Gruppen auftreten. Der Antikapitalismus der mittleren Bourgeoisie und des traditionellen Kleinbürgertums richtet sich gegen große kapitalistische Unternehmen, die kleinere dominieren (Angst vor Proletarisierung). Gleichwohl treten Mitglieder der mittleren Bourgeoisie bei ihrem Festhalten am *Status quo* vor allem gegen „Umverteilung“ ein (Anstieg der Lohnkosten), da es sich hier um eine Klasse von Klein- und Mittelunternehmen handelt, deren Interessen sich denjenigen des großen Kapitals annähern. Auch das Streben nach sozialem Aufstieg gehört zur ökonomischen Struktur der hybriden Produktionsweise (was zu internen Inkonsistenzen führen kann). All dies weist der mittleren Bourgeoisie einen Platz an der Seite des Kapitals zu.

Der Antikapitalismus des traditionellen Kleinbürgertums stößt an seine Grenzen, wenn dieses bemüht ist, innerhalb der Strukturen des Wettbewerbs seine Reproduktion als Besitzer von Produktionsmitteln zu sichern, und hier trifft es sich mit der mittleren Bourgeoisie (Pannekoek 1909). Gleichwohl vertritt dieses Kleinbürgertum, und zwar im Gegensatz zur mittleren Bourgeoisie, Forderungen nach einer „Umverteilung des Reichtums“, da es (in seiner Eigenschaft als Besitzer) nicht von der Ausbeutung anderer abhängt, sondern in kleinerem oder größerem

Umfang von lohnabhängiger Beschäftigung. Dieser Status der Semi-Proletarisierung und die intensive Selbstausbeutung (Druck auf die einfache Reproduktion als Bedingung für die eigene Wettbewerbsfähigkeit) bringen diese Gruppe in Zeiten bestimmter sozialer Konjunkturen in die Nähe der Arbeiterklasse. Dazu kommt, dass auch die Subsistenz-Logik der einfachen Warenproduktion das traditionelle Kleinbürgertum in diese Richtung weist, da hier – wie im übrigen auch bei der „unechten“ Arbeiterklasse – von fehlenden Aufstiegsenerwartungen auszugehen ist.

Das neue Kleinbürgertum nimmt Arbeitsplätze in der Sachbearbeitung und des mittleren Managements in großen Unternehmen ein. Seine Orientierung ist auf die weitere Entwicklung dieser Unternehmen gerichtet, dass also „die Wirtschaft des Landes vorankommt“ (vgl. auch Cliff 2000, Kap. 6) und die Wettbewerbsfähigkeit weiter zunimmt. So gesehen ist hier auf den ersten Blick kein Raum für kleinbürgerlichen Antikapitalismus gegenüber den großen Unternehmen. Gleichwohl gibt es eine Übereinstimmung mit dem traditionellen Kleinbürgertum beim Wunsch nach Einkommensumverteilung, da diese Angestellten auch Lohnempfänger sind. Anders als andere Unterabteilungen der Mittelklassen befürwortet das neue Kleinbürgertum im übrigen, dass diejenigen, deren Arbeitsplätze in Unternehmen oder in öffentlichen Verwaltungen „wissensintensiv“ sind, größere Verantwortlichkeiten übertragen bekommen, da sie unter einem „Mangel an Anerkennung“ leiden.

Die Ansprüche des neuen Kleinbürgertums auf Aufwärtsmobilität sind eng mit der gedeihlichen Entwicklung der großen Unternehmen und der Staatsapparate verbunden. Ihr Verhältnis zu diesen Institutionen ist daher von einer *Binnenperspektive* geprägt, während die mittlere Bourgeoisie und das traditionelle Kleinbürgertum zum Staat eine *Außenperspektive* einnehmen, und zu den Unternehmen in einem Verhältnis des *Antagonismus* stehen. Dementsprechend erwarten sie vom Staat eine Wirtschaftspolitik, die sie vor dem kapitalistischen Wettbewerb beschützt.

Was insbesondere den Staat betrifft, so erscheint dieser dem neuen Kleinbürgertum, das dort (oder in verstaatlichten Unternehmen) Arbeitsplätze einnimmt, als „sein eigener“ Staat. Daraus ergeben sich Rufe nach einer „Demokratisierung“ der Institutionen, mit der eine Erweiterung der eigenen Verantwortlichkeiten und somit auch der Machtbefugnisse verbunden wäre. Demgegenüber ergibt sich aus der Außenperspektive der mittleren Bourgeoisie und des traditionellen Kleinbürgertums, dass diese Gruppen einem Staatsfetischismus anhängen und ihre Macht mit der Verteidigung traditioneller Werte, insbesondere der Familie zu festigen suchen (vgl. auch Poulantzas 1975: 252.)

10.2 Die Polarisierung der Unterabteilungen der Mittelklasse in politisch krisenhaften und in „normalen“ Zeiten

Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass das (im Sinn von Poulantzas) traditionelle Kleinbürgertum in Phasen der Destabilisierung und Desintegration der parlamentarischen Vertretungen durch faschistische Parteien angezogen wird, dass es die entsprechenden Bewegungen unterstützt und ihre wichtigste soziale Basis bildet. Häufig ist diese Tendenz auch dann anzutreffen, wenn die Bindungen der Bürger an die Parteien schwächer werden oder wenn Staaten in einer konservativen Richtung reorganisiert werden. In Bezug auf den Faschismus können solche Haltungen in der Weise interpretiert werden, dass mittlere Bourgeoisie und traditionelles Kleinbürgertum darin übereinstimmen, dass sie einen Antikapitalismus innerhalb des Kapitalismus pflegen und mit den „antiplutokratischen“ Verkündungen des Faschismus sympathisieren. Beide Gruppen teilen im übrigen die Ablehnung von großen kapitalistischen Unternehmen, da sie in diesen eine Bedrohung ihrer eigenen Klassenposition als Besitzende von Produktionsmitteln sehen.

Das traditionelle Kleinbürgertum ist im Normalfall stärker von rechten Bewegungen angezogen als das neue Kleinbürgertum, allerdings dann weniger, wenn der Reformismus eine bedeutende politische Position hat, da in diesen Fällen ein Anknüpfungspunkt zum Verlangen nach Umverteilung des Reichtums besteht.

Insofern, als das neue Kleinbürgertum Interessen an einer „Demokratisierung des Staates“, „Umverteilung“ und einen Zuwachs eigener Kompetenzen hat, zeigt es sich gewerkschaftsorientiert und auch eine große Zahl von Führungspersonen der sozialen Revolution kommen aus seinen Reihen. Hier ist in Erinnerung zu rufen, dass es Poulantzas zufolge mehrere Fraktionen gibt, die sich in Richtung Arbeiterklasse polarisieren könnten. Doch zumindest eine davon, das Verkaufspersonal, gehört strukturell ohnehin nicht zum Kleinbürgertum, sondern zur Arbeiterklasse.

Alles in allem erweisen sich die „politisch-ideologischen Verhältnisse“ nicht als geeignet, um eine spezifische soziale Klasse zu abzugrenzen, insbesondere können sie keinen Ersatz für die strukturelle Bestimmung auf der ökonomischen Ebene bieten.

10.3 Das Fehlen einer „autonomen Klassenstrategie“ der Mittelklassen

Es ist offensichtlich, dass der mittleren Bourgeoisie und dem traditionellen Kleinbürgertum ein strategisches Klasseninteresse (die Aussicht auf die Macht der eigenen Klasse) gänzlich fehlt. Ihr Modell der sozio-ökonomischen Reproduktion beruht unmittelbar auf dem privaten (kapitalistischen) Eigentum.

Sowohl die einfache Warenproduktion als auch die hybride Produktionsweise existieren unter der Bedingung, dass das Kapital dominiert (vgl. auch Pannekoek 1909). Dies gilt jedoch nicht für das neue Kleinbürgertum, das nicht über eigene Produktionsmittel verfügt. Unabhängig von individuellem oder kollektivem „Bewusstsein“ entspringt die Tendenz, die Unternehmen wie den Staat stärker kontrollieren zu wollen, aus der Klassenstellung des neuen Kleinbürgertums: die Ausübung kapitalistischer Macht als Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Förderung des ökonomischen Fortschritts eines Landes. Diese Klassenstellung enthält das Potential zu einem Übergang zum Staatskapitalismus („real existierender Sozialismus“) nach dem Modell der UdSSR seit den späten 1920er Jahren, in Osteuropa und in manchen Dritte-Welt-Ländern wie Nassers Ägypten nach 1945 (Cliff 2000, Kap. 6, Howard/King 2001: 118). Dies ist dann der Fall, wenn „antikapitalistische“ Positionen dazu führen, dass Privatbesitz in Frage gestellt wird.

In den staatskapitalistischen Ländern des Ostblocks nach 1945 erlangte eine „bürgerliche Klasse neuen Typs“ die Kontrolle über die (rechtlich gesehen) „volkseigenen“ Produktionsmittel sowie über das damit geschaffene Mehrprodukt (Bettelheim 1970; Mao 1975). Diese Klasse hatte ihren Ursprung in Teilen des neuen Kleinbürgertums, das sich in eine Staatsbourgeoisie verwandelt hatte. Die Strategie dieser Transformation entsprach bestimmten „politisch-ideologischen Verhältnissen“ – dennoch wurzelte sie in der Klassenstellung des neuen Kleinbürgertums.

11. Fazit

Diese Analyse sollte in einem ersten Aufriss zeigen, dass das Kleinbürgertum keine eigene Klasse im Kapitalismus darstellt, sondern sich vielmehr in drei Klassen aufteilt: das alte und das neue Kleinbürgertum sowie die mittlere Bourgeoisie. Dabei wird davon ausgegangen, dass es keine einheitliche Klassenbestimmung für sämtliche Unterabteilungen der Mittelklassen geben kann, ebensowenig wie es eine Klassenbestimmung auf der Grundlage politischer und ideologischer Faktoren im Widerspruch zur ökonomischen Klassenstellung geben kann. Das traditionelle Kleinbürgertum ist die Klasse der selbständigen Produzenten im Rahmen einfacher Warenproduktion; das neue Kleinbürgertum ist die intermediäre Klasse von Lohnabhängigen, die im Namen des kapitalistischen Systems Macht ausüben, und zwar sowohl bei Prozessen der Produktion wie der Reproduktion; die mittlere Bourgeoisie ist die Klasse kleiner und mittlerer selbständiger Unternehmer innerhalb der hybriden Produktionsweise, die eine begrenzte Zahl von Arbeitskräften beschäftigt.

Aus unserer Analyse folgt, dass die Thesen von Poulantzas zur Bestimmung der Klassen zu falschen Schlüssen führen. Dies geht darauf zurück, dass jenseits der ökonomischen Klassenstellung falsche Kriterien zur Definition der Klassen angesetzt werden, so dass es zu einer sehr restriktiven Bestimmung der Arbeiterklasse und zu einer extensiven des neuen Kleinbürgertums kommt, außerdem zur Vermengung einer nicht-ausbeutenden mit einer ausbeutenden Klasse (traditionelles Kleinbürgertum und mittlere Bourgeoisie). Darüber hinaus missversteht Poulantzas das Potential der politischen und ideologischen Positionen der Mittelklassen. Demgegenüber vertreten wir, dass jede der Unterabteilungen verschiedene grundlegende Positionen hat – entsprechend der strukturellen Merkmale ihrer Klassenstellung.

Übersetzung: *Dorothea Schmidt*

Literatur

- Albritton, R. (2000): Agrarian capitalism: A response to Michael Zmolek. In: *Journal of Peasant Studies* 28 (1): 147–54.
- Althusser, L. (1965): *Pour Marx*, Paris: Éditions La Découverte 1986 (dt. *Für Marx*. Vollständige Ausgabe, herausgegeben von F. O. Wolf, Berlin: Suhrkamp 2011).
- (1976): *Positions (1964–75)*. Paris: Editions Sociales.
- (1984): Reply to John Lewis. In: *Essays on Ideology*. London: Verso.
- Althusser, L.; Balibar, E. (1965): *Das Kapital lesen*, Reinbek: Rowohlt 1972.
- Balibar, E. (1983): Sur le concept marxiste de la “division du travail manuel et du travail intellectuel” et la lutte des classes. In Belkhir, J. (Hg.): *L’Intellectuel: L’intelligentsia et les manuels*: 97–117. Paris: Anthropos.
- (1986): Klassen/Klassenkampf. In: Labica, G./Bensussan, G. (Hg.): *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4: 615–36. Berlin: Argument.
- Banaji, J. (1977): Modes of production in a materialist conception of history. In: *Capital and Class* 3: 1–43.
- Bernstein, H. (1979): African peasantries: A theoretical framework. In: *Journal of Peasant Studies* 4: 421–43.
- Bettelheim, C. (1968): *La transition vers l’économie socialiste*. Paris: Maspéro.
- (1970): *Calcul économique et formes de propriété*. Paris: Maspéro.
- (1973): *Révolution culturelle et organisation industrielle en Chine*. Paris: Maspéro.
- Carchedi, G. (1977): *On the economic identification of social classes*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Cliff, T. (1955): *State capitalism in Russia*. <http://www.marxists.org/archive/cliff/works/1955/statecap/index.htm>.
- (2000): *Marxism at the millennium*. <http://www.marxists.org/archive/cliff/works/2000/millennium/index.htm>.
- Dehoussopoulos, A. (1985): *Capitalism, simple commodity production and merchant capital: The political economy of Greece in the nineteenth century*. Ph.D. thesis, University of Kent at Canterbury.
- Economakis, G. (2005): Definition of the capitalist mode of production: A reexamination (with application to non-capitalist modes of production). In: *History of Economics Review* 42: 12–28.

- Gabriel, S. (1990): Ancients: A Marxian theory of self-exploitation. In: *Rethinking Marxism* 3 (1): 85–106.
- Gerstein, I. (1989): (Re)structuring structural Marxism. In: *Rethinking Marxism* 2 (1): 104–33.
- Harnecker, M. (2000): *Conceptos elementales del materialismo historico*. Havana.
- Harrison, M. (1977): The peasant mode of production in the work of A. V. Chayanov, in: *Journal of Peasant Studies* 4: 323–36.
- Hindess, B.; Hirst, P. Q. (1979): *Pre-capitalist modes of production*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Howard, M. C./King, J. E. (2001): “State capitalism” in the Soviet Union. In: *History of Economics Review* 34: 110–26.
- Jessop, B. (1985): *Nicos Poulantzas – Marxist theory and political strategy*. London: Macmillan.
- Labica, G. (1986): Kleinbürgertum, Kleinbourgeoisie, Mittelstand. In: Labica, G./Bensussan, G. (Hg.): *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4: 637–45. Berlin: Argument.
- Laclau, E. (1977): *Politics and ideology in Marxist theory: Capitalism – fascism – populism*. London: NLB.
- Lenin, V. I. (1961): The agrarian question and the “critics of Marx”, in: *Collected works*, 4th English ed., Bd. 5: 103–222. Moscow: Foreign Languages Publishing House.
- Lipietz, A. (1983): *Le Capital et son Espace*. Paris: Editions La Découverte/Maspero.
- Mao Tse-Tung (1968): Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft. In: *Ausgewählte Werke*, Bd. 1: 9–19. Beijing.
- (1975): *On constructing socialism: A critique to Stalin and the USSR* (auf griechisch). Athens: Ekdoseis Tou Laou.
- (1976): *Excerpts from the Cultural Revolution* (auf griechisch). Athens: Politistiki Epanastasi.
- Marx, Karl (1857/58): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW Bd. 42.
- (1859): *Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft*, MEW Bd. 13.
- (1861–63): *Theorien über den Mehrwert*, MEW Bd. 26.1
- (1863/64): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, MEGA II/4.1.
- (1867): *Das Kapital*, Bd. 1, MEW Bd. 23.
- (1894): *Das Kapital*, Bd. 3, MEW Bd. 25.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW Bd. 4.
- Milios, J. (1999): Preindustrial capitalist forms: Lenin’s contribution to a Marxist theory of economic development. In: *Rethinking Marxism* 11 (4): 38–56.
- (2000): Social classes in classical and Marxist political economy. In: *American Journal of Economics and Sociology* 59 (3): 283–302.
- Milios, J.; Dimoulis, D.; Economakis, G. (2002): *Karl Marx and the classics: An essay on value, crises and the capitalist mode of production*. Aldershot: Ashgate.
- Pannekoek, A. (1909): The new middle class. In: *International Socialist Review*. <http://www.marxists.org/archive/pannekoek/1909/new-middle-class.htm>.
- Pestieau, J. (1998): *The changes in the composition of the working class and the proletariat*. International Communist Seminar, Workers’ Party of Belgium, Brussels, 2–4 May. <http://www.wpb.be/icm/98en/98en06.html>.
- Poulantzas, N. (1973a): *Political power and social classes*. London: New Left Books.
- (1973b): *Faschismus und Diktatur – Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*. München: Trikont
- (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*, Berlin: VSA
- (1976): The capitalist state: A reply to Miliband and Laclau. In: *New Left Review*, no. 95: 63–83.
- Resnick, S.; Wolff, R. (1982): Classes in Marxian theory. In: *Review of Radical Political Economics* 13 (4): 1–18.

- (2002): *Class theory and history: Capitalism and communism in the U.S.S.R.* New York: Routledge.
- Rey, P.-P. (o.J.): Sur l'articulation des modes de production (Cahier 1 & 2). In: *Problèmes de Planification 13 & 14*. Sorbonne-Paris: Ecole des Hautes Etudes (VIe Section), Centre d' Etudes de Planification Socialiste.
- (1973): *Les Alliances de classes*. Paris: Maspero.
- Ste. Croix, G. E. M. de (1984): Class in Marx's conception of history, ancient and modern. In: *New Left Review*, no. 146: 92–111.
- Wright, E. O. (1980): Varieties of Marxist conceptions of class structure. In: *Politics and Society* 9 (3): 323–70.
- (1983): Class boundaries and contradictory class locations. In: Giddens, A./Held, D. (Hg.): *Classes, power, and conflict: Classical and contemporary debates*: 112–29. London: Macmillan.
- (1997): *Classes*. New York: Verso.

DIE

SINNE

**SCHÄR-
FEN!!!**

J E T Z T

T E S T E N:

4 Ausgaben für 10 €

Bestellungen: www.akweb.de

ak

analyse & kritik

Zeitung für linke
Debatte und Praxis

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG



Linke Politik braucht ein solides theoretisches Fundament. Z. liefert dazu unentbehrliche Bausteine. Sie versteht sich als pluralistische marxistische Publikations- und Diskussionsplattform

2014

Z. 99: Kapitalismus in Osteuropa / EU-Krise nach den Europawahlen **Z. 98:** TTIP und Freihandelsideologie / August 1914 **Z. 97:** Musik und Gesellschaft / Europawahl / Große Koalition

2013

Z. 96: Klassenanalyse & Intelligenz heute **Z. 95:** Wohnungsmarkt und Finanzspekulation / Aktuelle Gewerkschaftsprobleme **Z. 94:** Krieg und Rüstung **Z. 93:** 165 Jahre Kommunistisches Manifest / Eurokapitalismus

2012

Z. 92: Gewerkschaften und Systemfrage / Marx-Engels-Forschung **Z. 91:** Euro-Krise und Alternativen der Linken / Energie, Klima, Wachstumskritik **Z. 90:** Konservatismus unter Modernisierungsdruck / Ideologie-Theorie / Neuorientierung in Frankreich **Z. 89:** Zur Theorie globaler Machtverschiebungen / China

2011

Z. 88: Krise, Empörung, Opposition / Kapitalismus-Analyse - methodische Aspekte **Z. 87:** EU-Schuldenkrise / Klassen und Krisenbewusstsein **Z. 86:** Medien- und Meinungsmacht / Umwälzungen im Arabischen Raum **Z. 85:** Verschiebungen im Weltsystem II

2010

Z. 84: Verschiebungen im Weltsystem I / Sozialökologischer Umbau **Z. 83:** Die neoliberale Stadt / Krise der Kommunalfinanzen **Z. 82:** Klimakrise und Klimapolitik **Z. 81:** Krisenanalysen und Politik / Kapitalismuskritik heute - Jörg Huffschmid zur Erinnerung

2009

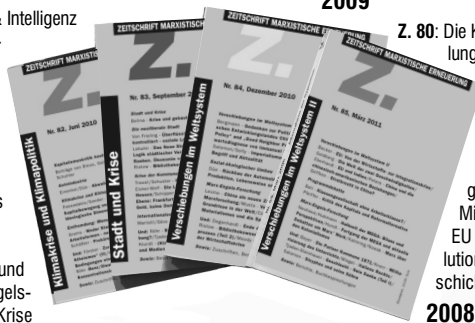
Z. 80: Die Kosten der Krise / Handlungsmöglichkeiten - Subjektives und Objektives **Z. 79:** Geschichtsmythen nach 1989 **Z. 78:** Wirtschaftskrise: Folgen und Alternativen / Militarisierung: NATO und EU **Z. 77:** Novemberrevolution: Aktualität und Geschichte

2008

Z. 76: Hunger und Nahrungsmittelkrise der Dritten Welt **Z. 75:** Linke Parteien in Europa **Z. 74:** Kritik der neoliberalen Bildungspolitik **Z. 73:** Kapitalismus im 21. Jahrhundert / Marx-Engels-Forschung

2007

Z. 72: Faschismus: Geschichte, Forschung, Medien / Oktoberrevolution / Medien: Hegemonie und Gegenhegemonie **Z. 71:** Energie, Rohstoffhunger, Geostrategie / Internationaler Kapitalismus / Nanotechnologie **Z. 70:** Intellektuelle im Neoliberalismus / Demokratie, Staat, Linke / China-Diskussion



Z. erscheint vierteljährlich mit je 224 S. Der Abonnementpreis beträgt 35,00 Euro (Ausland 43,00 Euro). Das Einzelheft kostet 10,00 Euro. Abonnement zum reduzierten Preis (Studierende u.a., gegen Nachweis) 28,00 Euro (Ausland 36,00 Euro).

Bestellung per Tel./Fax unter 069/530 544 06 oder unter www.zme-net.de
Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M., E-Mail: redaktion@zme-net.de

Andreas Kemper

Klassismus: Theorie-Missverständnisse als Folge fehlender anti-klassistischer Selbstorganisation?

Replik zu Christian Baron:
Klasse und Klassismus, PROKLA 175

Christian Baron formuliert in seinem Artikel „Klasse und Klassismus“ (Baron 2014) an bisherigen Klassismus-Analysen eine terminologische, methodische und handlungstheoretische Kritik. Bezugspunkte der Kritik sind jeweils von mir (mit)verfasste Texte. Alle drei Kritiken weisen sowohl Missverständnisse als auch inhaltliche Differenzen auf. In dieser Replik kann aus Platzgründen nur versucht werden, die Missverständnisse deutlich zu machen, eine Fortsetzung der inhaltlichen Diskussion bietet sich für spätere Ausgaben der PROKLA an.

Grundlegend ist anzumerken, dass „Klassismus“ zunächst als Empowerment-Begriff in der links-emanzipatorischen Bewegung geprägt wurde und dass eine gesellschaftsanalytisch-theoriebasierte Schärfung des Begriffs nicht die praktische Verwendbarkeit einschränken sollte. Erschwerend kommt zu diesem Doppelcharakter der Funktion des Begriffs (Empowerment, Gesellschaftsanalyse) die doppelte Thematisierung in den unterschiedlichen Feldern von Klassen- und Diskriminierungstheorie hinzu. Zudem fehlt bislang ein eigenständiger Ort der Diskussion, so dass Klassismus in Zeitschriften diskutiert wird, die marxistische (PROKLA 175), antirassistische (ZAG. Antirassistische Zeitung 2014, Nr. 67) oder feministische (an.schläge 2014, Nr. 7), aber keine dezidiert anticlassistische Ausrichtungen haben. Hierdurch sind Missverständnisse wie die folgenden erklärbar.

Struktureller Klassismus und individuelle Vorurteile

Christian Barons Kritik beginnt mit der Behauptung, in Kemper/Weinbach „Klassismus. Eine Einführung“ fehlten die Definitionen von Diskriminierung, Vorurteil und Stereotyp (Baron 2014: 228). Dies ist zum Teil richtig, da es sich bei dem Buch um eine beschreibende Einführung handelt, nicht um eine ambitionierte Forschungsarbeit zur Entwicklung des Klassismusbegriffs. Es werden

eine Vielzahl von Definitionen aus der bereits bestehenden Literatur zum Thema „Klassismus“ herausgearbeitet. Leider konnte beispielsweise Winker/Degeles zeitgleich erschienenes Buch „Intersektionalität“ (Winker/Degele 2009) nicht mehr eingearbeitet werden. Diese aktuell parallel stattfindende Theorieproduktion zeigt wiederum, dass eine beschreibende Darstellung, die mehrere Definitionen von Klassismus nebeneinander stellt, als *offene* Einführung sinnvoll gewesen ist, weil die Klassismusforschung noch am Anfang zu stehen scheint.

Es wurde verdeutlicht, wie sich der Zusammenhang von klassistischen *Vorurteilen*, *Stereotypisierungen* und Praxen des *Othering* im historischen Kontext bspw. von Sozialistengesetzen und 16-Stundentag darstellt (Kemper/Weinbach 2009: 66ff.).

Der vermeintliche Definitions-Mangel führte nach Christian Baron zu einer Folgeproblematik: „Bezeichnet Klassismus auch Klassendiskriminierung von *unten* nach *oben*?“ (Baron 2014:228; Herv.i.O.) Wenn ja, könne Klassismus „Ungleichheit und Herrschaft nicht zusammendenken“ (ebd.). Nach Baron ließe sich hingegen zeigen, „dass und warum es prinzipiell keinen Klassismus von *unten* nach *oben* geben“ (ebd.; Herv.i.O.) könne.

Tatsächlich wird in unserer Einführung eingeräumt, dass es Klassismus von ‘unten’ nach ‘oben’ („upward classism“) geben könne (Kemper/Weinbach 2009: 23f.; 104f.), allerdings unter dem herrschaftskritischen Vorbehalt, dass individuelle Vorurteile gegen Reiche und Intellektuelle aufgrund struktureller Formen des Klassismus wenig wirkmächtig seien. Wir führen hierzu US-amerikanische Autor_innen an, die von strukturell bedingten Privilegien („structural advantage“) und von struktureller Ungerechtigkeit („structural injustice“) sprechen (ebd.: 23).

Aus handlungstheoretischen Gründen, die Baron anführt (Baron 2014: 230ff.), sollten Vorurteile gegenüber Reichen/Intellektuellen nicht ausgeblendet werden. Wenn diese Vorurteile klassenstabilisierend statt langfristig klassenauflösend wirken, sind sie klassistisch, zumal sie sich herrschaftsstabilisierend mit heteronormativen und antisemitischen Vorurteilen verbinden können. *Weil* Klassismus *gruppenbezogen* ist, kann es in *Einzelfällen* klassistische Verhaltensweisen von Armen gegen Reiche/Intellektuelle geben, die sie *als Individuen* in einer bestimmten Situation benachteiligen, gleichzeitig aber die *Gruppenteilung in ihrem Herrschaftsverhältnis* verfestigen.

Selbstverortung im Unten

Christian Baron kritisiert, dass in bisherigen Klassismus-Analysen Klasse vor allem als „(sprachliche) Konstruktion“ (Baron 2014: 229) behandelt werde. Dagegen führen Heike Weinbach und ich für klassistische Strukturen *als erstes* die

Organisation der Arbeit und die Ausbeutung der Arbeiter_innen im Produktionsprozess an (Kemper/Weinbach 2009: 30) und betonen: „Der Klassismus-Begriff ist kein kulturalistischer Begriff, dem es lediglich um Fragen der Anerkennung geht.“ (ebd.: 30)

Wenn Baron hierzu anführt, dass dieses vermeintliche Verständnis auf einer methodologischen Anlage basiere, „die dem *linguistic turn* verhaftet bleibt, was sich darin ausdrückt, dass in der aktuellen Klassismus-Kritik viel Wert auf die Dekonstruktion sprachlicher Vertikalismen gelegt wird.“ (ebd.; Herv.i.O.), dann sind ebenfalls meine Ausführungen implizit gemeint.

Mit „soziale Vertikalismen“ benenne ich „inkorporierte“ (Bourdieu 1978: 729) „Klassifikationsschemata“ (ebd.:730), die mittels einer topologischen Oben-Unten-Zuordnung klassistische Pseudoplausibilitäten herstellen, z.B. in der Folge Hohe Herkunft → hoher IQ/Hochbegabung → höhere Schule → höhere Bildung → Hochschule → hohes Einkommen. Diese Vertikalismen finden sich bspw. in literarischen Tropen („Orks“, „Untermenschen“), mathematischen Anordnungen und soziologischen Stratifikationsmodellen. Das Bewertungssystem an sich gibt eine vertikalistische Maske vor: „Auf-“ bzw. „Abwertung“. Popitz u.a. verbanden die ausgeprägte Oben-Unten-Dichotomie von Hüttenarbeitern (Popitz u.a. 1967: 242) mit dem „zweiten Bewusstsein“: Das Selbstbewusstsein verschwinde unmittelbar, wenn von „denen da oben“ gesprochen werde (ebd.: 205), die Macht der anderen werde „ins Imaginäre gesteigert“ (ebd.). Mit Bourdieu ließe sich sagen, der Körper erweise sich als eine „Art Analogien-Operator“, wo sich soziale Unterwerfung in einem körperlichen Sich-Beugen ausdrückt. (Bourdieu 1978: 740f.; Anm. 13) Ursächlich dafür ist m.E. die Fabrikation von Fabrikarbeiter_innen durch disziplinierende Institutionen¹. In diesem Sinne sind Klassen „konstruiert“, das „Machen“ von Klasse² geht mit einer problematischen Selbstverortung im ‘Unten’ einher. Bourdieu nennt als Zentren der Inkorporierung von Klassifikationsschemata die „eigens dafür eingerichteten Institutionen wie Familie und Schule“ (ebd.: 734).

Meine Kritik an Vertikalismen kommt nicht aus dem *linguistic turn*, wonach „es die Sprache sei, die Realität schafft“ (Baron 2014: 229), wie Christian Baron mutmaßt. Mit dem *linguistic turn* wird neben Materialität auch Klasse negiert. Dies zeigt sich beispielsweise gegenüber der Ignoranz von Michel Foucaults Forderung, man müsse von „Klassenkörpern“ sprechen (vgl. Kemper 2011). Momentan wird in verschiedenen gesellschaftskritischen Zeitschriften/Sammelbänden ein

1 siehe meine Ausführungen zur Geschichte der Menschenkorrekturen in Kemper 2014: 74ff.

2 Baron verweist mit Thompson zu einseitig auf das „Selbst-Machen“ von Klasse (Baron 2014: 233)

materialist turn festgestellt, der gegen die Sprachfixierung des *linguistic turn* die Materialität der Gesellschaft hervorhebt. (z.B. PROKLA 2014a; Goll/Keil/Telios 2013) Dies sollte zu einer 'Aufwertung' von materialistisch orientierter Sprachkritik führen, wie sie die kritische Diskursanalyse darstellt – hier wäre sowohl grundsätzlich die Ergänzung der Darstellung des synchronen Systems kollektiver Symbole (vgl. Jäger 2001: 136) um klassenbezogene Vertikalismen wichtig als auch eine Erweiterung der anti-sexistischen und anti-rassistischen Diskursanalysen um anti-klassistische Diskursanalysen (Kemper 2011)

„In Einsamkeit und Freiheit“: der Klassen-Bias in der Klassentheorie

Baron nimmt an, dass ein „normatives Klassenverständnis“ vorliege, welches mit einer „Konzentration auf eine Analyse über Sprache und Stereotype“ einhergehe, und mit der Reduzierung von Klassismus-Kritik auf fremdbestimmte Zuschreibungen kollektives Klassenhandeln ausblende. Als einzige Quelle dafür wird mein Artikel „Opfer der Marktgesellschaft“³ angeführt, wo explizit die politische Vagabundenbewegung der Weimarer Republik thematisiert wird, also kollektives Klassenhandeln.

Mit meinem Engagement für die Selbstorganisation von studierenden Arbeiter*innenkindern⁴ und Working Class Academics⁵ wende ich mich auch praktisch gegen ein normatives Klassenverständnis. Tatsächlich geht Barons handlungstheoretische Kritik nicht weit genug, in dem er die erkenntnistheoretische Kritik, die mit einem Erfahrungsansatz einhergeht, ausblendet. Ganz im Sinne des kollektiven Klassenhandelns sollte Klassismus-Theorie nicht „in Einsamkeit und Freiheit“ (Steffani Engler), sondern kollektiv von Klassismus-betroffenen entwickelt werden – dies könnte unnötige Missverständnisse wie die oben kritisierten reduzieren. Oskar Negt macht darauf aufmerksam, dass in den 1950er Jahren nur zwei von über hundert SDS-Mitgliedern aus der 'Unterschicht' kamen, nämlich er und Alfred Schmidt (Negt 2014: 93). Eine kritische Analyse der Effekte dieses Bias auf die Entwicklung der Klassentheorie steht aus und es

3 Den Titel hatte die arranca!-Redaktion gewählt, mit Fokus auf die Passage zu ermordeten Obdachlosen.

4 Das 2003 von mir eingerichtete Fikus-Referat an der Uni Münster ist das bislang einzige autonome Referat von und für studierende Arbeiter_innenkinder. www.fikus-muenster.de

5 2011 wurde nach dem 14. Kongress der Working Class/ Poverty Class Academics in Münster ein informeller deutschsprachiger Verteiler von Akademiker_innen mit Herkunft aus der Working Class/ Poverty Class eingerichtet. Dieses informelle Netzwerk umfasst heute über 60 Interessierte

würde sich anbieten, diese Analyse auch in Form eines *kollektiven* Klassenhandels von Klassismusbetroffenen durchzuführen.

Literatur

- Baron, Christian (2014): *Klasse und Klassismus. Eine kritische Bestandsaufnahme*, in: PROKLA 175, 44. Jg. 2004, Nr. 2, 225-270.
- Bourdieu, Pierre (1978): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M.
- PROKLA 174: *Materialistischer Feminismus*, 44. Jg. 2014, Nr.1.
- PROKLA 175: *Klassentheorien*, 44. Jg. 2014, Nr.2.
- Goll, Tobias/Keil, Daniel/Telios, Thomas (Hg.) (2013): *Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus*, Münster.
- Jäger, Siegfried (2011): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 3. Auflage*, Duisburg.
- Kemper, Andreas (2008): Opfer der Marktgesellschaft. Obdachlosenfeindlichkeit als klassistische Formation, in: *Arranca. Zeitschrift für eine linke Strömung*, Nr. 38/Sul Serio, Nr. 14. Gemeinschaftsausgabe, 46-48.
- Kemper, Andreas; Weinbach, Heike (2009): *Klassismus. Eine Einführung*, Münster.
- Kemper, Andreas (2011): Klassenkörper, in: *Arranca. Zeitschrift für eine linke Strömung*, Nr. 44 (<http://arranca.org/ausgabe/44/klassenkoerper>).
- (2014): *Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen*, Münster
- Negt, Oskar (2014): *Philosophie des aufrechten Gangs. Streitschrift für eine neue Schule*, Göttingen.
- Popitz, Heinrich; Bahrdt, Hans P.; Jüres, Ernst A.; v Kesting, Hanno (1967): *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, Tübingen.
- Winker, Gabriele; Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

zeitschrift für menschenrechte

JOURNAL FOR HUMAN RIGHTS

Themenschwerpunkt der **zfmr** 1/2014:

Menschenrechte und Gewalt

Wilfried Hirsch:

Ethisch gerechtfertigte humanitäre Interventionen?

Sally Engle Merry and Susan Bibler Coutin:

Technologies of Truth in the Anthropology of Conflict:
Gender Violence and the Social Construction of Reality

Fabian Klöse:

Aufbau und Grenzen des Menschenrechtsschutzes nach
1945: Die Genfer Konventionen im kolonialen Kontext

Bettina Engels:

Missachtung grundlegender Rechte als Konfliktsache.
Auseinandersetzungen um Staatsbürgerschaft, Wahl-
und Landrecht und der Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire

Regine Kretschmer:

Das Massaker von Marina Kue (Curuguay):
Landkonflikte und Verfolgung von *campesinos* in Paraguay

Annette Fingscheidt:

Achtung Lebensgefahr! Der risikoreiche Einsatz für die
Menschenrechte

Petra Follmar-Otto:

Folter- und Misshandlungsprävention:
Kein Thema für Deutschland?

und zahlreiche weitere Beiträge

Herausgeber(innen) und Redaktion:

Tessa Debus, Elisabeth Holzleithner, Regina Kreide,
Michael Krennerich, Karsten Malowitz, Arnd Pollmann
und Susanne Zwingel

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement: € 34,80 / 2 Hefte im Jahr; Einzelheft: € 21,80 (jeweils zzgl. Versandkosten).

www.zeitschriftfuermenschenrechte.de

www.wochenschau-verlag.de



[www.facebook.com/
wochenschau.verlag](https://www.facebook.com/wochenschau.verlag)



@wochenschau-ver

Menschenrechte



ISBN 978-3-7344-0024-7,
224 S., € 21,80

Die **zfmr** ist *die* wissenschaftliche Fachzeitschrift für die Menschenrechtsforschung. Sie bündelt die Debatte um Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in der Politikwissenschaft und bietet ein aktuelles Forum zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Menschenrechtsfragen.

In der **zfmr** finden Sie Beiträge zur historisch-systematischen Entwicklung, zur Legitimation, Interpretation und Umsetzung sowohl der bürgerlich-politischen als auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und damit den Anschluss an den internationalen Menschenrechtsdiskurs.

Martin Kronauer

Autonomie in der Krise

Vorbemerkung: Der vorliegende Text ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 29. Januar 2014 in der „Helle Panke“ in Berlin gehalten wurde. Sein Zweck war und ist es, einen Beitrag zur notwendigen Diskussion darüber zu leisten, wie die Linke – als gesellschaftspolitische Strömung verstanden – auf die zunehmenden Ungleichheiten und gesellschaftlichen Spaltungen antworten kann, die sich aus der neuartigen Überlagerung von Klassenungleichheiten, Teilhabeungleichheiten und Individualisierungsformen ergeben. Damit ist bereits implizit gesagt, was der Beitrag sicherlich nicht zu sein beansprucht: eine Abhandlung über die Überwindung des kapitalistischen Weltsystems. Jedoch auch als Diskussionsbeitrag im intendierten, sehr viel bescheideneren Sinn wirft er notwendigerweise weit mehr Fragen auf, als er bereits zu beantworten versucht. Aber gerade darum geht es: zu zeigen, dass diese Fragen heute auf neue Weise von zentraler Bedeutung sind.

Der Siegeszug marktliberaler Ideen in den letzten Jahrzehnten war mit dem Versprechen verbunden, den Individuen die Verantwortung über ihr eigenes Leben zurückzugeben. Zugleich wurden die Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen – in ihren Arbeitsverhältnissen, in ihren persönlichsten sozialen Beziehungen, in ihren gesellschaftlichen und politischen Positionen – zunehmend in die *Pflicht* genommen, Verantwortung für sich, die Unternehmen, für die sie arbeiteten und die Gesellschaft insgesamt zu übernehmen. Verantwortung übernehmen zu *müssen*, kann überfordern. Verantwortung für sich und andere übernehmen zu *können*, ist attraktiv. Dem hatte die Linke wenig entgegenzusetzen.

Dass die Lohnabhängigen unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen diese Verantwortung individuell gar nicht tragen können, wurde in der Krise von 2008, deren Folgen bis heute andauern, wieder drastisch vor Augen geführt. Der drohende Zusammenbruch der Finanzmärkte; die Rede von der „Alternativlosigkeit“, mit der die Rettung des Finanzsystems durch Steuergelder gerechtfertigt wurde; die den Lohnabhängigen aufgebürdeten Folgekosten der Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen; die zunehmende Armut trotz steigender Erwerbsbeteiligung in Deutschland und die zunehmende Armut bei hoher Arbeitslosigkeit in anderen Ländern Europas haben deutlich gemacht, dass die lohnabhängigen Frauen und Männer selbst in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart *gerade nicht* Meisterinnen und Meister ihres Lebens sind.

Zu erwarten wäre, dass damit auch die marktliberale Vorstellung von Freiheit und Selbstverantwortung in die Krise gerät. Ist das der Fall? In diesem Zusammenhang ist die Rede von Gauck bemerkenswert, in der er den Neoliberalismus gegen seine Kritiker verteidigte und die Freiheit der Bürger vor staatlicher Gängelung beschwor. Dass er diese Rede hielt, kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die marktliberale Vorstellung von individueller Autonomie in der Tat in eine Krise geraten ist. Dass er sie halten *konnte*, ohne großen Widerspruch zu erfahren, spricht allerdings dafür, dass die Attraktivität der marktliberalen Vorstellung im Grunde ungebrochen ist.

Wie kann das sein? Es ist deshalb möglich, weil die ökonomische Krise von 2008 und den Folgejahren die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Deutschland, aber auch in Frankreich und anderen europäischen Ländern, nicht *grundlegend* erschüttert hat. Und dass es sich so verhält, mag damit zu tun haben, dass die Linke als politische Strömung nicht in der Lage zu sein scheint, einen gesellschaftspolitischen Gegenentwurf in die Debatte einzubringen, der ähnlich anziehend wirkt, wie die marktliberale Idee der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Oder anders gesagt: die Linke hat es versäumt, einen Kernbestand ihrer eigenen Tradition neu zu formulieren, der seinerseits um eine alternative Idee der Autonomie, des selbstbestimmten Lebens kreist.

Ich werde deshalb zunächst noch einmal an diese Tradition erinnern und zeigen, dass sowohl marktliberale wie linke Vorstellungen vom selbstbestimmten Leben in der Aufklärung wurzeln, dann aber sehr unterschiedliche Bedeutungen angenommen haben. Die Unterschiede betreffen insbesondere die Voraussetzungen des selbstbestimmten Lebens. In der linken Tradition sind dies Gleichheiten, Sicherheiten – insbesondere der Schutz vor Marktabhängigkeit – und substantielle Demokratie.

Sodann werde ich auf die marktliberale Umsetzung der Idee von Selbstverantwortung eingehen, die eine Erosion, wenn nicht das Ende des sozialstaatlichen Klassenkompromisses der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete. Ich möchte diese Periode, in der wir uns noch immer befinden, als eine *Periode der sozialen Entsicherung* kennzeichnen. Sie hat neue Spaltungen zwischen den Lohnabhängigen hervorgerufen, die gemeinsamen Widerstand erschweren, aber auch neue Problemlagen und Konflikte geschaffen, die sich an der Frage des selbstbestimmten Lebens entzünden. Deshalb werde ich argumentieren, dass die Linke in der gegenwärtigen Krise sich nur dann Gehör verschaffen dürfte, wenn sie die Wünsche nach einem selbstbestimmten Leben nicht den marktliberalen Ideologen überlässt, sondern die gesellschaftlichen, solidarischen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zur Sprache bringt.

Erinnerung an eine linke Tradition: Das selbstbestimmte Leben

Der Gedanke, dass die Menschen ihre Beziehungen untereinander selbst gestalten können und insofern ihre eigene Geschichte machen (die nicht mehr von Gott gelenkt wird), geht auf die Aufklärung zurück. Der Dichter der Pariser Commune, und mit ihm die internationale Arbeiterbewegung, haben dieses Erbe aufgegriffen: „Es rettet uns kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!“. Wir *müssen* uns selbst erlösen, aber wir *können* es auch. Marx hat bekanntlich im 18. Brumaire des Louis Bonaparte hinzugefügt, dass die Menschen zwar ihre eigene Geschichte machen, aber nicht „aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (MEW 8: 115). Dies scheint auf den ersten Blick eine starke Absage an die Vorstellung vom selbstbestimmten Leben zu sein, und in ihr drückt sich ein geschichtlicher Realismus aus, der bis heute nicht entkräftet wurde. Marx selbst schlägt in demselben Text aber auch einen anderen, hoffnungsvolleren Ton an. „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts...kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat...Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muss die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen“ (ebenda: 117). „Um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen“ – soll heißen, die Geschichte gewissermaßen auf der Höhe der Zeit und den eigenen Zielen gemäß zu gestalten.

Die beim eigenen Inhalt angekommene, die soziale Revolution, sollte Marx zufolge also aus der geschichtlichen Unmündigkeit herausführen. Und wie steht es dabei um die individuelle Selbstbestimmung? Bekanntlich finden sich bei Marx und seinem Mitstreiter Engels kaum prognostische und nur wenige programmatische Hinweise auf kommunistische Lebensverhältnisse, geschweige denn Ausmalungen derselben. In den wenigen einschlägigen Passagen aber, zum Beispiel im „Kommunistischen Manifest“, ist die Rede von den „assozierten Individuen“ in deren Händen die „Produktion konzentriert“ sei, und von einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW 4: 482) – eine wunderbare Formulierung, die Autonomie als individuelle und gesellschaftliche auf den Begriff bringt. Oder an der bekannten Stelle der „Kritik des Gothaer Programms“ heißt es mit Blick auf eine „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“ programmatisch: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 18: 21).

Die Selbstbestimmung des Einzelnen ist nach Marx also auf die gemeinsame Schaffung von Verhältnissen angewiesen, die die „freie Assoziation der Individuen“ erst ermöglichen. Aber umgekehrt setzt wiederum die Schaffung solcher Verhältnisse bereits Individuen voraus, die sich von den herrschenden, unter-

drückenden Verhältnissen lösen, diese selbstbestimmend mit anderen verändern können: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“

Die Geschichte der Arbeiterbewegung und der emanzipatorisch ausgerichteten sozialen Bewegungen überhaupt weist die verschiedensten Versuche auf, diese widerspruchsvolle Konstellation zu bewältigen – oft mit internen Fraktionierungen, zu oft mit der Preisgabe des Ziels eines selbstbestimmten Lebens und der Aufrichtung neuer Herrschaftsverhältnisse. Dann bewahrheitete sich erneut das Marxsche Diktum, dass die Menschen ihre Geschichte eben doch (noch) nicht unter selbst gewählten Umständen machen.

Dass die Linke heute keine bündigen Antworten geben kann, wie eine „freie Assoziation der Individuen“ zu schaffen sei, ist selbst der Tatsache geschuldet, dass diese Antworten historisch gefunden werden müssen, und zwar von Menschen, die willens sind, sich gemeinsam mit anderen für ein selbstbestimmtes Leben einzusetzen. Aber es gibt gute Gründe dafür, einige grundlegende gesellschaftliche Voraussetzungen zu benennen, ohne die die Verallgemeinerung eines selbstbestimmten Lebens nicht möglich ist. Drei Voraussetzungen scheinen mir zentral zu sein: Gleichheit, Schutz vor Marktabhängigkeit (Sicherheit) und substantielle Demokratie. Sie stehen in direktem Widerspruch zu marktliberalen Vorstellungen. Das sei im Folgenden ausgeführt.

Die erste Voraussetzung: Gleichheit

Damit das selbstbestimmte Leben nicht allein das Privileg weniger sei, sondern gesellschaftlich verallgemeinerbar wird, sind zunächst grundlegende *Gleichheiten* notwendig. Auch dieser Gedanke ist bereits in der Aufklärung und ihren frühen politischen Manifestationen, der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der französischen Revolution, angelegt. Pierre Rosanvallon hat dies in seinem seit kurzem in deutscher Sprache vorliegenden Buch „Die Gesellschaft der Gleichen“ überzeugend ausgeführt. Dort unterscheidet er drei Gleichheitsprinzipien, die in der damaligen Zeit formuliert wurden und um die „Denkfiguren“ der „Ähnlichkeit, Unabhängigkeit und Staatsbürgerschaft (kreisten)“ (Rosanvallon 2013: 19).

Der Ähnlichkeit ordnet Rosanvallon den Gedanken der „Äquivalenzgleichheit“ zu, einer Gleichheit also, in der menschliche Grundeigenschaften, bei allen sonstigen weiteren Unterschieden, als gemeinsame anerkannt werden, etwa in Form der Menschenrechte. Der Unabhängigkeit entspricht die „Autonomiegleichheit“. Sie bedeutete zunächst vor allem den Schutz vor Obrigkeit und Unterordnung, aber positiv gewendet zugleich die Unabhängigkeit der Tauschsubjekte auf Märkten. Schließlich die „Teilhabegleichheit“, die der Staatsbürgerschaft zugrunde liegt (ebenda).

Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass diese Autonomie- und Gleichheitsvorstellungen einer Epoche entstammen, in der kapitalistische Produktionsverhältnisse noch nicht durchgesetzt waren. Sie reflektierten gewissermaßen die Ambitionen des aufstrebenden Bürgertums – und schlossen deshalb die besitzlosen Klassen ebenso wie die Frauen von vornherein aus. Für John Locke gründete der Bürgerstatus auf dem Eigentum – denn erst dieses verlieh die zur Autonomie notwendige Unabhängigkeit. Gerade deshalb gilt dem Bürger das Eigentum auch als Menschenrecht (Castel 2011: 205f.). Konsequenterweise stand auch die Teilhabegleichheit bei der Gestaltung des Gemeinwesens nur denen offen, die über Besitz verfügten. Noch im 19. Jahrhundert ließ das englische Wahlrecht zunächst nur diejenigen Arbeiter zu, die Wohneigentum vorweisen konnten.

Die Kämpfe der Arbeiterbewegungen seit dem 19. Jahrhundert forderten Gleichheiten in allen drei Dimensionen ein – als Menschen, Wirtschaftssubjekte und Mitglieder des politischen Gemeinwesens. Sie stellten damit faktisch das auf privates Eigentum gestützte *bürgerliche* Privileg der Autonomie in Frage. Eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft ist aus diesen Kämpfen nicht entstanden. Wohl aber nach dem Zweiten Weltkrieg eine bis dahin nicht gekannte Ausweitung des Bürgerstatus auf die arbeitenden Klassen (am schwächsten ausgeprägt allerdings in der Betriebs- und Wirtschaftsverfassung), auf der Grundlage von Klassenkompromissen und mit einem materiellen Fundament der relativen, keineswegs absoluten, Angleichung von Lebensverhältnissen.

Eine zentrale Voraussetzung dafür bildeten Einrichtungen, die den Lohnabhängigen eine Art Äquivalent für das bürgerliche Privateigentum als Basis von Autonomie schufen. Robert Castel spricht deshalb von „Sozialeigentum“. Gemeint sind insbesondere die Systeme der gesetzlichen Sozialversicherung. Sie etablierten Rechtsansprüche auf einen materiellen Schutz gegenüber den verbreitetsten Risiken kapitalistischer Marktgesellschaften auch für diejenigen, die über kein nennenswertes Privateigentum an Kapital und Vermögen verfügten. Zusammen mit der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Wohnung, Gesundheit erweiterten sie die individuellen Entscheidungsspielräume der Lohn- und Gehaltsabhängigen *innerhalb* kapitalistischer Verhältnisse erheblich.

Die Herrschaft des Lohnarbeitsverhältnisses aber wurde damit nicht gebrochen. Durch Beiträge aus ihren eigenen Einkommen – auch der so genannte Arbeitgeberanteil ist ja noch ein Bestandteil des Lohns – finanzieren die Lohn- und Gehaltsabhängigen den Schutz unter ihresgleichen selbst, allenfalls staatlich subventioniert (was, wenn es geschieht, wieder auf eine Umverteilung hauptsächlich unter den Lohnabhängigen hinausläuft). Rudimentär blieben auch die betrieblichen und wirtschaftlichen Bürgerrechte, also die Möglichkeiten der Produzentinnen und Produzenten, über die Organisation und Ergebnisse

ihrer Arbeit sowie deren Verteilung zu entscheiden. Aber selbst diese Formen des Klassenkompromisses und mit ihr der Gewährleistung von eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe und Selbstbestimmung über das eigene Leben, ist mittlerweile wieder gefährdet. Dazu gleich mehr.

Die zweite Voraussetzung: Schutz vor Marktabhängigkeit (Sicherheit)

Die Erfahrung der Unsicherheit bildet das Gegenstück zur Vorstellung, die Menschen könnten ihre gesellschaftlichen Verhältnisse selbst gestalten (Kaufmann 2003: 93). Solange Gott lenkt, gibt es keine Unsicherheit, sondern nur Fügung oder Schicksal. Unsicherheit hingegen kann durch menschliches Handeln eingeschränkt, gar beherrscht werden.

Sein Leben selbstbestimmt führen zu können, setzt *soziale Sicherheiten* voraus, die es erlauben, längerfristig zu planen, im eigenen Lebenslauf erstrebenswerte Ziele zu verfolgen und nicht nur aus Zwängen heraus zu handeln (Kronauer/Schmid 2011: 155). Dem Lockeschen Bürger verhalf sein Eigentum zu einem gewissen Maß an Sicherheit, Unsicherheit beherrschte hingegen die Lebensumstände der meisten Arbeiter des 19. Jahrhunderts und weit hinein noch ins 20. Hier kommt wieder das zuvor bereits genannte „Sozialeigentum“ als Gegengewicht in den Blick – also die öffentlich bereitgestellten Güter und Dienstleistungen sowie die sozialen Sicherungssysteme. Für ein selbstbestimmtes Leben sind sie sowohl unter dem Gesichtspunkt der Gleichheiten als auch dem der Sicherheiten von zentraler Bedeutung.

Die bürgerliche Vorstellung von Autonomie machte sich an der Unabhängigkeit der Vertragssubjekte fest, die auf dem Markt in Tauschbeziehungen eintreten. Auch heute herrscht diese Vorstellung wieder vor, wenn von Freiheit und Selbstverantwortung die Rede ist. Für diejenigen, die ohne eigenes Eigentum – außer ihrem Arbeitsvermögen – die Tauschbeziehung eingehen müssen, war die Vertragsgleichheit immer ein Schein, der Abhängigkeiten verbirgt und, sofern es um Arbeit für die Erzeugung von Mehrwert und Profiten geht, in Ausbeutungsverhältnisse führt.

In jedem Fall aber gehen in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften von den Märkten die größten Unsicherheiten aus. Ihnen sind Lohnabhängige in aller Regel stärker ausgesetzt als die Besitzer oder Verwalter von Kapital. Die Verteilungseffekte von Beschäftigung und Einkommen, die über Märkte generiert werden, können Individuen nicht oder allenfalls nur in geringem Maße selbst beeinflussen. Selbst die eigene berufliche Qualifikation entscheidet über das erzielte Einkommen nur beschränkt.

Der amerikanische Philosoph Ronald Dworkin zieht daraus einen naheliegenden Schluss: Die Individuen können nur die Verantwortung für etwas übernehmen, das sie durch eigene Entscheidungen auch bewirken oder verhindern können. Für Markteffekte gilt das nicht (Kronauer/Schmid 2011: 157). Dies hat direkte Folgen für die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens: Es ist auf den Schutz vor Marktabhängigkeiten angewiesen.

Gerade darum, wie dieser Schutz vor Marktabhängigkeiten aussehen und wie weit er reichen soll, geht die Auseinandersetzung zwischen marktliberalen und linken Vorstellungen von Autonomie. Karl Polanyi, der große Gesellschaftswissenschaftler und unabhängige Sozialist, zog in seinem epochalen Werk „The Great Transformation“ von 1944 aus dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft und dem folgenden Weltkrieg den Schluss, dass Arbeit, Land und Geld der Herrschaft der Märkte entzogen werden müssen, wenn denn gesellschaftliches Überleben und Freiheit möglich sein sollen. Andere Verteilungen könnten durchaus über Märkte vonstatten gehen (Polanyi 1995: 329ff.). Polanyis Analysen sind, nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und ihren noch immer unbewältigten Folgen und angesichts der ökologischen Bedrohungen von hoher Aktualität.

Die dritte Voraussetzung: Substanzielle Demokratie

Ein selbstbestimmtes Leben, wenn es denn nicht das Leben eines Eremiten sein soll, kann nicht in sozialer Isolation geführt werden. Und selbst den Eremiten verfolgen ja noch, wie wir auf den Bildern der alten Meister sehen können, die verführerischen Gestalten, die direkt aus dem sozialen Leben entspringen. Selbst er hat also erhebliche Schwierigkeiten, sich der Gesellschaft zu entziehen.

Zu Ende gedacht, ist ein selbstbestimmtes Leben nur in *demokratischen Verhältnissen* möglich, und diese in einem sehr grundsätzlichen Sinn verstanden. Denn Selbstbestimmung beinhaltet nicht nur eine Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten *innerhalb* vorgegebener gesellschaftlicher Institutionen und Verhältnisse, sondern schließt gemeinsame Entscheidungen *über* diese Institutionen und Verhältnisse *selbst* mit ein. Das meint die Rede von der „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Davon sind wir weit entfernt.

Aber gleichwohl gibt es auch in diesem Punkt bereits jetzt zu verteidigende Positionen und zu erobernde Zwischentappen. Von Amartya Sen, dem Ökonomen und Gerechtigkeitstheoretiker, lässt sich Einiges über einen zugleich prinzipiellen und pragmatischen Zugang zum Thema des selbstbestimmten Lebens lernen. Sein Begriff von Freiheit, nämlich die Fähigkeit, ein „mit Gründen erstrebenswertes Leben zu führen“ (Sen 2002: 93), kommt dem hier vertretenen der Autonomie

nah. Um ein mit Gründen erstrebenswertes Leben führen zu können, bedarf es der entsprechenden Ressourcen, aber auch der Befähigung, diese zur Verwirklichung der Ziele einzusetzen. Die Bereitstellung der Ressourcen und der Mittel zur Befähigung liegen in der sozialen Verantwortung. Wie aber steht es um die *Gründe* dafür, *was* erstrebenswert ist? Freiheit und Autonomie setzten voraus, dass unterschiedliche Gründe geltend gemacht werden können und eine Entscheidung zwischen unterschiedlichem Erstrebenswertem möglich ist. Sobald aber knappe Ressourcen zu verteilen sind, müssen die Gründe *begründet* werden, und dies setzt demokratische Verfahren auf allen gesellschaftlichen Ebenen voraus.

Bislang hatte ich argumentiert, dass Autonomie, also die Fähigkeit und die Befähigung, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, Gleichheiten, Sicherheiten und substantielle Demokratie voraussetzen. Das mag vielleicht abstrakt erschienen sein, hatte aber einen politischen Grund. Wahrscheinlich werden sich Linke rasch darüber einig werden, dass ihnen Gleichheit ein hohes Gut sei. Warum fällt es aber so schwer, in einer Gesellschaft, die derzeit immer schärfere Ungleichheiten produziert, den Gedanken der Gleichheit zu verfechten? Weil es dem herrschenden Diskurs gelungen ist, den Gedanken der Gleichheit mit dem der Unfreiheit, der Gängelung, des Erstickens eigener Initiative zu verbinden. Erinnerung sei an das Beispiel des linken Flügels der Grünen, der mit einem ausgefuchsten Steuermodell zur Umverteilung in den Bundestagswahlkampf gezogen ist. Er wurde damit abgeschmettert, mittlerweile auch innerhalb der eigenen Partei. Und dies nicht nur, weil das Programm so wenig zum „Image“ der Grünen passte. Der Linkspartei wäre es mit einem ähnlichen Modell vermutlich nicht viel anders ergangen. Und in der Tat erging es ihr in den Wahlen ja auch nicht viel anders, nur die Fallhöhe war, gemessen an den eigenen Erwartungen, geringer.

Es ist also an der Zeit für die Linke, die Begriffe Freiheit, Selbstverantwortung, Selbstbestimmung zurück zu erobern, aber nicht wie die Schröders und Blairs durch *Anpassung* an die herrschende Doktrin, sondern als *Verfechter selbstbestimmten Lebens*, auf der Grundlage von Gleichheiten, Schutz vor Marktabhängigkeiten und substantieller Demokratie. Warum es Zeit dafür ist, will ich abschließend mit einem Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik begründen.

Individualisierung, soziale Entsicherung und das selbstbestimmte Leben

Zuvor war im Zusammenhang mit dem Thema der „Gleichheit“ die Rede davon, dass in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland der Bürgerstatus in einem bis dahin nicht gekannten Maße auf die Lohnabhängigen ausgeweitet

worden war. Die Voraussetzung dafür bildeten der Ausbau und die finanzielle Absicherung des „Sozialeigentums“, insbesondere in Gestalt der gesetzlichen Versicherungssysteme, in deren Verwaltung die Gewerkschaften einbezogen wurden. In Verbindung damit ermöglichte die relative Vollbeschäftigung, genauer gesagt die Beschäftigung der arbeitssuchenden *Männer* im erwerbsfähigen Alter, ein Zurückdrängen der Armut und eine Verringerung der Einkommensungleichheit.

All dies geschah innerhalb einer weitgehend unangetasteten Eigentumsordnung und auf der Grundlage kapitalistischer Klassenverhältnisse, mit einer zunächst noch immer rigiden, hierarchischen Aufteilung der abhängig Beschäftigten in Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie einer vom Sozialstaat geförderten konventionellen Arbeitsteilung und Abhängigkeit im Verhältnis von Männern und Frauen. Die Arbeitsverhältnisse im Angestelltenbereich waren weitgehend bürokratisch organisiert, in der industriellen Produktion herrschten Standardisierung und repetitive Arbeiten vor, allerdings nicht in allen Branchen und auf allen Ebenen. Die gesetzlichen Regeln der betrieblichen Mitbestimmung stützten die Vorherrschaft der Betriebsleitungen und beschnitten den Einfluss der Gewerkschaften. Sowohl auf betrieblicher als auch auf politischer Ebene fehlten Organe der direkten Demokratie.

Kurz: Der den Lohn- und Gehaltsabhängigen zugestandene Bürgerstatus war ein in vieler Hinsicht beschnittener, basierte stärker auf sozialstaatlichen Sicherheiten denn gesellschaftlichen Gleichheiten, stärker auf Gruppenrechten denn individuellen Rechten. Und er war eingebettet in eine politische Kultur, die durch einen autoritären Konservatismus geprägt wurde, sowie eine Alltagskultur, die abweichende Lebensformen noch immer ausgrenzte.

Es war diese Mischung von ausgedehnten und zugleich beschnittenen Bürgerrechten, von zunehmender materiellen Angleichung und zementierter gesellschaftlicher Ungleichheit, von Demokratieversprechen und Autoritarismus, die sich in den 1960er Jahren als explosiv erwies. Die Studenten- und Jugendbewegung dieser Zeit, einschließlich der Lehrlingsbewegung, verstand sich zunächst in erster Linie als *radikaldemokratische* Bewegung und zielte auch darauf ab, die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu demokratisieren. Sie richtete sich zudem gegen den alltagskulturellen Mief und Mainstream, als libertäre und zugleich individualistische Bewegungen für Selbstbestimmung (die folgende Verkümmern dieser Antriebe und ihre Transformierung in autoritäre Parteistrukturen stehen auf einem anderen Blatt). Die Frauenbewegungen rebellierten gegen Abhängigkeit und Unterordnung, ebenfalls in Kämpfen um substantielle Gleichheiten und Selbstbestimmung. Vor allem junge Frauen konnten die Ausweitung und Öffnung der Bildungseinrichtungen seit den späten 1960er Jahren für sich nutzen, um eigenständig berufliche und Lebensperspektiven für sich anzugehen. Mit der Aufstiegsmobilität in der Arbeiterschaft lösten sich aber

auch die kulturellen Milieus der Arbeiterbewegung, ihre Vereine und Nachbarschaftseinrichtungen, zunehmend auf.

Wir haben inzwischen wieder lernen müssen, wie veränderungs- und anpassungsfähig kapitalistische Herrschaftsverhältnisse sind, und wie weit sie die Individualisierungsschübe zu absorbieren, ihrer rebellischen Züge zu berauben vermochten und sie in ihre eigenen Strukturen einpassen konnten. Boltanski und Ciapello (2003) haben dies in ihrer Studie über den „neuen Geist des Kapitalismus“ vor Augen geführt. Zugleich hat aber die Art und Weise, wie diese Absorption der Wünsche nach einem selbstbestimmten Leben stattfand, neue Konflikte und Widersprüche hervorgerufen. Denn sie fand ideologisch unter marktliberalen Vorzeichen statt, de facto mit einer weiteren Konzentration und Stärkung von Marktmacht, vor allem aber gestützt auf eine weitreichende soziale und sozialstaatliche *Entsicherung*. Damit wurden und werden wesentliche Voraussetzungen der Individualisierungsbestrebungen und Individualisierungsschübe der vorausgegangenen Epoche untergraben – der (relative) Schutz vor Marktabhängigkeiten und die materielle Angleichung (nicht: Gleichheit) von Lebensverhältnissen.

Es ist hier nicht möglich, im Einzelnen die Gründe, die „Schockwellen“, wie Robert Castel sie nennt, anzuführen und zu diskutieren, die zu dieser neuerlichen Transformation des Kapitalismus geführt haben – angefangen von der politisch ins Werk gesetzten Entfesselung der Finanzmärkte in den 1970er Jahren, dem Einsatz neuer logistischer und Informationstechnologien bei der sogenannten „Flexibilisierung“ und Transnationalisierung von Arbeits- und Produktionsprozessen bis hin zur Dominanz von Kapitalinteressen bei der Durchführung der europäischen Einigung und der Steuerpolitik und den Arbeitsmarktreformen in Deutschland. Aber es ist notwendig, auf einige für unser Thema wichtige soziale Folgen hinweisen.

Die unterschiedlichen Formen und Ausmaße der sozialen Entsicherung in Deutschland haben zu neuen Spaltungsmustern in der Gesellschaft geführt. In ihnen überlagern sich Klassenungleichheiten mit Teilhabeungleichheiten und Teilhabeungleichheiten mit Ungleichheiten in der Selbstbestimmung über das eigene Leben. Um einen groben Eindruck von diesen Spaltungsmustern zu vermitteln, greife ich auf das von Robert Castel vorgeschlagene, heuristische Konzept einer in Zonen aufgeteilten Gesellschaft (Castel 2000: 13) zurück.

In der bislang größten, aber schrumpfenden „*Zone der Integration*“ gibt es in Deutschland – noch – ein relativ hohes Maß an Beschäftigungssicherheit, wenn auch nicht mehr unbedingt an Arbeitsplatzsicherheit. Die dieser „Zone“ zugehörigen Lohn- und Gehaltsabhängigen sind in aller Regel überdies in soziale Beziehungen eingebunden, die, wenn nötig, mannigfache Unterstützung bereitstellen. Soziale (darunter: tariflich vereinbarte) Rechte eröffnen – noch

– den Zugang zu Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Versicherungsschutz bei Krankheit und im Alter, Teilhabe am Lebensstandard und an Lebenschancen, wie sie in der Gesellschaft als angemessen gelten. Aber selbst hier macht sich bereits die zunehmende Marktabhängigkeit negativ bemerkbar: als steigende Arbeitsbelastungen und wachsende Schwierigkeiten, Arbeit, Familienleben und Freizeit miteinander zu vereinbaren. Die Zumutungen der „Flexibilisierung“ in der Arbeit nehmen zu, größere Freiräume bei der Arbeitsausführung bilden hierzu zwiespältige Gegengewichte. Abstiegsängste machen sich an stagnierenden Einkommen und brüchiger werdenden Erwerbsverläufen fest. Sozialstaatliche Sicherungen sind nicht mehr selbstverständlich, wachsenden Beiträgen stehen sinkende Leistungen gegenüber. Gerade die lohn- und gehaltsabhängigen Mittelklassen waren es, die aus dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen den größten Nutzen zogen. Die Erosion von Statussicherheit im Zuge der Neuausrichtung des Sozialstaats gefährdet auch ihre Position. Ob die Kinder den Lebensstandard ihrer Eltern werden halten können, ist ungewisser als in den Generationen zuvor. Bildungserfolg wird dafür immer wichtiger, kann aber selbst in den Mittelklassen Stuserhalt nicht garantieren.

In der „Zone der Verwundbarkeit“ ist Beschäftigungssicherheit bereits nicht mehr gegeben. Dies zeigt sich vor allem im Vergleich der Kohorten. Je jünger der Jahrgang, desto häufiger sind die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Mit wachsender beruflicher Ungewissheit geraten die sozialen Netze unter Spannung, drohen zu reißen oder haben eine geringere soziale Reichweite und Unterstützungskapazität. Die Sicherheiten, die soziale Rechte am Arbeitsplatz und vermittelt über den Arbeitsplatz in die Zukunft hinein gewähren, sind eingeschränkt, ebenso die Möglichkeiten zu einer Lebensführung und Lebensplanung, die den eigenen Ambitionen entspricht. Das soziale Spektrum innerhalb dieser „Zone der Verwundbarkeit“ ist breit ausdifferenziert. Sie umfasst am einen Ende junge Akademikerinnen und Akademiker in der Befristungs- und Praktikumsschleife, die sich jedoch noch immer auf ihre Qualifikationsressourcen und ihr herkunftsgestütztes Selbstbewusstsein verlassen, somit den Übergang in die „Zone der Integration“ realistisch ins Auge fassen können. Am anderen Ende stehen Arbeiterinnen und Arbeiter, die in anhaltender Prekarität von Niedriglohnjobs, Befristungs- und Leiharbeitsverhältnissen verharren und denen jede Zukunftsplanung entgleitet.

In der kleinsten, aber ebenfalls wachsenden „Zone der Ausgrenzung“ oder *Exklusion* schließlich sind die Menschen von Erwerbsarbeit dauerhaft ausgeschlossen oder haben allenfalls noch sporadisch Zugang zu ihr, unter stark beeinträchtigenden Arbeitsbedingungen. Ihnen stehen aber auch keine alternativen Positionen jenseits von Erwerbsarbeit offen, aus denen sie gesellschaftliche Anerkennung beziehen könnten. Sie haben ihren Ort in der Gesellschaft verloren. Die sozialen Beziehungen verengen sich zusehends auf den Kontakt zu Menschen in ähnlich

benachteiligter Lage, sie vermitteln deshalb nur wenige Ressourcen. Im äußersten Fall führt Ausgrenzung zur Vereinzelung. An die Stelle der Einbindung in wechselseitige Sozialbezüge, der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, tritt immer stärker die einseitige Abhängigkeit von fremder, mit sozialer Kontrolle und Sanktionen verbundener, institutioneller Hilfe. Weder Markt noch Staat ermöglichen einen Lebensstandard, der es erlaubt, sozial „mitzuhalten“. Erfahrene Machtlosigkeit im Alltag führt zur Ablehnung von Politik und resigniertem Rückzug. Die Individualisierung in dieser Zone ist eine des Mangels, des Verlusts, der Vereinzelung – „negativer Individualismus“ (Castel 2000: 401). Exklusion bildet den äußersten Gegensatz zu Autonomie.

Aber Castels Zonenmodell muss erweitert werden. Am Gegenpol zur Zone der Exklusion befindet sich heute die „*Zone der Exklusivität*“: Diese Zone umfasst diejenigen, die von den Schockwellen des Wandels lange Zeit in allererster Linie profitieren; die sich stark genug fühlten, auf den Wellen der Veränderung zu reiten und deshalb bereit waren, die Schleusen noch weiter zu öffnen. Zeitversetzt zu den USA haben sich auch in Deutschland im Verlauf der 1990er Jahre die Einkommensentwicklungen an den Unternehmensspitzen völlig vom Lohn- und Gehaltsniveau der abhängig Beschäftigten, aber auch von wichtigen Indikatoren der Wirtschaftskraft der Unternehmen abgekoppelt. Gemeinsame Maßstäbe der Entlohnung gelten nicht mehr. Hohe außertarifliche Einkommen, Bonuszahlungen und „gute Beziehungen“ zu ihresgleichen sorgen dafür, dass die so genannten Wirtschaftseliten, die der Zone der Exklusivität zugerechnet werden müssen, am wenigsten auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind. Sie haben, wenn auch keine Macht *über* die kapitalistischen Verhältnisse, so doch erhebliche Gestaltungsmacht *innerhalb* dieser Verhältnisse.

Die neuen Spaltungslinien sind nicht identisch mit denen der Klassenspaltung. Auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in der süddeutschen Metallindustrie können, mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe, der Zone der Integration angehören. Auch Akademikerinnen können in der Zone der Prekarität hängen bleiben. Gleichwohl bleiben die Teilhabe- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten nach wie vor auch klassenstrukturell ungleich verteilt.

Die Differenzierungen innerhalb der Zonen der Integration, der Prekarität und der Exklusion, die Dynamiken von Aufstieg und Abstieg zwischen ihnen – sie alle können Entsolidarisierungen hervorrufen oder verschärfen. Es gibt aber auch Ansatzpunkte für übergreifende Gemeinsamkeiten zwischen den drei Zonen, die Solidarisierungspotenziale enthalten. Denn es sind die gleichen Schockwellen der zunehmenden Marktabhängigkeit, die die Lohn- und Gehaltsabhängigen insgesamt erfassen, wenngleich in unterschiedlicher Stärke, unterschiedlichen Ausprägungen und bei unterschiedlichen Widerstandskräften. Immer wieder aber wenden sich die aufgezwungenen Formen der Eigenverantwortung unter Be-

dingungen, die die Individuen nicht kontrollieren können, gegen die Individuen selbst. Hier könnte die Linke ansetzen – grundlegende materielle Gleichheiten, Schutz vor Marktabhängigkeiten und substanzielle demokratische Verfahren einfordern, und zwar in der Perspektive selbstbestimmten Lebens und in Formen, die diese Perspektive bereits zum Vorschein bringen.

Literatur

- Boltanski, Luc; Ciapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage*, Konstanz.
- (2011): Was ist soziale Sicherheit? Die sozio-anthropologische Dimension sozialer Sicherung, in: ders., *Die Krise der Arbeit*, Hamburg, 199-238.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe*, FrankfurtM, New York, 73-104.
- Kronauer, Martin; Schmid, Günther (2011): Ein selbstbestimmtes Leben für alle. Gesellschaftliche Voraussetzungen von Autonomie, *WSI-Mitteilungen*, 64. Jg., Heft 4, 155-162.
- Marx, Karl (1852): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, *MEW* 8, 111-207.
- (1875): Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), *MEW* 19, 11-32.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei, *MEW* 4, 459-493.
- Polanyi, Karl [1944] 1995: *The Great Transformation*, Frankfurt/M.
- Rosanvallon, Pierre (2013): *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg.
- Sen, Amartya (2002): *Ökonomie für den Menschen*, München.



344

iz3w ◀

Angereicherte Gefahr – globale Geschäfte mit Uran
 Außerdem: ▶ Flüchtlinge im Sinai ▶ Queer in Afrika ▶
 Kein Frieden in Kolumbien ▶ Vertreibung in Chile ...

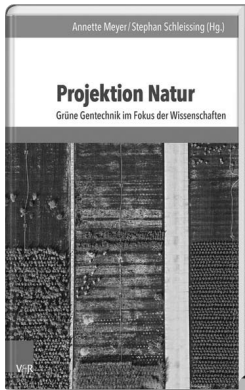
52 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Wahrnehmungen und Vorstellungen von Natur



Annette Meyer / Stephan Schleissing (Hg.)

Projektion Natur

Grüne Gentechnik
im Fokus der Wissenschaften

Umwelt und Gesellschaft, Band 12.

2014. 192 Seiten mit 5 Abb. und 1 Tab.,
gebunden

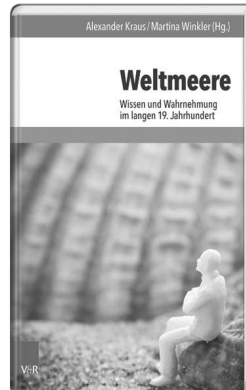
€ 39,99 D / € 41,20 A

ISBN 978-3-525-31715-0

eBook € 32,99 D

ISBN 978-3-647-31715-1

Vorstellungen von »Natur« prägen unsere Einstellungen zur Grünen Gentechnik. Der Band diskutiert diese kulturelle Prägekraft in ihrer Relevanz für Landschaft, Landwirtschaft und Umweltrecht.



Alexander Kraus / Martina Winkler (Hg.)

Weltmeere

Wissen und Wahrnehmung
im langen 19. Jahrhundert

Umwelt und Gesellschaft, Band 10.

2014. 253 Seiten mit 11 Abb. und 5 Karten,
gebunden

€ 49,99 D / € 51,40 A

ISBN 978-3-525-31713-6

eBook € 39,99 D

ISBN 978-3-647-31713-7

Das Meer ist während des langen 19. Jahrhunderts auf vielfache Weise verwissenschaftlicht, domestiziert, ästhetisiert, ökonomisiert und strukturiert worden. Das Buch »Weltmeere« rückt diese Prozesse ins Zentrum der Betrachtung.

Josef Falkinger

Die realökonomischen Ursachen der Rezession

Den größten Teil des ökonomischen Mainstreams traf die letzte Weltwirtschaftskrise unvorbereitet. Im folgenden Beitrag möchte ich demonstrieren, dass die Ereignisse mit Hilfe der Konjunkturtheorien von Keynes, Marx oder Schumpeter vorhersehbar gewesen wären. Alle drei Ökonomen sehen in einer fallenden realökonomischen Profitrate das entscheidende Symptom einer kommenden Krise. Alle drei Ökonomen betrachten die Finanzkrise lediglich als äußere Erscheinung einer tiefer liegenden realökonomischen Entwicklung. Bei allen dreien ist es die sinkende realökonomische Profitrate, die die Turbulenzen an den Finanzmärkten auslöst.

Im ersten Teil des Artikels werde ich meine Interpretation der Konjunkturtheorien von Marx, Keynes und Schumpeter darlegen. Der zweite Teil besteht aus einer empirischen Analyse, die sich auf Daten der National Accounts für die USA stützt. Es wird gezeigt, dass nicht nur die Rezession von 2008, sondern alle Rezessionen der USA seit 1950 das Konjunkturmodell von Schumpeter, Marx und Keynes bestätigen. Der dritte Teil des Artikels beschäftigt sich mit der Frage des neoliberalen Akkumulationsregimes und mit möglichen realökonomischen Ursachen für die Expansion der Finanzmärkte während der letzten Jahrzehnte. Teil Vier schließt mit einer kurzen Diskussion politischer Implikationen der Analyse ab.

1. Marx, Keynes, Schumpeter und der Konjunkturzyklus

1.1 Der Fall der Profitrate

Marx, Keynes und Schumpeter betrachteten den Fall der Profitrate als bedeutendste Ursache von konjunkturellen Krisen. In seinen Bemerkungen über den Konjunkturzyklus schrieb Keynes:

„Der Konjunkturzyklus kann nach meiner Ansicht am besten als die Folge einer zyklischen Veränderung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals betrachtet werden ...“ (Keynes 1974: 265)

Ein Zusammenbruch der Grenzproduktivität des Kapitals, von der Keynes immer wieder im Zusammenhang mit Krisen spricht, ist lediglich ein anderer Ausdruck für eine fallende Profitrate. Keynes stellt weiter fest, dass der Fall der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals eben dort am stärksten sei, wo die Neuinvestitionen in der Vorperiode am meisten zugenommen haben. Er führt in seiner berühmten *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* für die sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals folgende Gründe an:

1. Beschleunigte Akkumulation führt zu höheren Kapitalkosten.
2. Beschleunigte Akkumulation führt zu abnehmender Knappheit und damit zu einem sinkenden Grenznutzen der vom Kapital produzierten Konsumgüter.
3. Beschleunigte Akkumulation führt zu einer sinkenden technischen Grenzproduktivität des Kapitals.

Diese drei Ursachen für fallende laufende Profite, bringen ab einem gewissen Zeitpunkt das Vertrauen der Kapitalisten in die zu erwartenden zukünftigen Profite ins Wanken. Ein Einbruch der Investitionen ist die Folge. Diese Analyse von Keynes ist nicht allgemein bekannt (Vgl. Keller, Lon Carlson 1982).

Auch Karl Marx betrachtete den Fall der Profitrate als maßgebliche Ursache der Konjunkturkrise. Im dritten Band des *Kapitals* schreibt er:

„Die Schranke der kapitalistischen Produktionsweise tritt hervor: 1. Darin, dass die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Fall der Profitrate ein Gesetz erzeugt, das ihrer eignen Entwicklung auf einem gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muss.“ (MEW 25: 268)

Wie bei Keynes ist auch bei Marx die zentrale Ursache für die fallende Profitrate in der beschleunigten Akkumulation zu suchen. Marx gibt aber eine andere Erklärung für diesen Zusammenhang ab. Er war der Meinung, dass lediglich menschliche Arbeitskraft Profite schaffen könne während Kapitalgüter lediglich ihre Kosten auf das Produkt übertragen. Sein Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate behauptet, dass *ceteris paribus* und makroökonomisch betrachtet die Kosten beschleunigter Akkumulation die Erträge aus steigender Arbeitsproduktivität übertreffen.

Auf diesem Gesetz baut Marx eine zweite Erklärung für den Fall der Profitrate auf. Die einzelnen Kapitalisten würden auf die steigenden Kapitalkosten reagieren, indem sie den Umsatz zu steigern versuchen. Um die Terminologie von Marx zu benutzen – sie versuchen im zunehmenden Konkurrenzkampf die Masse des Profits zu erhöhen. Auf diese Weise wird laut Marx eine Situation der Überproduktion oder Überinvestition verbunden mit einem weiteren Fall der Profitrate und einem Einbruch der Investitionen herbeigeführt.

Josef Schumpeter ist in Verbindung mit dem Konjunkturzyklus vor allem für seine Theorie der Innovation berühmt. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass in seiner Konjunkturtheorie der Fall der Profitrate eine bedeutende Rolle spielt. Nach Schumpeter können Innovatoren Extra-Profitrate erzielen. Während des Booms passen sich Nachahmer der neuen technologischen Situation via Kapitalakkumulation an. Die Diffusion der Innovation führt zu einem Sinken der Profitrate und einer damit verbundenen Rezession.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass alle drei Ökonomen – Marx, Keynes und Schumpeter – der Meinung waren, dass eine beschleunigte Akkumulation zu sinkenden Kapitalerträgen führt und auf diesem Weg ab einem gewissen Punkt eine Rezession zu Folge hat.

Sie unterscheiden sich vor allem in der Frage, wie sie die Plötzlichkeit der Rezession erklären. Warum führt ein kontinuierliches Absinken der Profitrate nicht unmittelbar auch zu einer kontinuierlichen Verlangsamung der Investitionsrate? Warum brechen die Investitionen zuerst gar nicht ein und dann mit Verzögerung abrupt?

Keynes betont die Rolle der Psychologie. Investoren verlieren plötzlich das Vertrauen in zukünftige Erträge. Schumpeter kritisierte diesen Fokus auf Stimmungsschwankungen. Wie Marx betont er die Eigendynamik der kapitalistischen Konkurrenz in der letzten Phase des Booms. Die Kapitalisten befinden sich in dieser Phase laut Schumpeter und Marx in einer Art spieltheoretischem Dilemma. Sie wissen, dass die ökonomische Situation schwieriger wird, aber sie müssen ihre Expansion fortsetzen, um nicht von der Konkurrenz aus dem Markt gedrängt zu werden, beziehungsweise, um selbst die Konkurrenz aus dem Markt zu drängen.

1.2 Kredit und Börse

Die meisten Ökonomen, Politiker und Journalisten interpretieren die Wirtschaftskrise von 2008 vor allem als Krise der Finanzmärkte. Für den Ausbruch der Rezession werden eine Überexpansion des Kredites, riskante Spekulationsgeschäfte und neue Finanzinstrumente verantwortlich gemacht. Keynes, Marx und Schumpeter würden dieser Analyse nicht zustimmen. Ihrer Meinung nach seien es in erster Linie sinkende Profitraten der Realwirtschaft, die die Kassenshaltungspräferenz verstärken, eine Kreditklemme erzeugen und die spekulativen Blasen zum Platzen bringen. So heißt es bei Keynes:

„Die Vorliebe für Liquidität ... nimmt erst nach dem Zusammenbruch in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu.“ (Keynes 1974: S 268)

Marx führt aus:

„Die Oberflächlichkeit der politischen Ökonomie zeigt sich u.a. darin, dass sie die Expansion und Kontraktion des Kredits, das bloße Symptom der Wechselperioden des industriellen Zyklus, zu deren Ursache macht.“ (MEW 23: 663)

Schumpeter erklärte sich mit dieser Analyse vollkommen einverstanden (Schumpeter 1975: 73.). In seinem Buch über die Konjunkturzyklen (Schumpeter 2010) legt er dar, wie sich eine *sekundäre Welle* der Ausdehnung des Kredites, der Spekulation und der steigenden Risikobereitschaft auf Basis einer *primären Welle* des industriellen Zyklus entwickelt.

Während die ersten Symptome einer Abflachung der primären Welle auftreten – nämlich sinkende Profitraten – befindet sich die sekundäre Welle noch in vollem Schwung. Die steigende Geldknappheit der Realwirtschaft erzeugt ab einem gewissen Punkt die Kreditklemme und die Panik an den Finanzmärkten.

Nach Marx, Schumpeter und Keynes wird eine Krise der Realwirtschaft üblicherweise erst nach der Finanzkrise wahrgenommen. Gerade die boomenden Finanzmärkte erlauben es der Realwirtschaft noch eine geraume Weile ihre steigenden Probleme zu verkraften und zu verschleiern. Die damit verbundene kontinuierlich steigende Nachfrage nach Liquidität aus der Realwirtschaft erzeugt aber immer mehr Druck auf den Finanzsektor. Ab einem gewissen Punkt entsteht Panik. Erst nach der Panik an den Finanzmärkten schlägt die Kreditklemme voll in der Realwirtschaft durch. Erst jetzt wird die Rezession der Realwirtschaft klar sichtbar und damit offiziell. Die Finanzkrise erscheint oberflächlich betrachtet auf diese Weise nicht als Transmissionsriemen der realökonomischen Krise, sondern als deren Ursache.

1.3 Ergebnis: Das Gerüst eines typischen Konjunkturzyklus

Aufbauend auf den bisher dargelegten Überlegungen lässt sich der Verlauf eines typischen Konjunkturzyklus folgendermaßen darstellen:

1. Steigende Akkumulation führt zu sinkenden Kapitalerträgen.
2. Die Investitionen steigen weiter, da Kapitalisten im Markt bleiben wollen.
3. Das Wachstum des BIP hält an.
4. Auf Grund von sinkenden Profiten und steigenden Investitionen steigt die Nachfrage der Realwirtschaft nach Liquidität an.
5. Industrielle Kapitalisten verbrauchen ihre finanziellen Reserven, verkaufen finanzielles Vermögen oder verschulden sich, um die reale Akkumulation ihrer Kapitalien in Gang zu halten.
6. Ab einem gewissen Punkt kommt es zur Panik an den Finanzmärkten.
7. Der Preisverfall an den Finanzmärkten verstärkt die Nachfrage nach Liquidität weiter und führt zu einer Kreditklemme.

8. Die Kreditklemme bremst die reale Akkumulation und führt die Realwirtschaft in die Rezession.

Im nächsten Teil wird dieses Modell eines typischen Konjunkturzyklus einer empirischen Prüfung unterzogen. Basis der Analyse sind Daten der National Accounts für die USA von 1950 bis 2011.

2. Empirische Analyse der US-amerikanischen Rezessionen nach 1950

Um das oben skizzierte Narrativ einer typischen Rezession empirisch zu überprüfen, müssen vier Hypothesen untersucht werden:

1. Sinkende Profitraten verursachen eine Rezession.
2. Beschleunigte Akkumulation verursacht sinkende Profitraten.
3. Beschleunigte Akkumulation verursacht eine sinkende Auslastung der Produktionskapazitäten.
4. Die Finanzkrise ist nicht die Ursache, sondern der Auslöser der Rezession. Sowohl Finanzkrise als auch Rezession werden durch fallende Profitraten verursacht.

Im Folgenden werden die vier Hypothesen an Hand von Daten der National Accounts für die USA für den Zeitraum 1950 bis 2011 untersucht.

Hypothese 1: Profitrate und Rezession

Die erste Hypothese besagt, dass fallende Profitraten Rezessionen verursachen. Die folgende Tabelle zeigt die jährliche prozentuelle Veränderung der Profitrate im US Corporate Sector (Sektor der Kapitalgesellschaften und Quasikapitalgesellschaften) zwischen dem laufenden Jahr und dem Jahr davor an. Rezessionen – zwei Quartale mit negativer BIP-Veränderung in Folge (siehe auch Anhang) – sind in der ersten Spalte dunkelgrau markiert. Kontraktionen der Profitrate sind in der zweiten Spalte ebenfalls dunkelgrau markiert. Es zeigt sich, dass es vor jeder Rezession von 1950-2011 zu einer Phase sinkender Profitraten kommt. Lediglich vor der Rezession 1969 wird die Phase durch einen minimalen Anstieg im Jahr 1968 unterbrochen. Das Ergebnis der Untersuchung ist konsistent mit der Hypothese von Keynes, Marx und Schumpeter, dass sinkende Profitraten zu Rezessionen führen.

Nach der Rezession sinkt die Profitrate weiter bis sich die Volkswirtschaft wieder stabilisiert. Jahre, in denen zwei Quartale eine negative BIP-Veränderung aufwiesen, aber nicht in Folge wie im Fall einer offiziellen Rezession, habe ich hellgrau markiert. So kann ein Eindruck von der Länge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im jeweiligen Fall gewonnen werden. Es ist bemerkenswert, dass der größte Fall der Profitrate zwischen 2006 und 2007 passierte; mehr als ein Jahr vor der Wirtschaftskrise 2008. Die einzige Phase sinkender Profitraten, die nicht zu einer Rezession führte, passierte 1984-1986. 1987 fand jedoch der größte Börsenkrach seit 1929 statt. Eine Rezession konnte knapp verhindert werden.

Tabelle 1: Veränderungen der Profitrate und Rezessionen. (Veränderung des Jahresdurchschnitts im Vergleich zum Vorjahr in %, US Corporate Sector)

JAHR/REZES- SION	PROFIT- RATE	JAHR/REZES- SION	PROFIT- RATE	JAHR/REZES- SION	PROFIT- RATE
1950	11,91%	1971	2,93%	1992	-1,21%
1951	0,15%	1972	2,42%	1993	0,34%
1952	-7,75%	1973	-0,75%	1994	6,36%
1953	-3,38%	1974	-10,78%	1995	1,31%
1954	-8,51%	1975	1,75%	1996	1,96%
1955	14,89%	1976	1,49%	1997	1,89%
1956	-5,94%	1977	3,39%	1998	-5,09%
1957	-6,39%	1978	-0,16%	1999	-2,69%
1958	-12,00%	1979	-8,96%	2000	-5,72%
1959	13,53%	1980	-9,53%	2001	-10,82%
1960	-3,59%	1981	4,51%	2002	0,15%
1961	-2,26%	1982	-9,72%	2003	2,82%
1962	6,87%	1983	2,72%	2004	9,78%
1963	3,01%	1984	7,68%	2005	8,35%
1964	4,41%	1985	-3,72%	2006	5,36%
1965	5,57%	1986	-6,80%	2007	-10,69%
1966	-1,53%	1987	1,27%	2008	-9,73%
1967	-6,87%	1988	3,02%	2009	-6,17%
1968	0,21%	1989	-2,70%	2010	12,28%
1969	-5,37%	1990	-5,29%		
1970	-11,62%	1991	-4,12%		

Hypothese 2: Akkumulation und Profitrate

Die nächste zu untersuchende Hypothese besagt, dass die Ursache für die sinkende Profitrate in der beschleunigten Akkumulation zu suchen sei. Tabelle 2 zeigt in der zweiten Spalte die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen im

US Corporate Sector. Die dritte Spalte weist die Entwicklung der Profitrate aus. Wiederum sind Jahre der Rezession in Spalte 1 grau markiert.

In sieben von zehn Fällen beginnt die Profitrate in dem Jahr zu sinken (oder zu stagnieren wie 1951), in dem das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen sein Maximum erreicht. In den drei verbleibenden Fällen beginnt die Profitrate ein Jahr nach dem Maximum ihren Sinkflug.

Bemerkenswert ist zudem, dass die Investitionen nach dem Spitzenjahr ihres Wachstums weiter zunehmen, wenn auch nicht mehr so stark. Erst nach der Rezession beginnen die Investitionen abzunehmen.

Tabelle 2: Veränderung der Profitrate und der Realinvestitionen (Veränderung des Jahresdurchschnitts im Vergleich zum Vorjahr in %, US Corporate Sector)

JAHR/ REZES- SION	REAL- INVESTI- TIONEN	PROFIT- RATE	JAHR/ REZES- SION	REAL- INVESTI- TIONEN	PROFIT- RATE	JAHR/ REZES- SION	REAL- INVESTI- TIONEN	PROFIT- RATE
1950	7,24%	11,91%	1971	-0,54%	2,93%	1992	3,70%	-1,21%
1951	10,83%	0,15%	1972	10,28%	2,42%	1993	10,15%	0,34%
1952	2,47%	-7,75%	1973	14,65%	-0,75%	1994	9,76%	6,36%
1953	7,31%	-3,38%	1974	3,90%	-10,78%	1995	11,93%	1,31%
1954	-3,43%	-8,51%	1975	-10,14%	1,75%	1996	10,74%	1,96%
1955	9,12%	14,89%	1976	4,94%	1,49%	1997	10,68%	1,89%
1956	12,41%	-5,94%	1977	12,04%	3,39%	1998	11,91%	-5,09%
1957	2,59%	-6,39%	1978	15,90%	-0,16%	1999	10,37%	-2,69%
1958	-14,31%	-12,00%	1979	10,22%	-8,96%	2000	9,68%	-5,72%
1959	5,77%	13,53%	1980	1,14%	-9,53%	2001	-4,02%	-10,82%
1960	8,85%	-3,59%	1981	4,07%	4,51%	2002	-10,56%	0,15%
1961	-0,76%	-2,26%	1982	-4,38%	-9,72%	2003	1,11%	2,82%
1962	9,06%	6,87%	1983	0,06%	2,72%	2004	6,39%	9,78%
1963	5,31%	3,01%	1984	19,10%	7,68%	2005	7,86%	8,35%
1964	13,38%	4,41%	1985	7,17%	-3,72%	2006	8,12%	5,36%
1965	18,37%	5,57%	1986	-3,38%	-6,80%	2007	6,38%	-10,69%
1966	14,25%	-1,53%	1987	-0,34%	1,27%	2008	-0,85%	-9,73%
1967	-0,53%	-6,87%	1988	4,89%	3,02%	2009	-18,86%	-6,17%
1968	5,90%	0,21%	1989	6,82%	-2,70%	2010	1,86%	12,28%
1969	7,31%	-5,37%	1990	4,78%	-5,29%			
1970	-1,83%	-11,62%	1991	-5,11%	-4,12%			

Hypothese 3: Akkumulation und Überkapazitäten

Tabelle 2 zeigt, dass beschleunigte Akkumulation zu sinkenden Kapitalerträgen führt. Es erhebt sich die Frage, warum das so ist. Die folgende Tabelle vergleicht

die Entwicklung der Realinvestitionen mit der Entwicklung der Kapazitätsauslastung im US Corporate Sector von 1950-2010.

Es zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen beschleunigter Akkumulation und entstehenden Überkapazitäten. In 8 von 12 Fällen sinkt die Kapazitätsauslastung im ersten Jahr nachdem die Akkumulation, hier definiert als Wachstum der Realinvestitionen, ihr Maximum erreicht. In drei Fällen sinkt die Kapazitätsauslastung zwei Jahre nach dem Akkumulationsmaximum. In einem Fall befand sich die Kapazitätsauslastung bereits zum Zeitpunkt des Maximums im Sinkflug. Es handelt sich bei dieser einzigen Ausnahme interessanterweise um die Jahre 1968/69, die den Höhepunkt der Rüstungskonjunktur im Zuge des Vietnamkrieges umreißen.

Die Hypothese der Überinvestition als Folge beschleunigter Akkumulation scheint sich zu bestätigen. Dass die Kapazitätsauslastung meist erst nach dem Fall der Profitrate zurückgeht, passt durchaus ins Bild. Die Unternehmer werden ihre Kapazitäten erst zurückfahren, wenn in der Phase zuvor zu viel produziert wurde. Überkapazität ist erst die Folge von Überproduktion, wenn man so will, die Reaktion der Unternehmer auf Überproduktion.

Hypothese 4: Profitrate, Rezession und Börse

In Bezug auf die finanzielle Seite des Zyklus müssen zwei Hypothesen empirisch geprüft werden. Erstens die Hypothese, Finanzkrisen seien die Katalysatoren realer Rezessionen. Zweitens die Hypothese, dass Finanzkrisen durch einen Rückgang der Profitrate in der Realökonomie ausgelöst werden.

Die folgende Tabelle stellt in der dritten Spalte die Veränderung der Profitrate dar. Die erste Spalte gibt uns Informationen über den Zustand der Finanzmärkte. Grau markierte Felder zeigen an, dass sich der Dow Jones Industrial Average zu diesem Zeitpunkt im Zustand eines Bärenmarktes befand. Die Tabelle weist nicht alle Bärenmärkte aus, sondern nur diejenigen am Ende eines Zyklus. Es zeigt sich, dass jede Rezession von einem Bärenmarkt an der Börse vorweggenommen wurde. (Im Jahr 1953 beginnt der Bärenmarkt im ersten Quartal, während die Rezession im dritten und vierten Quartal stattfand).

In vier von acht Fällen beginnt der Fall der Profitrate mehr als ein Jahr vor dem Bärenmarkt an der Börse. In vier Fällen beginnt die Profitrate im Jahr vor dem Bärenmarkt zu fallen. Das heißt, die Veränderung des Jahresdurchschnitts der Profitrate zwischen dem Jahr des Bärenmarktes und dem Jahr davor ist negativ.

Table 3: Veränderung der Realinvestitionen und der Kapazitätsauslastung (Veränderung des Jahresdurchschnitts im Vergleich zum Vorjahr in %, US Corporate Sector)

JAHR/ REZESSION	REALINVESTI- TIONEN	KAPAZITÄTS- AUSLASTUNG	JAHR/ REZESSION	REALINVESTI- TIONEN	KAPAZITÄTS- AUSLASTUNG	JAHR/ REZESSION	REALINVESTI- TIONEN	KAPAZITÄTS- AUSLASTUNG
1950	7,24%	-3,85%	1971	-0,54%	-5,32%	1992	3,70%	-0,46%
1951	10,83%	17,87%	1972	10,28%	4,63%	1993	10,15%	2,85%
1952	2,47%	-4,47%	1973	14,65%	6,86%	1994	9,76%	1,02%
1953	7,31%	7,31%	1974	3,90%	0,17%	1995	11,93%	4,11%
1954	-3,43%	-10,18%	1975	-10,14%	-13,34%	1996	10,74%	-3,87%
1955	9,12%	2,66%	1976	4,94%	1,62%	1997	10,68%	1,05%
1956	12,41%	5,68%	1977	12,04%	3,74%	1998	11,91%	1,86%
1957	2,59%	-2,36%	1978	15,90%	3,27%	1999	10,37%	-3,67%
1958	-14,31%	-12,13%	1979	10,22%	3,62%	2000	9,68%	0,21%
1959	5,77%	5,94%	1980	1,14%	-2,56%	2001	-4,02%	-5,05%
1960	8,85%	6,69%	1981	4,07%	-5,51%	2002	-10,56%	-6,25%
1961	-0,76%	-13,38%	1982	-4,38%	-8,92%	2003	1,11%	2,49%
1962	9,06%	8,27%	1983	0,06%	-1,74%	2004	6,39%	1,52%
1963	5,31%	2,12%	1984	19,10%	11,39%	2005	7,86%	4,36%
1964	13,38%	3,08%	1985	7,17%	1,08%	2006	8,12%	1,26%
1965	18,37%	4,90%	1986	-3,38%	-0,27%	2007	6,38%	-0,99%
1966	14,25%	2,55%	1987	-0,34%	0,24%	2008	-0,85%	-0,37%
1967	-0,53%	-1,12%	1988	4,89%	5,18%	2009	-18,86%	-15,45%
1968	5,90%	-2,70%	1989	6,82%	3,03%	2010	1,86%	3,38%
1969	7,31%	-0,11%	1990	4,78%	-4,65%			
1970	-1,83%	-5,94%	1991	-5,11%	-3,74%			

Tabelle 4: Bear Markets (Dow Jones Industrial Average), Rezessionen und die Veränderung der Profitrate. (Veränderung des Jahresdurchschnitts im Vergleich zum Vorjahr in %, US Corporate Sector)

BEAR-MARKET	JAHR/REZES-SION	PROFIT-RATE	BEAR-MARKET	JAHR/REZES-SION	PROFIT-RATE	BEAR-MARKET	JAHR/REZES-SION	PROFIT-RATE
	1950	11,91%		1971	2,93%		1992	-1,21%
	1951	0,15%		1972	2,42%		1993	0,34%
	1952	-7,75%		1973	-0,75%		1994	6,36%
	1953	-3,38%		1974	-10,78%		1995	1,31%
	1954	-8,51%		1975	1,75%		1996	1,96%
	1955	14,89%		1976	1,49%		1997	1,89%
	1956	-5,94%		1977	3,39%		1998	-5,09%
	1957	-6,39%		1978	-0,16%		1999	-2,69%
	1958	-12,00%		1979	-8,96%		2000	-5,72%
	1959	13,53%		1980	-9,53%		2001	-10,82%
	1960	-3,59%		1981	4,51%		2002	0,15%
	1961	-2,26%		1982	-9,72%		2003	2,82%
	1962	6,87%		1983	2,72%		2004	9,78%
	1963	3,01%		1984	7,68%		2005	8,35%
	1964	4,41%		1985	-3,72%		2006	5,36%
	1965	5,57%		1986	-6,80%		2007	-10,69%
	1966	-1,53%		1987	1,27%		2008	-9,73%
	1967	-6,87%		1988	3,02%		2009	-6,17%
	1968	0,21%		1989	-2,70%		2010	12,28%
	1969	-5,37%		1990	-5,29%			
	1970	-11,62%		1991	-4,12%			

3. Zur Wirtschaftskrise von 2008

Die meisten Ökonomen und Journalisten betrachten die Entwicklungen auf den Finanzmärkten als Hauptursache für die Krise von 2008. Nun ist es wahr, dass sowohl eine Überspekulation als auch eine Überexpansion des Kreditmarktes

eine wichtige Rolle spielten. Es stellt sich aber die Frage, ob die Ursache für die Überexpansion des Finanzsektors, für das sogenannte Phänomen der Finanzialisierung, nicht ebenfalls in der Realökonomie gesucht werden muss.

Schaubild 1: Steigende Masse unproduktiver Profite

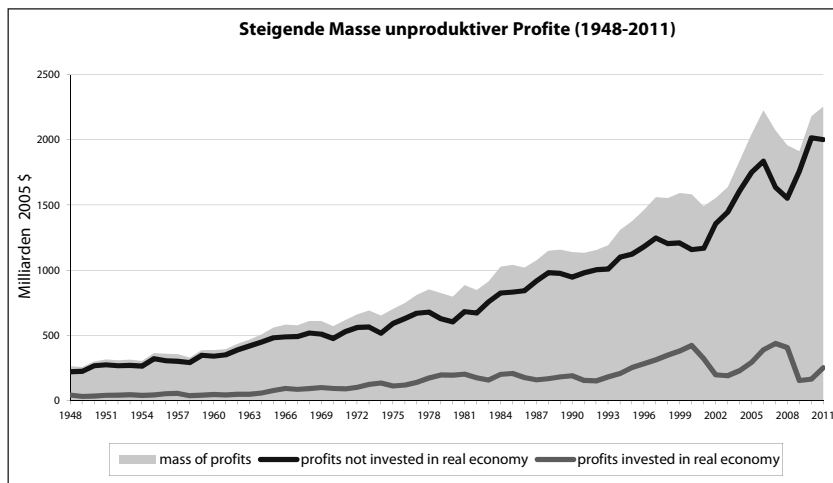
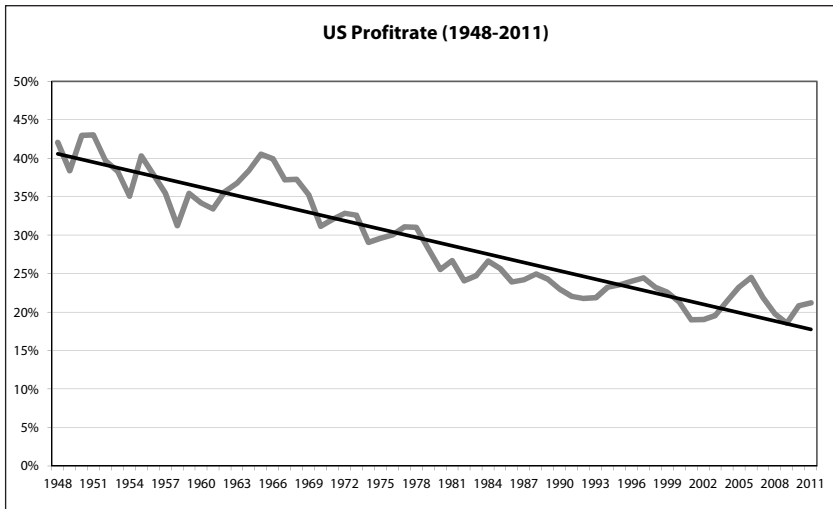


Schaubild 1 zeigt eine steigende Kluft zwischen der gesamten Profitmasse (graues Feld, mass of profits) und den Profiten, die in die Realökonomie rückinvestiert wurden (untere Linie, profits invested in real economy). Die Folge dieser Kluft und ebenso im Schaubild sichtbar ist die Masse der Profite, die nicht in die Realökonomie investiert wurden (obere Linie, profits not invested in real economy; alle Definitionen siehe Anhang). Die Frage nach der Ursache dieser steigenden Kluft ist meiner Meinung nach die Kernfrage in Bezug auf die Frage nach den tieferen Ursachen für das Phänomen der Finanzialisierung.

Wie erwähnt betrachteten Marx, Schumpeter und Keynes die Profitrate als wichtigsten Bestimmungsgrund für getätigte Realinvestitionen. Wenn wir nun nicht auf die Entwicklung der Profitmasse oder auf die Entwicklung des Anteils der Profitmasse am Bruttoinlandprodukt schauen, sondern auf die Entwicklung der Profitrate (Profitmasse/Kapitalstock) sind die hinterherhinkenden Realinvestitionen gut erklärbar.

Schaubild 2 zeigt einen negativen Trend in der Entwicklung der Profitrate. Wird das Augenmerk auf die Profitrate gelegt, und nicht etwa auf Profitquote (Profit/BIP) oder Profitmasse, ist es nicht verwunderlich, dass das Wachstum der Realinvestitionen nicht mit dem Wachstum der Profitmasse mithalten kann.

Schaubild 2: US Profitrate



Um den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Profitmasse, der Profitrate, der realen und der finanziellen Akkumulation zu verstehen, ist es schlussreich, die Bestandteile der Profitrate aus Schaubild 2 separat zu betrachten. Diese Bestandteile sind die realwirtschaftliche Profitmasse einerseits und der realwirtschaftliche Kapitalstock andererseits.

Schaubild 3: Die Profitmasse

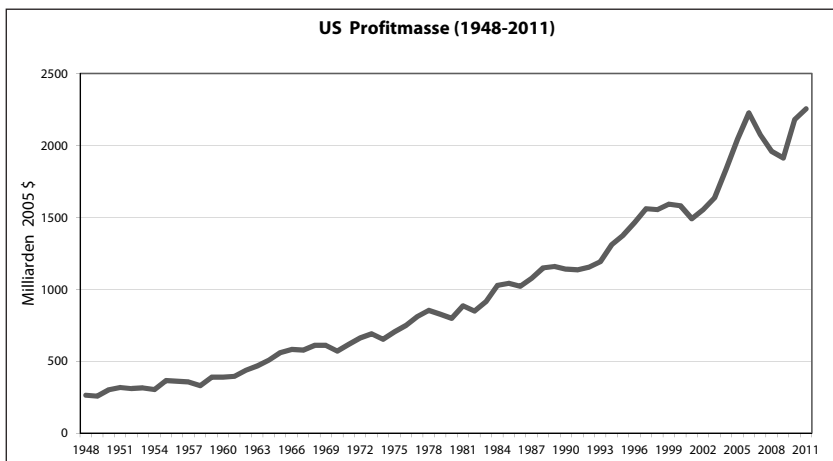
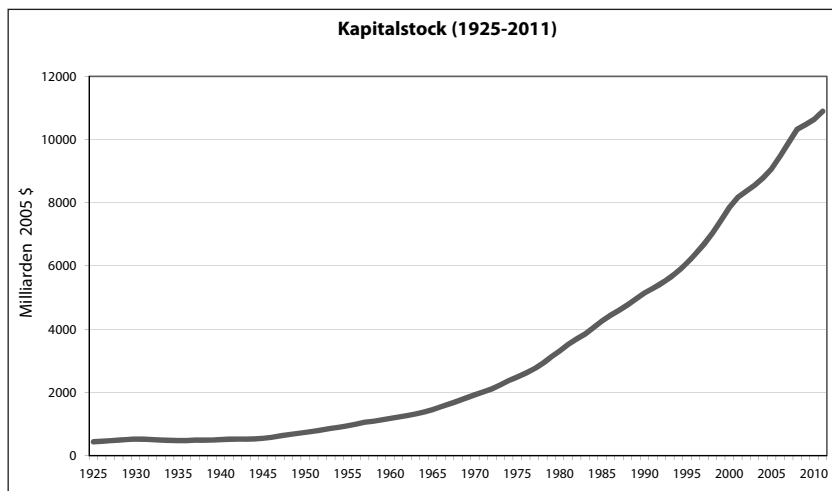


Schaubild 4: Kapitalstock



Es ist an Hand der Schaubilder 2, 3 und 4 unschwer zu erkennen, dass eine steigende Profitmasse und eine fallende Profitrate kein Widerspruch sein müssen. Bei Marx liest sich das so:

„Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise fällt also die Rate des Profits, während seine Masse mit der zunehmenden Masse des angewandten Kapitals steigt.“
(MEW 25: 258)

Meine Erklärung für die Entwicklung der Überexpansion des Finanzsektors während der letzten Jahrzehnte (zumindest in den USA) ist die folgende: Auf Grund sinkender Kapitalerträge in der Realwirtschaft und der gleichzeitig wachsenden Profitmasse, begab sich ein immer größerer Teil des Kapitals auf die Suche nach alternativen Anlagemöglichkeiten außerhalb der Realwirtschaft. In den Worten von Marx führt „die Plethora des Kapitals“ dazu, dass Kapital „auf die Bahn der Abenteuer gedrängt“ wird (MEW 25: 261).

Der Druck auf die Politik stieg, Auswege für solche alternativen Anlagemöglichkeiten zu schaffen und mit Hilfe von Deregulierungen der Finanzmärkte einem sogenannten neoliberalen Akkumulationsregime die Tür zu öffnen. Kurz, der Neoliberalismus ist nicht der letzte Grund für die schwache realwirtschaftliche Akkumulation der letzten Jahrzehnte sondern umgekehrt. Steigende Schwierigkeiten im Prozess der realwirtschaftlichen Akkumulation sind die Ursache für das Entstehen des Phänomens Neoliberalismus. In anderen Worten: Der Neoliberalismus ist nicht einfach eine „böse Ideologie“, die mit Hilfe einer Art Verschwörung die Macht in Ökonomie und Politik an sich gerissen hat, um

einen „guten Kapitalismus“ durch einen „bösen Kapitalismus“ zu ersetzen. Es war die Entwicklung des Nachkriegs-Kapitalismus selbst, die den Neoliberalismus hervorbrachte.

4. Politische Schlussfolgerungen

Die Entwicklung der Profitrate ist zentral, sowohl für das Verständnis des Konjunkturzyklus als auch für die Erklärung von ökonomischen Paradigmen und Trends. Sie ist auch entscheidend, um das Phänomen der Überexpansion des Finanzsektors zu verstehen.

Diese Analyse kann auch als Warnung vor zu großem Optimismus in Hinblick auf die Effektivität des Keynesianischen Policy Mix. verstanden werden. Die effektive Nachfrage kann besonders auf kurze Sicht ein wichtiger Bestimmungsgrund für die Höhe der Profitrate sein. Aber die Entwicklung der Profitrate wird ebenso von der Kostenintensität des Kapitalstocks bestimmt. Speziell der langfristige Trend der Profitrate wird stärker durch die Kapitalkosten bestimmt. Folglich ist es möglich, dass ein Stimulus der effektiven Nachfrage nicht zu den gewünschten produktiven Investitionen führt, wenn Kapitalisten, die strukturelle, angebotsseitige Profitrate oder Trend-Profitrate als zu niedrig empfinden. In so einem Fall führt die Politik der monetären oder fiskalischen Expansion zu dem Phänomen der Stagflation. Kapitalisten erhöhen in diesem Fall bei staatlich induzierter Nachfrage die Preise anstatt das Angebot. Es besteht dann die Gefahr, dass keynesianisch inspirierte Politiker auf Druck der Kapitalisten, die Investitionen zurückhalten, zu neoliberalen Maßnahmen übergehen. Genau dies war auf beeindruckende Weise während der ersten Regierung Mitterrand in Frankreich zu beobachten, aber auch in einer Reihe von anderen Industrieländern.

In einer Situation der Stagflation müssen Keynesianer den keynesianischen Mainstream transzendieren, wenn sie nicht auf den neoliberalen Mainstream zurückgeworfen werden wollen. Keynes verwendete in Hinblick auf Investitionszurückhaltung trotz hoher effektiver Nachfrage die Metapher der Pferde, die das ihnen vorgesetzte Wasser verweigern. Wenn Maßnahmen der Geldpolitik oder der Steigerung der effektiven Nachfrage nicht ausreichen, um die *Investitionsrate zu sozialisieren* (Keynes 1974), wird eine Intervention der öffentlichen Hand auch auf der Angebotsseite nötig. Mögliche Maßnahmen wären traditionelle sozialdemokratische Konzepte wie die Vergesellschaftung der Banken, das Konzept der Wirtschaftsdemokratie oder die Intensivierung der Mitbestimmung. Wenn private Kapitalbesitzer nicht in der Lage sind, eine makroökonomisch gewünschte Investitionsrate zu generieren, müssen Stakeholders mehr Gewicht bei der Investitionsentscheidung erhalten.

Anhang: Definitionen und Methoden

Rezessionen

Eine Rezession ist technisch mit zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit negativer Veränderung des BIPs definiert. Ich möchte mich mit Ausnahme von einem Fall an diese Definition halten. Die Kontraktion des BIP im Jahr 2001 definiere ich zusätzlich als Rezession. Ich befinde mich damit in Übereinstimmung mit dem *US National Bureau of Economic Research Business Cycle Dating Committee*.

Profitrate

Die Profitrate ist definiert durch den Quotienten Profit/Kapitalstock. Als Kapitalstock nehme ich die *private fixed assets* des *US corporate sector*. Als Profit nehme ich *net operating surplus + taxes on production* des *US corporate sector*.

Ich nehme weiter an, dass der Kapitalstock, der für die subjektive Investitionsentscheidung der Kapitalisten relevant ist, nach der Methode der historischen Kosten zu berechnen ist (siehe Kliman 2011). Profit und Kapitalstock sind zu konstanten Preisen berechnet. Als Preisindex für die Profite nehme ich den Preisindex für das BIP und als Preisindex für den Kapitalstock den Preisindex für Bruttoanlageinvestitionen.

Für die Realrechnung des Kapitalstocks verwende ich folgende Methode: Ich gehe von einem Anfangskapitalstock, deflationiert mit dem Preisindex des Anfangsjahres, aus und addiere jedes folgende Jahr die Nettoinvestitionen, die mit dem Preisindex des jeweiligen Jahres deflationiert wurden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Inflation der Bruttoanlageinvestitionen in den Kapitalstock tatsächlich in dem Jahr in den Kapitalstock einfließt, in dem die Inflation auch passiert ist.

Über die Frage, mit welcher Methode der Kapitalstock berechnet werden sollte, gibt es in der Literatur eine breite Diskussion. Ich kam in meinen Untersuchungen zum Schluss, dass dieser Methodenstreit in Bezug auf den Konjunkturzyklus relativ unbedeutend ist, da für diesen vorwiegend die Veränderung der Profitmasse verantwortlich ist. Für den Trend ist die Entwicklung des Kapitalstocks von größerer Bedeutung. Auf den Methodenstreit genauer einzugehen würde jedoch den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.

Profite der Realökonomie

Die Profite des *US Corporate Sector* laut *National Accounts* enthalten lediglich Profite, die in der Produktion von Gütern oder Dienstleistungen erwirtschaftet wurden. Ich definiere, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, wie sie

durch die National Accounts dargestellt wird, als Realökonomie. Die Profite als *net operating surplus + taxes on production* enthalten keine Spekulationsgewinne, oder Gewinne aus sogenannten Finanzinvestitionen, da es sich bei letzteren im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lediglich um Vermögensveränderungen handelt, die nicht im BIP enthalten sind.

Unproduktive und produktive Profite

Als produktive Profite bezeichne ich jenen Teil der Profitmasse, der in Form von *Nettoinvestitionen* in die Realökonomie zurückinvestiert wird. Die Differenz zwischen Profitmasse und Nettoinvestitionen ergibt die sogenannten unproduktiven Profite, die keine Anlagemöglichkeit in der Realökonomie finden.

Kapazitätsauslastung

Als Indikator für die Kapazitätsauslastung verwende ich den *Index for Capacity Utilisation in the Manufacturing Sector* der Federal Reserve. Dieser ist in seiner Veränderung dem Index für die Gesamtwirtschaft sehr ähnlich, reicht aber im Unterschied zu diesem bis 1950 zurück.

Bärenmarkt an der Börse

Für Bärenmarkt verwende ich die Definition von *Ned Davis Research* für den *Dow Jones Industrial Average*.

Literatur

- Keller, Robert R., Lon Carlson J. (1982): A Neglected Chapter in Keynes' General Theory in: *Journal of Post Keynesian Economics*/Spring Vol. IV, No.3.
- Keynes, John Maynard (1974): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin.
- Kliman, Andrew (2011): *The Failure of Capitalist Production*, New York.
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital Bd. 1*, MEW 23, Berlin 1968.
- (1894): *Das Kapital Bd. 3*, MEW 25, Berlin 1983.
- Schumpeter, Joseph (1975): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München.
- (2010): *Konjunkturzyklen*, Stuttgart.

Regina Hemetsberger: Waste picking in Buenos Aires: urban informality and the policy of formalization. With the collapse of the Argentine economy in the late 1990s between 20.000 and 25.000 persons in Buenos Aires got involved with informal waste picking. When public pressure became too strong in 2001, the municipal and national government started to work on a plan for the implementation of an integrated solid waste management, in which private waste enterprises and waste pickers' cooperatives shall collaborate in order to improve the city's recycling activities. With the new model, however, the waste pickers themselves were also taken into account as new social actors. Considering the importance of formality and informality, this paper analyses the design of the *bonaerense* model for integrated solid waste management. First, economic-historical perspectives of theoretical concepts of formality and informality are discussed, followed by a review of the developments in the waste sector since 2001. Finally, light is thrown on the impact and scope of formality and informality for the integration of informal waste pickers.

Nicolas Schlitz: The crisis of privatized disposability and the new reconfiguration of societal waste relations. In this article, I trace the successive privatization of waste management in Bangalore throughout the last two decades. Thereby, I illustrate how the dominant mode of handling waste in capitalist societies is marked by a profound neglect of wastes' materiality. In India, an increased production and altered materiality of waste was caused by the process of politico-economic liberalization of the 1980s, which has given rise to different and at parts contradictory modes of societal handling of waste. Inherently connected to neoliberal urban reform projects, the 'modernization' of public handling of waste in Bangalore enhanced the encroachment and displacement of an enormous informalized recycling sector. This has intensified specific forms of disposability in the societal handling of waste. The resulting 'garbage crisis', which struck Bangalore in the summer months of 2012, propelled the reconfiguration of the city's societal waste relations. As will be argued, these changes have been long prepared by a broad alliance of waste-related civil society organizations and revealed the possible contours of a local green economy of waste.

Lars Bomhauer-Beins, Anke Strüver: Global Scrap: Global destruction networks, the production of space and socio-economic structures of the Pakistani ship breaking industry. Every year, hundreds of discarded vessels are broken up at South Asian ship breaking yards, including Chittagong in Bangladesh, Alang in India and Gadani in Pakistan. These (*waste*) flows of end-of-life vessels are being sent from the global north, notably the European Union, to the global south (Indian Subcontinent). This contribution follows the movement of value through global destruction networks by focusing on the Pakistani ship breaking industry at Gadani Beach and linking its significance for the local and national economy to both global processes as well as to labour conditions and environmental problems.

Achim Brunnengraber, Lutz Mez: Radiant legacies of production and consumption: political economy of nuclear waste. In no country in which nuclear energy is produced there has been elaborated satisfying solutions for nuclear waste. Since the beginning of this form of energy production, the related immense problems have been downplayed and banalised. The policy of the German governments in the last decades corresponds to this overall picture, and only the last years have seen new initiatives on the national and the EU level, reflecting the growing awareness of this extremely „wicked problem“. Nevertheless, the nuclear industry has until now been successful in refusing its responsibility and externalizing potential risks and costs. Without sufficient public pressure the entanglement

between this industry and official bodies will continue and further hinder any constructive solution.

Christian Lotz: Class and violence. Critical remarks about the absence of class concepts in recent Critical Theory and Post-Marxism. In this essay I briefly analyze why the concept of class has disappeared in recent social philosophy, such as in the philosophies of Badiou, Negri/Hardt, and Honneth. I argue that a change in the foundations of their social ontologies has led to the dismissal of the concept of class and, in addition, I argue that these changes are unwarranted, since they lead to a loss of a critical concept of society. Then, in a second part, I argue that the concept of class deserves a systematic status within a theory of capitalist sociality, especially since the concept of class can be traced back genetically to violent social relations that are derived from the capitalist social order.

Jannis Milios, Georg Economakis: Class Places and Class Positions of the Middle Classes. A reexamination of the borderline between the working and the middle classes is undertaken, focusing on the class identity of middle classes with respect to the question of class place and class position. Nicos Poulantzas's approach to the subject is critically evaluated and a more accurate view of middle class subcollectivities is developed.

Martin Kronauer: Autonomy in Crisis. The article addresses the weakness of the Left to counter neo-liberalism even in times of economic crises and growing inequalities. Neo-liberalism seems to have been quite successful in discrediting the quest for equality by mobilizing ideologies of individual freedom and responsibility for oneself as values opposing equality. As any such ideology, the neo-liberal one connects itself to socially rooted desires which the power relations of capitalist societies actually betray. The article argues that the Left should take up the battle with neo-liberalism by remembering its own traditions of striving for the self-determination ("free association") of individuals. Taking it seriously, self-determination requires social preconditions which are in utter contrast to neo-liberalism: promoting equalities, social protection against the dependence on markets, and democracy in its strict sense.

Josef Falkinger: The "Real" Reasons for Recession. Mainstream economists and macro-economic research institutes are interpreting the economic crisis of 2008 mainly as a result of turbulances in the financial sphere of the economy. US National Accounts data indicate that Every recession in the USA from 1950 till 2010 – including the recession of 2008 – was preceded by a similar pattern in the development of the real economy. In addition the paper argues that the phenomenon of financialisation and the neoliberal regime of accumulation has its ultimate reasons in the development of the real economy.

AutorInnenverzeichnis

Lars Bombhauer-Beins ist Wirtschaftsgeograph in Hamburg
larsr.bb@gmx.de

Achim Brunnengräber arbeitet am Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin
priklima@zedat.fu-berlin.de

Georg Economakis lehrt Ökonomie an der Universität von Patras, Griechenland

Josef Falkinger ist Volkswirt und arbeitet als volkswirtschaftlicher Gesamtrechner in Wien
josef.falkinger@gmx.at

Regina Hemetsberger ist Absolventin der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
regina.hemetsberger@gmx.net

Andreas Kemper promoviert am Institut für Soziologie der Universität Münster zum Thema
Klassismus
andreas.erich.kemper@gmail.com

Martin Kronauer ist Soziologe und lehrte bis 2014 Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule
für Wirtschaft und Recht, Berlin; er ist Mitglied des Beirats der PROKLA
kronauer@hwr-berlin.de

Christian Lotz lehrt Philosophie an der Michigan State University
<http://christianlotz.wordpress.com>

Lutz Mez lehrt am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin
und ist Koordinator des Berlin Centre for Caspian Region Studies
lutz.mez@fu-berlin.de

Jannis Milios lehrt Politische Ökonomie an der Technischen Universität Athen
john.milios@gmail.com

Nicolas Schlitz hat Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft an der Universität
Wien studiert
nicolas.schlitz@univie.ac.at

Anke Strüver lehrt Sozial- und Wirtschaftsgeographie an der Universität Hamburg
struever@geowiss.uni-hamburg.de

Themen früherer Hefte (im Internet unter www.prokla.de oder www.dampfboot-verlag.de)

PROKLA 175 Klassentheorien * *Thien* Klassentheorien – Die letzten 50 Jahre * *Schmidt* Deutsche Arbeiterklasse um 1900 * *Aulenbacher/Dammayr/Décieux* Sorgearbeit und Sorgerregimes * *Baron* Klasse und Klassismus * *Heinrich* * Transnationales Kapital und Krisen der EU * *Bescherer* Problemzonen eines linken Klassenprojekts * *Liebig* Englische Riots von 2011 * *Brand* Wachstumskritik

PROKLA 174 Materialistischer Feminismus * *Volk* 'Frauenfragen' in den Sozialutopien * *Müller* Wert-Abjektion * *Dück* Krise und Geschlecht * *Gutiérrez Rodriguez* Haushaltsarbeit und affektive Arbeit * *Hackfort* Feministische Politische Ökologie *Garske* Materialitätsbegriff des „New Materialism“ *Becker* Ambulante Pflege

PROKLA 173 Familie und Staat * *Müller-Plantenberg* Nachruf auf Thomas Hurttienne * *Hajek* Familienduell * *Schultz* Familienpolitik und „demographische Chance“ * *Podann* Weibliches Arbeitsvermögen und Emanzipation * *König* Familien-Ideale * *Jüschke/Schoenes* Konstruktion und Verfolgung von Scheinehen * *Woltersdorff* Sexualität und Geschlecht im Neoliberalismus * *Vofß* Homo-Ehe * *Babacan* Juni-Aufstand in der Türkei

PROKLA 172 Gesellschaftstheorie III: Kontroversen (September 2013) * *Demirovic* Kräfteverhältnisse oder Zeitdiagnose * *Schneider* Gesellschaftliche Totalität * *Schmidt* Kritik des Fordismuskonzepts * *Beck/Scherrer* Kritik der 'Varieties of Capitalism' * *Streckeisen* Marx und Bourdieu * *Pabl* Wirtschaftswissenschaftliche Wahrheit * *Müller-Plantenberg* 40 Jahre Putsch in Chile * *Panzer* Kritik an Demirović/Sablowski in PROKLA 166 * *Sablowski* Antwort auf Panzer und Becker

PROKLA 171 Demokratie und Herrschaft, Parlamentarismus und Parteien (Juni 2013) * *Röttger* In memoriam G. Ziebur * *Demirovic* Multiple Krise, autoritäre Demokratie * *Steckner* Marxistische Parteiendebatte * *Krug/Graf* Organisationstheorie von Luxemburg und Gramsci * *Neupert* Kritik der Mosaik-Linken * *Oppenhäuser* Demokratische Querfronten? * *Wagner* Bürgerprotest in der Mitmachfalle * *Demirovic* zu Streeck * *Milios/Sotiropoulos* Krise als kapitalistische Offensive * *Scherr* Offene Grenzen?

PROKLA 170 Soziale Kämpfe in Afrika (März 2013) *Engels* Hungeraufstände * *Prause* Mit Rap zur Revolte * *König* Westafrika * *Aye* Januarerwachen in Nigeria * *Watts* Imperiales Öl im Niger-Delta * *Greven* Rebellion und Krise in Mali * *Ludwig* Soziale Kämpfe in Südafrika * *Gibson* Post-Apartheid Südafrika * *Boris* Sozialstrukturen Lateinamerikas * *Matys* Unternehmen mit Personencharakter

PROKLA 169 Finanzierung, Konzentration, veränderte Unternehmensformen (Dezember 2012) *Serfaty* Finanz- und rentengetriebene Logik der multinationalen Unternehmen * *Müller* Industrie und Finanzsektor * *Kädler* Finanzmarktrationalität in der deutschen Großchemie * *Brandl* Industrialisierung und Konzentration im Saatgutmarkt * *Zeller* Oligopolistische Rivalität im Pharma-Biotech-Komplex * *Nagel* Chinesischer Staatskapitalismus goes global * *Heitmann* Weltpolizist Obama * *Wacquant* Neoliberaler Leviathan

PROKLA 168 EU und Euro in der Krise (September 2012) *Fisahn* Den Stier das Tanzen lehren? * *Konecny* Economic Governance als autoritäre Krisenbearbeitung * *Heinrich* Zwischen Bankenrettung und autoritärem Wettbewerbsregime * *Oberndorfer* Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus * *Musacchio* Griechenland und Argentinien im Vergleich *

Huke/Schlemermeyer Krise der repräsentativen Demokratie als Chance * *Becker* Ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU * *Wendl* Selbstentzauberung einer Avantgarde * *Tauss* Argentiniens besetzte Betriebe

PROKLA 167 Perspektiven der Gesellschaftskritik heute (Juni 2012) *van Dyk* * Poststrukturalismus * *Pabl* Poststrukturalistische Ökonomiekritik und Kritik der politischen Ökonomie * *Umrath* Feministische Gesellschaftskritik * *Moban/Keil* Kritik von Honneths Anerkennungstheorie * *Wolf* Zur Aktualität von Castoriadis * *Loick* Universalität und Polizei * *Seibert* Humanismus nach dem Tod des Menschen * *Steckner* Neoliberal-islamische Synthese in der Türkei

PROKLA 166 Deutschland – Krisengewinner? (März 2012) *Lehndorff* Man spricht deutsch * *Röttger* Noch immer „Modell Deutschland“? * *Scheuplein* Wertschöpfungskette * *Schröder/Voigtländer* Erwerbslosenproteste und Hartz IV * *Demirović/Sablowski* Finanzdominierte Akkumulation * *Lessenich* Brauner Osten? * *López/Rodríguez* Das spanische Modell * *Espinar/Abellán* Bewegung 15. Mai * *Janoschka/Sequera* Politisierung des öffentlichen Raums * *Eisenberg* Soziale Proteste in Israel

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

308 Frauenbewegung erinnern

Editorial (S. PLONZ)

R. ROSSANDA: Versuch einer posthumen Wiedergutmachung an den Frauen von 1789

S. MAURER: Zerstreute Geschichte(n)?

Über feministische Geschichtsschreibung

F. HAUG: Vom Schicksal zur Geschichte.

Wie Bewegungsgeschichte schreiben?

V. SCHILD: Spezifik lateinamerikanischer Feminismen im Neoliberalismus

M. STITZ & R. MAY: Über Silvia Federicis »Aufstand aus der Küche«

U. SCHRÖTER: Abbruch des Aufbruchs in der DDR

S. SCHRAUT: Strategien und Blockaden frauenbewegter Traditionsstiftung

S. ZORNIG: Kapitalbildung mit Alice. Zum Kontext heutiger Geschichtsschreibung

Die dunkle Seite der Lichtgestalten (I. SCHWERDTNER & S. PLONZ)

U. HUWS: Klassen im digitalen Zeitalter

Z. EISENSTEIN: Die neuesten Proletariate – Frauen aller Hautfarben

www.inkrit.org/argument

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o S. Müller
Alter Postweg 87 · 21075 Hamburg
Tel: 040-5543 5506 · argument@inkrit.org

30 Jahre Dampfboot

30 Jahre Verbreitung kritischer Gesellschaftstheorien

*Das epochale Werk
von Althusser und
seinen Mitarbeitern
erstmals vollständig
auf Deutsch!*

Vollständige Ausgabe
Herausgegeben von
Frieder Otto Wolf
Oktober 2014 - ca. 800 Seiten

Subskriptionspreis € 39,90
(gültig bis 3 Monate
nach Erscheinen)
späterer Ladenpreis: € 49,90
ISBN: 978-3-89691-952-6



*Dieses Buch bedeutete einen radikalen Neubeginn
für die Debatte über Marxismus!*

**Jetzt zum Subskriptionspreis vorbestellen
und Geld sparen!**

Bestellen Sie jetzt Ihr Exemplar zum Subskriptionspreis von 39,90 €
und sparen Sie 10,00 € im Vergleich zum späteren Ladenpreis von 49,90 €!
Frage Sie in Ihrer Buchhandlung!



GUTE BUCHLÄDEN, IN DENEN DIE PROKLA ZU HABEN IST:

Augsburg	Probuch	Gögginger Str. 34
Bamberg	Collibri	Austr. 14
Berlin	Argument Buchladen	Reichenberger Str. 150
Berlin	Motzbuch	Motzstr. 32
Berlin	OH*21	Oranienstr. 21
Berlin	Pro qm	Almstadtstr. 48-50
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenaustr. 2
Berlin	Buchhandlung zur Schwankenden Weltkugel	Kastanienallee 85
Berlin	Schweitzer Sortiment	Französische Str. 13/14
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen	Hagenbruchstr. 9
Bielefeld	Buchhandlung in der Uni	Universitätsstr. 1
Bochum	Notstand e.V.	Universitätsstr. 150
Bochum	Universitätsbuchhandlung	Brüderstr. 3
Bonn	Buchladen 46	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Guten Morgen Buchladen	Bültenweg 87
Bremen	Albatros Buchversand	Fedelhören 91
Bremen	Buchladen in der Neustadt	Lahnstr. 65 B
Bremen	Buchladen im Ostertor	Fehrfeld 60
Darmstadt	Georg-Büchner-Buchladen	Lautenschlägerstr. 18
Dortmund	Buchladen Litfass	Münsterstr. 107
Dortmund	Taranta Babu	Humboldtstr. 44
Dresden	Im Kunsthof	Bucher Str. 31
Düsseldorf	Buchhandlung BiBaBuze	Aachener Str. 1
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung	Viehofen Platz 8
Flensburg	Carl v. Ossietzky Buchhandlung	Große Str. 34
Frankfurt	Karl-Marx-Buchhandlung	Jordanstr. 11
Frankfurt	Land in Sicht	Rotteckstr. 13
Frankfurt	Uni-Buch	Jügelstr. 1/Studentenhaus
Frankfurt	Theo Hector	Gräferstr. 77
Frankfurt	Ypsilon-Buchladen	Bergerstr. 18
Freiburg	Jos Fritz	Wilhelmstr. 15
Gießen	Ricker'sche Universitätsbuchhandlung	Ludwigsplatz 12-13
Göttingen	Buchladen Rote Straße	Nikolaikirchhof 7
Hamburg	Buchhandlung im Schanzenviertel	Schulterblatt 55
Hamburg	Buchladen in der Osterstraße	Osterstr. 171
Hamburg	Heinrich-Heine-Buchhandlung	Grindelallee 26
Hannover	Buchladen Annabee	Stephanusstr. 12-14
Kassel	ABC-Buchladen	Goethestr. 77
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Weyertal 32
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Wahlenstr. 1
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Ubiering 42
Konstanz	Zur Schwarzen Geiß	Am Obermarkt 14
Krefeld	Der andere Buchladen	Donysiusstr. 7
Lüneburg	Delbano	Besemerstr. 3
Mannheim	Der andere Buchladen	M 2, 1
Marburg	Buchhandlung Roter Stern	Am Grün 28
Mönchengladbach	Prolibri-Buchladen	Schillerstr. 22-24
München	Arabella Versandbuchhandlung	Wimmerstr. 5
München	Basis Sozialwiss. Fachbuchh.	Adalbertstr. 41 B
Münster	Rosta-Buchladen	Aegidiistr. 12
Nürnberg	Ex Libris	Bismarckstr. 9
Oldenburg	Carl-von-Ossietzky Buchhandlung	Uhlhornsweg 99
Osnabrück	Buchhandl. Dieter zur Heide	Osterberger Reihe 2-8
Potsdam	Buchladen Sputnik	Charlottenstr. 28
Ratingen	Buchcafé Peter & Paula	Grütstr. 3-7
Tübingen	Rosalux	Lange Gasse 27
Saarbrücken	Der Buchladen	Försterstr. 14
Siegen	Bücherkiste	Bismarckstr. 3
Wiesbaden	Buchh. Otto Harrassowitz	Taunusstr. 5
Würzburg	Buchladen Neuer Weg	Sanderstr. 33-35
A-Graz	dradiwaberl	Zinzendorfsgasse 25
A-Wels	Buchhandlung Infoladen Wels	Spitalhof 3
A-Wien	FRICK International	Schulerstraße 1-3
A-Wien	Lhotzkys Literaturbuffet	Rotensterngasse 2
A-Wien	Karl Winter	Rathausstr. 18

30 Jahre Dampfboot

30 Jahre Verbreitung kritischer Gesellschaftstheorien



Michael Brie (Hrsg.)

Futuring

Perspektiven der Transformation
im Kapitalismus über ihn hinaus

2014 - 437 Seiten - € 39,90
ISBN: 978-3-89691-969-4

In *Futuring* werden Herrschaftskritik, umfassende Gesellschaftsanalyse und praktische Einstiege in grundsätzliche Veränderungen, Prozess und Ereignis - inspiriert durch Rosa Luxemburgs Vision einer „revolutionären Realpolitik“ - zusammengedacht. So gewinnt das gesellschaftliche Projekt eines erneuerten und genauso demokratischen wie emanzipatorischen, solidarischen wie grünen Sozialismus schärfere Konturen.

Es schreiben u.a. Ulrich Brand, Lutz Brangsch, Mario Candeias, Alex Demirović, Bob Jessop, Rolf Reißig, Rainer Rilling.



ISSN 0342-8176

ISBN 978-3-89691-376-0